REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 351 · 10.2.1993

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 54 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Asylrecht? Ohne uns!
2. Alternativer Kaffeeberg bedroht Existenz von Kooperativen
3. Aufruf zur Blockade des Bundestages
4. Wird Seth Quartey abgeschoben?
5. " Der Pakt von Rostock" - falsche Fährte oder heiße Spur?
6. Eine legal illegale Verbannung
7. Die Feier zum 2. Jahrestag des Golfkrieges. Bush & Co. bombardieren erneut den Irak
8. Bürgerkrieg in Jugoslawien: Wie lange noch?
9. Spuren der Verschwundenen. Gespräch mit Özgür-Der und dem Rechtsbüro des Volkes (Halkin Hukuk Bürosu)
10. Grabesruhe über Kurdistan. Das politische Kalkül des türkischen Staates im Prozeß gegen Stefan Waldberg
11. Haiders Volksbegehren ein Flop!
12. "Bis zum St. Nimmerleinstag ..." Repression gegen österreichische AntimilitaristInnen - Wolfgang Beyer
13. Schweiz: Linke Debatte über das Europa des Kapitals
14. Eine "moderne sozialistische Partei". PDS verabschiedet ein neues Parteiprogramm
15. Endlich vereint. Der sanfte Anschluß des Bündnis 90 an die Grünen
16. Gegen Rassismus in den Medien! Bundesweite Aktionstage vom 23.5. bis 2.6.93
17. Stoppt Nazi-Zeitungen!
18. Antifaschistisches Wochenende in Frankfurt
19. Bundesverdienstkreuz für Geschichtsrevisionisten Alfred Schickel. Vom Büro Ulla Jelpke, PDS/LL
20. Ziviler Ungehorsam gegen Rassismus
21. Chronik ausländerfeindlicher Anchläge (27.12.92-1.2.93)
22. Koordination der antirassistischen Bewegung: Probleme und Stolpersteine
23. Gegen "Leidhilfe" und "praktische Ethik". Rede von Prof. Jantzen am 30.1.93 in Bremen
24. Die faschistische "Heimat". Vorstellung zweier Romane von Hans Lebert - Matthias Reichelt
25. Burschenschaften als rechtsradikaler Vortrupp an den Universitäten
26. Gegen die Änderung des Asylrechts. Rede von Ulla Jelpke (PDS/LL) im Bundestag, 21.1.93
27. Somalia-Intervention: Kein Ende in Sicht
28. Raubritter koordinieren die Flüchtlingsabwehr. Zur Londoner Konferenz der europäischen Einwanderungsminister - P. Hanf u. C. Roth
29. Seltsames und Ungeheuerliches. Paketbombenmord in Freiburg
30. Das Ende des Schauspiels - Erich Honecker in Chile
31. Prozeß gegen Klaus Croissant beginnt
32. Presseerklärung zur Verweigerung der Haftentlassung von Christiane Kuby durch das OLG Hamburg
33. "Sie wollen, was ihnen zusteht ..." Interview mit Geronimo ji-Jaga Pratt (Black Panther Party) - Heike Kleffner
34. "Kampf dem Patriachat" nicht nur eine rhetorische Parole
35. Memento Stalingrad. "Wir schworen, Stalingrad dem Feind nicht zu überlassen." (Teil 1)
36. Primo Levi: Die dritte Seite
37. Die Honigkuckuckskinder
38. Unwillige Bündnispartnerin. (Anmerkungen zu "Bündnispartnerin DDR", ak 350) - Heinrich Eckhoff
39. Mit dem Geheimdienst gegen den linken Klassen- und Staatsfeind? Eine Antwort auf "Bündnispartnerin DDR" (ak 350)
40. Hinterher sollte man schon klüger sein! - Anmerkung zu "Bündnispartnerin DDR" (ak 350) - Claudia Gohde
41. Radikalität (fast) ohne Marx. Über Günther Anders - Gerhard Scheit

42. Quelldatei 11.htm
43. Unwillige Bündnispartnerin
44. Quelldatei 30.htm
45. Quelldatei 40.htm
46. Quelldatei 47.htm
47. Quelldatei 51.htm
48. Endlich vereint
49. Wieder Bomben gegen den Irak
50. Quelldatei spend351.htm
51. Beginn der Befreiung vom Faschismus
52. Black Panther
53. Verbannung bleibt
54. "Moderne Sozialisten"

1. Asylrecht? Ohne uns!

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/tit-asyl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:tit-asyl

Der Deutsche Bundestag möge beschließen: Der Artikel 16 a des Grundgesetzes, "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", wird ergänzt durch den Zusatz "aber nicht in der Bundesrepublik Deutschland".

Nachdem sich die Regierungsparteien mit der SPD schon im Dezember grundsätzlich über eine "Neuregelung des Asylrechts" geeinigt hatten, gelang im Januar auch die Feinabstimmung auf den genauen Wortlaut. Es steht nun fest, daß das Recht auf Asyl beseitigt werden soll. Als Deklaration bleibt es zwar im Grundgesetz erhalten, aber es gibt niemand mehr, der darauf Anspruch erheben darf.

Denn, so heißt es im vereinbarten Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes: Auf das Asylrecht "kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der EG oder aus einem anderen Drittland einreist", in dem er Aufnahme finden könnte. Auf welche Länder das zutrifft, legt der Bundestag fest. Unstrittig ist zwischen Regierungsparteien und SPD, daß Polen, Tschechische Republik, Österreich und Schweiz dazu gehören.

Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß die BRD lückenlos umgeben ist von "sicheren Drittstaaten". Sogar wer auf dem Luftweg oder per Schiff einreist, wird wahrscheinlich mindestens einmal Zwischenstation gemacht haben, bevor er hier ankommt. Jemand müßte sich schon aus seinem Herkunftsland direkt in die BRD beamen können, um hier wenigstens noch einen Asylantrag ausfüllen zu dürfen.

Natürlich kann man, worauf der SPD-Fraktionsvorsitzende Klose verweist, immer noch illegal in die BRD gelangen und seinen Einreiseweg verheimlichen. Aber erstens: welcher Grad von Schamlosigkeit und Dummheit gehört eigentlich dazu, ein Grundrecht so zu beschneiden, daß es überhaupt nur noch mit solchen Mitteln beansprucht werden kann? Zweitens, und vor allem: Einen Rechtsanspruch auf Asyl kann man auch auf diese Weise nicht erlangen. Die deutschen Behörden und Gerichte werden nämlich argumentieren, daß mit allergrößter Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, daß auch Flüchtlinge, deren Weg nicht mehr zu rekonstruieren ist, über mindestens ein "sicheres Drittland" gekommen sein müssen, weil es praktisch kaum eine andere Möglichkeit gibt. Wer seinen Fluchtweg "verschleiert", ist unter Umständen erst einmal vor Abschiebung sicher, aber einen Asylantrag wird er im allgemeinen gar nicht erst stellen dürfen.

Schwere Konflikte mit den Nachbarstaaten, und nicht nur mit diesen, sind vorprogrammiert, sobald Massenabschiebungen anstehen. Die am häufigsten genannten angrenzenden Länder, Polen und die Tschechische Republik, über die ein großer Teil der Asylsuchenden kommt, haben selbst gar keine gemeinsame Grenze mit den wichtigsten Herkunftsländern, vor allem Rumänien und Bulgarien. Sie können sich also darauf berufen, daß die Flüchtlinge vorher schon in einem anderen "sicheren Drittland" - sei es nun Ungarn oder die Slowakische Republik - gewesen sein müssen. Die BRD müßte sie also dorthin zurückschicken.

Innenminister Seiters zeigt ein unglaubliches Rechtsbewußtsein, wenn er argumentiert: Es werde keine Verlagerung des "Asylproblems" auf Deutschlands östliche Nachbarn geben. Denn von Polen und der Tschechischen Republik werde ja nur erwartet, daß sie die aus Deutschland Abgeschobenen zurück in ihre Heimat transportieren. Wie man gleichzeitig behaupten kann, es handele sich um "sichere Drittländer", in denen Flüchtlinge Aufnahme finden könnten, ist einfach unfaßbar. In Wahrheit werden diese Länder entweder das Problem auf ihre Nachbarn abwälzen müssen, oder sie werden für voraussichtlich über Hunderttausend aus der BRD deportierte Menschen Asylverfahren durchführen und vielen von ihnen zumindest ein Bleiberecht als de-facto-Flüchtlinge gewähren müssen.

Was die Zukunft darüber hinaus an Entwicklungen bereit hält, deutet sich in einer Äußerung des CDU-Abgeordneten Lummer an: Falls die Regierung in Warschau sich gegenüber den Bonner Forderungen nicht "kooperationsfähiger" zeige, sollte man sich überlegen, ohne Aufenthaltserlaubnis in der BRD lebende Polen abzuschieben.

2. Alternativer Kaffeeberg bedroht Existenz von Kooperativen

Rubrik: Westdeutsche Linke, intern. Solidarität; Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:49

Für eine Million DM lagert nicaraguanischer Bio-Kaffee im deutschen Zollager. So viel, daß an neuen Einkauf aus der aktuellen Ernte eigentlich nicht zu denken ist. Wenn der Kaffeeberg nicht kurzfristig in Geld umgesetzt werden kann, stehen die Kooperativen ohne die notwendige Unterstützung da und gehen bankrott.

Die Situation in Nicaragua ist alles andere als rosig. Ein Ergebnis der sandinistischen Agrarreform war die fast vollständige Zurückdrängung des vorherrschenden Großgrundbesitzes und die Herausbildung eines starken kleinbäuerlichen und kollektiven Sektors. Seit dem Antritt der Chamorro-Regierung wird massiv versucht, diese Eigentumsverhältnisse zugunsten der alten BesitzerInnen zu ändern. Neue Gesetze zur Enteignung, Angriffe von ehemaligen Contras, ideologische Kampagnen und vor allem die Kreditpolitik der Regierung setzten die Kooperativen und KLeinbäuerInnen massiv unter Druck.

Ab 91 wuchs der Druck des IWF und der Weltbank auf die nicaraguanische Regierung zur Beschleunigung des neoliberalen Projektes. Das bedeutet für den Kooperativensektor eine weitere Reduzierung des Kreditvolumens. Druck kommt auch von Seiten der US-Regierung, die fest zugesagte Wirtschaftshilfegelder an neue (alte) Forderungen knüpft. So sollen die alten BesitzerInnen wieder Land bekommen. Diese Entwicklung führt momentan schon zu einem bedrohlichen Anwachsen von Kooperativenpleiten und zu Landverlust. Wir unterstützen den Kooperativensektor als Modell eines kollektiv organisierten linken Wirtschaftssektors in Nicaragua.

Der alternative Kaffeehandel von MITKA

Seit 1987 beziehen wir zusammen mit anderen Gruppen als MITKA Kaffee aus Nicaragua, seit 1990 auch aus kontrolliert biologischem Anbau. Die Kooperativen erhalten für den Kaffee momentan nur dann mehr Geld, wenn der Weltmarktpreis wie im Moment unter den Produktionskosten liegt.

Der von uns bezahlte Mehrpreis kommt den ProduzentInnen im wesentlichen indirekt zugute. Die Differenz zwischen dem an die ProduzentInnen bezahlten Preis und dem von uns garantierten Mindestpreis bekommt die LandarbeiterInnen-Gewerkschaft ATC für die Unterstützung der LandarbeiterInnen in verschiedenen Projekten. Dies sind z.B. rechtliche Hilfen für von Räumung bedrohte Kooperativen, für Schulungsmaßnahmen, Kredite etc. und soziale Maßnahmen für alleinstehende Kooperativistinnen mit Kindern. Die ATC führt die dramatische Auseinandersetzung in der Landfrage in Nicaragua mit einem Etat von ca. einer Million Dollar, der zur Hälfte aus Kaffeegeldern stammt!

Das eigentliche Problem ist ...

... ein Grundsatz unseres Handels, nämlich die vollständige Bezahlung des Kaffees direkt nach dem Einkauf der Jahresmenge am Anfang des Jahres. Dieses ist jetzt jedoch stark gefährdet, da das dazu notwendige Geld zur Zeit in Form von ca. 1.000 Sack, also 62t Organico im deutschen Zollager liegt. Wir stehen also vor dem Problem, innerhalb kurzer Zeit große Mengen Kaffees zu Geld machen zu müssen bzw. Darlehen zu kriegen.

Wenn wir das nicht schaffen, bedeutet das für uns und vor allem für die Kooperativen aller Wahrscheinlichkeit nach das Aus. Wenn jetzt unser Handel mit ihnen zusammenbricht, müßten sie den Kaffee auf dem Weltmarkt verkaufen. Der Weltmarktpreis reicht nicht aus, ihre Darlehen zurückzuzahlen und die Kosten zu decken, die aufgrund unserer Zusage kalkuliert wurden. Da sie über keine zusätzlichen Geldreserven verfügen, würde das den Konkurs und den Landverlust bedeuten.

Deshalb unser dringender Notruf:

- Kauft Biokaffee Organico

- Gebt uns Darlehnen

Wegen Darlehen setzen wir uns gerne mit Euch in Verbindung, um über die Modalitäten und die Sicherheiten zu informieren.

Unsere Adresse: el rojito

Große Brunnenstraße 74, 2 HH 50,

Tel.: 040/3906898,Fax: 040/3904512

3. Aufruf zur Blockade des Bundestages

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:43

Für den "Tag X" der geplanten Verabschiedung des neuen Asyl-Beseitigungsgesetzes rufen verschiedene Gruppen und Bündnisse - jeder für sich und alle gemeinsam - zu einer Demonstration und zur Blockade des Bundestages auf. Nach derzeitigem Stand der Dinge soll der Tag X die zweite und dritte Lesung der neuen Gesetzgebung im Bundestag sein. Wenn es nach den Vorstellungen der großen Asylverhinderungskoalition geht, wird das um den 12. März oder zwei Wochen später sein.

Ein bundesweites Bündnis aus "Autonomen-, Antifa- und Flüchtlingsgruppen" hat einen Aufruf mit dem Titel "Die Brandstifter sitzen in Bonn" herausgebracht. Unter den Forderungen "Grenzen auf für alle, Ausweitung statt Abbau des Artikel 16 GG, keine ‚Out-of-Area`-Einsätze der Bundeswehr, keine Abschiebung von Roma und Sinti und für ein eigenständiges Bleiberecht für Frauen und die Anerkennung des Sexismus als Fluchtursache!" will man sich am Tag X ab 6 Uhr morgens auf einem (anzumeldenden) Kundgebungsplatz versammeln, um anschließend und rechtzeitig mit der Blockade des Bundestages zu beginnen. Wenn man nicht so nahe herankommt, wird man das Gelände etwas weiträumiger umgeben und auf jeden Fall eine Protestdemonstration zustandebringen.

Parallel oder auch gemeinsam ruft für den gleichen Tag eine Aktion Asylrecht im Netzwerk-Friedenskooperative (praktisch ein Fortsetzungsbündnis des Trägerkreises der Bonner Demonstration im November) unter dem Motto "Wir sagen NEIN zum Bonner Asyl,kompromiß` - Grundrechte verteidigen! - Flüchtlinge schützen! - Rassismus bekämpfen!" zu Aktionen "für ein uneingeschränktes Asylrecht!" auf. In diesem Bündnis geht es "logischerweise" etwas komplizierter zu. Bisher wird zu einer bundesweiten Demonstration ab 8.30 Uhr an der Bannmeile aufgerufen. Daneben wird zu allen möglichen Aktivitäten, einem Hearing und zu dezentralen Aktionen aufgefordert. "Ergänzend" zu dem Demonstrationsaufruf, so heißt es, "wollen zahlreiche z.T. prominente Einzelpersonen zum Zivilen Ungehorsam durch eine ‚friedliche Belagerung' aufrufen und dafür eine Verletzung der sogenannten Bannmeile in Kauf nehmen". Wir verstehen alle, was gemeint ist.

Es gibt nun schon einen Aufruf dieser zahlreichen und z.T. prominenten Persönlichkeiten. "Für das Menschenrecht auf Asyl - Gegen die Demontage des Grundgesetzes" wird aufgerufen, "den Deutschen Bundestag friedlich zu belagern". Initiatoren und Erstaufrufer sind Prof. Dr. Joachim Hirsch, Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack. Damit es wirklich zahlreich wird und der Aufruf gegebenenfalls entsprechend in der Presse plaziert werden kann, die man bei solchen Aktionen bekanntermaßen gegen sich weiß, werden dafür vom Komitee für Grundrechte Unterschriften gesammelt.

Also demnächst im März, wenn der Bundestag die neuen Gesetze unter Dach und Fach bringen will, wollen alle demokratischen und linken Kräfte, die dagegen eintreten, in Bonn zumindest noch einmal das große Chaos stiften. Die Provinzatmosphäre im kleinen, engen Bonn wird ein übriges dazutun. Die einen wollen es legal, die anderen ausdrücklich friedlich und die übrigen ohne Hauerei. Vorbild ist offenkundig die Bundestagsblockade, als der Bundestag der Stationierung der neuen Atomraketen seinen endgültigen Segen gab. Wir können unserem Ärger Luft machen, bzw. die Asylverhinderer ärgern. Auch wenn nicht davon auszugehen ist, daß die Parlamentarier dem linken "Druck der Straße" weichen werden; daß sie dem rechten Druck der Straße nachgeben würden, wäre offenkundig eine Beschönigung der Angelegenheit.

HH

Die Termine für die nächsten Vorbereitungstreffen können wir hier nicht preisgeben, weil beide Bündnisse erst an diesem Wochenende tagen ...

Wer nähere Informationen und Material will, wende sich an:

Infoladen Wuppertal

Brunnenstraße 41

5600 Wuppertal 1

Tel: 0202-311790

Trägerkreis Aktion Asylrecht

c/o Büro Friedenskooperative

Römerstraße 88

5300 Bonn 1

Tel: 0228-692904 (06 Fax)

Komitee für Grundrechte

c/o Klaus Vack

An der Gasse 1

6121 Sensbachtal

4. Wird Seth Quartey abgeschoben?

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:39

Seth Quartey, 36jähriger Student aus Ghana, soll aus der BRD abgeschoben werden. So sieht es die Ausländerbehörde vor.

Seth Quartey, seit 1979 in der BRD, studierte zunächst an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) und erlangte dadurch die Möglichkeit an der Uni Sozialwissenschaften zu studieren. Mittlerweile befindet er sich in der zweiten Phase seines Hauptstudiums und könnte sein Studium bald abschließen. Ein erforderlicher Abschluß für Seth, der anschließend in Ghana im Auswärtigen Dienst arbeiten möchte.

Doch seit 1991 verlieren Ausländer die bereits ein Studium absolviert haben oder länger als 10 Jahre in der BRD leben, ihre Aufenthaltsberechtigung. Dieses Gesetz wird nun gegen Seth angewendet. Seine Beschwerden gegen die geplante Abschiebung wurden von den verschiedenen Gerichtsinstanzen verworfen. Kurz vor Weihnachten letzten Jahres wurde sein Paß beschlagnahmt.

Ihm verblieb nur noch der Weg über den Petitionsausschuß der Hamburger Bürgerschaft. Unterstützt wurde Seth dabei von Uni-Präsident Lüthje, von ProfessorInnen, dem ASTA, den Akademischen Auslandsämtern, Bischöfin Jepsen, der ghanaischen Botschaft und Studierenden.

Der Petitionsausschuß ließ sich davon nicht beeindrucken und lehnte die Bitte ab. Die Ablehnungsquote dieser Einrichtung liegt bei Ausländerpetitionen bei stolzen 98%. (taz 19.1.93)

Daraufhin wurde vom ASTA der Uni Hamburg für den 28.1.93 zu einer Demonstration zur Verhinderung der für den 3.2.93 geplanten Abschiebung von Seth aufgerufen.

Über 800 Studierende und einige ProfessorInnen zogen vom Campus in Richtung des weiträumig abgesperrten Rathausmarktes. Lediglich eine Delegation der Demonstration wurde ins Rathaus vorgelassen, die die Aufforderung, den Entscheid des Petitionsausschusses aufzuheben, vorbrachte. Als Folge der Proteste wird am 10.2.93 jedoch noch einmal in der Bürgerschaft über den "Fall Seth Quartey" verhandelt. Sollte die Abschiebung verhindert und in eine befristete Aufenthaltsgenehmigung umgewandelt werden, wäre dies sicherlich eine Reaktion auf die Proteste und den mittlerweile erlangten Bekanntheitsgrad von Seths Situation. Viele andere Menschen können auf diese Unterstützung nicht zurückgreifen und werden ungehindert aus der BRD abgeschoben.

gg

5. " Der Pakt von Rostock" - falsche Fährte oder heiße Spur?

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizei; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:46

Wie alle Welt weiß, geschah am Montagabend, dem 24.8.1992, im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen Ungeheuerliches: Nachdem bereits zwei Abende lang (Sonnabend und Sonntag) ein rassistischer Mob von vielen hundert Personen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber des Landes Mecklenburg-Vorpommern (ZAST) sowie das benachbarte Vietnamesen-Wohnheim belagert und angegriffen hat (Steinwürfe, Eindringen ins Haus und Verwüstung von Zimmern), zieht die Polizei am Montag abend um 21.00 Uhr ihre letzten noch am Ort postierten Einsatzkräfte zurück und überläßt der rassistischen Meute und ihrer faschistischen Vorhut das Haus. Diese setzt daraufhin die unteren Stockwerke des Wohnheims in Brand (die ZAST-Bewohner hatte man bereits am Vormittag ausquartiert), in welchem sich zu diesem Zeitpunkt noch über 100 Personen befinden (v.a. Bewohner sowie einige solidarische Deutsche, ein paar Wachmänner und ein ZDF-Kamerateam). Diese können sich vor den Flammen und vor allem vor der Rauchentwicklung nur durch Zufall auf das Dach des Wohnblocks retten und entgehen so "nur durch Glück dem Tode". (FAZ, 28.1.)

Zweifellos fügte sich dieses "nützliche Pogrom" (ak 345 vom 26.8.92) damals ganz hervorragend in die von den Politikern im Rahmen ihrer Asylpolitik betriebene "Asylanten"hetze ein, so daß wir die Angriffe und v.a. ihre "Erfolge" als von den Herrschenden erwünscht einschätzten. Deshalb stellte sich die Frage, "ob es unter den Beteiligten eine direkte Absprache gab oder ob es sich um ein `freies' Zusammenspiel der reaktionären Kräfte handelte". (ak 348) Eine umfangreiche Detailuntersuchung sowohl der Vorgänge um die ZAST vor dem Pogrom als auch von dessen Ablauf (siehe ak 348) führte zu folgendem Resumee:

"Hieb- und stichfeste Beweise für die staatliche Inszenierung des Rostocker Pogroms fehlen bisher. Aber es scheint uns schlechterdings unmöglich, ein halbwegs stichhaltiges Szenario zu konstruieren, in dem alle Fehleinschätzungen, Pannen und Ausfälle altgedienter Polizeiprofis, in dem die Unstimmigkeiten, Widersprüche und offenen Lügen in der offiziellen Darstellung der Abläufe erklärt und die zahlreichen offenen Fragen aufgelöst werden. Eine Vielzahl von Indizien bleibt, die in keines dieser Szenarien von Unfähigkeit, Dilettantentum oder `Verkettung unglücklicher Umstände' paßt."

Daß der eingesetzte Landtagsuntersuchungsausschuß von sich aus die Aufklärung des polizeilichen Verhaltens während der Pogromabende vorantreiben würde, war nicht zu erwarten. Unter CDU-Vorsitz und mit absoluter Regierungsmehrheit ausgestattet, wurden zunächst einmal ausführlich die Geschichte der ZAST und die dort herrschenden Zustände unter die Lupe genommen - nicht unbedingt schmeichelhaft für die SPD. Denn obwohl zwischen dem Land Mecklenburg und der Stadt Rostock ein Zuständigkeitswirrwarr hinsichtlich der Verwaltung der ZAST existierte, lag doch der größere Teil der Verantwortung bei der in Rostock regierenden SPD, wo vor allem deren zuständiger Innensenator Magdanz von einem bestimmten Zeitpunkt an die katastrophalen Zustände eskalieren ließ und sich zugleich durch die rassistische Stimmung anheizende Äußerungen in der Öffentlichkeit hervortat. (siehe ak 348)

Die Landesregierung tut von sich aus selbstverständlich erst recht nichts, um durch Herausgabe aller verfügbaren Polizeiberichte, Sitzungsunterlagen usw. irgend etwas zur Aufklärung der skandalösen Vorgänge beizutragen. Kein Wunder, schließlich hielt sich Innenminister Lothar Kupfer (CDU) an jenem Montag (fast) permanent in den polizeilichen Entscheidungszentren in unmittelbarer Nähe des ZAST-Gebäudes auf. Er dürfte mithin an allen wesentlichen Entscheidungen beteiligt gewesen sein, was ihm bisher allerdings noch nicht hieb- und stichfest nachzuweisen war. Kupfer, der im unmittelbaren Anschluß an das Pogrom den "Kernauftrag der Polizei" als erfüllt bezeichnete, weil den Ausländern schließlich "kein Haar gekrümmt worden" sei, hält auch heute noch daran fest, daß die Polizei ihre Aufgabe in Rostock "vorbildlich erfüllt" habe. (Tagesspiegel, 30.1.)

Einige neue Erkenntnisse

Seit Ende Januar scheint es nun plötzlich doch größere Fortschritte in der Untersuchungsarbeit des Ausschusses zu geben. Nach der erstmaligen Vernehmung des für die damaligen Polizeieinsätze zuständigen

stellvertretenden Polizeidirektors Deckert am 15. Januar drohte der Ausschuß dem Innenministerium die Beschlagnahme sämtlicher Polizeiakten an, wenn diese nicht bis zum 20. Januar übergeben seien. (FR, 18.1.)

Einsatzleiter Jürgen Deckert ist zweifellos eine, wenn nicht sogar die Schlüsselfigur, um den Geschehnissen an jenem Montagabend auf den Grund zu kommen. Vor dem Ausschuß gab er an, daß es an jenem Montag gegen 17.30 Uhr Erkenntnisse gegeben habe, "daß mit schweren Auseinandersetzungen zu rechnen sei". Er habe daraufhin vom Leiter der Rostocker Polizeidirektion Kordus zwei zusätzliche Polizeihundertschaften angefordert, "die ihm aber verweigert worden seien". Kurz danach, um 18.00 Uhr, habe er erfahren, "daß zwei bislang eingesetzte Hamburger Hundertschaften ohne ausreichenden Ersatz abgezogen werden sollten". (alle Zitate nach FAZ, 16.1.)

Tatsächlich hatte ihm sein Vorgesetzter, der zu diesem Zeitpunkt nur noch kommissarische Rostocker Polizeichef Kordus (der damals bereits zum Leiter des Mecklenburger Kriminalamtes befördert worden war), nach dessen eigenen Angaben die Anweisung gegeben, entsprechend einer Bitte aus Hamburg die Hamburger Beamten abzuziehen, freilich, so Kordus, mit dem Zusatz, "falls es die Lage erlaubt". (SZ, 5./6.12.92)

Schließlich ist auch noch der oberste Polizeibeamte des Landes, Hans-Heinrich Heinsen (übrigens ebenso wie die beiden zuvor genannten ein Import aus der Schleswig-Holsteinischen Barschel-CDU, vgl. ak 348), in diesen Vorgang involviert. Nach Darstellung des "Spiegel" (53/92) "befahl er vom Schweriner Schreibtisch aus, die Hamburger Hundertschaften aus dem Gesamteinsatz herauszulösen", da er, so jedenfalls der "Spiegel", den Beteuerungen der Rostocker Polizeiführer glaubte, sie hätten die Gesamtlage in Lichtenhagen im Griff. Bei seiner Vernehmung vor dem Schweriner Ausschuß hat Heinsen am 22.1.93 diese Darstellung im wesentlichen bestätigt. Zugleich führte er jedoch eine neuartige Deutung der Vorgänge in die Untersuchung ein, die die Aufmerksamkeit der Medien und in besonderer Weise der "taz", die auch entsprechende Dokumente präsentieren konnte, auf sich zogen.

Einigermaßen rekonstruierbar sind inzwischen die polizei-internen Abläufe, die zur Folge hatten, daß die Staatsmacht in jenen entscheidenden anderthalb Stunden, in denen das Vietnamesen-Wohnheim in Brand gesteckt wurde, nicht präsent war: Kurz nach 20.00 Uhr beginnt Deckert, der sich ca. zwei Kilometer entfernt im Polizeieinsatzzentrum Lütten Klein befindet, bei scheinbar ruhiger Lage die Anweisung seines Vorgesetzten Kordus umzusetzen, die zwei Hamburger Hundertschaften herauszulösen. Zugleich gibt er der Ersatztruppe, einer Schweriner Hundertschaft, die in unmittelbarer Nähe der ZAST postiert ist, den Befehl, nun nicht mehr vor die ZAST aufzuziehen: "Die polizeilichen Maßnahmen sind beendet", so Deckerts Funkspruch. (taz, 1.2.) Die Umsetzung dieser Anweisung verzögert sich jedoch um eine Stunde, da die abziehenden Hamburger Einheiten plötzlich von 500 Faschisten massiv angegriffen werden (34 Verletzte), so daß die Schweriner ihnen zu Hilfe eilen, um den Abzug zu ermöglichen. Nachdem dies geschehen ist, sind die Kräfte offenbar so gruppiert, daß sich die Angreifer zwischen der Schweriner Polizei und der ZAST bzw. dem Vietnamesen-Wohnheim befinden. Wenn-Karamnow, der Schweriner Hundertschaftsführer, funkt darauf an Deckert: "So ist der Einsatz wenig sinnvoll" und fordert weitere Kräfte an. Statt dessen erhält er erneut und auch nach mehrfachen Rückfragen den Befehl, sich zurückzuziehen. (taz, 1.2.) Ca. eine halbe Stunde später (die Schweriner sind abgezogen) beginnen die Faschisten ungehindert, das Wohnheim zu stürmen und in Brand zu setzen.

Die Polizei

lanciert Informationen

Landespolizeichef Heinsen hat diesen Vorgängen vor dem Untersuchungsausschuß am 22.1. durch folgende neue Informationen eine Erklärung zu geben versucht: "Deckert habe mit dem Rückzug der Polizeikräfte vom Asylbewerberheim auf einen anonymen Anruf reagiert", der einen "Waffenstillstand" angeboten habe: Die Polizei solle sich "zurückziehen und zurückhalten". Heinsen: "Es war der Versuch einer De-Eskalation, wenn auch ein mißglückter." (FR, 23.1.) Dies scheint zunächst ein relativ sensationelles Eingeständnis zu sein, wenngleich es nicht unbedingt überraschend ist, kursierten doch schon unmittelbar nach dem Pogrom Gerüchte, es hätten so etwas wie Verhandlungen zwischen Polizei und Rechtsextremisten stattgefunden (vgl. ak 348).

Die "taz", die diese neue Entwicklung vor dem Schweriner Untersuchungsausschuß in ihrer aktuellen Berichterstattung zunächst völlig verschlafen hatte, kann eine Woche später groß aufmachen: "In Rostock geht ein Licht auf / Das Versagen der Polizei war abgesprochen" (taz, 30.1.). Und am 1.2. auf Seite 3: "Der Pakt von Rostock". Der Zeitung liegen offenbar Polizei-Einsatzprotokolle vor, die dem Untersuchungsausschuß vom Innenministerium kurz vor Ablauf der gesetzten Frist am 20.1. übergeben worden waren. Danach hat sich folgendes zugetragen: Kurz nach 21.00 Uhr unterbreitet einer der Gewalttäter dem Hundertschaftsführer Bleek, der ein paar Hundert Meter vom Wohnheim entfernt an der S-Bahn-Brücke postiert ist, einen Waffenstillstand unter der Bedingung, daß sich die Polizei zurückzieht. Dann wollten sie (die Faschisten) sich mit eigenen Augen davon überzeugen, daß die ZAST tatsächlich leer sei. Außerdem wollten sie sich mit der Polizeiführung treffen. Dieses "Angebot" wurde von Bleek an Deckert weitergegeben, der, so die "taz", zugegeben habe, daß er bereit gewesen sei, darauf einzugehen, aus dem "Abkommen" aber trotzdem nichts geworden sei, weil der anonyme "Anrufer" sich nicht erneut gemeldet habe. (Die taz bezieht sich hier auf Deckerts Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß, dazu weiter unten mehr.)

Die "taz" fragt nun: "Wie kam es dann aber zu dem Rückzugsbefehl an Wenn-Karamnow? Kurz nach dem Angebot war über Funk die Meldung `Beruhigung der Lage in Groß Klein', einem Nebenschauplatz, gekommen. War das für Deckert der Hinweis, `die meinen es ernst'? War das Angebot eine Chance, den nächtelangen Kampf zu beenden?" Aus dem "anonymen Anruf", von dem Heinsen und noch vor diesem übrigens auch Deckert vor dem Untersuchungsausschuß sprachen (und der, wie die taz-Darstellung zeigt, gar kein Anruf war, sondern eine persönliche Kontaktaufnahme zu einem Hundertschaftsführer; ein Widerspruch in ihrer eigenen Darstellung, den die taz offenbar gar nicht bemerkt), wird im taz-Bericht nun "der Pakt von Rostock". Eine (wie gleich gezeigt werden soll) mit Ungereimtheiten belastete Behauptung, die freilich von der taz mit zwei äußerst gewichtigen Fakten unterlegt wird. Zum einen mit einem im Faksimile wiedergegebenen Auszug aus dem Protokoll des Polizeihauptkommissars Skrocki, der darin schreibt: "22.42 Uhr: Ich betrat die Diensträume des DGL der PI Lütten Klein, um endlich Unterstützung für meine beiden bedrängten Züge an der Brücke zu erwirken und hörte wie POR Deckert sagte, daß die Polizei ein Abkommen mit den Störern habe und daß sie sich vor Ort nicht sehen lassen dürfe!" Zum zweiten referiert die taz den Bericht des Hundertschaftsführers Wenn-Karamnow zu der oben geschilderten Situation, als er sich um kurz nach 21.00 Uhr mit seinen Leuten aus dem Bereich der ZAST entfernen soll, um sich mit ihnen in die Einsatzzentrale Lütten Klein zu begeben. Dort angelangt, fragt er Deckert, "warum er zurückziehen sollte. Und traut seinen Ohren kaum: Deckert antwortet, es gebe eine Art Waffenstillstand mit den Störern."

Die taz-These von der Existenz eines "Waffenstillstandsabkommens" zwischen Polizei und faschistischen "Störern" wird somit einzig aus dem Angebot des anonym gebliebenen Faschisten an den Hundertschaftsführer Bleek hergeleitet - eine Spur, die, wie dargestellt, eine Woche zuvor durch den Leiter der mecklenburgischen Polizei, Heinsen, gelegt worden war. Eine freilich stark verwischte Spur, denn der "anonyme Anrufer" (Heinsen; taz, 1.2.) war, wie die Darstellung der taz selber zeigt, überhaupt kein Anrufer, denn das Angebot wurde durch Bleek per Telefon an Deckert weitergeleitet. Daß hier womöglich eine falsche Fährte gelegt werden soll, ergibt sich eventuell auch daraus, daß ja auch Deckert (wahrscheinlich gemäß einer Absprache) in seiner Aussage vor dem Ausschuß am 15.1. von einem "Anruf" sprach, welcher ihn persönlich mit dem Faschisten verbunden hätte. In Deckerts Bericht freilich hört sich der Vorgang ganz unspektakulär an - womöglich der Grund dafür, daß in der Presse darüber gar nicht berichtet wurde. Nach Deckerts Darstellung hätte er dem Anrufer geantwortet, daß die Bedingungen für einen "Waffenstillstand" einzig die Polizei stelle und der Anrufer die Ernsthaftigkeit seines Angebots zunächst einmal dadurch unter Beweis stellen solle, daß sich die "Störer" von der ZAST zurückziehen. Danach werde man weitersehen, er könne dann noch mal anrufen.

Eine weitere Merkwürdigkeit ergibt sich dadurch, daß der von der taz faksimilierte Bericht des Polizeihauptkommissars Skrocki überhaupt erst am 15.1.1993 abgefaßt wurde; zudem stimmt die Zeitangabe (22.42 Uhr) auf keinen Fall, denn zu diesem Zeitpunkt (die unteren Stockwerke des Wohnheims brannten inzwischen lichterloh) war die Polizei auf Anweisung Deckerts nun doch wieder vor dem ZAST-Gebäude aufgezogen. Die Feuerwehr konnte endlich mit den Löscharbeiten beginnen, und Deckert war, wie durch zahlreiche Zeugen bestätigt werden kann, selbst wieder am Ort. (siehe FR, 4.2.)

Schließlich taucht im taz-Bericht ein weiterer Widerspruch auf: Wie bereits oben dargestellt, hat Deckert den Rückzugsbefehl an den Hundertschaftsführer Wenn-Karamnow (der die völlige Entblößung des

ZAST-Gebäudes bedeutete) erstmalig bereits um 20.00 Uhr ausgegeben, also eine Stunde bevor es zum angeblich durch den "Anruf" veranlaßten Pakt zwischen Polizei und rassistischen Sturmtrupps gekommen war.

Wen deckt Deckert?

Die von Heinsen, dem obersten Polizeibeamten von Mecklenburg-Vorpommern, ausgelegte Spur des "anonymen Anrufs" (Heinsen: "Ich habe nur diese eine Erklärung für das Zurücknehmen der Kräfte"; Neue Zeit, 25.1.) hat erkennbar folgenden für die Polizeiführung nützlichen Effekt: Mit ihr kann die Verantwortung für den Rückzug der Polizei bei Deckert placiert werden. Dieser zieht es seit seiner erneuten Vorladung vor den Ausschuß (nach Heinsens Auftritt), obwohl nun stark belastet, allerdings vor, zu schweigen und jegliche weitere Aussage zu verweigern. Dabei hatte er bei seiner ersten Vernehmung durch den Landtagsausschuß die schon erwähnten Angaben gemacht, die vor allem seinen Vorgesetzten Kordus belasten und die mit den von ihm am Montagabend veranlaßten oder unterlassenen Maßnahmen kontrastieren: So lagen laut Deckert am Montag um 17.30 Uhr Erkenntnisse vor, daß mit schweren Auseinandersetzungen zu rechnen sei. Kordus habe ihm aber nichtsdestotrotz zwei Hundertschaften verweigert. Ergänzend zitiert der "Spiegel" (53/92) aus einem Hamburger Einsatzprotokoll, nach welchem die Bereitstellung von mehr Polizisten zunächst zugesagt, dann aber offenbar wieder zurückgezogen wurde. Deckert, der dies den Hamburgern Polizisten mitteilt, wird mit den Worten zitiert: "Ich glaube, ich werde politisch allein gelassen."

Was Kordus betrifft, hat dieser laut Heinsen sein (Heinsens) Angebot auf zusätzliche Hilfe abgelehnt. Andererseits jedoch behauptet Kordus, folgt man nun seiner Aussage vor dem Ausschuß, er habe sich "am Montag, dem 24. August, in der Direktion einmal direkt an den Minister gewandt, da er angesichts der sich zuspitzenden Lage den `Landesalarm' für die Polizei habe auslösen wollen". (FAZ, 30.1.93) Womit Kordus, zumindest mit dieser Aussage, die Verantwortung an Innenminister Kupfer weitergereicht hätte, der, seit Sonntag nachmittag (23.8.) in Lichtenhagen anwesend, "sich ... immer an Kordus (hielt), in dessen Zimmer er ein und aus ging. Mit ihm setzte er sich an beiden Tagen ... mindestens dreimal zu ausführlichen Gesprächen zusammen." (Spiegel 53/92)

Und Kupfer sprach nicht nur mit Kordus. An jenem Montag gab es ein Treffen (nach Informationen des Westberliner "Antifa-Infos" Nr. 20a vormittags, nach Angaben der SZ vom 24.11. am Nachmittag), an dem nicht nur Kupfer und Kordus, sondern auch Mecklenburgs Ministerpräsident Seite sowie Bundesinnenminister Seiters teilnahmen. Es ist nach wie vor völlig unklar, was dort abgesprochen wurde.

Keinesfalls soll hier die Möglichkeit der Existenz eines Abkommens zwischen faschistischen Stoßtrupps und der Polizei in Abrede gestellt werden. Daß es dergleichen gegeben haben könnte, ließe sich z.B aus der im taz-Artikel wiedergegebenen Äußerung des Hundertschaftsführers Wenn-Karamnow schließen, die in einem bereits im September verfaßten Bericht niedergelegt ist; auch die Niederschrift des Polizeihauptkommissars Skrocki könnte dafür sprechen, selbst wenn sie erst am 15.1. veranlaßt wurde und man sich offensichtlich bei den angegebenen Zeiten um eine Stunde vertan hat. Was jedoch Heinsen und die taz bisher als "Abkommen" verkaufen wollten, kann als solches kaum bezeichnet werden und dürfte eher dem Zweck dienen, die Aufmerksamkeit von einem womöglich tatsächlich existierenden Arrangement oder von internen Politiker-Absprachen abzulenken.

Stimmiger als der mit heißer Nadel gestrickte taz-Bericht erscheinen da schon Hinweise des neuen Rostocker Polizeichefs Hempel, daß seinen Informationen zufolge über Funk verhandelt worden sei - allerdings datiert auch er den Beginn dieser möglichen Verhandlungen erst auf 21.00 Uhr. (FR, 5.2.) Zu diesem Zeitpunkt aber hatte sich die Polizei schon auf den entsprechenden Befehl von Deckert zurückgezogen, hatte Kordus am Nachmittag bereits die zwei angeforderten Hundertschaften verweigert. (Oder war dies Kupfers Entscheidung? Das jedenfalls hatte der "Spiegel" (48/92) berichtet, dem dies zu behaupten von Kupfer freilich per einstweiliger Verfügung untersagt wurde.) Hingewiesen sei auch auf die mehr als merkwürdige Tatsache, daß just am Montag abend sowohl Kupfer als auch Kordus um 20.00 bzw. 19.00 Uhr nach Hause fuhren, angeblich, wie sie später beide behaupteten, um das Hemd zu wechseln.

Schließlich sei in diesem Zusammenhang noch einmal an den Sonntagabend erinnert, als reichlich Polizeikräfte zusammengezogen worden waren, um die Ausschreitungen zu beenden. Doch vergeblich warteten sie auf das Signal zum Einsatz. In diesem Zusammenhang äußerte Jürgen Deckert: "Es ist richtig,

daß die Aktion `Die Sonne scheint' geplant war. Ich selbst habe dieses Konzept entwickelt. Und es ist auch richtig, daß es nicht in die Tat umgesetzt wurde." (SZ, 21.9.) Warum nicht, auch das liegt bis heute im Dunkeln.

J./Westberlin, 5.2.93

6. Eine legal illegale Verbannung

Israel/Palästina

Rubrik: Israel / Palästina; Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:44

"Morgen früh ist Israel ein anderes Land." (Chaim Ramon, Fraktionsführer der Arbeitspartei)

"Nach 44 Jahren Dauerkonflikt im Nahen Osten hat der Frieden eine echte Chance." (Hirsh Goodman, Chefredakteur des "Jerusalem Report")

"Die israelischen Massen haben ihre Stimmen für den Frieden abgegeben." (Yassir Arafat, Vorsitzender der PLO)

Kommentare zum Wahlsieg der Arbeitspartei im Juni 1992

Ein halbes Jahr später und vor nunmehr acht Wochen hat die israelische Regierung 413 Palästinenser, die sie der Hamas (Islamische Widerstandsbewegung) oder dem sog. Dschihad Islami zurechnet, in das libanesische Bergland, in einen zum "Niemandsland" erklärten Streifen zwischen der von Israel beanspruchten "Sicherheitszone" und dem souveränen Libanon, verbannt. (1) Die Verbannten haben seither keine wesentliche Erleichterung erfahren, von einer Aussicht auf Erfüllung ihrer Forderung nach sofortiger Aufhebung der Verbannung ganz zu schweigen.

In den ersten Wochen nach der Verbannung hatten Israel und der Libanon in einem widerwärtigen Prinzipienstreit die Versorgung der Lagerinsassen verhindert. Eine Klage gegen die israelische Regierung, diese Versorgung nicht zu behindern, wurde vom Gericht mit dem bodenlosen Zynismus abgelehnt, die Verbannten befänden sich im Libanon und man dürfe sich nicht in dessen innere Angelegenheiten einmischen. Nachdem die internationale Kritik entgegen der Erwartung der israelischen Regierung nicht verstummte, nachdem auch die USA zu "mehr Flexibilität" aufforderten, haben Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes das Lager aufsuchen, mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgen sowie schwer Erkrankte und "irrtümlich" Verbannte zurückführen können. Gleichwohl verschlimmert sich die Lage der Verbannten zusehends. Als Schutz vor Kälte und Schneestürmen dienen den Lagerinsassen lediglich Zelte. Verursacht durch die völlig ungewohnt niedrigen Temperaturen, durch fortwährende Nässe, fehlende sanitäre Einrichtungen und Mangelernährung ist die Hälfte der Verbannten bereits erkrankt.

Die israelische Regierung übt sich derweil, gestützt von Volkes Stimme und unterstützt vor allem von den USA, in Schadensbegrenzung und Aussitzen.

91 Prozent

Eine unmittelbar nach der Verbannung sowie eine eine Woche danach unter der jüdischen Bevölkerung Israels durchgeführte Repräsentativumfrage ergab eine Zustimmung von 91 Prozent der Befragten zu der Regierungsaktion. Ist dieses Ergebnis für sich genommen schon erschreckend genug, zeigt es doch, in wie geringem Maße unter den jüdischen Israeli die Bereitschaft zu einer Kompromißlösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes vorhanden ist, wird dieses Ergebnis noch erschreckender, wenn die weiteren Resultate dieser Umfrage betrachtet werden.

Nach der Frage zur Einstellung zu der Verbannung war gefragt worden: "Wie werden die Deportationen auf den Terrorismus wirken?" Vorgegeben waren drei Antwortmöglichkeiten: 1) Die Verbannung werde den Terrorismus reduzieren, 2) keinen Effekt auf den Terrorismus haben, 3) den Terrorismus ansteigen lassen. 24% waren der Meinung, daß die Verbannung keinen Effekt habe, 28%, daß der Terrorismus zunehmen werde. D.h., daß 52%, und damit mehr als die Hälfte der Befragten, die die Verbannung guthießen als Ergebnis keinen oder sogar einen gegenteiligen Effekt annahmen. Die Öffentlichkeit wisse sehr gut, kommentierte ein Journalist in "Haaretz" diese Ergebnisse, "daß alle Behauptungen, wie sehr die Deportationen dem Kampf gegen den Terrorismus nützen, Müll und Unsinn sind", sie unterstütze - "mit Terrorismus oder ohne, mit Grund oder ohne, mit praktischem Nutzen oder ohne" - Deportationen aus dem einfachen Grunde, "weil sie Deportationen mag."

Ist diese Polemik in ihrem Zorn auch überspitzt, geht sie doch nicht völlig an der Gestimmtheit der jüdischen Israeli vorbei. Einer Gestimmtheit, der auch die seit Einzug "ihrer" Meretz-Minister (2) in die Regierung

entschlafene Protestbewegung entweder verfallen ist oder ihr zumindest nichts entgegenzusetzen hat. Die Proteste gegen die Verbannung werden vornehmlich von palästinensischen Israeli (d.h. palästinensischen StaatsbürgerInnen Israels) getragen, wenn auch die tapfere Unterstützung der Proteste durch jüdisch-israelische Anwälte, Menschenrechtsorganisationen und sogar einige Knesset-Mitglieder von Arbeitspartei und Meretz nicht gering zu schätzen ist.

Hamas und Fatah

Die Kalkulation der israelischen Regierung, sie werde sich mit den arabischen Ländern wegen der Verbannung keinen nennenswerten Ärger einhandeln, da diese mit den eigenen Islamisten schon genug Ärger haben ist (bisher) aufgegangen. Bei einer Sondersitzung der Außenminister der Staaten der Arabischen Liga war zwar die Verbannung - erwartungsgemäß - verurteilt worden, von einem Boykott der Nahostverhandlungen bis zur Rückführung der Verbannten in ihre Heimatorte war jedoch keine Rede. (Rabin vermerkte dies mit Befriedigung: Den Arabern gegenüber müsse man halt Stärke zeigen ...) Wenn nun arabische Staaten doch Sanktionen gegen Israel im UN-Sicherheitsrat durchsetzen wollen, ist dies kaum mehr als das übliche Maulheldentum zur Ruhigstellung der eigenen Bevölkerung, können sie doch sicher sein, daß die USA rechtzeitig mit ihrem Veto zur Stelle sind. Überdies soll Syrien signalisiert haben, im Fortbestehen der Verbannung kein Hindernis für die Teilnahme an der anstehenden nächsten Runde der Nahostgespräche zu sehen; Jordanien soll sich in ähnlicher Weise geäußert haben.

Die Palästinenser, und insbesondere die Gruppierungen, die auf eine politische Lösung und einen Staat Palästina neben Israel hinarbeiten, sind einem doppelten Dilemma ausgesetzt. Zum einen hat "arabische Brüderlichkeit" meist ihr Ende, wenn`s etwas ernster wird; aller Voraussicht nach wird die Weigerung der palästinensischen Delegation, vor Rückführung der Verbannten an den Nahostgesprächen teilzunehmen, von keinem der an den Gesprächen beteiligten arabischen Staaten auch praktisch unterstützt. Zum anderen ist die PLO und ist insgesamt der eine politische Lösung anstrebende Teil der Palästinenser in eine Solidarität mit Hamas gezwungen. (3)

Die bizarrste Rechtfertigung der Verbannung, die aus der Ministerrunde der Koalitionsregierung verlautete, war, es müsse "zwischen Frieden und Hamas" gewählt werden (Rabin). In gleichem Sinne, aber noch einen Schritt weiter ging (der jüngst zum Umweltminister ernannte) Yossi Sarid von dem linksliberalen Parteienbündnis Meretz, der - ganz "selbsternannter Experte in arabischer Massenpsychologie", wie in der israelischen Tageszeitung "Dawar" gespöttelt wurde - behauptete, die Verbannung der (angeblichen) Hamas-Aktivisten würde die PLO stärken, und sich mit der Forderung, man müsse nun der PLO die Hand reichen, der Repräsentatin der Palästinenser gleichsam als Partner im Kampf gegen Hamas andiente.

Wie gar nicht anders zu erwarten, hat die Verbannung einen Solidarisierungseffekt unter den PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten und auch in Israel selbst ausgelöst, wird doch das Vorgehen der israelischen Regierung gegen die Islamisten als Bedrohung aller Palästinenser gesehen. Ziad Abu Zayyad, Berater der palästinensischen Delegation bei den Nahostgesprächen, wies die Behauptung, die Verbannung werde eine Schwächung von Hamas und eine Stärkung der PLO bewirken, zurück: "Tatsache ist, daß die Bevölkerung in den besetzten Gebieten mit jedem sympathisiert und sich mit ihm identifiziert, der ein Opfer der Besetzung geworden ist. Ich würde sagen, diese Aktion stärkte Hamas und gab ihr zusätzliche Popularität." Und der zu den moderaten Kräften zählende palästinensische Bürgermeister Elias Freij stellte klar: "PLO und Hamas - wir sind alle ein Volk, eine Familie."

Während sich die Mitglieder von Fatah und Hamas, den stärksten Gruppen in den besetzten Gebieten, seit Beginn der Intifada befehdet, einander blutige Schlachten geliefert und gegenseitig ermordet hatten, ist es jetzt auf Grund der Verbannung zu einer gewissen Annäherung gekommen.

Vom 2.-4.1. hat im Sudan ein erstes Treffen zwischen Vertretern der beiden Organisationen stattgefunden. Es war vorab vereinbart worden, bei den Gesprächen die politischen Differenzen beiseitezulassen. Die "diametral entgegengesetzten Absichten" von Fatah und Hamas bewirkten jedoch, berichtete die PLO-nahe "Al-Fajr", "daß sie schließlich ebensoviel Zeit aufgewendet haben, um herauszubekommen, was sie mit dem andern tun können, wie für die Überlegung, wie die israelische Besatzung zu beenden ist." Dennoch hat Hamas die prinzipielle Bereitschaft zum Anschluß an die PLO bekundet, wobei der bisherige Streitpunkt - Hamas verlangte 40% der Sitze im Palästinensischen Nationalrat - offengelassen wurde. Vereinbart wurde u.a. die

Bildung einer vereinten Intifada-Führung aller palästinensischen Gruppierungen (die Unterzeichnung der meisten - zumindest außerhalb der besetzten Gebiete bekanntgewordenen - Intifadakommuniques mit "Vereinigte Nationale Führung" drückte nicht aus, daß die Intifada von verschiedenen Kräften mit jeweils eigenen Streiktagen und Aktionen geführt wurde). Zur Beratung von Maßnahmen gegen die Verbannung wurde ein gemeinsames Komitee gebildet, das direkt Arafat untersteht, und die Vereinbarung getroffen, von gegenseitigen politischen Angriffen abzusehen.

Resolution 799

Der UN-Sicherheitsrat hatte im Dezember mit seiner Resolution 799 die sofortige Rückführung der Verbannten gefordert, Sanktionen gegen Israel wurden bei Nichtbefolgung dieser Resolution in Aussicht gestellt. Die Proteste zahlreicher, auch europäischer Länder und der mehrfache Besuch von UN-Sondergesandten konnte die israelische Regierung zu keiner nennenswerten Änderung ihrer Haltung bewegen. Ministerpräsident Rabin und Außenminister Peres, der letztere hatte anfangs noch eine leise Distanzierung von der Verbannung angedeutet, betonten während des Januar unentwegt, daß die Regierungsentscheidung nicht zurückgenommen werde.

Die israelische Regierung hatte tatsächlich auch keinen Grund zur Sorge, war doch bisher keine einzige Israel mißliebige UN-Resolution befolgt worden. Entweder verzichteten die UN von vornherein auf den ohnehin aussichtslosen Versuch einer Durchsetzung, oder aber die USA sorgten mit ihrem Vetorecht im Sicherheitsrat dafür, daß keine Sanktionen gegen Israel beschlossen werden. So wurde auch dieses Mal Israel von verschiedenen Instanzen der US-Regierung vom State Department bis zu Clinton himself zugesichert, daß die USA einen Sanktionsbeschluß gegen Israel vereiteln würden.

Angesichts dieser offen verkündeten Obstruktion der USA haben die Bemühungen des UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali, die israelische Regierung zur Rückführung der Verbannten notwendigenfalls durch Sanktionen zu zwingen, viel von einer Tragikomödie. In seiner Empfehlung an den Sicherheitsrat, gegen Israel "alle erforderlichen Maßnahmen" zur Durchsetzung der Resolution 799 zu ergreifen, klingt deutliche Resignation mit, wenn er schreibt: "Die Weigerung Israels (...) stellt eine Herausforderung der Autorität des Sicherheitsrats dar." In der internationalen Gemeinschaft gebe es ein "wachsendes Gefühl, daß der Sicherheitsrat nicht mit gleichem Nachdruck seine Entscheidungen" verfolge.

Legal illegal

Die Verbannung 1992 fußte, hieß es in der israelischen Tageszeitung "Kol Hair", ebenso wie der Libanonkrieg 1982, auf einem zuvor gefaßten Plan, der im geeigneten Moment zur Ausführung gelangen sollte. Diese Annahme hat viel für sich. Hamas und andere militant islamistische Gruppen haben zwar zu keinem Zeitpunkt die israelische Herrschaft über Westbank und Palästina auch nur ankratzen können; sie sind aber immer häufiger zu gezielten und auch tödlichen Anschlägen auf israelische Besatzungssoldaten in der Lage gewesen.

Die unmittelbare Verbannungsentscheidung ist jedoch in größter Hast durchgezogen worden. Der Justizminister und der Rechtsberater waren nur wenige Minuten zuvor über den bevorstehenden Kabinettsbeschluß informiert worden. Die Verbannung selbst sollte in der Nacht unter Umgehung der Gerichte und unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit einschließlich der Medien durchgezogen werden. Dieses Vorhaben scheiterte, da der jüdisch-israelischen Rechtsanwältin Lea Tsemel eine Information über die schon laufende Aktion zugespielt wurde und sie neben eilends alarmierten Menschenrechtsorganisationen Einspruch beim Obersten Gericht einlegte. Die Busse mit den Verbannten wurden unmittelbar an der israelisch-libanesischen Grenze (oder genauer: der Grenze zwischen Israel und der auf libanesischem Boden gelegenen israelischen "Sicherheitszone") gestoppt. Das Oberste Gericht wies zwar die Einsprüche gegen die Verbannung ab, hatte aber der Regierung auferlegt, innerhalb von 30 Tagen eine detaillierte Begründung für die Verbannung vorzulegen, auf Grund derer es dann endgültig urteilen werde.

Ende Januar urteilte das Oberste Gericht über die Rechtmäßigkeit der Verbannung. Die von Militärkommandeuren generell ausgesprochene Verbannung sei rechtsungültig. Diese Rechtsungültigkeit betreffe jedoch nicht die individuellen Verbannungsbefehle gegen die - wie das Gericht mit Hinweis auf nicht näher bezeichnete "spezielle Informationen" unterstellte - Aktivisten von Hamas und sog. Dschihad Islami, die von Militärkommandeuren auf Grund der (in den besetzten Gebieten nach wie vor gültigen) Notstandsgesetze,

die 1945 von der britischen Mandatsmacht erlassen worden waren, ausgesprochen wurden. Nach Auffassung der Richter handelte es sich im vorliegenden Fall um eine "Kollektion individueller Anordnungen", nicht um eine "kollektive Anordnung". - Dies zusammengefaßt stellt sich also die Frage: Handelte es sich um eine legale Verbannung, die illegal zustande gekommen ist, oder um eine illegale Verbannung, die kraft richterlicher Wahrheitsfindung dennoch legal ist?

Ein bißchen muß es sich faktisch doch um eine (für rechtsungültig erklärte) "kollektive Anordnung" gehandelt haben. Das Gericht wollte jedenfalls zukünftig die Möglichkeit ausgeschlossen wissen, daß Verbannungen durchgeführt werden, ohne daß den Verbannungs-Kandidaten zuvor Gehör gegeben wird, wie es bei den 413 Palästinensern im Dezember der Fall war. Jedem einzelnen Verbannten, beschloß das Gericht, müsse nun die Möglichkeit gegeben werden, persönlich vor einem militärischen Berufungsausschuß zu erscheinen und seinen Fall vorzutragen. - Was die zweite Frage aufwirft: Da keiner der direkten oder auch nur indirekten Beteiligung an der Entführung und der Ermordung des israelischen Grenzpolizisten Nissim Toledano, die zum Anlaß für die Verbannung genommen wurde, gerichtlich auch nur beschuldigt worden ist, worin besteht dann die "Darlegung des eigenen Falles"?

Das Gebot, Verbannungen nicht ohne vorherige Anhörungen auszuführen, relativierte das Gericht selbst wiederum entscheidend. Diese seien in sicherheitsbedingten Fällen denkbar, dürften aber nicht ohne konkrete und detaillierte Begründung der zwingenden Umstände durchgeführt werden. "Dutzende von Verwechslungen" im vorliegenden Falle zeigten, daß die Basis für Verbannung nicht gründlich genug geprüft worden sei.

War es anfangs eine gute Handvoll "irrtümlich" Verbannter, waren es später annähernd zwanzig, sind es jetzt, laut Gericht, schon "Dutzende". Will man darin nicht nur einen Versuch sehen (Wie krieg` ich die Kuh vom Eis?), die Verbannten nach und nach im Zehnerpack in die besetzten Gebiete zurückzubringen, lohnt die Erörterung des Begriffs "irrtümlich" Verbannter. Hierzu gehören erst einmal die etwa zehn Palästinenser, von denen das Gericht feststellte, sie seien bereits verurteilt und aus dem Gefängnis oder einem Lager für Administrativhäftlinge herausgeholt worden. Diese kleine Gruppe verfügt aber, was die Ermordung Toledanos angeht, über das allerbeste Alibi: zur Tatzeit in Haft. Damit bleiben die derzeit noch 396 Palästinenser im Lager, die - minus der vom Gericht erwähnten "Dutzende von Verwechslungen" - nicht "irrtümlich", sondern rechtmäßig verbannt worden sein sollen. Aber wie lautet die Anklage?! Bestünde auch nur eine geringe Chance für die israelische Regierung, einem oder mehreren der Verbannten mindestens eine indirekte Teilnahme an der Ermordung Toledanos nachzuweisen, sie wären sofort vor Gericht gestellt worden, gehört es doch absolut nicht zur Praxis des israelischen Staates, Mörder seiner Staatsbürger - ob im In- oder im Ausland - davonkommen zu lassen. Die Verbannung erweist sich also auch im Lichte dieser Überlegung als das, was sie tatsächlich ist: Bruch des Völkerrechts, ein reiner Willkürakt.

Die Verbannten haben es abgelehnt, von dem Berufungsrecht Gebrauch zu machen, sie bestehen auf der Befolgung der UN-Resolution, der sofortigen Rückführung aller Verbannten an ihre Heimatorte.

Israel ist mittlerweile mit einem neuen Angebot auf den Markt gekommen: Hundert der Verbannten sollen sofort zurückkehren dürfen; für die verbleibenden dreihundert soll die Verbannungsdauer von zwei auf ein Jahr verkürzt werden, es soll ihnen die Möglichkeit der Ausreise in Drittländer eröffnet werden. Diese Angebote wurden von Rabin als Teil einer Übereinkunft mit den USA präsentiert, in deren Rahmen die US-Regierung versprochen habe, die etwaige Verabschiedung von Sanktionen gegen Israel im UN-Sicherheitsrat zu verhindern. Tatsächlich neu sind diese Ideen nicht gerade, waren sie doch in fast der selben Form schon Anfang Januar im einem Gespräch zwischen Außenminister Peres und dem UN-Generalsekretär Boutros-Ghali erörtert worden.

Die palästinensischen Delegierten der Nahostgespräche bleiben auch angesichts des Angebots individueller Berufung wie des von der Regierung vorgeschlagenen Deals bei ihrer Weigerung, vor der Rückkehr der Verbannten an den Verhandlungen teilzunehmen. (Die USA haben ihrerseits am 4.2. die Wiederaufnahme der Verhandlungen um zwei Monate vertagt.) Und die Verbannten antworteten auf den vorgeschlagenen Deal mit einer Demonstration im Lager unter der Parole: "Nein zum Handel, nein zu dem israelisch- amerikanischen Manöver!"

K., Hamburg

Anmerkungen

(1) Siehe ak 350, S. 18 f.

(2) Siehe zur Meretz und zur Regierungskoalition ak 345: Pragmatismus gegen Ideologie

(3) Siehe ak 350, S. 18

Quellen

Div. Ausg. von Ende Dez. 92 bis Anf. Feb. 93 von: Al-Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Aufbau (USA), Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Jerusalem Post - International Edition (Israel), Neues Deutschland, Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), New Outlook (Israel), News from Within (Israel), Palästina Bulletin, Der Spiegel, Süddeutsche Zeitung, die tageszeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), The Other Front (Israel), Die Zeit

Deportation? Ausweisung?

Die Aussetzung von 413 Palästinensern von der Westbank und aus dem Gasastreifen in den libanesischen Bergen wird in der deutschsprachigen Presse fast durchweg als "Deportation" bezeichnet. Auch im ak ist dieser Begriff von mir verwendet worden, was mir jedoch nachträglich als falsch erscheint.

In der israelischen englischsprachigen Presse ist ebenfalls - neben "expulsion" (Ausweisung) - von "deportation" die Rede. Und das hebräische "gerusch" steht für Deportation oder Verbannung (der hebraisierte Begriff "deportatsia" scheint weniger gebräuchlich zu sein).

Begriffe sind nie "wertfrei"; ein Begriff, der in dem einen Land unbedenklich verwendet werden kann, kann in einem anderen Land mit einer ganz spezifischen Bedeutung geladen sein. Im deutschen (genauer: im bundesdeutschen und im österreichischen) Sprachraum ist der Begriff "Deportation" eindeutig mit den Verbrechen Nazi-Deutschlands verknüpft und darf nicht, wie es etwa mit dem Begriff "Holocaust" geschehen ist (Holocaust des Waldes, der Hühner etc.pp.), in beliebigen anderen Zusammenhängen verwendet werden.

In der englischen Sprache steht die Sache anders. "Deportation" hat nicht die spezifische Bedeutung, die es im Deutschen hat. Überdies wird "deportation" definiert als "the banishment of an undesirable alien to his native country" (die Verbannung eines unerwünschten Fremden in sein Heimatland). Aus dieser Definition wird auch deutlich, daß die "Deportation" gegenüber einem Fremden angewendet wird. Bei den "Deportierten" handelt es sich jedoch keinesfalls um "Fremde", sondern um Palästinenser der besetzten Gebiete, die aus ihren Wohnorten verschleppt worden sind. In diesem Sinne distanzierte sich auch Ziad Abu Zayyad, Berater der palästinensischen Delegation bei den Nahostverhandlungen, ausdrücklich von dem Begriff "Deportation": "Ein Fremder kann deportiert werden, aber man kann nicht aus seinem eigenen Land deportiert werden. Diese Leute waren die Opfer einer Ausweisung in der Form eines Transfers."

Auch der Begriff "Ausweisung" kann sich streng genommen nur auf ein Vorgehen gegen Fremde beziehen. Obwohl auch der Begriff "Verbannung" nicht ganz zweifelsfrei ist, klingen doch Mittelalter und Mystik in ihm mit, erscheint er mir gegenüber den oben genannten noch am geeignetsten: Er ist nicht sachlich falsch wie "Deportation" oder "Ausweisung", und er ist nicht historisch belastet.

In dem nebenstehenden Artikel werden daher die kritisierten Begriffe nur noch dort verwendet, wo es sich um Zitate handelt; im Text selbst ist stets von "Verbannung" die Rede.

7. Die Feier zum 2. Jahrestag des Golfkrieges. Bush & Co. bombardieren erneut den Irak

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Irak; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:37

Pünktlich zum zweijährigen Jubiläum des Golfkrieges haben die USA, Frankreich und Großbritannien erneut den Irak angegriffen. "Unsere" Kriegsberichterstatter hatten einmal mehr ihre große Stunde. Nach wenigen Tagen konnte wiederum der "Kriegserfolg" vermeldet werden.

Der Beginn des Golfkrieges im Januar 1991 hatte noch dazu geführt, daß große Teile der Friedensbewegung ihren Protest dagegen auf die Straße trugen, daß hier mittels Krieg gegen die Bevölkerung und deren Infrastrukturen die Verfügungsgewalt der imperialistischen Länder über das Öl hergestellt werden sollte. Diesmal sind die Angriffe des noch ein letztes Mal Stärke zeigenden George Bush auf den Irak kaum zur Kenntnis genommen worden.

Inzwischen wurde zwar bekannt, daß Bundeswehrsoldaten in Aufklärungsflugzeugen am Golfkrieg 1991 beteiligt waren. Diesmal stand die Beteiligung deutscher Soldaten nicht zur Debatte; entsprechend gering war die Betroffenheit. Und wen kümmern schon ein paar "Fehltreffer" auf zivile irakische Einrichtungen und Menschen?

Die neuen Angriffe auf den Irak haben deutlich gemacht, daß der Golfkrieg vor zwei Jahren trotz Waffenstillstandsabkommen keineswegs beendet worden ist. Vor zwei Jahren, am 17.1.1991, begann nach monatelangem Aufmarsch die Allianz der "neuen Weltordnung" den Golfkrieg. Nach sechswöchigem Bombardement folgte ein kurzer Bodenkrieg und der Angriff auf den Irak. Hatte man Saddam Hussein zur Rechtfertigung des Krieges als Diktator schlechthin aufgebaut, hatten insbesondere auch "linke" Kriegsbefürworter ihn als den neuen Hitler stilisiert und Geheimdienste und Medien ihren Tötungsphantasien gegenüber Saddam freien Lauf gelassen, so tauchte am Ende des Krieges dann bei der Kriegsallianz eine seltsame Fürsorge für den Diktator auf. Wir schrieben damals, im Mai 1991 im ak: "Dem Diktator sollten außenpolitisch die Flügel gestutzt werden, um sein Projekt regionaler Hegemonie und eines autonomen Gegenpols zur imperialistischen Dominanz im Nahen und im Mittleren Osten zu vereiteln. Gleichzeitig galt es jedoch, ein Auseinanderbrechen des irakischen Staates und das Entstehen eines machtpolitischen Vakuums zu verhindern, das die USA am Ende hätten selbst ausfüllen müssen. Der Gedanke an eine US-Militärregierung in Bagdad erfüllte das Weiße Haus jedoch mit Grauen, da eine solche nur neue und im Vergleich zur ‚Befreiung` Kuwaits erheblich kompliziertere Probleme herauf beschworen hätte. Die Kunst der Kriegsführung bestand damit in ihrer Beendigung zum richtigen Zeitpunkt."

Dem Iran sollte weiterhin ein Machtfaktor gegenüberstehen, das war nicht nur das Interesse der USA, sondern durchaus auch das anderer Golfstaaten. So wurde Saddam nach seiner Kapitulation von den USA freie Hand gelassen, im eigenen Land Giftgas-Massaker gegen die aufständischen Kurden und Schiiten durchzuführen, um seine Herrschaft im Innern wieder zu stabilisieren. Das Kalkül der USA ging auf: Die innere Herrschaftssicherung gelang Saddam sehr schnell. Die Kurden und Schiiten, die sich erst von den USA zum Widerstand und Aufstand ermutigt gefühlt hatten, waren von den USA allein gelassen worden. Ansonsten aber wurde seither jeder Schritt des Irak strengstens überwacht. Anders gesagt, seither wurde der Krieg gegen den Irak mit anderen Mitteln weitergeführt. Wie wenig es dort um die Schaffung eines dauerhaften Friedens geht, hat das letzte Bombardement in aller Öffentlichkeit unterstrichen.

Der Krieg gegen

die Bevölkerung geht weiter

Seit dem Waffenstillstand von 1991 gibt es einen Dauerstreit zwischen den USA als Vertreterin der Siegermächte und dem irakischen Diktator. Das Gezerre um die Auslegung und Einhaltung der UNO-Resolutionen und des Waffenstillstandsabkommens wurde von allen Beteiligten auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen. Unter dem Vorwand, dem Diktator keine Mittel in die Hand zu geben, wird das Land klein, sprich möglichst in Not und Elend gehalten. Die zerstörte zivile Infrastruktur konnte nur teilweise und schleppend instand gesetzt werden. Um jedes (insbesondere elektronische) Ersatzteil gab es lange

Verhandlungen. Die USA unterstellten bei den notwendigsten Dingen den Versuch des Irak, neue Waffenlager anzulegen. Lebensnotwendige Hilfsgüter wurden nicht in den Irak gelassen.

Die Einfuhrbeschränkungen und das Embargo treffen vor allem die zivile Bevölkerung. Wenn während des aktiven Krieges die Soldaten und die Menschen in den bombardierten Häusern und Bunkern starben, starben jetzt in der passiven Phase vor allem Kinder, alte Leute und Kranke an Unterversorgung und sich ausbreitenden Infektionen und Seuchen, weil selbst die Lieferung medizinischer Mittel mit der politischen Auflage der "Einhaltung" der UN-Maßnahmen, was immer man darunter zu verstehen hatte, verhindert wurde. Das Ausmaß der Katastrophe liegt noch immer weitgehend im Dunkel. Inzwischen liest mensch Zahlen über die Opfer, die bis zu einer Millionen gehen sollen, niemand scheint es genau wissen zu wollen.

Ein kurzer Rückblick

Inspektoren-Teams der Vereinten Nationen wurden durch das Waffenstillstandsabkommen beauftragt, sowohl festzustellen, ob im Irak Massenvernichtungsmittel hergestellt werden, als auch alle noch vorhandenen Waffenfabriken und Kriegsgeräte zu zerstören, mit denen der Irak erneut ein außenpolitisches Risiko hätte werden können. Wie auch schon während des Golfkrieges kamen bei den Besichtigungen der Inspektoren immer mehr "Waffenlieferungsskandale", insbesondere mit Beteiligung deutscher Firmen, ans Licht.

Als Saddam Anfang August 1992 UNO-Kontrolleuren den Zutritt ins Landwirtschaftsministerium verweigerte, kam es erneut zu einer Krise. Als ihnen der Zutritt schließlich doch gestattet wurde, fanden die Inspektoren nichts, was auf die vermuteten Unterlagen für Saddams Rüstungsprogramm hinwies. Die USA erhöhten zu diesem Zeitpunkt erneut ihre Militärpräsenz am Golf und führten zusammen mit Kuwait mehrwöchige Manöver durch. Allem Anschein nach hatte Bush die Drohung einer neuen militärischen Intervention im Irak als Teil seiner Wahlkampfstrategie eingeplant.

Nach der Einrichtung einer Überflugverbotszone nördlich des 36. Breitengrades - für das Gebiet, in dem die KurdInnen leben - wurde Ende August 1992 per Beschluß der Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich eine zweite Schutzzone südlich des 32. Breitengrades eingerichtet, um - wie es hieß - Saddams Angriffe auf die dort lebenden Schiiten zu stoppen. Dieses Verbot ist von der UNO keineswegs ausdrücklich legitimiert worden. Von den arabischen Ländern wird diese Verfügung der Allierten nicht unterstützt.

Die Kraftprobe beginnt

Am 27.12.92 ist das Geplänkel dann zu Ende. Es wird gehandelt. Bush, der nach seiner Wahlniederlage dabei ist, die Regierungsgeschäfte an den Wahlsieger Clinton zu übergeben, zeigt noch einmal Stärke und läßt eine irakische MiG über dem "Schutzgebiet" südlich des 32. Breitengrades abschießen. Eine zweite irakische Maschine dreht rechtzeitig ab.

Damit machte Bush deutlich, daß die USA jederzeit bereit sind, den Krieg gegen den Irak auch militärisch neu aufleben zu lassen. Auf der anderen Seite war es ein taktischer Schachzug, der es dem als ach so liberal und friedfertig angetretenen Clinton ermöglicht, die militärische Aggression gegen den Irak weiterzuführen, ganz ohne eigene politische Verantwortung dafür zu übernehmen - schließlich hat er dieses Erbe übernehmen müssen.

Ganz offensichtlich will aber auch Saddam Hussein austesten, ob der US-amerikanische Regierungswechsel seinen Spielraum vergrößert. Einen Tag nach dem MiG-Abschuß erklärt er ausdrücklich, daß er die Flugverbotszone nicht anerkennt, und schickt dann täglich Kampfflugzeuge über das Gebiet südlich des 32. Breitengrades. Die Maschinen drehen aber ab, bevor es zu einer militärischen Konfrontation kommt.

Trotz dieser Auseinandersetzungen berichtete die Neue Zürcher Zeitung noch am 30.12.92 positiv über die Einhaltung und Abwicklung der Kapitulationsvereinbarungen: "Die Demontage irakischer Massenvernichtungswaffen, ein weiteres Feld immer neuer Verzögerungsmanöver, scheint trotz allem gute Fortschritte gemacht zu haben. Auf technischer Ebene versichern die Abrüstungsexperten, daß die irakischen Mittel- und Langstreckenraketen samt Zubehör sowie die Anlagen des Nuklearwaffenprogramms unschädlich gemacht seien: die Verbrennung der chemischen Kampfstoffe sei auf bestem Wege. Politische Gefechte in New York drehen sich noch um die Liste ausländischer Lieferanten für die Rüstungsprogramme sowie um das Prinzip künftiger Inspektionen, mit denen der Bau neuer Arsenale verhindert werden soll." Aber die Art der Berichterstattung sollte sich schnell ändern, die "Wahrheit" mußte der neuen Kriegslage angepaßt werden.

Nicht nur das Flugverbot

wird durchgesetzt

In den ersten Januartagen 1993 wird gemeldet, daß der Irak Boden-Luft-Raketen (laut NZZ vom 8.1.93 vier Batterien vom Typ Sam-2 und Sam-3, ältere sowjetische Fabrikate) in das Gebiet südlich des 32. Breitengrades verlegt hat. Es handelt sich - für Militärkundige ist das offensichtlich - um eine politische Demonstration, denn eingeschaltet wird der Abwehrradar nicht. Das macht die Raketenstellungen militärisch wertlos, aber auch schlechter angreifbar. Da gegen den Irak zwar ein Überflugverbot ausgesprochen worden ist, aber kein Lagerungs- oder Betretungsverbot und in dem Gebiet auch schon vorher solche Raketen stationiert waren, bedeutet das keinen Verstoß gegen die Kapitulationsvereinbarungen. Aber was erlaubt ist, bestimmt ja sowieso das Pentagon, und das fordert deren Abzug.

Der Count-Down wird dann auch entsprechend inszeniert. Erst einmal wird der Irak ultimativ "aufgefordert", innerhalb von 48 Stunden, d.h. bis zum Abend des 8. Januar 93, seine Flugabwehrraketen aus diesem Gebiet wieder abzuziehen. Anderenfalls stehe nicht nur die Zerstörung dieser Raketen ins Haus.

In den Medien wird das Aufstellen der Abwehrraketen aufgepumpt zur irakischen Angriffsvorbereitung, Vorbereitung einer Racheaktion für die abgeschossene MiG vom 27.12.92, etc. "... und es zeigt sich immer deutlicher, daß es ein Fehler war, den Feldzug gegen Saddam Hussein vor zwei Jahren in dem Augenblick abzubrechen, als Kuwait befreit war und von den irakischen Streitkräften keine ernsthafte Gefahr mehr zu drohen schien." So kommentierte die FAZ am 8.1.93. Zur Einstimmung auf die nächsten Bombenangriffe gegen den Irak wurde also wiederum das Trugbild bemüht, es ginge um die Vernichtung des bösen Saddam-Regimes.

Am 10.1. gaben die USA scheinbar "Entwarnung" und behaupteten, daß Bagdad alle Raketen verlegt habe. Saddam Hussein hingegen bestand darauf, daß er die Raketen nicht verlegt hätte. Tatsächlich liegt die Wahrheit in der Mitte: Nicht alle Raketen wurden abgezogen.

Saddam wertet die Erklärung der USA offensichtlich so, daß er sein "Spielchen" noch ein bißchen weiter treiben kann und spricht ein Landeverbot für Flugzeuge der UN aus. Die Waffeninspektoren sollten die Straße benutzen und nicht mehr in eigenen Flugzeugen ein- und ausreisen.

Der "Überfall"

auf kuwaitisches Gebiet

Einen "ausreichenden" Grund, die militärische Auseinandersetzung wieder aufzunehmen, bietet der Irak, als er unangemeldet, wenn auch unbewaffnet, die Grenze nach Kuwait überqueren und zurückgelassenes Kriegsmaterial abholen läßt.

Aus irakischer Sicht fällt das sogar unter die Vereinbarungen der Siegermächte, bis zum 15.1. dürfe zurückgelassenes Material aus Kuwait geholt werden. Und die Sache ist auch unter den Siegern strittig. Bei einem ähnlichen Vorfall im Mai 1991 gab der Irak die "rückgeführten" Raketen wieder zurück. Während die Süddeutsche Zeitung (vom 12.1.93) noch vom "schwersten Zwischenfall seit Ende des Golfkrieges" schreibt, meldet die Frankfurter Rundschau (am 13.1.93) - aus Anlaß einer kurzfristig einberufenen Sitzung des UNO-Sicherheitsrates -, daß es sich nur um ein geringes "Vergehen" handele, da lediglich die "Anmeldepflicht" der Aktion nicht eingehalten worden sei. Eine Verletzung der Waffenstillstandsvereinbarungen liege nicht vor. Auf der UNO-Sitzung wurde beschlossen, daß der Irak die Raketen zurückgeben und für den Fall weiterer Verstöße mit "ernsten Konsequenzen" rechnen müsse.

Die Kriegs-Allierten USA, Frankreich und Großbritannien sind mit diesem Ergebnis nicht zufrieden und kündigen Militärschläge ohne Vorwarnung an. Ziel sind u.a. die (abgezogenen) Flugabwehrraketen südlich des 32. Breitengrades.

"Kurze, scharfe und aussagekräftige Lektion"

"Nach Angaben der Los Angeles Times wird in Washington an einen mehrtägigen Angriff gedacht. (...) Es gehe nicht um eine einmalige Bestrafungsaktion, Ziel eines Eingreifens sei vielmehr, Saddam und seinem Militär ‚die Nase blutig zu schlagen`." (SZ 14.1.93)

Am Abend des 13.1.93 flogen über 100 alliierte Flugzeuge, die teilweise in der Türkei gestartet waren, Angriffe gegen verschiedene Ziele im Südirak. Dabei soll es sich neben Raketenabwehrstellungen und Militärflugplätzen auch um Kommunikationseinrichtungen gehandelt haben. Der offizielle Grund für diesen Einsatz: Angeblich hatte der Irak, wie sich am Abend des 12.1. herausgestellt haben soll, am 10. und 11.1. Flugabwehrstellungen im Norden des Landes wieder aktiviert. Bagdad spricht von 19 Toten und einer großen Anzahl von zerstörten Wohnungen. Nach dem Angriff erklärt Saddam, daß er Vorstöße auf kuwaitisches Gebiet in Zukunft unterlassen wolle. Um das Flugverbot für UNO-Kontrolleure läuft die Auseinandersetzung weiter und führt zu einem weiteren Ultimatum der USA.

Nicht nur arabische Staaten, sondern auch andere Länder äußerten sich besorgt über die neuen Angriffe. Rußland z.B. forderte die USA ausdrücklich auf, den Irak nicht ohne Zustimmung des Sicherheitsrates anzugreifen. Trotzdem flogen die USA am 17.1. erneut Angriffe. Den zweiten Jahrestag des Beginns des Golfkrieges feierten die USA mit dem Abschuß von ca. 40 Marschflugkörpern auf eine angebliche Atomfabrik bei Bagdad. Während sie von den USA als "Angriffsziel von hohem militärischen Wert" bezeichnet wurde, sagte demgegenüber ein Sprecher der Internationalen Atomenergiebehörde, daß die Gebäude für sich genommen ohne Bedeutung seien, und der frühere Atomwaffeninspektor der UNO äußerte sich folgendermaßen: Die Anlage "diente ‚zivilen und militärischen` Zwecken. ... Es sei nicht anzunehmen, daß ‚die Maschinen der Anlage in letzter Zeit zur Uranherstellung verwendet wurden`". Aber, so fügte er hinzu: "... der Betrieb hätte jederzeit wieder aufgenommen werden können". (SZ, 19.1.93)

Einen halben Tag darauf wurden über drei Stunden lang Ziele sowohl im Norden als auch im Süden des Landes bombardiert. Es wurden mindestens 24 Menschen getötet. Im Norden schossen die USA als "Vergeltungsschlag" für eines irakischen Angriff auf einen ihrer Kampfbomber eine MIG ab. Ganz offensichtlich will man sich jederzeit die Option offen halten, militärische Schläge gegen den Irak durchzuführen; man will klar machen, wessen neue Weltordnung mit dem Golfkrieg 1991 eingeläutet worden ist, will eine Gewöhnung an "Strafaktionen" jeder Art. In diesem Sinne war es ein höchst erfolgreicher Test - wenn auch mit mehr offiziellen Kritikern als 1991, so doch mit viel weniger Protestbewegung. Die Aktion macht auch deutlich, daß inzwischen jeder beliebige Anlaß zum Vorwand für einen militärischen Schlag genommen werden kann. Wenn nötig, wird vom UNO-Sicherheitsrat die Legitimation noch hinterhergeschoben.

Daß die Bundesregierung, ihrer neuen Rolle als bald selbst kriegsführendes Land gemäß, sich hinter die neuen Angriffe der Golfkriegsalliierten stellen würde, war zu erwarten. Abzuwarten bleibt, wann sie meint, ihnen auch aktiv zur Seite springen zu müssen, und es nicht bei heimlichen Kampfeinsätzen deutscher Soldaten in AWACS-Aufklärern bleibt.

Ärger

in den Golfstaaten wächst

In der arabischen Liga wächst inzwischen der Ärger über die USA. Während den kleinsten vermuteten Vergehen Saddams gegen das UNO-Resolutionen sofort mit Drohungen oder tatsächlichen militärischen Antworten begegnet werde, werde weder auf die Einhaltung der entsprechenden UNO-Resolution zu den deportierten Palästinensern gedrungen, noch werde sich von westlicher Seite bemüht, die Lage der bosnischen Muslime zu verbessern. Ganz offensichtlich wird bei der Durchsetzung der UNO-Resolutionen zweierlei Maß angelegt. Doch es geht auch um machtpolitische Überlegungen. Insbesondere die Vorstellung, daß die erneuten Angriffe das Regime des Irak so schwächen könnten, daß der Iran zu der neuen Macht der Region würde, macht etliche arabische Regierungen äußert unruhig. So wurde der Militärschlag gegen den Irak durchweg mehr oder weniger verurteilt.

Die Rolle Saddams ist jedenfalls durch das militärische Auf-den-Bush-Klopfen nicht ernsthaft angegriffen worden. Eher macht sich ein Mißtrauen gegen die USA breit. So wird die Rechtmäßigkeit der Flugverbotszonen in Zweifel gezogen. Auch an die permanenten schweren Provokationen durch Saddam mag man nicht so recht glauben.

Auf Antrag Rußlands tagt der UNO-Sicherheitsrat erneut. Die einseitig - anläßlich des Wechsels Bush-Clinton - vom Irak ausgerufene Feuerpause wird von den USA einen Tag nach der Amtsübergabe durch einen "Zwischenfall" wieder unterbrochen.

Wer die Macht hat,

hat das Recht

Vor den letzten Angriffen der USA auf den Irak fanden sich in der Presse "Erklärungen", warum jetzt erneut der Konflikt zwischen den USA und dem Irak eskalierte. Demzufolge war es gar kein politischer Konflikt zwischen dem Irak und den USA, sondern der besonders starke, persönliche Haß zwischen Saddam und Bush hätte diese Reaktionen hervorgerufen. Saddam wollte Bush noch vor seiner Amtsübergabe diskreditieren und Bush Saddam noch ein letztes Mal persönlich eins auswischen. So einfach und heruntergekommen lassen sich heute offensichtlich Militäraktionen erklären.

Es muß hier in aller Deutlichkeit noch einmal gesagt werden: Die Militäraktionen zogen ihre "Berechtigung" aus den Allmachtsvorstellungen der USA, denn die Einrichtung der Flugverbotsschutzzone südlich des 32. Breitengrades war nicht von einer UNO-Resolution "gedeckt", sondern unter den drei West-Alliierten USA, Frankreich und Großbritannien ausgeklüngelt und von ihnen "verhängt" worden. Und der Schutz der schiitischen Gruppen, die sich im Krieg mit Bagdad befinden, kann ja wohl schlecht allein mit Flugverboten bewerkstelligt werden. Das "Eindringen" des Irak auf kuwaitisches Gebiet, um altes irakisches "Material" abzuholen, wurde vom UNO-Sicherheitsrat als nicht extrem schwerwiegend eingestuft und war fast eine "Gewohnheit" geworden. Jedenfalls nahmen dies die drei Kriegs-Alliierten zum Vorwand, ihr militärisches Vorgehen gegen den Irak mit der "Nichteinhaltung von UNO-Resolutionen" zu rechtfertigen. Vorangegangen war diesem Angriff also kein Beschluß des Weltsicherheitsrates, aber dafür wurde er von Boutros Ghali im Stile eines Hofangestellten höchstpersönlich nachgereicht: "... der Angriff sei im Einklang mit den Entschließungen des Sicherheitsrates und der UN-Charta erfolgt." (FR 15.1.93)

Inzwischen hat der UNO-Sicherheitsrat beschlossen, daß das bestehende Irak-Embargo verlängert wird.

ga.

Die Hälfte geht immer daneben

Die neue Kriegspropaganda hat ein neues Märchen parat. Bis zum Ende des zweiten Weltkriegs waren der militärische Traum und die Kriegführung davon geprägt, immer brutaler alles vernichten zu können. Auch noch im Vietnam-Krieg wurde das Bild bemüht, das Land "in die Steinzeit zu bomben". Spätestens seit dem letzten Golfkrieg lautet das aktuelle Märchen, daß nun die neuen Wunderwaffen angeblich nur noch das gewollte militärische Ziel vernichten; allgemeine Kriegsbrutalität gibt es nicht mehr. Schon vor zwei Jahren war dies nur über massive Lügen, Pressezensur und Beeinflussung aufrechtzuerhalten, und auch bei diesem Militärschlag ging reichlich was daneben.

Wie in unterschiedlichen Presseberichten zu lesen war, gaben die USA gleich im Anschluß an den Überfall am 13.1.93 bekannt, daß die Aktion wunderbar geklappt habe, aber nur die Hälfte der angegriffenen Ziele zerstört worden sei. Die Begründung für weitere Aktionen wurde also gleich mitgeliefert.

Nach Angaben der US-Militärs wurden mit über 110 Kampfflugzeugen acht Zielgebiete an sechs Orten angegriffen, angeblich alle südlich des 32. Breitengrades. Ziele waren mobile Sam-3-Raketen, Radar- und andere Flugwehranlagen. Am 14.1. wurde gemeldet, daß in Basra auch zivile Objekte getroffen worden seien, einen Tag später wußte man davon nichts mehr.

Es bleibt unklar, wieso, nachdem die USA doch behauptet hatten, der Irak hätte das Abzugsultimatum südlich des 32. Breitengrades eingehalten, dort plötzlich doch wieder Raketen stationiert gewesen sein sollen.

Eine Rakete, die eine angebliche Atomfabrik bei Bagdad treffen sollte, schlug am 17.1. in ein Hotel im Zentrum von Bagdad ein und tötete einen Menschen. Anfangs bestritten die USA, daß es ihre Cruise Missile gewesen sei, denn die träfen ja immer. Später wurde die Vermutung geäußert, die Iraker hätten sie "abgelenkt", weil sie sonst natürlich bestimmt getroffen hätte. Ernsthaft stellt sich die Frage, ob der Marschflugkörper bewußt falsch programmiert war oder ob es sich um einen üblichen Fehltreffer handelt; was mal wieder beweisen würde, daß die sogenannte "punktgenaue Treffsicherheit" offensichtlich eine Abweichung von über 20 Kilometern bedeuten kann.

8. Bürgerkrieg in Jugoslawien: Wie lange noch?

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:36

Kämpfe an der dalmatinischen Küste erinnerten Ende Januar daran, daß auch in Kroatien der jugoslawische Teilungskrieg nur vertagt, aber noch nicht durch einen einvernehmlichen Friedensschluß beendet ist.

Zur Erinnerung: Ende Juni 1991 erklärten Kroatien und Slowenien nach einem mehrjährigen Konflikt mit der serbisch dominierten Zentralregierung ihre staatliche Unabhängigkeit. Einheiten der jugoslawischen Bundesarmee wurden in Marsch gesetzt, um die "Separatisten" wieder unter Kontrolle zu bringen. Anscheinend hatte man in Belgrad geglaubt, einige militärisch nicht sehr schwerwiegende Droh-Aktionen würden ausreichen, um den beiden Republiken die Aussichtslosigkeit der militärischen Kräfteverhältnisse vor Augen zu führen und sie zum Einlenken zu veranlassen. In Slowenien mußte sich die Armeeführung aufgrund des Widerstands der einheimischen Miliz schnell vom Gegenteil überzeugen lassen. Nun ihrerseits vor die Frage gestellt, ob der politische Zweck wirklich die Risiken eines größeren militärischen Konflikts rechtfertigen würde, gaben Armee und Bundesregierung in Slowenien innerhalb von wenigen Tagen nach. Die Truppen wurden abgezogen und die Selbständigkeit der nördlichsten Republik als Faktum anerkannt, wenn auch nicht in juristischer und politischer Form.

Völlig anders verlief die Sache in Kroatien. Hier konnte sich die Bundesarmee von Anfang an mit der serbischen Minderheit der Republik verbünden, die sich in einigen Orten und Regionen schon seit Herbst/Winter 1990 im bewaffneten Widerstand gegen die Regierung in Zagreb befand. Vordergründig betrachtet ist der serbische Anteil in Kroatien mit etwa 15 Prozent nicht sehr hoch. Was ihren Kampf dennoch aussichtsreich und im Prinzip auch politisch legitim machte, ist der Umstand, daß die Serben in mehreren Bezirken und Regionen Kroatiens die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bilden. Teilweise mit massiver Unterstützung der Bundesarmee konnten sie sich im Sommer/Herbst 1991 die volle Kontrolle über praktisch sämtliche Gebiete der Republik sichern, auf die das zutrifft. Mehr noch: Serbische Milizen und Armeeeinheiten besetzten auch Landesteile, in denen vor dem Krieg die Kroaten überwogen hatten oder wo die Verhältnisse ungefähr ausgeglichen gewesen waren. Vielfach spielten dabei strategische Überlegungen, wie insbesondere die Kontrolle über wichtige Straßen und Eisenbahnlinien, eine Hauptrolle. Wesentliche Ziele bestanden zum einen darin, das kroatische Territorium möglichst in mehrere nicht mehr miteinander verbundene Teile aufzuspalten, sowie für den jugoslawischen Reststaat und insbesondere dessen serbische Komponente einen Zugang zur Adria zu gewinnen. Serbien selbst ist ein reiner Binnenstaat und sein einziger Zugang zur See ist die Bucht von Kotor, die zu Montenegro gehört. Das brachte außer Mitteldalmatien (zwischen Zadar und Split) auch die süddalmatinische Küste, insbesondere die Region von Dubrovnik, ins Visier der Armee und der Tschetniks. Ideologische Begründungen gab es dafür absolut nicht, da dieses Gebiet niemals zu Serbien gehörte und auch keine relevante serbische Minorität hat.

Was Dubrovnik angeht, scheiterte die serbische Strategie. Erfolgreich war sie aber immerhin darin, daß die Nord-Südverbindung im schmalen kroatischen Küstenstreifen, vor allem in der Höhe von Zadar, weitgehend unterbrochen wurde und die Serben an mehreren Stellen fast bis ans Meer gelangten. Hier wurde offensichtlich versucht, Kroatien maximal zu schwächen und militärisch in die Knie zu zwingen.

Blauhelme in Kroatien

Im Februar 1992 stimmten die Kriegsparteien nach monatelangen Verhandlungen der Stationierung von UNO-Friedenstruppen in den wichtigsten von Serben kontrollierten Gebieten Kroatiens zu. Der Abschluß dieser Operation, ursprünglich auf April 1992 terminiert, zog sich aufgrund technischer und finanzieller Probleme der UNO, sowie wegen neuerlicher Kämpfe, bis Anfang Juli hin. Noch in der letzten Juni-Woche hatte die kroatische Armee versucht, durch rasche Vorstöße gegen die Krajina (östlich von Zadar) ihre Positionen zu verbessern, und war dafür von UNO-Vertretern scharf kritisiert worden.

Insgesamt verfügt die UNO-Friedenstruppe in Kroatien - UNPROFOR genannt - über etwa 15.000 Soldaten, die auf vier nicht direkt miteinander verbundene Zonen verteilt sind. Es sind dies, als größte und wichtigste, die Krajina (mit der Hauptstadt Knin), Westslawonien (nördlich von Banja Luka) und Ostslawonien/Baranja (die an Serbien grenzende Gegend um Vukovar) sowie die Banija (südlich von Zagreb).

Der UNO-Friedensplan für Kroatien sah vor, in den vier Zonen die "bestehenden" lokalen Behörden, tatsächlich also die serbischen, im Amt zu lassen. Die Milizen sollten ihre schweren Waffen abliefern. Zur "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" sollte eine neue Polizeitruppe aufgestellt werden, und zwar entsprechend den ethnischen Strukturen im jeweiligen Gebiet. Diese Polizei sollte unter UNO-Kontrolle stehen. Der vertriebenen oder geflüchteten kroatischen Bevölkerung sollte eine gesicherte Rückkehr gestattet werden. Einer künftigen einvernehmlichen Friedensregelung sollte mit dieser - wie es ausdrücklich hieß - "Zwischenlösung" nicht vorgegriffen werden. Auch sollten damit die durch militärische Gewalt geschaffenen Verhältnisse nicht legitimiert werden.

Faktisch sah es aber selbstverständlich doch so aus, daß mit der UNPROFOR-Stationierung die zu diesem Zeitpunkt insgesamt für die Serben günstige Kriegslage erst einmal konserviert wurde und jene ihre Machtpositionen festigen konnten. Die auf dem Papier vereinbarte gemischte neue Polizei wurde nicht aufgestellt; eine Rückkehr der Flüchtlinge wurde zumeist verhindert, gelegentlich sogar mit Unterstützung des UNPROFOR-Kommandos. Kroatische Vorwürfe lauteten sogar, die Vertreibung gehe teilweise unter den Augen der UNO-Truppen noch weiter.

Der Stand der Dinge würde bedeuten, daß die vier Zonen für Kroatien definitiv verloren sind, und das um so mehr, je länger die jetzige "Zwischenlösung" dauert. In einigen Fällen ist dieser Verlust hauptsächlich in den Kategorien des "nationalen Stolzes" zu bemessen und sollte insofern bei rationaler politischer Betrachtung verkraftbar sein. In anderen Fällen werfen die Verhältnisse jedoch auch schwerwiegende materielle Probleme auf. Dazu gehört bzw. gehörte beispielsweise die serbische Kontrolle über Teile der wichtigen Nord-Süd-Straße in Dalmatien und über den Peruca-Staudamm, von wo aus weite Teile Dalmatiens mit Strom versorgt wurden. Dazu gehören ferner vermutlich auch die nicht sehr ausgedehnten, aber strategisch günstigen serbischen Positionen in Westslawonien, die die Ost-West-Verbindung zwischen den nördlichen Landesteilen Kroatiens gefährden könnten. Im übrigen bilden die Serben in dieser Region nicht so "flächendeckend" und überwiegend wie in der Krajina die Bevölkerungsmehrheit.

Das Dilemma der UNO-Politik

Die kroatische Führung ist mit dem Faktum konfrontiert, daß sie auf dem Verhandlungsweg keine grundsätzliche Veränderung der 1991 entstandenen Situation mehr erreichen kann und selbst geringfügige Fortschritte mit rein diplomatischen Mitteln zweifelhaft sind. Dies auch deshalb, weil die UNO, entgegen ihren eigenen stolz verkündeten Grundsätzen, durchaus dazu tendiert, mit militärischer Gewalt geschaffene Tatsachen als gegeben hinzunehmen - wenn nicht sofort und explizit, dann eben etwas später und stillschweigend.

Dieses Verhalten der UNO ist, zumindest immanent betrachtet, auch völlig logisch. Der Versuch beispielsweise, in den Stationierungszonen von UNPROFOR irgendetwas gegen die serbische Macht durchzusetzen, würde die Blauhelm-Truppen in militärische Konfliktsituation bringen können, für die sie erstens nicht stark genug sind und die zweitens vom UNO-Sicherheitsrat und von den Großmächten überhaupt nicht gewollt werden. Angesichts des Risikos kriegerischer Eskalationen wird der Sicherheitsrat normalerweise dazu tendieren, dem Erhalt des momentanen Status quo - ganz egal, wie er einmal zustande gekommen ist - absolute Priorität einzuräumen. Alles, was "Unruhe stiften" könnte, beispielsweise die Rückkehr von Flüchtlingen mit den daraus resultierenden Konfrontationen und Problemen, wird erst einmal vertagt. Ergebnis ist im Normalfall, daß die bestehenden Zustände sich noch weiter verfestigen und eine Veränderung später nicht etwa leichter, sondern eher noch schwerer zu erreichen ist.

Aus dieser Sicht der Dinge heraus neigen Sicherheitsrat und Großmächte im allgemeinen dazu, sich beim Ausbruch neuer Konflikte und Kämpfe erst einmal gegen die Seite auszusprechen, die den Status quo in Frage stellt - unabhängig von der Frage, wie berechtigt ihre Ansprüche nun eigentlich sind und ob die von der UNO fixierte Situation für sie überhaupt zumutbar ist. Das ist, nebenbei gesagt, auch das Hauptproblem in Bosnien-Hercegovina, wo das von den Großmächten favorisierte "Einfrieren" der jetzigen Verhältnisse eindeutig zu Lasten der Muslimbevölkerung gehen würde, die das Hauptopfer in diesem Krieg ist.

Diese Politik des UNO-Sicherheitsrats und der Großmächte ist, wie gesagt, immanent logisch - und sie ist vielleicht sogar vernünftig oder zumindest das geringere Übel. In Fällen, wo total entgegen diesen üblichen Grundsätzen interveniert wurde, wie gegen den Irak in seinem Konflikt mit Kuwait, war der Schaden zumindest

nicht geringer und das Gesamtergebnis nicht besser. Jedoch sollte man auf der anderen Seite nicht übersehen, daß eine Politik, wie sie die UNO in Jugoslawien praktiziert, weltweit die Überzeugung stärken muß, daß Staaten oder Volksgruppen in erster Linie auf militärische Selbsthilfe angewiesen sind, wenn sie nicht ihren stärkeren Nachbarn zum Opfer fallen wollen. Ein Beitrag zur Festigung von weltweiten Verhältnissen, in denen Krieg kein Mittel der Politik mehr sein dürfte, ist das auch nicht gerade.

Hoffnung auf Revanche

Die kroatische Führung hat offensichtlich die Hoffnung noch nicht aufgegeben, wenigstens Teile des Territoriums der Republik militärisch zurückerobern zu können. Es gibt zahlreiche Äußerungen von Präsident Tudjman, in denen eindeutig damit gedroht wird, Kroatien werde sich niemals mit dem Verlust seiner Gebiete abfinden und würde die Situation selbst mit kriegerischen Mitteln zu seinen Gunsten verändern, falls es seine Ziele nicht mit Hilfe der UNO durchsetzen kann.

Wie oben dargestellt, spielen dabei neben reinem nationalistischen Wahn auch materielle Interessen eine Rolle. Einige davon können sogar als legitim bezeichnet werden, so jedenfalls die vollständige Wiedergewinnung und Rekonstruktion der dalmatinischen Nord-Süd-Verbindung.

Zweifellos ist die seit Frühjahr/Sommer 1992 von der UNO "eingefrorene" Situation in den ehemaligen kroatischen Kriegsgebieten das Resultat der damaligen militärischen Schwäche Zagrebs, die heute möglicherweise nicht mehr in dieser Form besteht - beispielsweise wegen der seither erfolgten massiven Waffenimporte und der Bildung einer regulären kroatischen Armee.

Hinzukommen dürfte, daß eine neuerliche Intervention der Belgrader Armee sehr viel problematischer wäre als 1991. Damals war sie in Kroatien stationiert und hatte noch die höheren Weihen der legitimen Streitkräfte des Bundesstaates. Ihre Beteiligung an den Kämpfen wurde von den Großmächten insgesamt doch eher als natürlich toleriert und nur in Extremfällen kritisiert. Heute hingegen müßte die Armee des Ende April 1992 neugegründeten, stark verkleinerten Jugoslawiens - nur noch aus Serbien und Montenegro bestehend - erst einmal nach Kroatien einmarschieren. Die Kriegsflotte, die bei den Kämpfen um die Küstenstädte 1991 sehr stark beteiligt war, könnte heute angesichts des NATO-Aufmarsches in der Adria diese Rolle höchstwahrscheinlich nicht noch einmal spielen. Ähnliches gilt für die jugoslawische Luftwaffe.

Klar ist andererseits, daß jede militärische Aktion das Risiko einer Eskalation und der Gegenoffensive beinhaltet. Außerdem müßte Kroatien, wenn es sich militärisch "sein Recht" zu holen versucht, mit der Verurteilung durch den UNO-Sicherheitsrat und sogar mit Sanktionen rechnen. Der Vorgang, daß ein Staat auf seinem eigenen Territorium als "Aggressor" international kritisiert wird, dürfte zwar (abgesehen vom Sonderfall Irak) historisch ein absolutes Novum sein , wäre aber genau die zu erwartende Reaktion.

Diese Gesamtheit von Voraussetzungen könnte die kroatische Führung zu der rationalen Entscheidung veranlassen, von den großen serbischen Regionen wie der Krajina die Finger zu lassen und sich auf kleinere "Korrekturen" zu beschränken, die auch für die serbische Seite - das heißt für Belgrad, nicht unbedingt auch für die Serben in Kroatien - hinnehmbar sind. Dabei wird jedoch nie das Risiko ganz auszuschließen sein, daß irgendein als begrenzt gemeinter Vorstoß doch wieder zur Eröffnung des Krieges an sämtlichen kroatischen Fronten führt.

Wichtige Vorentscheidungen darüber werden wohl schon in den allernächsten Wochen fallen. Die UNPROFOR-Stationierung wurde nämlich auf "einen Anfangszeitraum" von zwölf Monaten befristet und müßte danach vom UNO-Sicherheitsrat ausdrücklich verlängert werden. Da die Sitzung, auf der das beschlossen wurde, am 21. Februar 1992 stattfand, wäre das nun formal betrachtet der Stichtag. Die kroatische Regierung hat verschiedentlich erklärt, daß sie einer Verlängerung des Mandats nur zustimmen wird, wenn die UNO-Truppen wirklich den damals vereinbarten Friedensplan durchsetzen, also beispielsweise die Rückkehr der Flüchtlinge gewährleisten. Diese Bedingung ist, zumal im Rahmen der jetzt noch verbleibenden Zeit, selbstverständlich äußerst unrealistisch.

Dennoch sind jetzt noch fast alle Optionen offen: Kroatien könnte sich, genau wie vor einem Jahr, mit UNO-Erklärungen zufrieden geben, die je nach Standpunkt so oder so zu interpretieren sind und denen weiterhin keine Taten folgen. Die Kriegsparteien und die Sicherheitsratsmitglieder könnten über die Erneuerung des UNPROFOR-Auftrags wieder eine monatelange Verhandlungsrunde beginnen - und solange

natürlich die UNO-Truppen dort belassen, wo sie sind. Diese Wendung der Dinge wäre sogar nach bisheriger Erfahrung die wahrscheinlichste.

Falls jedoch Kroatien - wie öffentlich angekündigt - demnächst den Abzug der Blauhelme fordern würde, wäre es voraussichtlich heftigsten Kritiken sämtlicher Großmächte, einschließlich der BRD, ausgesetzt. Aber selbst wenn es das in Kauf nehmen und sich damit durchsetzen würde, müßte das nicht automatisch eine Wiederaufnahme des Krieges in Kroatien "an allen Fronten" zur Folge haben. Die Gefahr einer solchen Entwicklung würde dann allerdings erheblich zunehmen.

"Friedensplan" für Bosnien-Hercegovina

Nach Auskunft der UNO-Vermittler Vance und Owen ist man in Bosnien-Hercegovina nach mehrmonatigen Verhandlungen in Genf - seit Ende September 1992 - einer Friedenslösung für diese Republik schon "sehr nahe". Jedenfalls seien Kroaten und Serben dort "verständigungsbereit" und lägen in ihren Vorstellungen nicht mehr sehr weit auseinander. "Wir haben jedoch ein Problem. Wir können die Muslime nicht an Bord bekommen. Das ist weitgehend die Schuld der Amerikaner. Denn die Muslime wollen nicht nachgeben, solange sie denken, daß Washington ihnen jeden Tag zu Hilfe kommen könnte." (Owen, laut FAZ vom 4.2.93)

Tatsache ist jedoch, daß nicht nur die Muslime, sondern auch die Serben dem von Vance und Owen vertretenen "Friedensplan" nicht zugestimmt haben. Als einziger hat bisher Mate Boban für die Kroaten der Republik den Vorschlag in allen seinen Teilen und ohne Vorbehalte unterschrieben. Und das zweifellos nicht deshalb, weil er Weltrekordhalter in Friedensliebe ist, sondern weil tatsächlich nur die kroatische Seite mit dem "Paket" rundum zufrieden sein kann. Ja, sie würde tatsächlich mehr erhalten als sie jemals gefordert hat. Nämlich fast ein Viertel des Territoriums der Republik bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 17 Prozent.

Der ganz und gar nicht neue "Friedensplan" der UNO unterscheidet sich in kaum einem wesentlichen Punkt von dem Projekt, über das schon vor einem Jahr unter EG-Vermittlung verhandelt wurde. Damals wurde es als "Kantonalisierung" bezeichnet. (vgl. AK 342, S. 10-11) Im März 1992 war der EG sogar der vollständig wertlose Schein-Erfolg gelungen, die drei Seiten in Bosnien-Hercegovina zur Unterschrift unter das Abkommen zu veranlassen. Dieses Ergebnis war dem gewitzten Kunstgriff der Vermittler zu verdanken, aus dem Plan sämtliche noch umstrittenen Punkte "auszuklammern" und sie zur weiteren Beratung an gemischte Ausschüsse zu verweisen. Wie es nach diesem Geniestreich der Diplomatie weiterging, war der Kriegsberichterstattung zu entnehmen. Die Serben zogen ihre Unterschrift innerhalb weniger Tage zurück und gingen zum Angriff auf die muslimischen Städte Ostbosniens über.

Was an dem UNO-"Friedensplan" von Owen und Vance wirklich neu ist gegenüber dem Projekt vom Vorjahr, war bisher nicht zu verdeutlichen. Ein geringer Unterschied besteht darin, daß die damalige Landkarte der EG-Vermittler zur präzisen Aufteilung Bosnien-Hercegovinas nur als Gerücht gehandelt wurde, während die von Vance und Owen in sämtlichen Tageszeitungen nachgedruckt werden konnte.

Ein anderer Unterschied, und zwar in der Tat ein sehr erheblicher, besteht in der radikalen Veränderung der Fakten zugunsten der Serben und teilweise auch der Kroaten - Veränderungen, die mit nichts weiter als militärischer Macht und Gewalt herbeigeführt worden sind. Den Serben rund 60 Prozent der Republik zuzuteilen, bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 31 Prozent) mußte im März 1992 als absurde Zumutung erscheinen. Die serbische Offensive, die innerhalb einiger Monate fast alles Gewünschte unter Kontrolle brachte, begann erst Anfang April. Im März 1992 mußte der serbische Anspruch auf die ostbosnischen Bezirke, in denen Muslime bei weitem die Mehrheit bildeten, als ungerechtfertigt und vermessen erscheinen. Heute leben dort Muslime nur noch in sehr geringer Zahl, die "ethnische Vertreibung" war dort besonders intensiv und höchst erfolgreich. Fakten wurden geschaffen, und von den Muslimen erwarten nun die UNO-Friedensvermittler, daß sie diese gefälligst anerkennen. Widrigenfalls kündigt man jetzt bereits an, sie als nicht friedenswillige Störer auf die internationale Anklagebank zu setzen. Schon drohten Vance und Owen explizit mit Strafmaßnahmen gegen die Muslime, die vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen werden sollten. Ein historisch wahrscheinlich einmaliger Vorgang, aber für das Friedensverständnis der UNO, siehe oben, durchaus nicht untypisch.

Das Grundproblem des UNO-"Friedensplans" ist das gleiche wie das des EG-Projekts vom Frühjahr 1992: Einerseits muß den Muslimen zugesichert werden, daß die staatliche Einheit von Bosnien-Hercegovina erhalten bleibt, denn nur in diesem Rahmen haben sie überhaupt eine gewisse Chance, als Nation zu

überleben und nicht einfach im Verteilungskampf zwischen Serben und Kroaten aufgerieben zu werden. Schon vor dem Krieg war es nämlich so, daß die Muslime zwar die mit Abstand größte Volksgruppe der Republik waren (rund 44 Prozent), aber die Gebiete, in denen sie tatsächlich Mehrheit sind, kein geschlossenes Territorium bilden. Das gilt heute, als Resultat des Krieges, selbstverständlich noch mehr. Größere Gebiete, die vor einem Jahr noch muslimisch dominiert waren, sind inzwischen militärisch und demographisch verlorengegangen.

Auf der anderen Seite muß jeder Plan zur Neugliederung von Bosnien-Hercegovina den Serben und Kroaten zusichern, daß sie weitestgehende Selbständigkeit haben werden. Mehr noch, sie beanspruchen de facto volle Handlungsfreiheit, um ihre Territorien aus dem Republikverband herauszulösen und sie irgendwann dem "Mutterland" anzugliedern. Jeder Verfassungsentwurf muß also wenigstens so beliebig interpretierbar sein, daß er diese Option nicht eindeutig ausschließt.

Auch in diesem Punkt sind, verglichen mit der Situation vor einem Jahr, Fakten geschaffen worden, die kaum mehr rückgängig gemacht werden können. Die Serben proklamierten schon Anfang April 1992 ihren eigenen Staat in Bosnien-Hercegovina mit Banja Luka als Hauptstadt. Sie bekundeten gleichzeitig ihren Willen, sich Rest-Jugoslawien anzuschließen, was jedoch von Belgrad wohl eher aus Gründen der außenpolitischen Opportunität vorläufig abgelehnt wird.

Die Kroaten zogen am 3. Juli 1992 mit der Gründung eines eigenen Staatsverband und der Bildung einer "Übergangsregierung für das befreite Gebiet" (in erster Linie die westliche Hercegovina) mit Mostar als Hauptstadt nach. Zwar versichern die kroatischen Politiker, daß dies nicht im Widerspruch zur Integrität und Souveränität der Republik von Bosnien-Hercegovina stehe. Das ist aber so wahr und so wertvoll wie ihre Behauptung, das Kommando der kroatischen Streitkräfte in Bosnien-Hercegovina (HVO) unterstehe dem Befehl des Präsidenten der Republik in Sarajevo. Tatsächlich agieren die kroatischen Politiker und Militärs, gerade so wie die serbischen, praktisch völlig autonom. Einen Unterschied macht lediglich, daß sie letztlich doch auf die Muslime als Bündnispartner angewiesen sind, wenn sie nicht allein den Krieg gegen die Serben weiterführen wollen. Daraus ergeben sich strategische Rücksichtnahmen, die aber den Regionalpolitikern und den Militärbefehlshabern vor Ort nicht immer verbindlich zu vermitteln sind. Das um so mehr, da Kroatien selbst mit Tudjman ein Staatsoberhaupt hat, der seinen antimuslimischen Ressentiments gern freien Lauf läßt und der es zur Verzweiflung seiner Ratgeber in der BRD nicht lassen kann, gelegentlich doch wieder auf seine Lieblingsidee einer Aufteilung von Bosnien-Hercegovina unter Kroaten und Serben zurückzukommen.

Vor diesem Hintergrund könnte man selbstverständlich einen Verfassungsentwurf für eine zwar bundesstaatlich gegliederte, aber einheitliche Republik Bosnien-Hercegovina unterschreiben, aber realpolitischen Bestand könnte das schwerlich gewinnen. Daher wohl auch die Leichtigkeit, mit der Mate Boban für die kroatische Seite seine Zustimmung gab und sich damit als Musterschüler von Vance und Owen plazieren konnte.

Zum UNO-"Friedensplan" gehört eine Landkarte, die die Aufteilung von Bosnien-Hercegovina in zehn "Provinzen" mit sehr weitgehender Autonomie vorsieht. Eine davon wäre die Hauptstadt Sarajevo und angrenzende Gebiete, die von allen drei Volksgruppen gemeinsam verwaltet werden soll. Drei Provinzen stünden unter serbischer Dominanz, drei unter muslimischer, zwei unter kroatischer Vorherrschaft. In der verbleibenden zehnten "Provinz" müßten sich Kroaten und Muslime in die Macht teilen. Es ist dies die Region um Städte wie Travnik, Gornij Vakuf und Konjic, wo es in den letzten Wochen heftige militärische Kämpfe zwischen den beiden Gruppen gab, weil die Kroaten sich schnell noch vor einem eventuellen Vertragsabschluß die Vorherrschaft dort sichern wollen.

Es ist daran zu erinnern, daß vor Kriegsbeginn von den 105 Bezirken der Republik Bosnien-Hercegovina 39 eine muslimische, 32 eine serbische und 14 eine kroatische Mehrheit hatten; die restlichen 20 waren nicht eindeutig zuzuordnen. Daran gemessen ist der Vorteil der neuen Karte für die kroatische Seite offensichtlich.

Problematischer muß die Sache aus serbischer Sicht aussehen. Erhebliche Gebietsteile, die sie heute militärisch kontrollieren, sollen Provinzen zugeschlagen werden, die auf der Karte als muslimisch oder kroatisch dominiert eingetragen sind. So etwa das nördliche Ostbosnien, das von den serbischen Milizen im April 1992 überrannt worden war, oder die traditionsreiche Stadt Jajce (gewißermaßen Gründungsort des sozialistischen Jugoslawien), deren Eroberung im Herbst 1992 gelungen war. Zumindest auf der Karte würde

sich der serbische Anteil am Territorium von Bosnien-Hercegovina, der heute de facto rund 70 Prozent ausmacht, dann auf etwa 50 Prozent reduzieren.

Das größte Problem von allen aber wirft für die serbische Seite der Umstand auf, daß die Region um Bosanski Brod, Derventa, Bosanski Samac und Gradacac auf der Karte als kroatische Provinz vorgesehen ist. Diese Gegend bildet den vielzitierten und heißumkämpften "Korridor" zwischen Serbien und den serbischen Gebieten in Ostbosnien einerseits und der Bosnischen Krajina um Banja Luka im Westen andererseits. Heute beherrschen serbische Streitkräfte diesen "Korridor" weitgehend; jedoch sind kroatische und muslimische Kräfte immer wieder in der Lage, die Nachschubwege anzugreifen und zu unterbrechen. Die Zukunft dieses Gebiets scheint für die bosnischen Serben das Hauptargument gewesen zu sein, den "Friedensplan" von Vance und Owen trotz vorhergehender "prinzipieller" Zustimmung im konkreten dann doch nicht zu unterschreiben.

Auf den ersten Blick könnte es so scheinen, als wäre die vorgelegte Landkarte für die Muslime beim realen Stand der Dinge gar nicht so ungünstig. Erstens würde sie die Annahme des "Friedensplans" aus einer militärisch aussichtslosen Situation erlösen und immerhin noch Reste von Staatlichkeit erhalten. Zweitens erscheinen nun auf der Karte auch wieder einige Städte und Gebiete als muslimisch dominiert, die durch das Kriegsgeschehen, einschließlich der "ethnischen Säuberungen", bereits verlorengegangen sind oder die auf Dauer kaum zu halten wären, wie etwa die isolierten Bezirke im Nordwesten um Bihac.

Zwei Einwände sind gegen diese Sicht der Dinge zu machen. Erstens ist tatsächlich zu befürchten, daß auch mit dem "Friedensplan" der einheitliche Staat Bosnien-Hercegovina nicht mehr zu retten bzw. von den Toten aufzuwecken wäre. In der Praxis würde die Aufteilung zwischen Serbien/Jugoslawien und Kroatien folgen, und der dann theoretisch noch verbleibende muslimische "Mini-Staat" wäre nicht lebensfähig, zumal er territorial zersplittert wäre. Aber aus diesem Dilemma kann selbstverständlich überhaupt nichts mehr helfen, weder Fortsetzung des Krieges noch Abschluß eines Friedensvertrags, sondern im äußersten Fall nur ein Wunder.

Der zweite Einwand ist wohl gewichtiger: Selbstverständlich kann man ganz leicht irgendwelche Landstriche mit dem Buntstift als "muslimisch" anmalen und sich dann darüber freuen, was plötzlich doch alles wieder dazugehört. Aber welchen praktischen Wert hat es beispielsweise, wenn den Muslimen auf der Karte Teile Ostbosniens offeriert werden, in denen längst die Tschetniks das Kommando führen und Muslime nur noch als eingeschüchterter Rest existieren, nachdem Hunderttausende das Opfer von systematischer Vertreibung wurden? Kann der totale Umsturz der Bevölkerungsverhältnisse, der mit den Mitteln von Krieg und Terror erzwungen wurde, nun auf dem Verhandlungsweg rückgängig gemacht und der vorherige Zustand wieder hergestellt werden? Würde man den Muslimen denn überhaupt die Rückkehr ermöglichen? Und würde die UNO dafür auch nur die geringsten Anstrengungen unternehmen? Oder würde sie nicht im Gegenteil - wie in den kroatischen Stationierungszonen praktiziert - den Versuch der Rückkehr als lästige und gefährliche Störung des Status quo zurückweisen und die Vertriebenen "auf später" vertrösten? Könnte also der UNO-"Friedensplan" für Bosnien-Hercegovina tatsächlich etwas völlig anderes bedeuten als in Kroatien, wo er zur Stabilisierung der serbischen Kriegserfolge gedient hat? Dies auch nur zu hoffen, hieße wohl, sich total zum Narren machen zu lassen.

Von allen Beteiligten hatten die Muslime am wenigsten die Auflösung Jugoslawiens und die Entfachung eines Verteilungskrieges gewollt. Sie waren die "besten Jugoslawen" - nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil tatsächlich ihre Existenz als Nation eigentlich nur im Rahmen der jugoslawischen Föderation zu gewährleisten war. Die Muslime sind nicht "trotzdem", sondern gerade deswegen zu Hauptopfern dieses Krieges geworden, weil sie ihn am wenigstens gewollt haben und folglich auch am schlechtesten materiell und geistig darauf eingestellt waren. Offensichtlich ist es aber schwierig, sie heute auch noch dazu zu bringen, die entstandene Lage definitiv zu akzeptieren und sich mit der Umumkehrbarkeit der Verhältnisse abzufinden,wie es ihnen der UNO-"Friedensplan" praktisch abverlangen wird. Insofern haben serbische und kroatische Politiker vordergründig recht, wenn sie behaupten, ein Friedensschluß werde in erster Linie durch die Politiker der Muslime "torpediert", worin sich Tudjman ausnahmsweise sogar einmal mit den Vorgestrigen vom "Neuen Deutschland" einig sehen könnte.

Vance und Owen haben die moralisch und rechtlich absurd erscheinendende Möglichkeit, daß die jugoslawischen Muslime durch UNO-Sanktionen zur Annahme ihrer militärischen Niederlage gezwungen werden, in den Bereich der Realität gebracht. Schon im Januar kündigten sie ultimativ an, sie würden gegen

diejenigen, die den "Friedensplan" nicht schleunigst unterschreiben, Strafmaßnahmen beim UNO-Sicherheitsrat beantragen. Aus dem weiteren Verlauf geht hervor, daß sie damit in erster Linie die Muslime als angeblich Hauptschuldige meinen, obwohl ja auch die Serben den Vorschlägen noch nicht zugestimmt haben.

Derzeit sieht es so aus, daß offenbar sämtliche Großmächte, mit der einzigen Ausnahme der USA, aber unter Einschluß der BRD, die Politik von Vance und Owen unterstützen und die Muslime zum "Einlenken" nötigen wollen. Lediglich die neue US-Regierung hat Einspruch eingelegt, im wesentlichen mit dem Argument, der "Friedensplan" sei mit ihr nicht abgesprochen und werde von ihr in der vorliegenden Form auch nicht gutgeheissen, da er die Muslime benachteilige. Indessen scheint das eher der allgemeinen Vorsicht der Clinton-Leute geschuldet, in der Außenpolitik nicht gleich irgendwelche Fehler zu begehen und sich nicht in unüberschaubare Entwicklungen hineinziehen zu lassen, als daß es Ausdruck einer eigenen Konzeption wäre. Angesichts der auf Kosten der Muslime endlich zustande gekommenen Einheitsfront zwischen den europäischen Regierungen, von denen die einen bisher mehr Serbien und die anderen mehr Kroatien favorisierten, wird die US-Regierung ihre spezielle Haltung schwerlich aufrechterhalten. Das vorletzte Kapitel der Reconquista, der kriegerischen und gewalttätigen Vertreibung des Islam von europäischem Boden, ist schon fast abgeschlossen. Welche Regierung der westlichen Welt könnte da abseits bleiben?

Kt.

9. Spuren der Verschwundenen. Gespräch mit Özgür-Der und dem Rechtsbüro des Volkes (Halkin Hukuk Bürosu)

Gespräch mit Özgür-Der und Rechtsbüro des Volkes (Halkin Hukuk Bürosu)

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:07

Türkei:

Spuren der Verschwundenen

Gespräch mit Özgür-Der und Rechtsbüro des Volkes (Halkin Hukuk Bürosu)

Im Zuge ihrer Westeuropareise sprach der ak mit Fatma Gülten Sesen und Ümran Gün. Gülten Sesen ist eine der früheren Vorsitzenden des Angehörigen- und Gefangenenhilfsvereins TAYAD, Mitgründerin von Özgür-Der (Verein für Rechte und Freiheiten) sowie Herausgeberin der sozialistischen Wochenzeitung Mücadele. Ümran Gün ist Anwältin im Halkin Hukuk Bürosu (Rechtsbüro des Volkes). Neben den Recherchen in den Fällen von "Verschwundenen" arbeitet das Büro gegen die polizeilichen Hinrichtungsaktionen, von denen zahlreiche Mitglieder von Devrimci Sol und anderen revolutionären linken Organisationen betroffen waren.

Erst Ende November wurden die Büros von Özgür-Der - zum wiederholten Male - von der Polizei geschlossen und versiegelt, der Verein verboten. Wie sieht Eure Arbeit aus, unter welchen Bedingungen findet sie statt?

Kurz zur Geschichte: In der Zeit nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 ist TAYAD (Hilfsverein für die Familien der Verurteilten und Gefangenen in der Türkei) gegründet worden. Kurz vor der Verabschiedung des Anti-Terror-Gesetzes im Frühjahr 1991 wurde er verboten. Seit dieser Zeit haben auch die Folter und die politischen Morde wieder stark zugenommen. Özgür-Der wurde damals aus einem breiten Spektrum von Menschen gegründet. Es waren ganz unterschiedliche Leute - Hausfrauen, Ingenieure, AnwältInnen, ÄrztInnen - unter den 84 Gründungsmitgliedern.

Özgür-Der hat bei den Kampagnen gegen das Anti-Terror-Gesetz mitgearbeitet und auch eigene Kampagnen organisiert. Eine unserer ersten Hilfkampagnen galt auch den Peschmerga, die aus Südkurdistan in die Türkei geflüchtet waren. Am Tag nach dem Massaker vom 12. Juli 1991 (damals wurden wenige Tage vor dem Besuch Bushs in Istanbul in einer großangelegten Polizeioperation zehn Menschen in ihren Wohnungen erschossen, Anm. ak) wurde der Verein zum ersten Mal geschlossen, dabei wurden über 80 Menschen festgenommen.

Wir haben gleich danach, wie wir das immer gemacht haben, wieder einen neuen Verein beantragt und gegründet. Der wurde dann nach dem Massaker vom 16./17. April 1992 (sechs Frauen und fünf Männer von der Devrimci Sol wurden bei dieser Polizeiaktion im Stil einer öffentlichen Hinrichtung in Istambul getötet, Anm. ak) geschlossen. Dieses Muster hat sich wiederholt: Gründung eines neuen Vereins, Schließung nach einem Massaker.

Wie lief das? Konntet ihr einfach unter demselben Namen einen neuen Verein gründen, nachdem der alte verboten war?

Nein, unter demselben Namen ging das natürlich nicht. Am Anfang war es einfach nur Özgür-Der, dann Istanbul Özgür-Der, dann Tüm Özgür-Der, der vierte wird jetzt Marmara Özgür-Der heißen. Als damals 1990 TAYAD geschlossen wurde, wurden mit ihm zusammen 30 verschiedene Vereine geschlossen. Daraus ergab sich die Überlegung, dezentralisiert selbständige Vereine in den einzelnen Städten zu bilden. Es sind dann in zehn Städten Özgür-Der gegründet worden, von denen alle bis auf drei geschlossen wurden. Diese Vereinsverbote finden immer in den Zeiten statt, in denen die gesellschaftliche Opposition sehr stark gegen die Regierung auftritt.

Mit den Auseinandersetzungen draußen sind auch die Kämpfe in den Knästen angewachsen. Eine der Kampagnen von Özgür-Der richtete sich gegen den Spezial-Isohaftknast in Eskisehir, der dann auch unter anderem durch diese Kampagne geschlossen werden mußte.

Was ihnen auch ein Dorn im Auge ist, ist unsere Tätigkeit zu Kurdistan. Da wird viel von Istanbul aus organisiert, viele Menschenrechtsdelegationen, zum Beispiel eine Delegation, die nach Sirnak fuhr mit ÄrztInnen und Krankenschwestern. Dabei haben alle lokalen Özgür-Ders zusammengearbeitet.

Die letzte Kampagne, die sich gegen Folter und das Verschwindenlassen von Menschen richtete, ist sehr breit mitgetragen worden. Als die DYP/SHP-Koalitionsregierung an die Macht kam, hat sie viele Versprechungen gemacht, zum Beispiel daß es "gläserne Polizeiwachen" geben solle. Es wurde dann schnell klar, daß diese Versprechen nicht eingehalten werden, und viele Leute, auch Özgür-Der, haben auf die Einhaltung gepocht.

Ende November fand eine Beerdigung von gefallenen Kämpfern statt, an der entgegen den Erwartungen der Regierung sehr viele Menschen teilgenommen haben, und danach wurde der dritte Özgür-Der geschlossen. Sie haben schon immer unsere Beerdigungen angegriffen, sie haben schon immer Familienangehörige und Mitglieder von Özgür-Der unterdrückt. Am Anfang in Gewahrsam genommen und etwas gefoltert, später etwas mehr gefoltert und länger in Gewahrsam gehalten, noch später wurden die Leute richtig verhaftet. Inzwischen ist es so, daß diejenigen, die zu Beerdigungen gehen, in dem Bewußtsein hingehen, daß sie unter Umständen nicht zurückkommen. Der Regierung hat Angst vor dieser Kraft, daß es Leute gibt, die trotz allem auf die Straße und zu Beerdigungen gehen.

Wie wurde die Schließung eures Vereins begründet?

Die Begründungen für die Schließungen waren nie besonders stichhaltig, aber jetzt war es so, daß nicht mal die Polizisten sagen konnten, was denn eigentlich der Grund für die Schließung wäre. Sie wußten es nicht und sagten bloß, sie sollten den Verein eben dicht machen.

Ein paar Tage vor der Schließung gab es eine Durchsuchung der Vereinsräume. Dabei wurde ein Ordner mit Namenslisten von von der Polizei Festgenommenen beschlagnahmt. Weiter haben sie auch gleich noch eine halbe Stange Zigaretten mitgenommen, außerdem Medikamente, die eine ausländische Delegation mitgebracht hatte. Nichts, was als Beweismaterial im Zusammenhang mit der Schließung wieder aufgetaucht wäre. Die Schließung ist rein willkürlich erfolgt.

Aber inzwischen ist nach dem Verbot der vierte Özgür-Der, Marmara Özgür-Der, gegründet worden.

Ein wichtiger Teil eurer Arbeit besteht darin, euch um Leute zu kümmern, die nach polizeilichen Festnahmen spurlos "verschwunden" sind.

Allein in Istanbul gibt es sieben Verschwundene. Die Angehörigen haben sich organisiert und haben nicht mehr nur gefragt: Wo sind sie? Sie haben viel radikaler reagiert - das hätten nicht einmal wir erwartet -, sie sind alle zusammen nach Ankara gefahren und in einen Hungerstreik getreten. Die Angehörigen haben mit Blut gefüllte Flaschen an die Türen des Parlaments geworfen und verlangt, mit dem Ministerpräsidenten zu sprechen.

Zwölf Mütter haben sich mit Bildern der Verschwundenen vor das Haus von Demirel gestellt und haben auf ihn gewartet. Dazu kamen ganz viele Leute aus der Umgebung, die sich das ansehen wollten. Demirel kam dann wirklich und konnte überhaupt nicht verstehen, warum sie denn ausgerechnet bei ihm sind und warum sie vor seinem Privathaus warten. Die Mütter sagten, daß sie sehr lange vor dem Parlament gewartet hatten und nicht vorgelassen worden waren, und sie verlangten von ihm Rechenschaft, wo ihre Kinder seien. Demirel sagte: "Was wollt ihr denn vom mir? Ich habe eure Kinder nicht in der Jackentasche."

Natürlich wußten die Familien, daß sie von Demirel nichts zu erwarten haben. Als sie nach Ankara fuhren, wußten sie im Grunde schon, daß ihre Kinder tot sind. Was sie wollten, war, daß offiziell bestätigt wird, daß die Verschwundenen tot sind, daß vor dem Volk Rechenschaft abgelegt wird.

Demirel hat den Müttern einen Dialog vorgeschlagen: Sie sollten sich mit den Angehörigen der Anti-Terrorabteilung der Polizei an einen Tisch setzen. Die Mütter haben das abgelehnt: "Wir wollen nicht mit den Folterern und Mördern reden."

Nachdem sie aus Ankara zurückgekehrt waren, wo sie viele Gespräche geführt, aber keinerlei offizielle Aufklärung erhalten hatten, haben die Familien erklärt, daß sie sich damit nicht abfinden werden, daß sie in Zukunft noch viel radikaler auftreten werden und es die Regierung noch wesentlich mehr kosten wird.

Die Kampagne hat zumindest einen Teilerfolg gebracht: Am Anfang waren zwölf Fälle von Verschwundenen bekannt. Später hat die Regierung zugegeben, daß fünf von den Verschwundenen sich in Polizeihaft befinden. Das, obwohl sie zuerst heftig bestritten hatte, über irgendeinen der Fälle überhaupt nur etwas zu wissen.

Das "Rechtsbüro des Volkes" beschäftigt sich juristisch mit den Fällen von Verschwundenen und versucht, von den Behörden Auskünfte über sie zu erhalten und sie wieder freizubekommen. Könnt ihr darüber mehr erzählen?

Mit fünf der sieben Verschwundenen hatten wir schon vorher zu tun, da haben wir sofort angefangen zu suchen und Sachen in die Wege zu leiten, bei zweien sind später die Familien zu uns gekommen und haben uns gebeten, die Sache ebenfalls in die Hand zu nehmen. Die Verschwundenen haben eines gemeinsam: Es sind alles Leute, die als Linke bekannt waren, die schon öfters festgenommen worden sind oder länger im Knast waren oder die zur sozialistischen Presse gehören. Es gab in allen Fällen Anzeichen und Indizien, daß sie festgenommen worden sind.

Ganz eindeutig war es bei Tugrul Özbek. Tugrul stand nach dem Militärputsch im Massenprozeß gegen Devrimci Sol vor Gericht und hatte bereits elf Jahre im Gefängnis gesessen. In der Zeit, als er festgenommen wurde, lief eine Polizeioperation, bei der eine Frau namens Sultan Canik ermordet wurde. Die Presse hat berichtet, daß im Zusammenhang mit dieser Aktion ein Ertugrul Özbek festgenommen worden sei. Die AnwältInnen haben über die Staatsanwaltschaft versucht, herauszufinden, ob ein Tugrul Özbek festgenommen wurde. Darauf haben sie überhaupt keine Antwort erhalten.

Kurz nach dieser Operation ist eine Gruppe festgenommen worden. Nach ihrer Freilassung hat sich eine Frau von ihnen gemeldet. Sie hatte beim Verhör auf der Wache zufällig gesehen, wie ein Mann von Polizisten vorbeigeführt wurde und nach Fotos in der Presse Tugrul wiedererkannt.

Wir sind mit dem Foto von Tugrul zu dem Haus gegangen, wo die Frau erschossen worden war, und haben die NachbarInnen angesprochen, ob sie ihn kennen. Alle konnten sich an den Mann erinnern und bestätigen, daß es der Mann war, der in der Wohnung mit Sultan zusammengewohnt hatte.

Als das über die Presse publik geworden war, hat sich ein Mann gemeldet, der vorher mit Tugrul telefoniert hatte. Sie hatten dabei vereinbart, sich in einem Teegarten zu treffen. Wir sind dann zu diesem Teegarten gegangen und haben mit den Kellnern gesprochen. Die kannten ihn als Stammgast und konnten bestätigen, daß er auch am 10. Oktober da war. An diesem 10. Oktober waren auch sehr viele Zivilpolizisten in diesem Teegarten. Tugrul hatte das mitbekommen und versucht wegzugehen. Die Kellner konnten noch sehen, wie er beim Verlassen von Zivilpolizisten festgenommen wurde. Danach hat ihn niemand mehr gesehen.

Die NachbarInnen, mit denen wir gesprochen haben, durften während der Operation die Häuser nicht verlassen. Sie haben aber gesehen, daß in einem Polizeiauto noch zusätzlich eine Person war. Daraus schließen sie, daß sie Tugrul zu der Stelle, an der die Frau erschossen wurde, mitgenommen haben, daß er zusehen mußte, wie sie ermordet wurde.

Die AnwältInnen habe in den Fällen der Verschwundenen zahlreiche Anfragen und Anträge bei den Behörden gestellt, aber sie haben darauf keinerlei Reaktion bekommen, weder positiv noch negativ; weder wird offiziell gesagt: Wir haben sie festgenommen, noch: Wir haben sie nicht festgenommen. Die AnwältInnen wollen jetzt vor der Europäischen Menschenrechtskommission einen Antrag stellen. Aber dafür ist es juristisch erforderlich, daß im eigenen Land alle Rechtswege ausgeschöpft sind. Dadurch, daß alle ihre Anträge und Nachforschungen einfach nicht bearbeitet werden, wird ihnen auch diese Möglichkeit genommen.

Seit dem Frühjahr 1991 ist das türkische Anti-Terror-Gesetz in Kraft, das linke Opposition als Terrorismus verfolgt und Folterer praktisch straffrei stellt. Die Regierung Demirel/Inönü hat vor ihrer Wahl versprochen, diese Bestimmungen wieder abzuschaffen. Was ist daraus geworden?

Das Anti-Terror-Gesetz ist nach wie vor in Kraft. Die Veränderungen, die es geben sollte, waren im Bereich des Strafvollzugs, besonders was Folter angeht. Es gibt aber absolut keine Verbesserung, im Gegenteil, es ist noch viel schlimmer geworden als vorher.

Anfang Dezember ist in Istanbul eine Frau, Sabahat Varol, festgenommen worden und bis zur Ohnmächtigkeit gefoltert worden. Als sie wieder zu sich kam, befand sie sich in einem dunklen Raum. Um sich herum Leichen,

die sie zwar nicht sehen und identifizieren konnte, die sie aber fühlen konnte. Zum Teil waren sie am Hals angekettet. Über einige war Beton oder Putz gekippt worden.

Später ist sie von einem Polizeiauto weit außerhalb der Stadt ausgesetzt worden. Dabei ist ihr gedroht worden, daß das, was sie gesehen hat, ihr genausogut selbst blühen kann. Auch sie hat das veröffentlicht. Die Regierung hat es nicht einmal für nötig gehalten, zu dementieren.

Offiziell ist die Zeit, die Leute in Polizeihaft gehalten werden können, kürzer geworden, die Festgenommenen sollen Anspruch auf Anwaltsgespräche und auf juristische Hilfe haben. Das alles gilt aber nur für normale Gefangene, nicht für politische. Zuständig für die Feststellung, wer normaler und wer politischer Gefangener ist, ist die Polizei; sie kann das völlig willkürlich festlegen und damit auch bestimmen, welche Rechte ein Gefangener hat. Im Gegensatz zu den Ankündigungen ist die Zeit, für die Festgenommene in Polizeihaft gehalten werden können (das ist die Zeit, die die Polizei für Folterungen nutzt, Anm. ak), für politische Gefangene um 15 Tage auf jetzt 30 Tage erhöht worden. Für die politischen Gefangenen sind Anwaltsgespräche verboten worden. Früher gab es einen Ministerpräsidentenbeschluß, nach dem AnwältInnen die politischen Gefangenen besuchen durften, worauf sich die AnwältInnen dann berufen haben, um in die Polizeigefängnisse zu kommen. Aber das ist auch aufgehoben worden.

Es gibt jetzt einen Gesetzesabsatz, der feststellt, daß unter Folter erpreßte Aussagen nicht mehr verwertet werden dürfen. Das hört sich erstmal gut an. Aber dadurch, daß die Zeit der Polizeihaft auf 30 Tage verlängert wurde, wird das zunichtegemacht. Wenn die Festgenommenen in der ersten Woche gefoltert wurden, sind nach den 30 Tagen die Folterspuren nicht mehr sichtbar, und es ist praktisch nicht mehr möglich, die Folter vom Arzt feststellen und attestieren zu lassen und damit die erpreßten Aussagen anzufechten. Deshalb hat dieser Absatz in der Praxis keine Bedeutung.

Weiter gibt es auch die versteckten Festnahmen, die erstmal niemand mitgekriegt hat, und wo die Leute viel länger als vorgeschrieben in Polizeihaft bleiben. Das trifft auch die nicht-politischen Gefangenen, die dann viel länger als vier bis acht Tage in den Händen der Polizei sind.

Es gibt auch kein Gesetz, das die rechtlichen Folgen von staatlichen Verstößen regelt. Wenn zum Beispiel AnwältInnen nicht zu ihren MandantInnen gelassen werden, ist nicht geregelt, wie sie ein Gespräch durchsetzen können.

Nachdem die Koalitionsregierung die wenigen Reformen gemacht hatte, hat sie gleich die Werbetrommel gerührt, vor allem in Europa. Die Berichte und Interviews zu dem Thema wurden aber meist mit AnwältInnen gemacht, die sich mit Straßenkriminalität oder Betrugsdelikten beschäftigen und die diese Probleme nicht haben.

Wie weit seid ihr auch als AnwältInnen Repressionen ausgesetzt?

Alle, die bei uns im Rechtsbüro des Volkes arbeiten, sind schon einmal geschlagen oder gefoltert worden, vier von uns schwer gefoltert worden, drei von uns haben bis zu einem Jahr im Knast gesessen. Jetzt erhalten wir telefonische Morddrohungen - sie haben es bei anderen AnwältInnen hingekriegt, daß sie bestimmte Fälle nicht mehr übernehmen, und versuchen das bei uns eben auch.

Auf einen anderen Punkt wollen wir noch hinweisen: die Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei. Es ist kein Zufall, daß das Informationszentrum für freie Völker in Köln, das unsere Delegationsreise organisiert hat, durchsucht wurde, kurz nachdem wir hier angekommen sind. Die Hausdurchsuchung war am Tag nach Mölln, wegen angeblicher Weiterführung von Devrimci Sol. Dabei sind alle möglichen Unterlagen, Disketten und Computer beschlagnahmt worden. Sie haben noch nicht mal eine Liste hinterlassen, was sie mitgenommen haben. Bei der Durchsuchung war auch ein Türke dabei, der sich nicht vorgestellt hat, höchstwahrscheinlich vom türkischen Geheimdienst, der alle möglichen Dinge im Büro, Filmmaterial, Akten usw. aussortiert und mitgenommen hat. Das war alles kurz nach dem Besuch des deutschen Außenministers Kinkel in Ankara.

Unser Ziel, mit dem wir nach Europa gekommen sind, war, Sensibilität und Öffentlichkeit für die Menschenrechtsverletzungen zu schaffen, die wir in der Türkei tagtäglich erleben. Wenn wir mit Leuten sprechen, stellen wir fest, daß sie schon viel darüber wissen, daß wir einem Teil davon gar nicht mehr so viel darüber erzählen müssen. Es ist uns aber wichtig, daß auch die Menschen in anderen Ländern den Kampf der

Vereine und demokratischen Organisationen in der Türkei unterstützen, und die Solidaritätsgefühle zwischen den Völkern gegen die herrschenden Regierungen zu verstärken.

Ganz herzlichen Dank für das Interview.

10. Grabesruhe über Kurdistan. Das politische Kalkül des türkischen Staates im Prozeß gegen Stefan Waldberg

Das politische Kalkül des türkischen Staates im Prozeß gegen Stephan Waldberg

Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:45

Gegen 24 Angeklagte verhandeln die drei Richter, von denen einer dem Militär angehört, in nur drei Stunden. Aus der Wand hinter dem Richtertisch schaut der Porträtkopf Atatürks auf die Kurden, die von Soldaten in Handschellen vorgeführt werden. Publikum nimmt an den Kurzverhandlungen nicht teil, AnwältInnen selten. Der 22. Januar '93 wäre ein ganz normaler Gerichtstag vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir, wäre da nicht der letzte Fall, der des Deutschen Stephan Waldberg.

Stephan war vergangenen September in die Türkei eingereist. Wie schon früher setzte er auch diesmal wieder seinen Jahresurlaub daran, in den kurdischen Gebieten Fotos, Interviews und Reportagen zu machen, um das Material anschließend u.a. für Radio Dreyeckland (RDL) auszuwerten. Er engagierte sich auch für humanitäre Hilfsprojekte, z.B. für eine Gesundheitsstation in der Stadt Cizre.

Am 29.9. überschritt Stephan die Grenze zum von Kurden kontrollierten Nordosten des Irak (Südkurdistan). Einige Tage später besuchte er ein Guerillacamp der PKK in diesem Gebiet. Dort wurde er am 2.10. durch den plötzlichen Ausbruch der Kämpfe zwischen PKK und Kurdistanfront überrascht, in die auch die türkische Luftwaffe massiv eingriff und an denen sich nach zwei Wochen auch türkische Bodentruppen beteiligten. Gegen die Luftangriffe schützten sich die eingeschlossenen PKK-Kämpfer, bei denen sich Stephan aufhielt, in Unterständen. Trotzdem wurden viele verletzt und mehrere getötet. Unter den Gefallenen war auch der Kommandant Hüsseyin Celebi, der Stephan einen verschlossenen Brief mit einer Grußadresse an ein Treffen deutscher Soligruppen mitgab (Celebi hatte früher in Deutschland gelebt). Während der Kämpfe mußte Stephan mitansehen, wie ein kurdisches Dorf von der türkischen Luftwaffe angegriffen wurde. In einer etwas ruhigeren Phase der Kämpfe versuchte es Stephan schließlich, sich in die nahe Grenzstadt Zakho durchzuschlagen. Zweimal wurde er unterwegs beschossen und schließlich an einer Sperre von Peschmerge der Kurdistanfront festgenommen. Aus Fetzen eines Telefongespräches ist sich Stephan sicher, verstanden zu haben, daß die Peschmerge seinetwegen die türkische Seite anriefen.

Stephan wurde bis an die Brücke über den Grenzfluß Habur gebracht und mußte dann selbst - von Leuten des türkischen Geheimdienstes beobachtet - zum türkischen Zoll gehen, wo er einen normalen Stempel in seinen Paß erhielt. Kurz darauf wurde er festgenommen.

Bei ihm wurden der Brief des Hüsseyin Celebi und einige Embleme der PKK gefunden. Zwei Tage wurde er in einen Raum gesperrt, in dem er auf dem Betonboden schlafen mußte und kein Essen erhielt. Als er verlangte, wenigstens auf die Toilette gelassen zu werden, schlug ihn ein Wärter. In den Verhören wird er massiv unter Druck gesetzt. Man sagt ihm, er müsse in den "Doktorraum" und zeigt ihm einen Raum mit Foltergeräten. Nachts läßt man ihn die Schreie von Gefolterten hören. Man droht ihm sogar mit Erschießung, läßt ihn sich nackt ausziehen und an die Wand stellen, während hinter ihm die Gewehre klicken.

Während dieser Zeit weiß niemand, wo Stephan sich befindet. Sein Rückflug von Ankara aus ist lange, bevor er das Lager verlassen konnte, verfallen. Schließlich bekommt die prokurdische Zeitung Özgur Gündem undeutliche Nachrichten von Stephans erster Festnahme durch die Peschmerge. Darauf beginnen türkische Zeitungen im Stil grober Vorverurteilung über Stephans Verhaftung zu berichten. Die nationalistische Tercüman schreibt: "Da ist die reale Seite der deutschen PKK-Politik ... Einer von zwei Deutschen, die sich 25 Tage in PKK-Zentrallagern aufhielten wurde gefaßt." Angereichert wird der Bericht mit frei erfundenen Aussagen Stephans und ebenfalls erfundenen Funksprüchen der PKK, in denen u.a. gesagt wird, Stephan solle mit Fotos von Panzern deutscher Herkunft die öffentliche Meinung in Europa gegen die Türkei einnehmen. Die auflagenstärkste Zeitung Hürriyet macht aus Stephan einen PKK-Funker, indem sie sich auf angebliche Angaben in seinem Reisepaß bezieht.

Aus der Zeitung erfährt - acht Tage nach Stephans Festnahme am 23.10. - auch die deutsche Botschaft davon. Gegen die verspätete Benachrichtigung wird Protest eingelegt und der Leiter der Rechtsabteilung, Dr. Haisch, besucht Stephan im Gefängnis. Ihm erzählt Stephan von seiner Behandlung bei den Verhören, was lediglich als "starker psychischer Druck" intern an das Auswärtige Amt weitergemeldet wird.

Auf den Rat der Botschaft und von türkeierfahrenen Journalisten, halten sich die Eltern und der Freundeskreis von Stephan lange Zeit mit Kritik an dem Verfahren und an Stephans Behandlung zurück. Damit sollte der türkischen Seite die Möglichkeit offengehalten werden, den Fall ohne Gesichtsverlust zu den Akten zu legen. So wurde allerdings auch die Chance vertan, gleich am Anfang starken öffentlichen Druck zu entfalten.

Die Botschaft schraubte unterdessen ihre Aktivitäten wieder auf eine normale konsularische Betreuung zurück. Welches Interesse - abgesehen vom Druck der öffentlichen Meinung - kann die deutsche Diplomatie auch daran haben, jemandem zu helfen, der mit Berichten über Menschenrechtsverletzungen und eventuell vom Einsatz deutscher Waffen von dem Verbündeten und aus dem Fluchtland Türkei zurückkommt? Wäre es für die deutsche Politik nicht eine Erleichterung, solche Leute würden mal gründlich abgeschreckt?

Während man in der BRD auf eine stille Abschiebung hofft, geht in der Türkei die gegen Stephan gerichtete Pressekampagne weiter. Am 8.12. veröffentlicht die Zeitung Milliyet, unter dem Titel "Strom von ‚Spionen` in die Türkei", einen Artikel über "zweckentfremdete Aktivitäten von Ausländern". Beklagt werden die Aktivitäten von Abgeordneten, Journalisten, Wissenschaftlern und Touristen aus verschiedenen Ländern, die Untersuchungen über Juden, Armenier und Alewiten anstellen und den "Terror der PKK" unterstützen. Es wird der oberste Polizeichef der Türkei mit der Bitte an die Bevölkerung, solche Aktivitäten zu melden, zitiert. Es folgt eine Liste einschlägig aufgefallener Personen, unter ihnen die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke. Stephans Fall dient am Schluß als Beleg.

Die Hoffnungen des Freundeskreises und der Familie auf baldige Freilassung werden enttäuscht, am am 18.12. das Verfahren mit fadenscheinigen Gründen vertagt wird. Nun beginnen sie verstärkt öffentlichen Druck zu entfalten, der auch zu einer Demarche der Bundesregierung an die Türkei führt, in der die Unzufriedenheit der Bundesregierung und der deutschen Öffentlichkeit mit dem bisherigen Prozeßverlauf und der schleppenden Behandlung des Falles betont wird. Auf eine Anfrage des Freiburger SPD-MdB Gernot Erler im Bundestag antwortet die Staatsministerin Ursula Seiler-Albring am 14.1.93: "Ich möchte hier sehr nachdrücklich betonen, daß die deutsche Bundesregierung erwartet, daß Stephan Waldberg nach dem morgigen Tag unverzüglich in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen kann."

Eine beruhigende Nachricht, doch in Diyarbakir sieht die Lage ganz anders aus: Der zu dem nochmals verschobenen Prozeß angereiste Dr. Haisch ist über die Antwort der Staatsministerin nicht einmal informiert und spielt sie im persönlichen Gespräch herunter. Offenbar kann man Stephan nicht helfen oder will ihm nicht helfen können. Von einem Journalisten gefragt, ob sich die deutsche Botschaft genauso verhalten hätte, wenn einem Manager der deutschen Wirtschaft das gleiche widerfahren wäre wie Stephan, antwortet Dr. Haisch, das sei doch ein ziemlich theoretischer Fall, daß ein deutscher Manager in ein PKK-Lager ginge. Der alte Diplomat, der sich seine Sporen in Südafrika verdient hat, hat es damit indirekt doch gesagt: Stephan ist selber schuld und das Recht auf freie Berichterstattung keiner Erwähnung wert.

Vor Gericht versucht nun Stephans Anwalt Sezgin Tanrikulu in einem langen und gut durchdachten Plädoyer, die Richter von der Unhaltbarkeit der gegen Stephan erhobenen Vorwürfe zu überzeugen. Da sind zunächst die Namen von Kurden in Stephans Adreßbuch, in der Presse und von den Ermittlungsbehörden als Liste von PKK-Mitgliedern gehandelt. Doch diese Einstufung stützt sich auf bloße Hinweise aus dem Sicherheitsapparat, die nicht belegt sind, schon gar nicht durch Gerichtsverfahren gegen diese Personen. Daß Stephan in ein PKK-Lager ging, daß er eingelassen wurde und sich so lange dort aufhielt, beweist ebenfalls nichts, denn seine Tätigkeit als freier Mitarbeiter für RDL ist vor Gericht erwiesen. Daß er während der überraschend ausgebrochenen Kämpfe nicht jederzeit wieder das Lager verlassen konnte, ist verständlich. Der Rechtsanwalt zählt auch mehrere Beispiele von türkischen JournalistInnen auf, die in PKK-Lagern waren, u.a. erwähnt er den Fall zweier Reporterinnen einer türkischen Zeitschrift, die eine ganze Woche in einem PKK-Lager recherchierten. Auch die bei Stephan gefundenen Abzeichen der PKK können kaum etwas anderes als persönliche Erinnerungsstücke gewesen sein. Da sie in Westeuropa hergestellt werden, ist es für die PKK sinnlos, sie durch Stephan eben dorthin transportieren zu lassen. Ähnlich verhält es sich mit dem Hauptindiz für Stephans Kuriertätigkeit, dem Brief des Hüsseyin Celebi.

Kann man es als Kuriertätigkeit bezeichnen, wenn Stephan eine persönliche, nicht im Namen der Partei geschriebene Grußadresse an deutsche Mitglieder eines Solitreffens mitnimmt? Das türkische Lexikon definiert einen Kurier ganz anders, als Übermittler militärischer und diplomatischer Geheimnisse. Und welchen Vorteil sollte die PKK auch von so einem "Kurier" wie Stephan im Zeitalter der modernen Nachrichtenübertragung haben?

Der Staatsanwalt macht sich in seinem Plädoyer erst gar nicht die Mühe, die Argumente zu Stephans Entlastung zu entkräften. Sein Plädoyer umfaßt kaum mehr als eine Schreibmaschinenseite und wiederholt einfach die genannten Vorwürfe.

Schließlich hat Stephan das letzte Wort. Er sagt, daß die Beweise gegen ihn "gestellt, konstruiert und zurechtgebogen" sind und erwähnt die Demütigungen und Drohungen, die er seit seiner Verhaftung erfahren mußte. Dann fährt er fort: "Dieser Prozeß ist ein politisches Kalkül des türkischen Staates ... Die Menschen hier, das türkische und das kurdische Volk wissen über die faschistischen Methoden des türkischen Unrechtstaates und den Krieg, der gegen sie geführt wird, Bescheid."

Stephan trägt seine Worte mit nervöser Spannung vor. Es ist nicht einfach, das vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir zu sagen und kann ihm leicht ein paar Jahre Gefängnis mehr eintragen. Doch der Richter hat offenbar eine feste Vorstellung, wie dieser Prozeß zu Ende zu gehen hat. Er faßt die vom Dolmetscher übersetzte Rede Stephans stark verharmlosend für das Protokoll zusammen. Z.B. sagt er einmal, daß Stephan sich über die Zustände im Nordirak beklage, während Stephan und der Dolmetscher von der Türkei gesprochen hatten. In dieser entschärften Fassung wird Stephans Rede dann auch in der türkischen Presse zitiert werden.

Nach kurzer Beratung verkündet das Gericht, daß Stephan nach §169 des türkischen Strafgesetzbuches der Unterstützung und Komplizenschaft mit der PKK schuldig ist. Aus der Mindeststrafe, einem Zuschlag nach dem Antiterrorgesetz vom April 1991, abzüglich von neun Monaten wegen guter Führung vor Gericht, errechnet das Gericht eine Gesamtstrafe von drei Jahren und neun Monaten Zuchthaus.

Man bringt Stephan und die anderen Gefangenen zurück in ein Gefängnis, das mit 970 politischen Gefangenen voll belegt ist. Dort hat Stephan Menschen getroffen, die kaum vorstellbaren Folterungen ausgesetzt waren. Die Solidarität der Mitgefangenen war es aber auch, die ihm über die erste schwierige Zeit im Gefängnis hinweggeholfen hat.

Draußen sprechen uns viele Menschen auf Stephan an und bekunden ihre Anteilnahme. "haksiz", "Unrecht", ist der häufigste Kommentar im Taxi und im Teehaus.

Abdullah Koc vom Menschenrechtsverein unterstreicht uns gegenüber, daß es auch für sie wichtig ist, daß Stephan frei kommt. 13 Journalisten wurden letztes Jahr in der Türkei, vermutlich von staatsnahen Killerkommandos, ermordet; die nicht staatskonforme Presse droht unter immer neuen Repressalien in die Knie zu gehen. Was erst, wenn auch noch die kritische Berichterstattung des Auslandes geknebelt wird? Und was bedeutet es eigentlich für eine kritische deutsche Öffentlichkeit, wenn sie nicht in der Lage ist, für Stephan hierzulande Druck zu entfalten?

ja

In ca. drei Monaten steht die Revisionsverhandlung für Stephan an. In der Zwischenzeit soll eine Reihe von Aktivitäten zu seiner Unterstützung laufen. Weitere Informationen und Karten für eine Postkartenaktion (bitte größere Bestellungen) können unter folgender Adresse bezogen werden:

Familie und Freundeskreis

Stephan Waldberg

c/o Armin Bannwarth

Schilstr. 4, 7809 Winden

Spenden für die Verteidigung und andere anfallende Kosten können an:

W. Rosa, Kto.-Nr. 36 15 26, Volksbank Waldkirch, BLZ 680 924 00, Stichwort: "Stephan", überwiesen werden.

11. Haiders Volksbegehren ein Flop!

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:32

417.000 ÖsterreicherInnen setzten ihre Unterschrift unter das von FPÖ-Führer Jörg Haider angezettelte Anti-AusländerInnen-Volksbegehren "Österreich zuerst". Das ist einer der größten Flops in Haiders politischer Karriere. Die von KünstlerInnen, Intellektuellen und PolitikerInnen initiierte Gegenbewegung "SOS Mitmensch" und die radikalere "Plattform gegen Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit" sind zu einer unübersehbar großen Allianz von Einzelpersonen und Organisationen geworden. Zehntausende zündeten in den Landeshauptstädten Salzburg, Linz, Klagenfurt und Innsbruck Kerzen an, ehe am 23.1., direkt vor der Einschreibewoche, in Wien mit über 250.000 Menschen die größte Demonstration und Kundgebung mit Reden, Kerzen und Fackeln in der Geschichte der Republik stattfand.

Nichts war mehr übriggeblieben von der hysterischen Stimmung, mit der Jörg Haider den "Altparteien" im November letzten Jahres gedroht hatte: Wenn sie nicht seinen 12-Punkte-Katalog gegen AusländerInnen und Flüchtlinge unterschrieben, würde er ein Volksbegehren initiieren. Die Spitzenfunktionäre der Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP überschlugen sich daraufhin mit Beteuerungen, die Forderungen des angedrohten Volksbegehrens - Stop des Zuzugs von Flüchtlingen und AusländerInnen, Verschärfung der Asyl- und Fremdengesetze, Bevorzugung von ÖsterreicherInnen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, etc. - seien längst verwirklicht. Anstatt sich gegen die Inhalte des angedrohten Volksbegehrens zu stellen, leisteten sie damit Haiders Rassismus Vorschub.

Selbstsicher hatte der FPÖ-Chef die Meßlatte für einen "Erfolg" seines Volksbegehrens anfangs sehr hoch gehängt: Eine Million Unterschriften (bei 5,6 Mio. Wahlberechtigten) könne er bekommen, später war nur noch von einer halben Million die Rede. Alles, was über 780.000 liege (die Stimmenanzahl der FPÖ bei der letzten gesamtösterreichischen Wahl), sei "ein Triumph, ein sensationeller Erfolg". Mit 417.000 Unterschriften bleibt Haider weit unter seinen Erwartungen und windet sich in Schuldzuweisungen an Präsident, Kanzler, Parteien, Kirche, KünstlerInnen und so weiter.

Formal reichen 100.000 Unterschriften, um den Sinn des Volksbegehrens zu erfüllen: Der 12-Punkte-Katalog muß im Nationalrat besprochen, keineswegs jedoch positiv beschieden werden. Denn ein Volksbegehren stellt - anders als eine Volksabstimmung - kein Votum der Bevölkerung dar, sondern ist nichts als ein Antrag von BürgerInnen auf Behandlung eines Anliegens im Parlament, normalerweise dann, wenn sie dafür keine Partei gewinnen konnten. Haider hätte seine Forderungen durch einen simplen Antrag seiner FPÖ-Fraktion im Nationalrat einreichen können. Aber es ging ihm nicht um Anträge oder gar Parlamentsbeschlüsse, sondern um flächendeckende rassistische Hetze, denn natürlich wurde nicht über einzelne der zwölf Punkte des Katalogs diskutiert, sondern simpel über die Frage: "AusländerInnen raus - ja oder nein?"

Gegenbewegung

"SOS Mitmensch"

Die von KünstlerInnen, Intellektuellen und PolitikerInnen ins Leben gerufene Gegenbewegung "SOS Mitmensch" hat ihr Ziel, sich schneeballartig auszubreiten, erreicht und die wesentlichen Institutionen und Organisationen der österreichischen Gesellschaft und zahlreiche Einzelpersonen mobilisiert.

Fast die gesamte Katholische Kirche Österreichs mit Ausnahme der Ultrakonservativen um Bischof Krenn wurde aktiv. Engagierte LaiInnen der "Katholischen Aktion" nutzten die Pfarren als flächendeckende Infrastruktur zu ihrer bisher größten Aktion gegen Fremdenangst. 650.000 Flugblätter wurden vor den Kirchen verteilt und Broschüren für Jungschar-GruppenleiterInnen und andere MultiplikatorInnen mit direkten Anleitungen und Informationen für die Zielgruppenarbeit mit Kindern, Jugendlichen, Älteren, etc. erstellt. Ihre Mahnwachen direkt vor den Einschreibungslokalen zog die Katholische Aktion nach dem Vorwurf der Behinderung wieder zurück, sorgte aber auch während der Einschreibungswoche weiter für Aufklärung. Prominente Mahner wie Alt-Kardinal Franz König und der Wiener Weihbischof Florian Kuntner - "das erste Volksbegehren gegen Menschen" - sprachen auf der Wiener Kundgebung. Durch die fast einhellige Ablehnung und die Aktionen der Kirche mußte Haider um den Erfolg des Volksbegehrens vor allem im ländlichen Raum fürchten.

15 kollegiale Führungen von Wiener Spitälern (das sind die ärztlichen, Verwaltungs- und Pflegedirektoren), das Fakultätskollegium der medizinischen Fakultät der Uni Wien und mehr als 1000 SpitalsmitarbeiterInnen hatten die Forderung "Hände weg von unseren Kolleginnen und Kollegen" unterschrieben, noch ehe für die Initiative geworben wurde. Auch bei Krankenhäusern und ÄrztInnen der Bundesländer fand die Aktion NachahmerInnen. "In der Woche des Haider-Volksbegehrens wollen sich die Ärzte und Pfleger in erster Linie an die Patienten wenden, die täglich auch von Ausländern betreut werden und dennoch oft nichts dabei finden, vor ihnen über Ausländer zu schimpfen." Unter der Parole "Der Mensch zuerst. Medizin ist international", gingen die SpitalsmitarbeiterInnen am 23. Jänner gemeinsam vom AKH (Allgemeinen Krankenhaus Wien) zur Lichterkette. Vom Dach des Riesenkrankenhauses erhellten zu dieser Zeit mehrere Scheinwerfer "als Zeichen der humanistischen Verantwortung der Spitäler" den Himmel über Wien. Auch die Gewerkschaften mobilisierten in den eigenen Reihen und forderten ihre Mitglieder zum Teil schriftlich zur Teilnahme an den verschiedenen Kundgebungen auf.

Interessenvertretungen wie die Arbeiterkammer, die Bundeswirtschaftskammer, der Arbeiterbetriebsrat der VOEST (Vereinigte Österreichische Stahlwerke, die verstaatlichte Stahlindustrie) und viele andere Betriebe stellten sich vor ihre ausländischen KollegInnen. Industriellenverbände entzogen der FPÖ Gelder, weil auch sie weiter GastarbeiterInnen im Land wissen wollen. Eltern-, LehrerInnen- und SchülerInnen-Initiativen mobilisierten in ihren Reihen und organisierten Aktionswochen. Fast alle Medien lehnten das Volksbegehren entschieden ab. Auch innerhalb der FPÖ regte sich Widerstand und Ablehnung. Die flächendeckende Ächtung wirkte sich vor allem auf die noch unentschlossenen UnterschreiberInnen aus. Haider hatte dieser Breite nichts als die Unterstützung rechtsextremer Organisationen und Medien entgegenzusetzen.

"Plattform gegen Rassismus

und AusländerInnenfeindlichkeit"

Die Unterstützung von Bundespräsident Klestil (ÖVP), den Haider durch Wahlempfehlung an die FPÖ-WählerInnen mit ins Amt gehievt und seither hofiert hatte, bereitete dem Bündnis weniger Kopfzerbrechen. Aber die demonstrative Unterschrift von Innenminister Franz Löschnak, der für eine massive Verschärfung und strikte Auslegung der AusländerInnen- und Asylgesetzgebung verantwortlich ist, unter die Plattform von "SOS Mitmensch", sorgte für Turbulenzen im Bündnis. Laut dem Grünen Peter Pilz ist "die Praxis so mies wie immer".

Die Frage "Wie hältst du's mit dem Innenminister?" hat die Front der VolksbegehrensgegnerInnen schon vor Löschnaks Unterschrift gespalten. Denn neben der von Prominenten gestarteten Initiative "SOS Mitmensch" hat sich die radikalere "Plattform gegen Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit" gegründet. Das Bündnis reicht von der Katholischen Aktion, Katholischen Hochschülerschaft über Devrimci Sol, Bürgerlisten, Friedensbüros, Grüne, Antifa-Komitee, Frauenkulturzentrum, Frauentreffs und Gesellschaft für historische Frauenforschung, Fachschaften, Alternativ-Radios und Stadtblätter bis zu den Roten Falken und der KPÖ. Mit dem Einsatz des Bundesheeres gegen Flüchtlinge, heißt es in einem Aufruf, sei der Boden für rassistische Parolen bereitet worden. Die "Plattform" tritt nicht nur dem FPÖ-Volksbegehren entgegen, sondern fordert auch "Maßnahmen gegen die Wohnungsnot", "12.000 Schilling netto Mindestlohn - unter anderem, damit AusländerInnen nicht als LohndrückerInnen mißbraucht werden", "Gleiche Rechte - Nein zum Fremdengesetz" und ist "für ein gemeinsames Eintreten von In- und AusländerInnen gegen Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und deren VerursacherInnen." Die auch von der Schriftstellerin Elfriede Jelinek unterstützte "Plattform" marschierte am 23. Jänner um 14 Uhr getrennt für "Bürgerrechte ausländischer Kolleginnen und Kollegen" und "für die Rücknahme der Ausländergesetze" vom Westbahnhof ab und zündete erst danach mit "SOS-Mitmensch" auf dem Wiener Heldenplatz, der in Platz der Mitmenschlichkeit umbenannt wurde, ein Licht an.

Viele der TeilnehmerInnen an dem Lichtermeer, insbesondere PolitikerInnen der Regierungskoalition, haben sich noch vor kurzem in übelster Weise gegen AusländerInnen geäußert. Insofern sind sie sicher auf einen fahrenden Zug aufgesprungen und der populistischen Heuchelei schuldig. Hoffnungsvoller als das zweifelhafte Bekenntnis mancher PolitikerInnen stimmt die breite Basis des Bündnisses. Denn die direkten Aktionen in den Schulen, in den Betrieben, in den Spitälern werden hoffentlich auf Dauer mehr erreichen als die große Anonymität der Lichterketten in der BRD, wo die Menschen nur ein einziges Mal mit der Kerze in der Hand auf die Straße gehen. Die Gegenbewegung hat es geschafft, von einer Fixierung auf die Person Haider, die die

PolitikerInnen insbesondere der Regierungskoalition normalerweise an den Tag legen, wegzukommen, Humanität, friedliches Miteinander einzuklagen und soziale Probleme, die alle angehen, zu thematisieren.

gaf

Quellen: news 2/3/4/1993; HA 19.1.93, SZ 2.2.93; Der Standard alle Ausgaben Januar 1993, Profil 2/3/4/ 1993

Zur Person und Politik Jörg Haiders brachten wir zwei ausführliche Artikel in ak 348 und 349.

12. "Bis zum St. Nimmerleinstag ..." Repression gegen österreichische AntimilitaristInnen

Autor: Wolfgang Beyer · Rubrik: Friedensbewegung; Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:28

Es war eigentlich nur eine jener Routine-Ausweiskontrollen, der Helmut Hejtmanek am 16. Jänner zum Opfer fiel. Doch als die Hüter von Recht & Ordnung ebenso routinemäßig nachfragten, ob etwas gegen den Festgenommenen vorläge, erfuhren sie, daß ihnen ein seit zwei Jahren gesuchter Totalverweigerer ins Netz gegangen war.

Hejtmanek, besser bekannt als "Heiland", ist nicht nur überzeugter Antimilitarist und Mitarbeiter der Wiener "Gruppe für Totalverweigerung", sondern auch einer der kreativsten und interessantesten Musiker der österreichischen Underground-Szene. Er war Gründer der Punk-Band "extrem", produzierte bisher zwei hervorragende Solo-Alben und war bis zu seiner Verhaftung als Gitarrist der Formation "Extended Versions" tätig, die erst jüngst von der Crème heimischer Musikkritiker zu einer der fünf besten österreichischen Bands gekürt wurde.

Sein Kampf gegen das Bundesheer und für restlose Untauglichkeit begann bereits 1981. Einen diesbezüglichen Fragebogen füllte er zwar ganz im Sinne maximaler psychotischer Störungen aus, das vom untersuchenden Arzt angeordnete Zeichnen eines Obstbaumes entlarvte ihn jedoch als tauglichen Staatsdiener und brauchbaren Waffenbruder.

Sein Antrag auf Zulassung zum Zivildienst wurde abgelehnt, weil Heiland im Ausland weilte, als er zur Kommission vorgeladen wurde; und das kam einem unerlaubten Entfernen vom Staate gleich. Im Oktober des gleichen Jahres sollte er dann den Dienst mit der Waffe antreten und verweigerte prompt den ersten Befehl. Die Folge: Eine nicht abreißende Kette von Kriminalisierung und Gegenwehr; vier Wochen Untersuchungshaft, Hungerstreik, Verurteilung zu drei Monaten bedingt (mit Bewährung; Anm. ak).

Vor vier Jahren wurde Heiland, der seine Korrespondenz mit dem Heer inzwischen auf Klopapier verfaßte, wieder einberufen, was er mit einem Manifest für die Abschaffung des Bundesheeres und Einstellung aller Militärstrafverfahren beantwortete. Und in diesem Zusammenhang fiel auch jene Prophezeiung eines Juristen im Verteidigungsministerium, die sich nun bewahrheiten soll: Hejtmanek wird "bis zum St. Nimmerleinstag" für seine antimilitaristische Gesinnung bestraft. Und damit er seine "Sünden" so richtig büßen kann, mußte er die ersten vier Tage Haft mit dem notorischen Neonazi Gottfried Küssel und einem weiteren rabiaten Rechtsradikalen die Zelle teilen.

Das Imperium schlägt zurück

Seit dem Abflauen der Friedensbewegung und den Aktionen gegen die Abfangjäger vom Typ "Draken", jenen "fliegenden Mülleimern" also, die in Österreich nicht nur von eingefleischten PazifistInnen wahlweise milde belächelt oder wutentbrannt als wahnwitzige Verschwendung taxiert werden, war es eher ruhig geworden um diesen Themenkomplex. Der jeweilige Minister und seine leitenden Ordensträger setzten auf sanfte Imageverbesserung ("Unser Heer") und nahmen ansonsten zur Kenntnis, daß diese eigentlich nichts bewirkte und primär jenen Werbeagenturen nützte, die riesengroße Plakate mit lächelnden Soldaten herzustellen hatten.

Mehrere Faktoren brachten diesen "typisch österreichischen" Zustand aus dem Lot:

- Der von Innenminister und SPÖ-Rechtsaußen Franz Löschnak initiierte Einsatz österreichischer Soldaten an den östlichen und südöstlichen Grenzen zwecks Abhaltung und Abschiebung potentieller Flüchtlinge und Asylwerber. Diese "vorübergehende Maßnahme", die inzwischen Jahre währt, rief nicht nur Heeresgegner, sondern auch sämtliche nicht-staatliche Flüchtlings-Hilfsorganisationen auf den Plan. Und die Bevölkerung der betroffenen Gebiete, die "unser Heer" ansonsten nur zu Manöverzeiten als Gesellschaft für angewandten Flurschaden fürchten lernt, ist plötzlich mit einer permanenten "Belagerung" konfrontiert, was die ohnehin sinkenden Sympathiewerte für die Herrschaften im Waffenrock zusätzlich beeinträchtigt.

- Der Krieg in Ex-Jugoslawien, und damit zusammenhängend eine katastrophale österreichische Außenpolitik der falschen Anerkennungen und perversen Vernichtungsphantasien; deren Protagonist, der ÖVPler Alois Mock, wurde vom Philosophen Rudolf Burger nicht zu Unrecht als "kriegsgeiler Kiebitz" qualifiziert. Über den blutigen Kampf um Titos Erbe glaubte man im Verteidigungsministerium endlich wieder in eine - zumindest propagandistische - Offensive zu kommen. Weit gefehlt: Selbst angesichts des "Krieges vor der Haustür" meint nach einer jüngst veröffentlichten Untersuchung nur ein Drittel der ÖsterreicherInnen, daß das Heer einer "adäquaten Problemlösung" dienen könne.

- Wesentlich für jene Paranoia, die sich nun in einer Prozeßlawine entladen könnte, ist auch die Änderung des Zivildienstgesetzes: Mußten sich früher jene, die einen Ersatzdienst leisten wollten, einer als "Gesinnungsschnüffelei" kritisierten, gerichtsähnlichen Kommission stellen, so genügt nach deren Abschaffung der Wille zum Dienst ohne Waffe. Dieser allerdings wird bestraft: Während der Präsenzdienst beim Bundesheer üblicherweise acht Monate dauert, stiehlt einem der Staat im Falle eines Ersatzdienstes nun in der Regel zehn Monate seines Lebens.

Dennoch: Die Kommission bevorzugte eindeutig die Oberschicht der männlichen Jugendlichen. In der Regel kam es darauf an, sich mündlich und schriftlich artikulieren zu können, einen (wie auch immer gearteten) philosophischen und literarischen Background aufweisen zu können; ein bißchen Borchert, ein wenig Gandhi, eine Prise Sokrates, zur Not Jesus und Buddha - das wollten sie hören und lesen. Klar, daß Absolventen höherer Schulen dabei eindeutig Vorteile genossen hatten, klar auch, daß viele Arbeiterkinder schon vor dieser Hürde zurückgeschreckt und den ungeliebten Kasernendienst in Kauf genommen hatten. Die Verluste seit der Abschaffung dieser Kommission wurden zwar bisher nie in seriöse Zahlen gefaßt, dürften aber, zumindest für die Freunde bewaffneten und uniformierten Brauchtums, "dramatisch" sein.

Doch nicht: "Unser Heer"

Das mangelnde Vertrauen ins Bundesheer hat tief verwurzelte historische Gründe. Waren es 1934 die gewöhnlich gut uniformierten Kreise, die wesentlich an der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes gegen den Austrofaschismus beteiligt waren, so war ihnen vier Jahr später, als Hitler sein Heimatland fürs großdeutsche Reich annektierte, der Widerstand keinen Schuß wert.

Und auch die Militärgeschichte der Zweiten Republik gleicht eher einer Skandalchronik: Kaum ein Minister, der nicht wegen eklatanter Inkompetenz (oder noch mehr: wegen besonders kompetenter, allerdings nicht ganz legaler Geschäftstüchtigkeit) ins Gerede gekommen wäre, kaum ein größerer Waffenankauf, der nicht den Vorwurf illegaler Praktiken und den Ruf nach parlamentarischer wie gerichtlicher Untersuchung nach sich gezogen hätte.

- So soll Karl Lütgendorf, Verteidigungsminister von 1971 bis 1977, den illegalen Verkauf von 600 Steyr-Gewehren und rund 400.000 Stück Munition ins Krisengebiet Syrien mitverantwortet haben, gemeinsam mit seinem Freund, dem gerichtsnotorischen Waffenhändler Weichselbaum. Lütgendorf verteidigte sich - wie hierzulande üblich - mit Gedächtnislücken, phantasierte von anderen Bestimmungsländern für diese "Sportwaffen" - und wurde schließlich von Bruno Kreisky in Pension geschickt. Vier Jahre später läßt er sich eines seiner Exportprodukte ein letztes Mal durch den Kopf gehen; anders ausgedrückt: via Kopfschuß beruft er sich selbst ab zu den Himmlischen Heeren...

- Einer von Lütgendorfs Nachfolgern hieß Robert Lichal, ein eingestandener Waffennarr, reaktionärer Scharfmacher und hochgradiger Paranoiker. Als Vertreter der Polizei-Gewerkschaft hatte er von großkalibriger, "mannstoppender" Bewaffnung geschwärmt, als Minister träumte er nicht nur von der militärischen Großmacht Österreich, sondern verhedderte sich auch in ein dunkles Geschäft mit dem Schweizer Rüstungskonzern Oerlikon, das bis heute nicht gänzlich aufgeklärt werden konnte.

- Der amtierende Oberverteidiger schließlich, Werner Fasslabend, ist im Zusammenhang mit dem gerade aktuellen Ankauf von Abwehrraketen in den Geruch von "Lobbyismus" und "Parteienfinanzierung" geraten. Vorwürfe, die der Journalist Alfred Worm, Oberaufdecker der Nation, im Nachrichtenmagazin "profil" zumindest als "plausibel" wertet.

Prozesse - ohne Ende?

Die linksalternative Zeitschrift "Alternative" berichtet seit Monaten ausführlich über die Prozeßlawine gegen AntimilitaristInnen. Michael Genner, Autor des Blattes, war angeklagt worden, weil er an den Grenzen Flugblätter gegen den - seiner Ansicht nach - illegalen Einsatz österreichischer Soldaten zur Asylbewerberabwehr verteilt hatte. Aufgrund der unendlichen Ignoranz des Gerichts, das von ebenso unendlich ignoranten Ministerien immer wieder nachweislich falsche Auskünfte in Sachen Völkerrecht einholen muß, die von Genner und seiner Verteidigung jedesmal aufs Neue korrigiert werden, wird diese Tragikomödie immer wieder prolongiert.

Weniger Glück hatte Renate Saßmann, ebenfalls Mitarbeiterin der "Alternative" und verantwortlich für das wöchentlich erscheinende Informationsblatt "akin". Ein Aufruf zur Verweigerung militärischer Befehle, der dort erschienen war, wurde zwar von Hunderten Menschen unterzeichnet - was aber nichts daran ändert, daß gerade Saßmann vor den Kadi mußte. Ergebnis: drei Monate bedingt. Jene rund sechshundert Menschen, die den Appell mitunterzeichnet hatten, harren noch ihres Prozesses - darunter "Promis" wie Grün-Sprecher Peter Pilz, der als "Ostbahn-Kurti" bekannte Willi Resetarits und der Schriftsteller Peter Turrini.

Die Solidaritätsarbeit für Totalverweigerer und deren UnterstützerInnen gestaltet sich schwierig: Selbst die als alternativ geltende Wiener Stadtzeitung "Falter" fiel ihnen jüngst, im Fall Hejtmanek, mit staatstragend-dummdreisten Argumenten in den Rücken, und die Reste einer kritischen Gegenöffentlichkeit waren in den letzten Wochen primär mit der Front gegen Haiders Völkisches Begehren beschäftigt. Dennoch konnten für Hejtmanek und alle anderen Verweigerer Kundgebungen und Demonstrationen organisiert und bisher rund 4000 Unterschriften gesammelt werden. Bands und Musikinitiativen haben im ganzen Land Plakate produziert und affichiert - und im renommierten Rock-Zentrum "Szene Wien" feierte man das zehnjährige Bestehen statt mit dem geplanten "Heiland - Solo" jüngst mit einem demonstrativen "Solo ohne Heiland", bei dem nur der Drum-Computer des engagierten Musikers zu hören war...

Wolfgang Beyer, Wien

13. Schweiz: Linke Debatte über das Europa des Kapitals

Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:16

Anläßlich des Referendums der Schweizer Bevölkerung über den Beitritt des Landes zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) am 6.12.1992 (mit 50,3 zu 49,7% bei einer Stimmbeteiligung von 78,3% abgelehnt) fand innerhalb der Schweizer Linken bzw. aller Kräfte, die sich der Linken zurechnen, eine ausführliche Diskussion über Für und Wider der europäischen Integration statt. Da eine entsprechende linke Debatte hierzulande noch in den Kinderschuhen steckt, und auch europaweit die antikapitalistische Linke das kapitalistische Europa-Projekt zwar ablehnt, aber politisch und argumentativ sehr schwach agiert, soll im folgenden über die wesentlichen Bezugspunkte der Schweizer Diskussion informiert werden.

Die Auseinandersetzung gestaltete sich einigermaßen kompliziert und differenziert, da beide Seiten (BefürworterInnnen und GegnerInnen einer Schweizer EWR-Integration) im Fahrwasser mächtiger Interessen agieren mußten, was sie sich dann auch jeweils zum Vorwurf machten. Für eine wirtschaftliche und damit auch politische Integration in die westeuropäische Gemeinschaft votierte das Schweizer Großkapital, somit auch (kräftig unterstützt von den führenden Schweizer Tageszeitungen) in ihrer großen Mehrheit die permanenten Regierungsparteien FDP (Freisinnig-demokratische Partei), CVP (Christlichdemokratische Volkspartei), SPS (Sozialdemokratische Partei) und SVP (Schweizerische Volkspartei). (Die ersten drei genannten bekommen bei Wahlen im Durchschnitt je 20 Prozent der Stimmen, die SVP ca. 10 Prozent.) Dagegen formierten sich rechtsextreme nationalistische und populistische Kräfte wie die Autofahrerpartei und ein Teil der SVP unter Führung ihres rechten Flügelmannes, des Nationalrats und Züricher Unternehmers Blocher (52), der sich im Lauf der Nein-Kampagne als Führerfigur der nationalistischen Kräfte profilieren konnte und von manchen schon als der Jörg Haider der Schweiz angesehen wird. Blocher, der in seinem Chemie-Unternehmen mit untertariflicher Entlohnung und dem versuchten Rausschmiß der Gewerkschaft südkoreanische Verhältnisse durchzusetzen versucht, artikulierte die Interessen der vom Weltmarkt (aber auch von den westeuropäischen Standards der Arbeitsgesetzgebung) noch relativ abgeschotteten Schweizer klein- und mittelständischen Unternehmen. Er konnte aber auch die Ängste der Landbevölkerung vor dem EG-Agrarmarkt und die Furcht vor einer noch steigenden Arbeitslosigkeit (derzeit 6%) nutzen, um nach dem für Rechtsextreme so bewährten Muster mit Schlagworten über eine "bevorstehende Masseneinwanderung von Ausländern" (daraus dann angeblich folgenden höheren Mieten und sinkenden Löhnen), der "Schwächung unserer Wirtschaft", der "Superbürokratie in Brüssel", "fremdes Recht, fremde Behörden und fremde Richter" und dergleichen mehr gegen das "EWR/EG-Diktat" Stimmung zu machen und gleichzeitig die Schweizer Neutralität, die "Volksrechte" und die Kantons- und Gemeindeautonomie hochleben zu lassen.

Die grundsätzliche Schwäche der Linken

Gar nicht falsch deshalb die Feststellung in der "Sozialistischen Alternative" (Nr.5/November 92), der trotzkistischen SAP-Basel (IV.Internationale), die EWR-Abstimmung komme "einer Wahl zwischen Pest und Cholera gleich". Die Schlußfolgerung des Autors: "leerer Stimmzettel" war jedoch nicht die durchgängige Position der Gruppe. Ein anderer Beitrag derselben Ausgabe rief zum "Nein" auf, um zugleich zuzugestehen, "daß auch ein Nein-Resultat nur ein relativer Erfolg für die Linken sein wird". Die grundsätzliche Schwäche der Linken formulierte der erstgenannte Beitrag treffend: "Anstatt sich bloß auf eher abstrakte Propagandakampagnen einzulassen, muß die Linke auf die Probleme der Menschen mit glaubwürdigen Widerstandsperspektiven antworten. Ausgehend von den täglichen Problemen müssen wir Forderungen und Strategien ausarbeiten, die den Rahmen der kapitalistischen Profitlogik hinter sich lassen.

Die Hauptfrage lautet: Für welches Europa wollen wir mit wem einstehen? In einer internationalistischen Perspektive müssen wir uns, zusammen mit den sozialen Oppositionsbewegungen in den anderen Ländern Europas, den Angriffen des Bürgertums mit einer glaubwürdigen gemeinsamen Alternative entgegenstellen. Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in der Schweiz sind nur im Rahmen europäischer Kämpfe möglich."

So richtig wie abstrakt - so könnte diese Einschätzung kommentiert werden. Denn solange die Linke auf Grund ihrer politischen Schwäche eine "glaubwürdige Widerstandsperspektive" nicht anzubieten vermag, bleiben

konkret meist doch nur "abstrakte Propagandakampagnen", die der Autor des zitierten Beitrags andererseits auch als durchaus "zweifellos nötig und nützlich" ansieht.

Ja, (Ja), Nein, (Nein)

Wirksam artikulieren konnten sich innerhalb der innerlinken Diskussion (transportiert über die linke Wochenzeitung "WoZ" und das sozialistische Magazin "Bresche") alle nur denkbaren Möglichkeiten: Ein grundsätzliches Nein (in den beiden Varianten feministisch-antiimperialistisch und ökologisch), ein "konstruktives, europäisches Nein", ein "kritisch für den EWR" sowie ein "Ja zum EWR" - alles mit fortschrittlicher, demokratischer und meist antikapitalistischer Diktion untermauert. Galt den einen ein Beitritt zum EWR als Chance, die Schweiz ihrer spezifisch politisch-sozialen Rückständigkeit zu entreißen (etwa in den Bereichen der Rechte von Frauen oder ausländischen Arbeitnehmern), wiesen die Beitrittsgegnerinnen und -gegner auf den ausschließlich ökonomischen, auf bessere Kapitalverwertung und weiter intensivierte Naturausbeutung abgerichteten Zweck des EWR als einem reinen Wachstumssystem hin, der zudem nur eine Hälfte Europas umfasse und gegen die Interessen der Dritten Welt gerichtet sei. Zudem habe die Schweiz eine bessere Umweltschutzgesetzgebung als die EG und biete als Referendumsdemokratie ihren Bürgerinnen und Bürgern mehr demokratische Rechte, die innerhalb von EWR und EG ihres Werts beraubt sein würden, da wichtige Fragen dann nicht mehr in der Schweiz entschieden würden.

Mit Europa gegen nationale Rückständigkeit

Im folgenden eine Wiedergabe der wichtigsten Argumente. "Ja zum EWR. Für eine soziale Schweiz in einem sozialen Europa", so ist der Aufruf eines Komitees "Kritisch für Europa" überschrieben, in welchem sich vor allem Mitglieder aus dem traditionell linken Spektrum zu Wort meldeten, unter anderem Parlamentarier und Parlamentarierinnen der SPS, der GPS (Grüne), der (eher reformkommunistischen) Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS), von GSoA (Gruppe Schweiz ohne Armee, eine der erfolgreichsten und innovativsten Gruppen der letzten Jahre), Gewerkschaften, einzelnen Redakteuren der WoZ und vielen anderen. Kurz und bündig heißt es in einer Anzeige: "Fremdenhaß, Nationalismus und Sozialabbau haben Auftrieb. Bei einem Alleingang der Schweiz werden sich diese Entwicklungen noch verstärken. Wir treten ein für eine solidarische und ökologische Schweiz in einem sozialen Europa. Gemeinsam mit den fortschrittlichen Männern und Frauen in Europa." (WoZ 48, 27.11.) Ähnlich ein "Aufruf an die unentschlossenen Linken" der Gewerkschaft Bau und Industrie: "Ein JA zum EWR ... eröffnet die Perspektive, zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften in Europa für eine demokratischere, sozialere und ökologischere Entwicklung zu kämpfen." (WoZ 49, 4.12.) Fast schon dramatisch klingt ein in der französischen Schweiz verfaßter "Aufruf an unsere Deutschschweizer Freunde, die Nein zum EWR sagen möchten" und der hauptsächlich von Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus SPS, GPS und PdAS unterzeichnet ist. Darin heißt es: "Nun sammelt sich aber während der letzten Wochen unter der Fahne des NEIN zu Europa eine Strömung von nationalistischem Populismus, von brutaler Intoleranz ... Die Schweiz des NEIN ist reaktionär, patriarchalisch, autoritär. Die Apostel des Alleingangs vertreten Effizienz, Ordnung, wennmöglich unter Einsatz von Gewalt und Todesstrafe ... Wir Welschschweizer sind eine Minderheit in dieser Eidgenossenschaft. Der Geist des Alleingangs schließt uns aus. Wir befürchten das Schlimmste. Die Hauptfrage ist nicht mehr, ob der EWR-Vertrag ein guter oder schlechter Vertrag ist. Sondern die Frage heißt heute, ob wir dem neuen Nationalismus freie Bahn lassen wollen. Oder ob wir ihm das einzige Mittel entgegensetzen wollen: ein Ja zu Europa." (WoZ 48)

Inhaltlich näher begründet wurde diese EWR/EG-Orientierung mit Hinweis auf die Verbesserungen, die sich für die Schweiz im Rahmen einer EG-Integration ergeben: Die erstmalige gesetzliche Fixierung des Rechts auf die Wahl von Betriebsräten, Personalvertretungen usw., die wahrscheinliche Realisierung des Wahlrechts für EG-Ausländerinnen und -Ausländer, ein Gleichstellungsgesetz für Frauen, an dessen Durchsetzung nur bei einer europäischen Integration der Schweiz zu denken sei. "Die Mutterschaftsversicherung kommt jetzt dank dem EWR. Das sind konkrete, kleine Fortschritte", so die designierte Zentralsekretärin der Gewerkschaft Bau und Industrie, Susanne Leutenegger Oberholzer. (WoZ 48)

Darüber hinaus sei auch das Schweizer Kapital längst transnational organisiert. Vom EG-Binnenmarkt, von Wachstumslogik und Deregulierungsoffensive des Kapitals sei die Schweiz auch ohne Mitgliedschaft im EWR betroffen. Im Falle der Zugehörigkeit zu "Europa" gebe es aber gewisse Eingriffsmöglichkeiten, vor allem sei ein Schulterschluß mit den europäischen Gewerkschaften und anderen Linkskräften möglich. Die Handlungsspielräume für linke, grüne und feministische Politik in der Schweiz würden sich verbessern.

Auch die großen ökologischen Probleme seien nur noch im internationalen Rahmen zu lösen, eine fortschrittliche Umweltgesetzgebung in nur einem Land hülfe grundsätzlich nicht weiter. Schließlich wurde auch der friedenspolitische Aspekt der EG-Integration bemüht: Ein deutsch-französischer Krieg sei dadurch undenkbar geworden.

Europa als kapitalistisches Wachstumsprojekt

Letztlich war von den Vertreterinnen und Vertretern eines "kritischen Ja" Kritisches wenig zu vernehmen. Natürlich, hieß es von dieser Seite, sei langfristig der Kapitalismus in Europa zu beseitigen. Aber das ginge, aus der Sicht der Schweiz, zunächst einmal nur über eine Aufgabe des historischen Sonderwegs und die Integration in den gesamteuropäischen kapitalistischen Rahmen. Diese Sichtweise mag im Kern sogar richtig sein, sie gerät jedoch geradewegs auf prokapitalistischen Kurs, wenn sich "mangels eigener gesellschaftlicher Vorstellungen an das Modernisierungsprojekt des europaoffenen Bürgertums" angehängt wird und "eine eigenständige und internationalistische Politik zur europäischen Integration" nicht formuliert wird, so - grundsätzlich wieder richtig - die SAP Basel (Sozialistische Alternative 5/92), die das Angehen dieser Aufgabe in trotzkistischer Tradition vor allem von den Gewerkschaften erwarten würde.

Ähnlich wurde die politische Unzulänglichkeit dieser Art von Realpolitik auch vom Frauenrat für Außenpolitik (FrAu) bewertet. Mascha Madörin in einer von der WoZ veranstalteten Diskussion: "Im Frauenrat waren wir zunächst gegen eine Ja- oder Nein-Stellungnahme. Als wir aber sahen, wie der EWR als Perspektive und als Alternative verkauft wurde, sind wir zum Schluß gekommen: Nein, diese Illusion unterstützen wir nicht, wir sagen klar nein." (WoZ 48)

FrAu kam das Verdienst zu, in der linken Auseinandersetzung den grundsätzlich imperialistischen und patriarchalen Charakter des EWR in den Vordergrund gestellt zu haben: "Eine ‚Europadebatte`, die heute noch einen Sinn haben soll, müßte Europas Rolle im internationalen kapitalistischen System, die radikale Abkehr davon und Alternativen für ... Europas Entwicklung zum Gegenstand haben. Debattiert und verhandelt werden müßten unser Lebensstil, unsere Wirtschaftsformen, unser Verständnis von Demokratie und von Menschenrechten/Frauenrechten. Es geht um das Erarbeiten, Ausprobieren und Erkämpfen von Alternativen, auch wenn sie heute erst in Ansätzen oder noch nicht sichtbar sind." (1) Der EWR wird eingeschätzt als "Männerprojekt", für "reiche, flexible, leistungsfähige Männer, die sich vorgenommen haben, wieder die Weltersten zu sein"; als "patriarchales Herrschaftsprojekt", "das Europas Stellung innerhalb des reichen Nordens und die Position der Stärkeren gegenüber den Schwächeren, des Nordens gegen den Süden, der Männer gegen die Frauen europa- und weltweit stärkt"; als "reines, wachstumsorientiertes, asoziales Wirtschaftsprojekt ... Marktwirtschaft ohne Adjektive". Inhalte und Ziele des EWR und "die ihnen zugrundeliegende Denkweise" würden grundsätzlich in die falsche Richtung gehen. "Wir fordern Alternativen zum Wirtschaftswachstum im Norden, Alternativen zur weltweiten Ausbeutung der Mehrheit durch die Minderheit, Alternativen zum Primat ökonomischer Werte über das gesamte gesellschaftliche Zusammenleben. Wir fordern ferner eine Diskussion über das Demokratie-Defizit in der schweizerischen Wirtschafts- und Außen(wirtschafts)politik statt deren Verlagerung auf die europäische Ebene."

Diese fundamentalistische Position mußte sich allerdings vorhalten lassen, daß "die Schweizer Spielart des Kapitalismus noch viel bösartiger sei" (Leutenegger Oberholzer, WoZ 48), was sich deutlich an der gesellschaftlichen Stellung der Frauen zeige - eine Gegenargumentation, die um so näher lag, als die EWR-Gegnerinnen und -Gegner, wollten sie nicht ohne jegliche politische Alternative dastehen, auf schweizerische Besonderheiten auf den Gebieten Umweltschutz und Demokratie hinwiesen, denen sie Modellcharakter für Europa attestierten. So erinnerte ein "Forum gegen EWR- und EG-Beitritt - Bewegung für eine direktdemokratische umweltverbundene Schweiz" beispielsweise an den in der Schweiz 1990 per Referendum beschlossenen 10jährigen Ausbaustopp für Atomenergie, verwies auf die EG-Agrarüberschüsse und die EG-Verkehrslawine sowie auf die "starken Volks-, d.h. Individualrechte" und die Neutralität der Schweiz, verbunden mit dem Versuch, dies mit fortschrittlicher Perspektive zu versehen.

Europa ja - EWR nein

Von zwei SPS-Vorstandsmitgliedern wurde folgender Aufruf formuliert: "Für ein solidarisches Europa in einer solidarischen Welt! Ein konstruktives, europäisches Nein der Linken." (siehe: Bresche 11/92, auch WoZ 48)

Argumentiert wurde von der Basis her, daß die Art der EWR-Integration anspruchsvolleren Formen eines europäischen Miteinanders nicht genügen würde.

Vor dem Hintergrund, daß das kapitalistische System bereits seit Jahrzehnten international strukturiert sei, gebe es nicht erst seit 1989 keine echte Alternative mehr und bestehe darum "die große Herausforderung einer zeitgemäßen und politisch akzeptablen Form der transnationalen Integration ... heute darin, mit der staatlichen Autonomie die Demokratie nicht zu verlieren". (These 8 des Aufrufs) Aufgabe der Politik muß es werden, den Prozeß der sich immer mehr beschleunigenden weltweiten kapitalistischen Integration "in gemeinverträgliche, sozial und ökologisch schonendere Bahnen zu lenken". (These 11) Mit dem Nationalstaat sei das nicht mehr zu leisten, aber dieser real sich vollziehende Verlust nationalstaatlicher Souveränität sei eine Chance: "Das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie gilt es vielmehr auf der transnationalen Ebene, auf der gleichen Ebene wie Weltmarkt und Welthandel, dort, wo global über Investitionspolitiken entschieden werden, zu erobern." (These 12) Den entscheidenden Hebel dafür sehen Verfasserin und Verfasser des Aufrufs in einer "starken Demokratiebewegung von unten", die sich demokratische Rechte auf der "supranationalen Ebene" zunutze machen und "sogar dorthin reichen (könnte), wo entscheidende ökonomische Weichenstellungen vorgenommen werden". (These 13) "Die Bedeutung der Demokratie als Voraussetzung für die Chancen aller EuropäerInnen, Europa über den europäischen Wirtschaftsraum hinaus zu einem Ort der Solidarität gegenüber Mit- und Umwelt zu machen, darf nicht unterschätzt werden." (These 16)

Das klingt nun alles stark nach Wolkenkuckucksheim. Genauso illusorisch dürfte die mehr oder minder deutlich geäußerte Option sein, daß die Schweiz - nach einer Ablehnung des EWR-Beitritts - in direkten Beitrittsverhandlungen mit der EG bessere Chancen hätte, ihre speziellen Anliegen durchzusetzen. (Thesen 5 und 14) Die Bedingungen dafür würden sich angeblich in Zukunft verbessern, "weil die EG durch die Ratifizierungsdebatte um ‚Maastricht` und vor allem den beiden Referendumsabstimmungen in Dänemark und Frankreich derzeit veranlaßt wird, ihren ‚despotischen Technokratismus` (Le Monde) zu überwinden". (These 15)

Die Blauäugigkeit der inhaltlichen Argumentation seitens der "konstruktiven Nein-Sager" werden allerdings durch eine richtige taktische Einschätzung ergänzt: "Mit einem Ja zum EWR beraubt sich die Linke ihrer Glaubwürdigkeit, eine wirklich solidarische Gesellschaft anzustreben. Eine Linke, die nicht die Kraft hat, zu einem falschen Projekt nein zu sagen ... entzieht sich selber den Boden, auf dem sie stärker werden könnte." (These 23)

Vorläufiges Resümee

So oder so - in der Europa-Diskussion hat die Linke so lange schlechte Karten, bis sie in der Lage ist, ein auf realer gesellschaftlicher Gegenmacht fundiertes alternatives nicht-kapitalistisches Projekt europäischer Integration anzubieten. In der jetzigen Situation hat sie tatsächlich nur die Wahl zwischen Pest und Cholera, wo sie zuerst die Aufgabe hat, statt größerer nur kleinere Fehler zu machen. Zur ersten Kategorie gehört sicher die eher von den traditionellen Schweizer Linken verfolgte Politik des kleineren Übels, welches bekanntlich am Ende doch immer nur zu größeren Übeln führt. Die kapitalistische Europa-Integration wird dadurch nicht besser, daß in der Schweiz noch rückständigere Verhältnisse herrschen.

Eine linke Politik des Nein steht hingegen in Gefahr, reaktionäre und nationalistische Stimmungen zu begünstigen (eine These, die unter deutschen Verhältnissen sehr sorgfältig zu prüfen wäre): Entweder dadurch, daß sie ihr prinzipiell richtiges Nein nicht durch politische Alternativen ergänzen kann; oder, indem sie gerade dies zu vermeiden sucht und mangels greifbarer antikapitalistischer Perspektiven zweifelhafte nationale Errungenschaften bemüht.

Es bleibt der Linken kein anderer Weg, ihre Ablehnung des "Europa des Kapitals" möglichst genau zu begründen und andererseits gangbare Pfade hinaus aus der Gefahr zu suchen - gegen Kapitalismus, Imperialismus und Patriarchat, für ein sozialistisches Europa.

Show me the way to the next whiskey bar ...

J./Westberlin

Anmerkung:

(1) Positionspapier der Arbeitsgruppe Europa/EG/EWR zum EWR-Beitritt der Schweiz. Bezugsadresse: Frauenrat für Außenpolitik, Postfach, CH 4001 Basel

Der EWR: noch aktuell?

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) wird - so er noch realisiert wird - der größte und am stärksten integrierte gemeinsame Markt der Welt sein. Er umfaßt knapp 370 Millionen Verbraucher: Die zwölf EG-Länder sowie, nun ohne die Schweiz, die Staaten der Europäischen Freihandelszone (EFTA): Norwegen, Schweden, Finnland, Island, Österreich und neuerdings Liechtenstein. Der am 2. Mai 1992 unterzeichnete Vertrag sieht vor, daß die EFTA-Länder an den "vier großen Freiheiten" der EG teilhaben: den freien Markt von Waren, Diensten, Kapital und Personen. Dazu wurden die EFTA-Staaten gezwungen, sich an die EG-Vorschriften und Gesetze anzupassen und diese in ihr nationales Recht einzubauen. Nicht erfaßt vom EWR-Vertrag sind hingegen die Bereiche Außenhandel mit Drittstaaten, Steuergesetze und Agrarpolitik.

Das Schweizer Nein bringt den EWR-Zeitplan durcheinander: Ursprünglich war der Start für den 1. Januar 1993 vorgesehen (zeitgleich mit dem EG-Binnenmarkt). Nach der Ablehnung durch die Schweiz wurde als neuer Termin der 1. Juli 1993 genannt, da nun der Vertrag durch Änderungsprotokolle angepaßt werden muß. Unterdessen jedoch hat Spanien Neuverhandlungen über den EWR gefordert, da mit dem Rückzug der Schweiz im vorgesehenen Kohäsionsfond zuungunsten der ärmeren EG-Länder (neben Spanien sind dies Portugal, Irland und Griechenland) eine Lücke von 350 Millionen DM entsteht. Ohnehin hatten auf EG-Seite erst drei Staaten (Dänemark, Irland, Portugal) den EWR-Vertrag ratifiziert.

Ganz unabhängig vom EWR-Vertrag haben außerdem bis auf Island und Liechtenstein alle EFTA-Länder (also auch die Schweiz) individuelle Beitrittsgesuche an die EG gestellt. Am 1. Februar 1993 begannen direkte Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland, was zur Voraussetzung hatte, daß diese Länder die Bestimmungen des Maastrichter Vertrages sowohl im Hinblick auf die Außen- und Sicherheitspolitik als auch für die Wirtschafts- und Währungsunion ohne Ausnahmen akzeptieren. Freilich wächst inzwischen auch in der österreichischen und schwedischen Bevölkerung die Ablehnung der europäischen Integration. Skurril: Zusätzliche Probleme erwachsen dadurch, daß der Mini-Staat Liechtenstein, der sich per Volksabstimmung eine Woche nach dem Schweizer Referendum zur Teilnahme am EWR entschlossen hat, durch einen Zoll- und Währungsverbund mit der Schweiz verbunden ist und nur in Teilbereichen eine eigene Wirtschaftsgesetzgebung hat.

Regierung und Kapital der Schweiz halten ungeachtet der Volksabstimmung weiter an ihrem Ziel der europäischen Integration fest. Durch entsprechende Gesetze soll die Schweiz auch weiterhin europa-kompatibel gemacht werden. "Mit einem Deregulierungsprogramm ‚zur marktwirtschaftlichen Erneuerung`, einem zum ‚Swisslex` gemauserten Eurolex-Paket und einem vorläufig tiefgefrorenen Beitrittsgesuch ‚bleibt der Bundesrat auf integrationspolitischem Kurs`", so gibt der Züricher "Tages-Anzeiger" (22.1.) die Äußerungen der Schweizer Regierung und ihrer zuständigen Minister wieder.

14. Eine "moderne sozialistische Partei". PDS verabschiedet ein neues Parteiprogramm

PDS verabschiedet ein Parteiprogramm

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:50

Wahrscheinlich ist es parteientypisch, für die PDS gilt es allemal: Parteitage werden spätestens kurz vor der Eröffnung zu schicksalentscheidenden Veranstaltungen hochstilisiert, von denen richtungsentscheidende Wendungen zu erwarten sind. Daß der jüngste Parteitag der PDS ein "historischer" werden mußte, war schon durch die Absicht, dortselbst ein Parteiprogramm zu beschließen, abgemacht. Zusätzlich hatten dann noch die Neuwahlen des Vorsitzenden sowie der StellvertreterInnen und die Geschichtsdebatte auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen.

Die Berichterstattung in einer linken Zeitung pflegt nach der Ortung politischer Strömungen, nach den Kräftekonstellationen und nach möglicherweise ablesbaren Bewegungsrichtungen der Gesamtformation zu fragen. Nun denn, ganz einfach ist das nicht zu beantworten, weil manche Differenz nicht ins vorhandene Weltbild paßt. Und wer zu diesem Parteitag gefahren war, weil vorher zu vernehmen war, es fänden entscheidende Schlachten und die Heraustreibung der Linken statt, der sah sich getäuscht - wie PrognostizistInnenen dieser Zeitung es des öfteren mit den Grünen ging.

Vor einem Jahr, auf der 3. Tagung des 2. Parteitages, wurde beschlossen, auf dieser nun 1. Tagung des 3. Parteitages ein neues Programm der PDS zu verabschieden. Das bisher gültige wurde in der Zeit der Nacht- und Nebelaktionen des Dezember '89 auf dem Sonderparteitag der damals noch SED/PDS aus der Taufe gehoben. In der Diskussion um ein Programm für eine "moderne sozialistische Partei", so die Aufgabenstellung, standen sich von Beginn an im wesentlichen zwei Denkrichtungen gegenüber. Die eine, die mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus, vom Begriff des Klassenkampfes, wie er in der kommunistischen Weltbewegung geprägt worden ist, weg will. Die Argumente dafür sind, der Klassenbegriff erfasse bei weitem nicht die gesellschaftliche Vielschichtigkeit und die sich daraus ergebende Widersprüchlichkeit, er erfasse kaum eine so entscheidende Spaltung wie die zwischen Männern und Frau; in diesem Denken treten an die Stelle der Klassenlinie die "globalen Fragen". Die zweite Richtung hält im wesentlichen an der Traditionslinie fest. Verdeutlicht an einem Beispiel: Die Erstgenannten wollen sich kritisch auf Marx und Engels beziehen, Lenin dagegen fällt nicht mehr in diese Kategorie. Die andere Seite will die Ideen von Marx und Engels propagieren und an den Ideen von Lenin festhalten. (Formulierungen aus den Materialien des Parteitages)

Der Programmentwurf, den die Mehrheit der Grundsatzkommission vorlegte, entwickelt von der katastrophalen Zuspitzung der globalen Probleme und der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise her die Notwendigkeit der Überwindung dieser Verhältnisse unter Einbeziehung der zivilisatorischen Errungenschaften der modernen Gesellschaften. Wie diese Überwindung außer durch Demokratisierung und Feminisierung zu bewerkstelligen sein soll, bleibt verschwommen; die Kräfte, die dazu notwendig sind, werden gleichermaßen in den politisch aktiven Beschäftigten als auch in den sozialen Bewegungen gesehen. Der längste Abschnitt des Programms nennt dafür wiederum sehr konkrete Forderungen für eine solide reformerische Tagespolitik.

Dem gegenüber wurde von zwei Mitgliedern der Grundsatzkommission, Sahra Wagenknecht und Michael Benjamin, beide auch Mitglieder der Kommunistischen Plattform der PDS (KPF), ein eigener Entwurf eingereicht, der sich an traditionellen Programmen Kommunistischer Parteien orientiert. Ihr Hauptdissens zum sogenannten Mehrheitsentwurf liegt in der Bewertung der Eigentumsfrage als zentralem Wesensmerkmal der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und in der Bestimmung der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt. Weitere Programmentwürfe spielten in der Parteidiskussion so gut wie keine Rolle. Aber die Entscheidung zwischen den beiden genannten bahnte sich als existenzielle Richtungsentscheidung an. Die KPF verband mit ihrem Eintreten für den Minderheitenentwurf, der ausdrücklich nicht als KPF-Entwurf sondern als Kompromiß für die Gesamtpartei firmierte, die nicht ganz unberechtigte Hoffnung, den nicht unbeträchtlich großen, eher schweigenden und traditionell kommunistisch denkenden Teil der Mitgliedschaft anzusprechen. Sie ging davon aus, daß angesichts der nun offenbar gewordenen Folgen der Marktwirtschaft große Teile der Parteibasis ihre

Illusionen über die Heilkräfte des Marktes aufgegeben haben würden und der traditionell kommunistischen Argumentation wieder zugänglicher wären.

Als sich im Herbst '92 eine Mehrheit für den Entwurf der Grundsatzkommission abzeichnete, schlug die KPF vor, die Entscheidung über das Programm auf einen späteren Termin zu verschieben und sich mit einem Aktionsprogramm zu begnügen. Damit stieß sie auf allgemeine Ablehnung, nachdem die Partei sich in zweijähriger Diskussion auf eine Entscheidung eingestellt hatte. Gleichzeitig bemühte sich die Programmkommission, durch Bereinigung des Mehrheitsentwurfes um rein ideologische Formulierungen, einen Kompromiß mit den KPF-VertreterInnen zu erreichen. Letztlich zog die KPF dann ihren Entwurf auf dem Parteitag zurück, um eine Entscheidungsschlacht zu vermeiden. Nach dem Statut der PDS verlangt die Verabschiedung eines Parteiprogramms eine Mehrheit von zwei Drittel Stimmen der gewählten Delegierten - und eben dieses Drittel für eine Sperrminorität hätte die KPF eventuell erreichen können, traute sich aber nicht, bis zur Diskussion auf dem Parteitag diese Gegenhaltung durchzustehen. Letztendlich wurde das Programm mit über 90% der Stimmen angenommen.

MfS-Beschluß beibehalten

Nach dem Eingeständnis André Bries (bis Dezember stellvertretender Vorsitzender), neunzehn Jahre für das MfS gearbeitet zu haben, brach in der PDS wieder eine Debatte um die Sinnhaftigkeit des sogenannten MfS-Beschlusses aus. Dieser besagt in seinem umstrittenen Kern, daß jedes Parteimitglied, das sich um ein höheres Parteiamt oder Mandat bewirbt, eine etwaige frühere Zusammenarbeit mit dem MfS offenzulegen hat. Wer das nicht tut und später "auffliegt", muß von seinem Amt entbunden werden, bzw. dem/der wird Mandatsverzicht abgefordert. (Der Beschluß besagt nicht, wie immer wieder fälschlich behauptet wird, daß GenossInnen mit MfS-Vergangenheit nicht in höhere Parteiämter oder Mandate gewählt werden sollen.) Folglich mußte auch André Brie gehen, zum großen Bedauern der meisten Beteiligten, und es ist bezeichnend, daß seine frühere Tätigkeit selbst dabei keine Rolle spielte, sondern die Tatsache, daß er sie verschwiegen hatte. Es schrie nach einer Lex Brie. Entsprechend brach ein Sturm des Protestes gegen den Beschluß los, gegen die buchstabengetreue Auslegung und gegen die Transformation der "veröffentlichten Meinung des Rechtsstaates BRD" in die PDS durch diesen Beschluß, wie es in einer Anzeige der KPF-Berlin hieß. Das Ergebnis waren 14 von 16 Parteitagsanträgen zur Geschichte mit der Forderung, den alten MfS-Beschluß aufzuheben.

Der Parteivorstand hatte das kommen sehen und sich bereits Anfang Dezember auf einen eigenen Beschlußentwurf für eine modifizierte Beibehaltung des MfS-Beschlusses geeinigt. In dem Entwurf werden die Schwierigkeiten und Konflikte innerhalb der Partei bei der Auseinandersetzung mit der MfS-Vergangenheit auch angesichts der Medienhetze zu dem Thema benannt und es wird vorgeschlagen, die Offenlegungspflicht auf die gesamte politische Biographie auszudehnen (um die Fixierung auf das MfS aufzugeben), gleichzeitig soll aber auf den zwangsläufigen Mechanismus der Funktionsenthebung verzichtet werden.

War es bislang das Spektrum der sogenannten "Strömung", oder nach der neuen Gysischen Gruppendynamik die Gruppe drei und ihr Umfeld, die diesen Beschluß mit viel Energie in der PDS durchgesetzt hatte, so machte sich dieses Mal die sogenannte Parteimitte ("Gruppe zwei") in Koalition mit den Erstgenannten für die Beibehaltung des Beschlusses stark. Dabei wird die Befürchtung, daß der PDS die ersatzlose Aufhebung des MfS-Beschlusses von der Öffentlichkeit als Rückfall in Nostalgie und MfS-Legitimation angekreidet würde, eine erhebliche Rolle gespielt haben. Allen Befürchtungen zum Trotz stimmten die Delegierten mit großer Mehrheit für den Vorschlag des Vorstandes.

Der Stalinismusvorwurf

Als letzter neuralgischer Punkt galt ein Antrag der AG Junge GenossInnen an den Parteitag, dem Vorstandsmitglied Sahra Wagenknecht das Mißtrauen auszusprechen und sie zum Rücktritt aufzufordern. Der Antrag gründet sich auf einen Artikel von ihr mit dem Titel "Marxismus und Opportunismus" (vergl. ak 350, dort wurde er auszugsweise wiedergegeben). Die Jungen GenossInnen wollten damit die Unvereinbarkeit stalinistischer Positionen mit einem exponierten Parteiamt in der PDS festschreiben. Der Parteitag entschied nach einem Redebeitrag von Sahra Wagenknecht, in dem sie ein glühendes Bekenntnis zur DDR "Ja, die DDR war mein Land" ablegte und eingestand, daß sie einer in ihren Augen einseitig negativen Beschreibung der sowjetischen Verhältnisse unter Stalin eine einseitig positive Bewertung gegenübergestellt habe, mit 155 zu

139 Stimmen, das Mißtrauensvotum nicht zu behandeln. Dies legten die Jungen GenossInnen den Delegierten als Feigheit vor Konsequenzen aus, zahlreiche Parteimitglieder empfanden das Ergebnis als mangelnde Abgrenzung vom Stalinismus. Vor den Mikrophonen bildeten sich Schlangen von GenossInnen, die persönliche Erklärungen abgaben und den Gründungskonsens der PDS beschworen, der dem Stalinismus eine klare Absage erteilt hatte.

Der so entstandene Eindruck, die PDS sei nicht zu einer eindeutigen Absage an den Stalinismus bereit, ist dem Unvermögen des Parteivorstandes zuzuschreiben, der das Problem mit seiner Entbindung Sahra Wagenknechts von ihren Aufgaben (nicht ihrem Amt) versucht hatte administrativ zu lösen. Vor allem aber hat sich gezeigt, daß mit dem Konsens der Absage an den Stalinismus nichts darüber gesagt wird, was eigentlich unter Stalinismus zu verstehen ist. Einige mögen auch geahnt haben, daß der Begriff "Stalinismus" zu einem Kampfbegriff werden könnte, wie er bei kommunistischen Parteien - z.B. als "Opportunismus", "Sozialdemokratismus" oder "Revisionismus" gebraucht wurde und damit als Ersatz für ernsthafte Auseinandersetzung diente. "Diese Delegierten (die gegen den Mißtrauensantrag gestimmt hatten, d. V.) wollten nicht, daß ein Parteitag eine Entscheidung über theoretisch-ideologische Positionen einzelner Mitglieder trifft. Viele hatten in der SED solche Entscheidungen zugelassen, gefällt oder unter ihnen gelitten. (...) sie weigerten sich, die Partei und damit sich selbst nach altem Muster in die Rolle eines 'Richters in ideologischen Fragen' zu bringen" schrieb danach der Bundestagsabgeordnete Uwe-Jens Heuer. (ND, 4.2.93)

Personalwechsel

An der Wahl Lothar Biskys zum neuen Parteivorsitzenden hatte vorher niemand gezweifelt und da sich auch kein Gegenkandidat fand, war das Ergebnis von über 90% höchstens in der Höhe eine Überraschung. Mit seiner Person einen Richtungswechsel in der PDS zu verbinden, wie es dem "ak" fälschlich von der Zeitung "Sozialismus" (1/93) unterstellt wurde, ist unwahrscheinlich, zumal die Zuwahl von Christine Ostrowski aus Dresden als stellvertretende Vorsitzende, der Wechsel von Wolfgang Gehrcke zum stellvertretenden Vorsitzenden und die dadurch notwendige Neubesetzung des Bundesgeschäftsführers durch Martin Harnack aus Dresden ein munteres Gespann an der Parteispitze versprechen. Die beiden Neuzugänge, insbesondere die quirlige und eigenwillige Christine Ostrowski, stehen für eine öffentlichkeitswirksame und lebensnahe Oppositionspolitik.

Links, Mitte, Rechts?

Der Kommentator einer linksradikalen Hamburger Postille war nach Berlin mit der Order geschickt worden, den Rausschmiß der Linken zu beobachten. Unter links wird dabei die KPF verstanden. Auf dem Parteitag war von diesem Kampf wenig zu spüren, jedenfalls nicht an der Oberfläche. Darunter kann man sehr wohl von einem gehörigen Dämpfer für die KPF sprechen. In der Programmfrage gab sie gänzlich das Terrain auf, in der Diskussion des MfS-Beschlusses bekam sie keinen Stich; in der Abstimmung bekam sie nicht einmal mehr die Stimmen ihrer Delegierten zusammen (immerhin ca. 50 der Anwesenden). Ihr Versuch, einen kleinen Aufstand zu wagen, wurde rigoros abgeblockt und sie selbst hat nicht die Kraft und den Willen zur Durchsetzung.

Die Gruppe, die bisher die Parteitage aus einer Minderheitenposition bestimmt hatte, die sich selbst als radikale Linke oder radikale Reformer verstehen, sind auf diesem Parteitag kaum noch in Erscheinung getreten. Dennoch haben die von ihnen vorgegebenen Themen inhaltlich auch diesen Parteitag wieder bestimmt.

Auch wenn in der Programmdebatte keine klar erkennbare Richtung deutlich geworden ist, und auch wenn von einem radikal linken Standpunkt in diesem Programm vieles bei einer linken Sozialdemokratie angesiedelt werden könnte, in den wichtigsten Aussagen zur "Tagespolitik" steht die PDS auch nach diesem Parteitag stramm links: in der Asylrechtsfrage, in der Militärfrage, zum § 218. Und das ist mehr, als andere bieten.

he.

15. Endlich vereint. Der sanfte Anschluß des Bündnis 90 an die Grünen

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Neues Forum / Bündnis 90 · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:38

Drei Fotos mit sechs (mehr oder weniger) häßlichen (mehr oder weniger) alten Männern auf der Titelseite der taz - "Bündnis 90 und Grüne tun sich zusammen": Helmut Lippelt (West) mit Günter Nooke (Ost), Joschka Fischer (West) mit Konrad Weiß (Ost), Gerd Poppe (Ost) mit Ludger Volmer (West). Sieht so die neue Partei aus? Die grüne Basis konnte es nicht glauben. In wütenden Leserbriefen wurde die tendenziös zusammengestellte Ansammlung von Mackern gegeißelt.

In der Tat ist die Auswahl der taz etwas irreführend. Nooke und der nach eigener Aussage von der CDU "umworbene" Weiß könnten gar noch abspringen; die von Bernd Ulrich so genannte neue "Nummer zwei hinter Joschka Fischer", der Verhandlungsführer des Bündnis 90, Werner Schulz, fehlt dagegen. Nach wie vor gibt es auch weibliche Mitglieder. Ganz so schlimm wird es also vielleicht nicht kommen. Schulz fiel angesichts der "Querulantenprosa" von Konrad Weiß zum Vereinigungsvertrag der Slogan ein: "Lieber Grün als Weiß". Solche gezielte Gehässigkeit aus den eigenen Reihen könnte die Entscheidungsfindung der "Querulanten" beschleunigen. Was wiederum den kooperativen Bündnis-Leuten Gelegenheit geben würde, ihren Sieg im Vereinigungspoker voll auszukosten. Denn gesiegt haben sie.

Bündnis90 bildet in der Partei eine "Vereinigung Bürgerbewegung" mit Vetorecht im Länderrat, Antragsrecht auf Bundesdelegiertenversammlungen und eigener Zeitung. Ihm stehen drei von elf Sitzen im Bundesvorstand zu, ein Sprecherposten wird garantiert. Bei einem Mitgliederanteil von ca. 7,5% an der Gesamtpartei ist das ein stolzes Verhandlungsergebnis. Daß es unklug wäre, von diesen Sonderrechten allzu lärmend Gebrauch zu machen, scheint Werner Schulz begriffen zu haben. Es ist kaum damit zu rechnen, daß er das sensible grüne Gemüt demnächst etwa mit dem im Bündnis90 vereinheitlichten Bekenntnis zu "marktwirtschaftlichen Strukturen, Privateigentum an Produktionsmitteln" und "eigenverantwortlicher Wirtschaftstätigkeit der Eigentümer" provoziert. Sein lockeres Verhältnis zu programmatischen Festlegungen begründete Schulz auf der Bundesversammlung des Bündnis90 im Mai letzten Jahres gar mit dem "Rat eines berühmten Bürgersohns aus Trier", daß "ein Schritt einer wirklichen Bewegung wichtiger als ein Dutzend gut geschriebener Programme" sei.

Wer so nachgiebig agiert, wird sich in den anstehenden Personalfragen um so eher durchsetzen können. Wenn die Dinge erwartungsgemäß laufen, werden demnächst noch ganz andere Posten zu besetzen sein als die von Parteiarbeitern im Bundesvorstand: Fraktionssprecher, Ausschußvorsitzende, gar Minister?

Gesiegt haben aber auch die westgrünen Vereinigungstaktiker. Noch auf dem Berliner Grünen-Parteitag im Mai letzten Jahres hatte eine "emotionalisierte" und "zufällige" Delegiertenmehrheit, wie es am Tag danach beschwichtigend hieß, einen Beschluß zur "Asylfrage" verabschiedet, den die offen staatstragenden Repräsentanten der Landesverbände Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Saarland "alles andere als vorwärtstreibend" fanden und den Daniel Cohn-Bendit für "gemeingefährlichen Unsinn" erklärte. Die Parteitagsmehrheit hatte sich erdreistet, dem von den Abgeordneten von Bündnis90/Grüne in den Bundestag eingebrachten Entwurf eines Einwanderungsgesetzes mit seiner Quotenregelung eine Absage zu erteilen. Zwar hatte, wie vorauszusehen, das (implizite) Bekenntnis zu offenen Grenzen für die Tagespolitik der Partei kaum Bedeutung; als politisch-moralisches Signal bewies es immerhin, daß große Teile der Grünen bereit waren, in der neuen "Schicksalsfrage der Nation" gegen den Strom zu schwimmen. Solche "Linksabweichungen" werden künftig wohl ausgeschlossen sein; man befindet sich im Bündnis und hat Rücksichten zu nehmen.

Der seltsam "unchaotische" Verlauf des Vereinigungsparteitages könnte auch für den Arbeitsstil künftiger Bundesversammlungen prägend werden. "Ernsthaft und rücksichtsvoll wie (zumindest bei den Grünen) selten zuvor wurde in Hannover um Kompromisse und Übergangsregelungen gerungen", schreibt die Beobachterin der Frankfurter Rundschau und wundert sich. Ganz so harmonisch ist es in Wirklichkeit denn doch nicht zugegangen. Bei der Konstituierung der (laut grüner Eigenwerbung) "glaubwürdigsten Ost-West-Partei" nach dem Motto "Vereinigung statt Anschluß" ging es ohne Opfer nicht ab. Die bitter enttäuschten, weil leer

ausgegangenen Ostgrünen sind die Vereinigungsverlierer. Wer zu früh kommt - wie die Ostgrünen, die schon vor zwei Jahren der großen grünen Mutterpartei beitraten - den bestraft manchmal das Leben. Nichts in der Hand, womit sie hätten pokern können, mußten sie sich den Spott ihrer cleveren Mit-Ossis vom Bündnis90 gefallen lassen: "Wir können nichts dafür, daß ihr so schnell in den Westen gelaufen seid." (Werner Schulz)

Der tränenreiche Rücktritt von Bundesvorstandssprecherin Christine Weiske (Landesverband Brandenburg) machte ihren Kollegen Ludger Volmer "sehr, sehr traurig". Gewissensbisse wegen seiner Mitbeteiligung an dem machtpolitischen Ganovenstück waren dem letzten Repräsentanten der "Linken" aber nicht anzumerken. Paradoxerweise gibt die nach rechts verschobene Partei ihm - wie übrigens auch Joschka Fischer (siehe sein Spiegel-Streitgespräch mit Günter Nooke) - Gelegenheit, mal wieder die eigene linke Vergangenheit zu betonen. Volmer schaffte es jedenfalls, in seinem Referat neben einer Reihe weiterer grüner Ahnen auch Rosa Luxemburg und Clara Zetkin unterzubringen. Solche Extravaganzen wird ihm auch künftig kaum jemand übelnehmen: Linkssein als "Privatsache" kann sogar Wolfgang Ullmann akzeptieren. So gesehen geht die witzige Glossierung der Volmer-Rede im Freitag haarscharf an der Sache vorbei: "...Volmers Redenschreiber muß eine Altlast sein, da rutscht noch manches durch, was man - den neuen Umständen Rechnung tragend - besser außen vor gelassen hätte. (Sollte Ludger Volmer seine Reden selber verfassen, dann ist er eben die Altlast, einer muß die Altlast sein.)"

Die durch den Beitritt und die zuvorkommende Behandlung des Bündnis90 weiter nach rechts verschobene Partei wird sich noch manche "Altlast" leisten. Kluge Bündnis-Menschen wie Werner Schulz werden gelegentliche linke Rhetorik gelassen hinnehmen; schließlich wollen sie selbst auch deutlich sichtbar Position beziehen. "Wir werden noch lange mit eigener Stimme etwas Eigenes zu sagen haben", hatte Werner Schulz seine wegen des Vereinigungskurses verunsicherten Bündnis-Freunde im Mai zu beruhigen versucht. Zu dem von Joschka Fischer ausgegebenen Kurs, ganz "marktwirtschaftlich" das "Wählerkapital" "zusammen(zu)werfen", gehört auch, daß den verschiedenen Kunden unterschiedliche Angebote gemacht werden. Zumindest bis zur nächsten Bundestagswahl wird es also voraussichtlich einigermaßen pluralistisch zugehen.

Geht die Linke das alles noch irgendetwas an? Versuche, von links her auf die bundespolitische Entwicklung der Grünen Einfluß zu nehmen, sind nicht erst seit Hannover weitgehend sinnlos. Diese Partei wird ihren Weg gehen; wenn man sie läßt, auch in die nächste oder übernächste Bundesregierung. 14% für die Grünen und eine Mandatsmehrheit für "Rosa-Grün" hat eine Infas-Umfrage im Januar ermittelt. Die FDP hat ihr prinzipielles Interesse an einer "Ampelkoalition" bereits angemeldet, was Ludger Volmer zu der Replik veranlaßte: "Die Grünen wollen die Welt und nicht die FDP vor dem Untergang retten." Gut gegeben - aber auch allzu fern der Realität. Heute hätte selbst ein rosa-grünes Regierungsbündnis (ohne FDP) weit weniger positive Ausstrahlung als seinerzeit die sozialliberale Koalition. Über ökologische Reförmchen und Milderung besonders krasser Verschlechterungen im Sozialbereich hinaus würde sie sich kaum profilieren können - wenn demnächst die wesentlichen Entscheidungen gefallen sind (Asylrechtsänderung, deutsche Blauhelme, "Solidarpakt").

Die eingangs erwähnte Bildergalerie großer grüner Männer zeigt zudem, daß die Auswechselung der gegenwärtigen Regierung durch diese Opposition nicht einmal unter ästhetischen Gesichtspunkten ein nennenswerter Gewinn wäre.

Js.

16. Gegen Rassismus in den Medien! Bundesweite Aktionstage vom 23.5. bis 2.6.93

Rubrik: Medien; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:03

23.5.- 2.6. 1993: Bundesweite Aktionstage

Gegen Rassismus in den Medien

Wir schlagen für die Zeit vom 23. Mai bis 2. Juni 1993 bundesweite Aktionstage gegen Rassismus in den Medien vor. Das Ziel sind Aktionen, die den Rassismus in den (und durch die) Medien offensiv angehen und damit versuchen, den Blick auf den gegenwärtigen bundesrepublikanischen Rassismus zurechtzurücken.

Wir denken, daß solche Aktionen nicht von Parteien oder überregionalen Verbänden ausgehen sollen, sondern hauptsächlich von vor Ort arbeitenden Gruppen oder Initiativen. Unser Vorschlag zielt auf keinen gemeinsamen Aufruf und keinen Minimalkonsens, sondern auf ein thematisches Bündnis (Rassismus in den Medien als Ausdruck von Rassismus im Zentrum der Gesellschaft), in dem es allenfalls Organisatorisches zu koordinieren geben sollte. Deshalb wird dieses Schreiben auch von keiner UnterstützerInnenliste geziert. Der Aufruf möchte einen Stein ins Rollen bringen, der inhaltlich nach vorne weist.

Momentan erscheint es uns, daß versucht wird, Rassismus und Nationalismus wieder einmal allein auf ihre gewalttätigen Varianten zu reduzieren. Das Pathologisieren und Dämonisieren der Pogrome, die Reduktion des (medialen) Blicks auf den Fetisch "Gewalt" führen letztlich dazu, von jener rassistischen Grundströmung abzulenken, die eben nicht nur in den Pogromen ihren Ausdruck findet. Auf diese Weise gelingt es denjenigen politischen Kräften von CDU bis SPD, die für die Pogrome die eigentliche Verantwortung tragen, indem sie den Resonanzboden bereitstellen und tagtäglich die GewalttäterInnen ideologisch munitionieren, sich aus dem Staub zu machen.

Hinter unserem Vorschlag steht die Vorstellung, daß sich antirassistischer und antifaschistischer Kampf nicht auf jugendkulturelle (neo-nazistische) Erscheinungs-Formen beschränken darf. Wir gehen vielmehr davon aus, daß ein solches Konzept zu kurz greift, da es sich fast ausschließlich gegen die VollstreckerInnen der gesamtgesellschaftlichen bzw. strukturellen Erscheinungsformen von Rassismus und Nationalismus wendet.

Unsere antirassistische Strategie läuft ins Leere, wenn sie sich nur auf die nazistischen Gruppierungen bezieht und nicht berücksichtigt, wer ihnen ideologischen und praktischen. Handlungsspielraum verschafft. Pathologisierung und Dämonisierung der TäterInnen enden dann in der Forderung nach Sozialtherapie. Ergebnis: Aus TäterInnen werden Opfer. Wo der gewalttätige Rassismus seine Wurzel hat und woher er seine vermeintliche Legitimation bezieht, bleibt damit zwangsläufig im Dunkeln. Schlimmer noch, wir gehen am Ende gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen gegen die "Gewalttäter" vor, denen von ersteren allenfalls beigebracht werden soll, daß alle Gewalt gegen Flüchtlinge in diesem Land nur vom Staat ausgehen darf. (...)

Wenn wir daher die Medien gezielt in den Mittelpunkt von Aktionstagen stellen, bekommen wir dasjenige Scharnier ins Visier, ohne das der Rassismus und Nationalismus im Zentrum der Gesellschaft, also in Politik, Wirtschaft und bürgerlicher Öffentlichkeit nicht hätte derart hegemoniefähig werden können. Die Berichterstattung über die Berliner Demonstration vom 8. November 1992 hat zuletzt anschaulich vorgeführt, welche unsägliche Rolle die bundesdeutschen Medien in fast ihrer gesamten Breite in der gegenwärtigen politischen Situation einnehmen. Wir denken dabei, daß Aktionen mehr sein sollten als die gegenwärtig in Berlin diskutierte Neuauflage der Springer-Blockaden aus den 60er Jahren. Die Misere läßt sich eben nicht mehr nur auf Springer reduzieren. Berichterstattung à la BILD über Flüchtlinge und Menschen ohne deutschen Paß gehört mittlerweile zum Mainstream der bundesdeutschen Medienlandschaft. Begriffe, wie "Wirtschaftsflüchtling", "Asylschwemme" oder "Asylmißbrauch" tuten inzwischen über uns hinweg und werden in einer Weise benutzt, als handele es sich um unumstößliche Wahrheiten.

Die Ausrichtung von Aktionstagen auf die Medien könnte helfen, den Zusammenhang von Gewalt/Pogrom und rassistisch-nationalistischer Gesellschaftsstruktur sowie entsprechendem öffentlichem Diskurs in den Mittelpunkt der Kritik zu rücken. Wenn wir für das Zentrum der Gesellschaft beispielhaft die Medien herausgreifen, geht es um nichts weniger als den gewalttätigen Nazis das ideologische Hinterland zu

entziehen. Wer die Gewalt zurückdrängen will, muß die Freiheit der Presse (bzw. des Rundfunks und des Fernsehens) rassistisch zu sein, in Frage stellen.

Zur Rolle der Medien

In den folgenden Thesen möchten wir kurz und stichwortartig anreißen, in welcher Weise die bundesdeutschen Medien derzeit den rassistischen und nationalistischen Diskurs vorantreiben und welchen Anteil sie selbst an der Produktion von Rassismus haben; inwiefern es also gerechtfertigt ist, sie exemplarisch für gesamtgesellschaftlichen Rassismus in den Mittelpunkt von Aktionstagen zu stellen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir sagen nicht, daß ausschließlich die Medien den Rassismus produzieren. Wir denken aber, daß es genügend Belege gibt, daß die Mehrzahl unter ihnen den Rassismus aufnimmt, zuspitzt, instrumentalisiert und ihm die Richtung gibt. Ohne diese Medien und die Art ihrer Berichterstattung wäre die gegenwärtige Konjunktur des offenen und versteckten Rassismus jedenfalls kaum denkbar.

1. Medien übernehmen eine entscheidende Rolle bei der Formulierung und Übermittlung rassistischer Stereotype. Medien vermitteln den Anschein, "Wirklichkeit" authentisch abzubilden. Dieser Anspruch der Medien verschleiert nur zu leicht, daß die mediale "Wirklichkeit" entsprechend gefiltert und konstruiert ist. Dabei beschränkt sich der mediale Diskurs nicht nur darauf, bestehende Rassismen aufzunehmen und zu verbreiten, sondern er produziert zugleich aktiv rassistische Schlagworte und Argumentationsfiguren.

2. Bürgerliche Medien pflegen einen Verlautbarungsjournalismus, der sich hauptsächlich auf Statements von offizieller Seite, wie z.B. Äußerungen von PolitikerInnen oder Polizeiberichte bezieht. Dabei werden rassistische Äußerungen und Stereotype entweder ungeprüft übernommen oder zustimmend kommentiert, jedenfalls aber kaum jemals kritisch hinterfragt: Der Begriff "massenhafter Asylmißbrauch" wurde so zur medialen "Wirklichkeit".

3. Über antifaschistische und antirassistische Aktionen berichten die allermeisten Medien entweder verfälschend (siehe die Demo in Berlin), oder sie verschweigen sie ganz. In ihren Berichten setzen sie über das Schlagwort der Gewalt von rinks und lechts Angriffe von Neo-Nazis mit der notwendigen Verteidigung dagegen gleich oder "verwechseln" beides ganz bewußt. Inhaltliche Positionen der AntirassistInnen und AntifaschistInnen werden jedenfalls konsequent totgeschwiegen.

4. Vor allem die audiovisuellen Medien schaffen gegenwärtig militanten FaschistInnen und RassistInnen eine Plattform zur Darstellung ihrer Ideologien, die so als zumindest diskussionsfähig erscheinen. (...)

Rassismus in den Medien -

Einige Aktionsvorschläge

Die konkreten Aktionsformen hängen von den sich beteiligenden Gruppen und Initiativen ab. Während es für die einen bereits ein wichtiger Schritt ist, kritische LeserInnenbriefe über den hierzulande üblichen Verlautbarungsjournalismus zu schreiben, Flugblätter darüber zu verteilen und Infostände vor entsprechenden Verlags-, Sende- und Redaktionsräumen zu machen, können und wollen andere dabei nicht stehen bleiben. Sie möchten bei entsprechendem Anlaß (z.B. bei Springer) versuchen, die Produktion zu stoppen, eine Redaktion besetzen, einen Piratensender in Betrieb nehmen, Störsender plazieren, Zeitungsimitationen (BLIND oder Wildwestpresse) verbreiten oder bestimmte rassistische Medienprodukte beschlagnahmen, um damit den MedienmacherInnen klarzumachen, daß Pressefreiheit nicht Freiheit für rassistische Medienhetze heißt. Andere wiederum möchten nur bei einem Kioskbesitzer vorbeischauen und ihm sagen, daß sie es ganz schön beschissen finden, daß er die "Nationalzeitung" verkauft.

Für viele steht am Anfang ihrer Aktionen eine Analyse der jeweiligen lokalen bzw. regionalen Berichterstattung in den Print-, Rundfunk- und TV-Medien. Sie fragen, welche Meinungen über Flüchtlinge dort wie zu Wort kommen, oder sie konzentrieren sich darauf, mal nachzusehen, wie die Polizeiberichte in ihrer Lokalzeitung formuliert sind. Ob da immer noch der Rechtsstatus eines Menschen (z.B. "Asylbewerber") oder seine Nationalität (z.B. "Rumäne") im Zusammenhang mit Krimalität hervorgehoben wird. Das Ganze dokumentieren sie auf einer Wandzeitung oder in einer Broschüre, oder sie organisieren eine Podiumsdiskussion mit VertreterInnen ihrer Initiative, die den Damen und Herren RedakteurInnen mächtig einheizt.

Eine weitere Aktion könnte z.B. darin bestehen, bei den Rundfunk- und Fernsehanstalten anzurufen, wenn diese das Wort "massenhafter Asylmißbrauch" nicht mehr in Anführungsstriche setzen, sondern als Tatsache in den Nachrichten verwenden bzw. darstellen oder wenn Neo-Nazis eine Plattform geboten wird, CSU-Stoiber von einer "durchraßten Gesellschaft" redet. Über die Gewerkschaft IG Medien kann versucht werden, kurze Arbeitsniederlegungen zu organisieren. So lassen sich auch kritische Menschen in den Medien einbeziehen.

Dies sind nur wenige mögliche Beispiele. Vermutlich entstehen in den Gruppen und Initiativen jeweils eigene Vorstellungen von dem, was zu tun oder zu lassen ist. Wir wollen nicht von vorneherein irgendwelche Aktionsformen vorgeben, sondern hoffen, daß möglichst viele Menschen eigene Ideen entwickeln und durchführen werden. Nur so wird es uns gelingen, unsere Inhalte erfolgreich in Aktionen umzusetzen. (...)

Kontakt über:

Antifaschistisches Netzwerk S-LB-HN

c/o AZ Marbach im Café Provinz, Cottaplatz 4. 7142 Marbach a.N. T.: 07144/16879.

Fax: 07144/39195

E-Mail: K.SCHOENBERGER@GAIA.ZER oder K.SCHOENBERGER@LINK-S.ZER

Wesentliche inhaltliche Anregungen bieten die Publikationen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Insbesondere das jüngste Werk: DISS: SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien. Duisburg 1992. (DISS-Skripten 5) Beziehbar für DM 16,- + Porto über DISS, Realschulstraße 51, D-W-4100 Duisburg 1. Telefon: 0203/20249. Dort auch eine ausführliche Bibliographie mit weiteren sehr nützlichen Publikationen des DISS.

(Der Aufruf ist redaktionell gekürzt.)

17. Stoppt Nazi-Zeitungen!

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:12

Dies ist der Titel einer Kampagne der "Edelweiß-Piraten" aus Berlin, die sich als "überregionale Bewegung von SchülerInnen, aber auch Studies, ArbeiterInnen und Arbeitslose" verstehen, die "keinen Bock auf Faschisten, auf Rassismus und Nationalismus" haben und die in ihrer Selbstdarstellung weiter schreiben: "Deshalb haben wir verschiedene Aktivitäten gestartet, unter anderem eben diese Kampagne. Gleichzeitig bringen wir auch eine bundesweite antifaschistische Zeitung heraus, machen Flugblatt- und Plakat-Aktionen und beteiligen uns natürlich auch an direktem Widerstand, wenn es nötig ist. Trotzdem sind wir keine reine Antifa-Bewegung. Viel lieber fahren wir mit dem Fahrrad raus, feten, quatschen, gehen auf Konzerte und machen vieles mehr, was Spaß macht. Wenn Du Lust hast, kannst Du Dich ja mal bei uns melden, wir schicken Dir dann was zu!"

Die Kampagne "Stoppt Nazizeitungen" soll dabei nach Vorstellung der "Edelweiß-Piraten" dazu dienen, die Verbreitung von Nazi-Zeitungen über Händler etc. möglichst zu verringern. Dazu werden Briefe an die Händler verschickt, können Informationsflugblätter zur Kampagne und zu den Zeitungen, Aufkleber und Plakate bestellt werden. Ob aus diesen ersten Schritten weitere Aktionen folgen, sollen nach Vorstellung der "Edelweiß-Piraten" die Gruppen vor Ort entscheiden. Im Aufruf zur Kampagne fehlt nicht der Hinweis, nicht unbedingt die eigenen Strukturen den staatlichen Stellen auf dem Präsentierkorb offenzulegen, sprich: etwas vorsichtiger mit Adressen, Absendern etc. umzugehen. Da die Kampagne Geld kostet, ist bei Abnahme der Materialien per Briefmarken ein entsprechender Obulus zu entrichten.

ES, Hamburg

Kontakt: Edelweiß-Piraten,

Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Amtliche Zahlen zur Nazi-Presse

Nach Angaben des Verfassungsschutzberichtes (für 1991) gab es insgesamt eine Auflage aller von ihm als rechtsradikal eingestuften Presseerzeugnisse in Höhe von etwa sieben Millionen Exemplaren im Jahr, verteilt auf 57 einzelne Organe mit mindestens vier Ausgaben pro Jahr. Aus diesen Zahlen ergäbe sich eine Wochenauflage von etwa 140.000 Exemplaren; da viele der kleineren Zeitungen aber nicht wöchentlich erscheinen, muß die Auflage der großen Nazi-Zeitungen, die wöchentlich erscheinen, erheblich größer sein. Als Organe einzelner Nazi-Organisationen werden in diesem VS-Bericht von 1991 folgende Zahlen angegeben:

NPD, Deutsche Stimme, 70.000 pro Monat. DVU, kein Name, 90.000 pro Woche. JN, Einheit und Kampf, 2.000. Deutsche Liga für Volk und Heimat, Deutsche Rundschau, 70.000 pro Monat. Junge Freiheit, 40.000 pro Monat.

Die in der Kampagne der Edelweiß-Piraten angeführten rechten Zeitungen "Criticon", "Junge Freiheit" und "Deutscher Standpunkt" werden in VS-Berichten der letzten Jahre überhaupt nicht mehr erwähnt. Dies liegt bei "Criticon" und "Junger Freiheit" daran, daß dieses Spektrum der "Neuen Rechten" nach offizieller Lesart überhaupt nicht als rechtsextremistisch gilt; nach antifaschistischer Auffassung allerdings stellen diese Blätter ein wichtiges Bindeglied zwischen "konservativen" Standpunkten und extremer Rechten dar. Beim "Deutschen Standpunkt" des Martin Pape verhält es sich allerdings anders. Pape war Vorsitzender der FAP, bevor die ANS-Mitglieder nach dem Verbot der ANS sich diesen Verein als neue "legale Hülle" ausgesucht hatten. Sie drängten Pape aus der Partei, worauf er überhaupt nicht mehr im VS-Bericht erwähnt wurde, obwohl seine Zeitung nach wie vor und mit viel Geld ausgestattet erscheint.

ES, Hamburg

18. Antifaschistisches Wochenende in Frankfurt

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:33

Donnerstag, 7.1.93:

Ein Infostand der "Republikaner", an dem sich ca. 30 Personen aufhalten, wurde von ca. 20 Antifaschistinnen eingekreist. Ein "Republikaner" sprüht mit Tränengas aus nächster Nähe zwei Männern in die Augen. Beide sind Kontaktlinsenträger, beide mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Daraufhin kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Stand der "Republikaner" umgestoßen und deren Propagandatätigkeit damit für diesen Tag beendet wird.

Freitag, 8.1.93:

Gegen Abend wurde das Büro der NPD "Hinter der Schönen Aussicht" von AntifaschistInnen blockiert. Damit wurde die Anreise von etlichen "Jungen Nationaldemokraten", die sich am Samstag für diverse Wahlkampfaktionen und ein Konzert mit dem faschistischen Hetzliederschreiberling Frank Renicke treffen wollten, zumindest erschwert und teilweise verhindert. Die JNler, die sich in der Landesgeschäftsstelle aufhielten, forderten Polizeischutz an, der ihnen auch gewährt wurde. Während des ganzen Abends versuchten Polizisten in Zivil die anwesenden AntifaschistInnen massiv zu behindern und einzuschüchtern - erfolglos.

Samstag, 9.1.93:

Dieser Tag war geprägt von unterschiedlichen Aktivitäten diverser antirassistischer und antifaschistischer Gruppierungen. Ab 9 Uhr wurde wieder die Landesgeschäftsstelle der NPD blockiert. Der "Andreas-Hofer-Keller" der NPD wurde für das abendliche Konzert unbrauchbar gemacht, die Polizei fand ihre Absperrgitter am Ufer des Mains wieder.

Für 11 Uhr hatten "Frauen gegen Rassismus, Faschismus und Krieg" zu einer Kundgebung gegen die Außerkraftsetzung des Asylrechts, für die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe, für das Ausländerwahlrecht und gegen Abschiebungen von KurdInnen aufgerufen. Im Verlauf der Kundgebung, an der insgesamt etwa 500 Menschen teilnahmen, wurde bekannt, daß Mitglieder der JN und der NPD in einigen Stadtteilen Flugblätter verteilten, was dank der Zivilcourage und der tatkräftigen antirassistischen Praxis von AntifaschistInnen unterbunden werden konnte. Gegen 12 Uhr riefen "SchülerInnen gegen Rassismus" zu einer spontanen Demonstration auf, an der sich ca. 300 bis 400 Menschen beteiligten.

Ein Informationsstand der "Freien Wählergemeinschaft Frankfurt (FWF) wurde von AntifaschistInnen umstellt, Flugblätter und Plakate mit ausländerfeindlichem Inhalt wurden zerrissen, was die "FWF", gegen die ein beantragtes Verfahren von 85 BürgerInnen wegen Volksverhetzung läuft, bewegte, ihren Stand einzupacken. Der Versuch von mehreren Rechtsextremen, sich in der Innenstadt zu sammeln, wurde von AntifaschistInnen verhindert. Gegen 13 Uhr 30 standen den aus allen Teilen Deutschlands angereisten JNlern die Fraktionsräume der NPD zur Verfügung. An die 100 aufgebrachte AntifaschistInnen versuchten sich durch die verschlossene Tür, die dabei zu Bruch ging, Zugang zu den Räumen zu verschaffen. Durch das Auftauchen von massiven Polizeikräften wurde diese Aktion vorläufig beendet. Gleichzeitig wurde weiterhin die Landesgeschäftsstelle blockiert.

Gegen 15 Uhr kam es dort zum ersten massiven Polizeieinsatz gegen AntifaschistInnen, in deren Verlauf etwa zehn Menschen festgenommen wurden. Kurze Zeit später wurden an der Weißfrauenstraße, wo sich die Fraktionsräume der NPD im Römer befinden, weitere ca. 30 Menschen festgenommen, was 40-50 NPD- und JN-Mitgliedern den Zugang zu den Fraktionsräumen ermöglichte.

Während des ganzen Tages kam es zu mehr oder weniger heftigen Auseinandersetzungen zwischen AntirassistInnen und RassistInnen im gesamten Stadtgebiet bis in die Randbezirke hinein. Zwischen 18 Uhr und 18 Uhr 30 wurden die NPDler unter Polizeischutz von SEKs aus der Weißfrauenstraße in ihre Räume "Hinter der Schönen Aussicht" gebracht. Es kam zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die auf der Straße protestierenden Menschen aus den Räumen der NPD im 1. Stock beworfen wurden und nun ihrerseits die von bewaffneten Faschisten bewachte Eingangstür und Scheiben des Flurs im 1. Stock einwarfen (die

Räume selbst waren durch Rolläden gesichert.) Die Polizei fuhr massiv auf und drängte die protestierenden Menschen vom Gebäude weg.

Gegen 20 Uhr 30 sammelten sich ca. 15 Skinheads am Frankensteiner Platz. Sie wurden von AntifaschistInnen angegriffen. Die Polizei prügelte dermaßen brutal auf AntifaschistInnen ein, daß zahlreiche AnwohnerInnen entsetzt protestierten: "Sowas hab ich in Frankfurt noch nie erlebt." Gegen 21 Uhr verließen die ersten NPDler ihre Räume. Mittlerweile waren ganze Straßenzüge von der Polizei abgesperrt, Barrikaden waren gebaut worden. Trotzdem konnten einige daran gehindert werden, zu einem neuen Treffpunkt nach Sachsenhausen zu gehen. Gegen 22 Uhr besetzte die Polizei faktisch das ganze Viertel um die "Schöne Aussicht" herum und löste auch kleinste DemonstrantInnengrüppchen auf. Es gab wieder Festnahmen, während die NPD und Skinheads sich für eine kurze Zeit ungehindert zusammentun konnten.

Gegen 22 Uhr 30 das Resultat: Drei Männer wurden von einer Gruppe Skinheads am Mainufer angegriffen und unter Morddrohungen in den Main getrieben. Alle drei konnten sich retten, einer schwamm ans andere Mainufer. Alle mußten ins Krankenhaus. Das war versuchter Mord. Die Verantwortung dafür, daß es dazu kommen konnte, trägt die Polizei, die wie in diesem Land üblich, mit Riesenaufwand solche Leute, denen ein Menschenleben nichts wert ist, schützt und AntifaschistInnen einer unsäglichen Repression aussetzt. Infolge der ausgelösten Mobilisierung, in deren Verlauf AntifaschistInnen den Stadtteil Sachsenhausen nach Faschisten durchkämmten, verließen auswärtige Faschisten fluchtartig die Stadt.

Frankfurter AntifaschistInnen

Kontaktadresse: Antirassistisches /

Antifaschistisches Notruf- und Infotelefon

c/o Café EXZESS, Leipziger Str. 91,

6000 Frankfurt/M., Tel.: 069/70 33 37

19. Bundesverdienstkreuz für Geschichtsrevisionisten Alfred Schickel. Vom Büro Ulla Jelpke, PDS/LL

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Revanchismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:04

In Österreich bezeichnet es der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrum, Simon Wiesenthal, als einen "schweren Fehler", daß man "entweder geschwiegen oder die Angelegenheit als zu absurd angesehen" hatte, als "in neonazistischen Zeitschriften Stimmen laut wurden, die die Existenz der Gaskammern in Konzentrationslagern zum Zweck der massenhaften Tötung von Menschen bezweifelten" (1). Von derlei Sorgen geplagt ist man in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Im Gegenteil: Führende Vertreter des bundesdeutschen Geschichtsrevisionismus werden mit höchsten Würden ausgezeichnet. Die "neurechte" Zeitung "Junge Freiheit" meldet, daß der Leiter der "Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI), Dr. Alfred Schickel, das Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten habe. Die offizielle Begründung für die Verleihung ist - damit da auch ja kein Mißverständnis entsteht - die Honorierung seiner Arbeit und seines Engagements gegen "Unkenntnis, Vorurteil und Desinformation" (Junge Freiheit, Dez.-Jan. 1992/93).

Ohne Verdienstkreuz, aber nicht ohne weniger Anerkennung und Hochachtung, wurde die Arbeit Alfred Schickels und seiner ZFI vorwiegend in der neofaschistischen Presse und den Vertriebenenorganen gewürdigt. Besonders in der neofaschistischen Zeitung "Nation Europa" wurde Schickels Kampf gegen die "Desinformation durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges" hoch gelobt. Seinen Durchbruch in diesen Kreisen erreichte Schickel, als er sich in der - selbst von der Bundesregierung als "rechtsextrem" eingestuften Zeitschrift "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" (DGG) - mit "dem ungeklärten Ausmaß der jüdischen Opfer" (DGG 1/1980) befaßte. Zwei Jahre später nannte das damalige Mitglied der "Hochschulgruppe Pommern", Karsten Sarnow, Schickel den "Legendenkiller", der "bisher bereits einige hartnäckige zeitgeschichtliche Legenden zurechtgerückt" habe (Nation Europa, 10/1982).

Die ZFI - geschichtsrevisionistischer Think-tank

1981 wurde in Ingolstadt die "Zeitgeschichtliche Forschungsstelle" gegründet. Sie leistete Pionierarbeit bei der Entschuldung des Hitler-Faschismus, schlug dabei aber trotzdem eine relativ gemäßigte Richtung ein. Schickel versuchte mit seiner Tätigkeit sowohl den Neofaschismus als auch den bundesdeutschen Konservatismus zu bedienen; die Braunzone dazwischen, das ist Schickels Metier. So können er und seine Mitarbeiter in neofaschistischen Theorieblättern, genauso wie in der Vertriebenenpresse publizieren.

Die "Sudetendeutsche Zeitung" charakterisierte 1991 die ZFI anläßlich deren zehnjährigem Bestehen folgendermaßen: Die ZFI habe unter Leitung Alfred Schickels die "Historiographie aus dem Ghetto der Siegergeschichtsschreibung" herausgeführt. Schickel war dabei von "der Überzeugung durchdrungen, daß alles getan werden müßte, unsere deutsche zeitgeschichtliche Forschung zu abwägender Vernunft, Objektivität, Leidenschaftlosigkeit, pluralistischer Betrachtungsweise und den anderen traditionellen Richtlinien historischer Arbeit zurückzuführen." Denn bis zur Gründung der ZFI sind nach Ansicht der "Sudetendeutschen Zeitung" auf dem Gebiet der neueren Geschichtsschreibung "entscheidende Leistungen nicht von Fachhistorikern" erarbeitet worden, sondern von Angehörigen anderer Berufe oder "von Ausländern wie David Irving".

Laut "Sudetendeutscher Zeitung" kann die ZFI folgende Bilanz bei der Entlastung bzw. Relativierung der Verbrechen Nazi-Deutschlands aufweisen:

- "Sie widerlegten ein ‚Nürnberger Urteil` als krassen Justizirrtum,

- sie untersuchten anhand neuer Quellen die Kriegsursachen der Jahre 1938 und 1939, gingen der Vorgeschichte des Münchner Abkommens nach und verdeutlichten bislang übersehene Zusammenhänge,

- sie prüften die polnischen Verluste-Angaben nach."

Die "Forschungen" der ZFI hätten u.a. ergeben:

- "daß Pearl Harbor ein provozierter und überdies im Weißen Haus erwarteter Schlag der Japaner war, um in den zweiten Weltkrieg eintreten zu können,

- daß der Goebbelschen Propaganda eine nicht minder gekonnte psychologische Kriegsführung der Alliierten gegenüberstand, die von bestimmten Resolutionen europastämmiger Amerikaner bis zur Lies-Factory der Briten reichte und noch in die Nachkriegsgeschichtsschreibung hineinwirkte,

- daß es zwischen den zwei Weltkriegen nicht nur zwei politische Seuchen in Europa gegeben habe, sondern jenseits des Bugs eine dritte Ideologie sich zum Angriff auf Mitteleuropa vorbereitet hatte und lediglich durch einen Präventivschlag vom ersten Schuß abgehalten wurde,

- daß der Papst gezielt in eine psychologische Kampagne gegen Deutschland einbezogen wurde und bewogen werden sollte, sich öffentlich gegen die Achsenmächte auszusprechen

- daß die vorab als ‚Überfälle` qualifizierten Feldzüge gegen Polen und die Sowjetunion nicht so überraschend kamen, wie dies nach dem Krieg verbreitet wurde,

- daß die noch teilweise geheimgehaltenen Papiere um Rudolf Hess und Tyler Kent die endgültige und genaue Kriegsverantwortung für den Zweiten Weltkrieg vorläufig nicht feststellen lassen" (Sudetendeutsche Zeitung, 14.6.1991).

Als letztes Beispiel für die Art der Anerkennung der "Schatzkammer zeithistorischer Erkenntnisse" eine Stimme einer anderen Gruppierung: Die 1984 besonders neofaschistisch durchdrungene Burschenschaftliche Gemeinschaft stellte in ihrem Heft "Burschenschafter und Nationale Identität" über Schickel ebenfalls fest: "Aus der bisherigen Arbeit der Forschungsstelle ist hervorzuheben ein ‚Gutachten zur Behandlung und zu den Verlusten sowjetischer Kriegsgefangener in deutscher Hand von 1941-1945` und eine Veröffentlichung ‚Zur Sinti-Frage: Merkwürdige Übertreibungen in der deutschen Zeitgeschichte`. Zu beiden Themen wurden durch Presse und Fernsehen falsche, maßlos übertriebene Horrorzahlen angeblicher Opfer verbreitet, denen die Forschungsstelle durch sachliche Forschungsergebnisse entgegengetreten ist"(2).

Schickel hat mit seiner ZFI in den vergangenen Jahren sattsam bekannte neofaschistische Lügen über die deutsche Geschichte aufgegriffen und durch sein Wirken eine Rolle als Stichwortgeber des bundesdeutschen Geschichtsrevisionismus erhalten. Schickel tischt Geschichtslügen auf und munitioniert damit den Neofaschismus. Diese Art der Schickelschen Geschichtsbetrachtung soll dazu führen, so Professor Erich Schwinge auf der Frühjahrstagung 1991 der ZFI, daß "unser Volk" aus "einen Zustand der Selbstbeschuldigung, Selbstdemütigung und Selbstverachtung" herausgeführt wird. Oder wie der militante Neofaschismus das formuliert: "Wahrheit macht frei".

Leugnung der Judenmorde

Der internationale Neofaschismus entwickelte vor allem seit den 70er Jahren verstärkt eine Kampagne zur Leugnung der massenhaften Ermordung der Jüdinnen und Juden während des Faschismus. Unter dem Kampfbegriff der "Auschwitz-Lüge" treten hier verschiedenste Geschichtsrevisionisten an, die auf unterschiedlichste Art und Weise den Holocaust leugnen oder verharmlosen und damit den "Ruf des Dritten Reiches und ihrer Führer" wiederherstellen wollen. Die Morde in den Gaskammern des Konzentrationslagers Auschwitz, Symbol für die Massentötungen der europäischen Juden und Jüdinnen, werden von zahlreichen Revisionisten immer wieder gänzlich bestritten, bzw. die Zahl der getöteten Jüdinnen und Juden drastisch nach unten gelogen.

Auch Alfred Schickel und seine ZFI bedient sich der gleichen Lügen und Legenden des bundesdeutschen und internationalen Neofaschismus, um die Zahl der in den KZs ermordeten Juden und Jüdinnen zu bestreiten. In den Unterlagen, die die ZFI verschickt, befinden sich Presseausschnitte aus der "Chicago Tribune" vom 22.9.1989, nach der die Zahl der jüdischen Opfer in Auschwitz auf 130.000 reduziert wird.

Gleichfalls befindet sich in diesen Unterlagen eine Liste der "Beurkundeten Sterbefälle von Häftlingen ehemaliger deutscher Konzentrationslager" des Internationalen Suchdienstes Arolsen, der dem Internationalen Roten Kreuz angegliedert ist. Nach dieser auch von Schickel versandten Liste wird die Zahl der "registrierten Sterbefälle" in den KZs mit 373.468 angegeben. Genau mit diesen Zahlen versuchen die neofaschistischen Propagandisten die Massentötung der Juden und Jüdinnen in den KZs zu leugnen. Indem man den Eindruck

erweckt, daß man offizielle Zahlen für die Behauptungen benutzt, soll die eigene Glaubwürdigkeit gesteigert werden. Daß das Rote Kreuz immer wieder darlegt, daß diese Angaben keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Zahl der Toten zulassen, spielt dann keine oder nur eine untergeordnete Rolle (3).

Mittlerweile geht Schickel sogar soweit, daß er die Authentizität der Protokolle der Wannsee-Konferenz anzweifelt. Die Absicht ist natürlich klar: Wer überhaupt auf die Idee kommt, in eine derartige Richtung zu forschen, der will natürlich mit der Infragestellung der Authentizität der "Wannsee-Protokolle" die planvoll und systematisch betriebene Vernichtung der Juden und Jüdinnen, die "Endlösung der Judenfrage" durch Nazi-Deutschland anzweifeln.

Starke Lobby

Die ZFI hat derzeit knapp 600 Mitglieder. Vorstandsmitglieder sind u.a. Professor Hellmut Diwald, der mit seinem Buch "Geschichte der Deutschen" Ende der 70er Jahre gleichfalls aus der "Siegergeschichtsschreibung" ausbrach und Heinz Nawratil, Spezialist im Aufrechnen der sogenannten "Vertreibungsverbrechen". Zur Erinnerung: Diwald hatte damals in diesem Buch knallharte neofaschistische Propaganda aufgetischt: "... es wurden jahrelang im KZ Dachau den Besuchern Gaskammern gezeigt, in denen die SS angeblich bis zu fünfundzwanzigtausend Juden täglich umgebracht haben soll, obschon es sich bei diesen Räumen um Attrappen handelte, zu deren Bau das amerikanische Militär nach der Kapitulation inhaftierte SS-Angehörige gezwungen hatte" (4).

Das Schickel neben seiner "Forschungs"tätigkeit auch noch in den Redaktionen der neofaschistischen Zeitungen "Junge Freiheit" und "Europa vorn" saß, eine rege Referententätigkeit in der rechtsextremen Szene aufweist, ändert nichts daran, daß für die Bundesregierung "bisher kein Anlaß" besteht, die ZFI "als rechtsextrem einzustufen" (Bundestags-Drucksache 12/2268). Schickels Einbindung in die Vertriebenenverbände und die CSU ist für ihn ein wichtiger Schutz. Für das Bundesverdienstkreuz wurde er vom Bayerischen Ministerpräsidenten höchstpersönlich vorgeschlagen.

Die Bundesregierung unternimmt alles erdenkliche, Schickel vor antifaschistischer Kritik in Schutz zu nehmen. Daß Schickel in der Zeitschrift des bundesdeutschen Geschichtsrevisionismus, "Deutschland in Geschichte und Gegenwart", in der er häufig publiziert, die Zahl der von den Nazis ermordeten Juden und Jüdinnen in unerträglicher Art und Weise zur Disposition stellte, das Ausmaß des Holocaust total abschwächte - so warf er u.a. die Zahl von 1,5 Millionen in die Debatte, während er die Zahl von sechs Millionen ermordeter Juden und Jüdinnen als "Phantasiegebilde" oder als Zahl der "Sowjets" denunzierte - erkennt die Bundesregierung schon gar nicht mehr als den eindeutigen Versuch der Entlastung des Nationalsozialismus. Daß Schickel den Holocaust auch noch mit den Opfern der deutschen Heimatvertriebenen auf eine Stufe stellt, wird von der Bundesregierung auch nicht mehr als verwerfliches Weglügen der Einmaligkeit der Grauen des Hitler-Faschismus angesehen. Die Bundesregierung will in diesem "Legendenkillen" die rechtsextreme Absicht und Tat nicht mehr erkennen.

Schickel äußerte anläßlich des 10jährigen Bestehens der ZFI: "Der Rückblick auf die verflossenen Jahre stützt die Erwartung, daß die ZFI auch weiterhin als Sinnzeichen unbefangener Geschichtsbetrachtung verstanden und begleitet wird. Staat und Kommune haben dies in der Vergangenheit durch ihr Verhalten bekundet und damit auch beispielhaft dem Toleranz- und Pluralitätsprinzip unseres Grundgesetzes entsprochen. Sie halfen, daß die Zusicherung, nach welcher ‚Lehre und Forschung` in unserem Lande ‚frei sind`, überzeugte und schufen auf diese Weise die Voraussetzung für manches forscherliches Vorhaben und seinen Erfolg" (5).

Immerhin, Schickel befürchtet noch, daß der Pfad seiner geschichtrevisionistischen Betrachtungen relativ schmal ist. Grund zur Sorge besteht nicht, Schickel hat keine Repressalien zu erwarten. Die Zeit ist danach, daß Leute wie er das Bundesverdienstkreuz bekommen.

Büro Ulla Jelpke, PDS/LL

Anmerkungen:

(1) Hrsg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bundesministerium für Unterricht und Kunst, "Amoklauf gegen die Wirklichkeit", Wien 1991, S. 5

(2) Schriften der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, Heft 4, Burschenschafter und Nationale Identität, Stuttgart 1984, S. 91

(3) siehe dazu: Gustav Spann, Methoden rechtsextremer Tendenzgeschichtsschreibung und Propaganda, in: Amoklauf gegen die Wirklichkeit, a.a.O., S. 19 ff

(4) zitiert nach, Wolfgang Benz Hrsg; Legenden, Lügen Vorurteile, 1992, S. 50

(5) 10 Jahre Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt - Erfahrungen, Erkenntnisse, Erwartungen

Schickel, Alfred

Historiker, Leiter des katholischen Stadtbildungswerkes Ingolstadt. Geb. am 18.3.33 in Aussig/Elbe. Promotion 1966 zum Dr. phil., seit 1962 Lehrer für Geschichte und Sozialkunde.

Freier Mitarbeiter der "FAZ" und "WELT", beim Bayerischen und Hessischen Rundfunk ("reden zur zeit", Band 46); "zeitgeschichtlicher Mitarbeiter" der klerikalen "Deutschen Tagespost", häufiger Autor in "Konservativ heute", "Deutschland Magazin" und "Bayernkurier". 1969 Artikel in "Wehrkunde" zum Thema "Wehrkunde in der Schule" (Bamberg, Die Deutschland-Stiftung, S.270).

Schickel ist im Vorstand der "Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Erzieher in der sudetendeutschen Landsmannschaft" und mitverantwortlich für den Gegenentwurf zum UNESCO-Schulbuchentwurf.

Er bemüht sich in zahlreichen Artikeln, die Verbrechen Nazi-Deutschlands zu verfälschen, damit "das deutsche Volk seine eigene Vergangenheit unbefangen betrachten" kann.

So schraubt er die Zahl der in deutschen Lagern umgekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen von 3,8 auf 0,9 Millionen herunter, deren Tod er zudem auf mangelnde Hygiene in der Roten Armee zurückführt. Demgegenüber betont er "die dann tatsächlich begangenen Grausamkeiten der Roten Armee an deutschen Gefangenen und Verwundeten" ("Deutsche Tagespost", 22.1.80). Die 6,3 Millionen Polen, die ermordet wurden, kann er ebenfalls unter 1 Million tricksen. Sogar davon soll noch ein Teil alliierten Luftangriffen zum Opfer gefallen sein ("Bayernkurier", 10.2.79).

Aus: Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis. Hamburg 1981. S.139

20. Ziviler Ungehorsam gegen Rassismus

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:17

MitarbeiterInnen der Berliner Ausländerbehörde dürften in den letzten Tagen und Wochen ziemlich ins Schwitzen geraten sein. Zahllose neue Akten mußten angelegt und alte Akten durchwühlt werden, auf der vergeblichen Suche nach bestimmten "AusländerInnen" und ihren Aktenzeichen. Der Behörde waren nämlich ungezählte Briefe zugegangen, in denen gar nicht existierende "AusländerInnen" diverse Anträge gestellt hatten.

Wir, eine Gruppe innerhalb des Berliner FrauenAktionsBündnisses gegen Rassismus, Antisemitismus und Frauenverachtung, bekennen uns zu dieser Aktion zivilen Ungehorsams. Bevor wir sie begannen, haben wir uns vergewissert, daß sie den dort verkehrenden "AusländerInnen" nicht schadet, wohl aber der Behörde. Wir werden unsere Briefaktion so lange fortsetzen und die für ihre organisatorische Unfähigkeit und Schlamperei berühmte Behörde damit an den Rand der Arbeitsunfähigkeit bringen, solange der strukturelle Rassismus in der Ausländerbehörde von Berlin und anderen Bundesländern fortgesetzt wird. Wir werden sie solange fortsetzen, solange auf der politischen und bürokratischen Ebene am Grundgesetz herumgesäbelt wird und Gesetzesinterpretationen verschärft werden, anstatt das Ausländerrecht und die Verwaltungspraxis zu liberalisieren.

Das FrauenAktionsBündnis hat sich nach den rassistischen Morden an den Möllner Türkinnen gegründet, weil ein gesellschaftliches Klima des Antirassismus und der Toleranz weit mehr braucht als Sonntagsreden von PolitikerInnen: nämlich das aktive Eingreifen jeder und jedes einzelnen. Eingreifen heißt aber auch, eine wichtige strukturelle Ursachen der Entstehung von Rassismus deutlich zu machen: die rechtliche Ausgrenzung von Millionen, die hierzulande zu "Ausländern" gemacht werden, obwohl viele von ihnen wie die Möllner Türkinnen seit Jahrzehnten hier leben und Steuern zahlen oder gar hier geboren wurden. Diese Ausgrenzung wird durch die vielerorts praktizierte diskriminierende Behandlung der "AusländerInnen" ergänzt, wobei sich hier vor allem die Berliner Ausländerbehörde einen Namen gemacht hat. Man möge uns ein einziges Amt nennen, das deutsches Klientel zu nächtelangem Stehen in langen Warteschlangen und klirrender Kälte zwingt - wie am Friedrich-Krause- und am Waterloo-Ufer - oder zu langen Fußmärschen durch unsicheres Gebiet - wie bei der Asylstelle in Hohenschönhausen.

Der große Vorteil unserer Aktion liegt dabei darin, daß sie völlig gewaltlos aber wirksam, risikolos aber subversiv, massenfreundlich aber nicht verwässerbar ist. Alle, die diese Ziele teilen, seien hiermit zum Mitmachen aufgerufen. Das Spiel hießt: Wir denken uns unsere AusländerInnen, mit denen wir dieses Land teilen wollen, selbst aus. Damit unsere Briefe aber nicht als Fälschung entdeckt, sondern zu einem ordentlichen Aktenvorgang verarbeitet werden, müssen Name und Adresse der angeblichen Absender echt klingen. Im Telefonbuch sind jede Menge Namensanregungen zu finden, auch die angegebene Straße sollte existieren und der Stadtteil - zum Beispiel Kreuzberg bei TürkInnen - halbwegs passend sein. Die Adresse für unser Schreiben - und Druckbuchstaben und falschem oder richtigem Deutsch auf Schreibmaschine, nur in seltenen Fällen auf Computer - lautet: Einwohneramt, Ausländerbehörde, Friedrich-Krause-Ufer 24, 1000 Berlin 65. Um noch mehr Echtheit zu suggerieren und Verwirrung zu stiften, geben wir das Aktenzeichen an, unter dem unsere AusländerInnen angeblich bei der Behörde geführt sind.

Und zwar nach folgendem Muster, daß sich komplizierter anhört, als es ist: Alle Anträge, die nicht Asyl- oder Abschiebungsangelegenheiten betreffen, sondern Aufenthaltsgenehmigungen, -erlaubnisse, -berechtigungen usw., gehen an die Abteilung IV A. Die dahinter stehende Ziffer von 12 bis 25 steht für die Anfangsbuchstaben unserer AusländerIn: 12 umfaßt A-Bq, 13 Bra-Ch, 14 Ci-Er, 15 Erk-Hor, 16 Hos-Köl, 21 Köm-Mes, 22 Met-Peq, 23 Per-Sen, 24 Seo-T, 25 U-Z. Danach kommt in eckiger Klammer Nachname, Vorname und Geburtsdatum unserer AusländerIn. Fehler beim Aktenzeichen schaden aber nichts, denn auch sie können die Verwirrung erhöhen. Beispiel: Frau Sevim Karabut schreibt an die Ausländerbehörde, Abteilung IV A 15 (Karabut, Sevim, 1.1.69), daß sie mit einem Besuchervisum gekommen ist, sich nun aber zum Bleiben entschlossen hat. Sie bittet die Behörde, ihr mitzuteilen, wann und mit welchen Papieren sie vorstellig werden soll. Übrigens ist sie wie viele TürkInnen am 1.1. geboren, weil es in den anatolischen Dörfern mit der Registrierung der Neugeborenen hapert.

Wenn wir allerdings als ausländische Studentin ein Aufenthaltsbewilligung beantragen, brauchen wir kein Aktenzeichen, wenn wir gerade ins Land gekommen sind. LateinamerikanerInnen zum Beispiel können ohne Visum drei Monate hierbleiben.

Wenn wir aber die Abschiebeabteilung ärgern wollen - erstens die schlimmste und zweitens die schlampigste Abteilung -, dann müssen wir an IV B 21 schreiben, dahinter wieder in Klammer Name und Geburtstag. Unter diesem Aktenzeichen bitten wir um Aufschub der bereits angedrohten Abschiebung, weil Frau XX schwanger geworden ist. Oder wir beantragen als Kurde eine Verlängerung der dreimonatigen Duldung.

Wenn wir jedoch Asylsuchende oder Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien sind, wenden wir uns an die Abteilung IV B 33.

Viel Spaß!

21. Chronik ausländerfeindlicher Anchläge (27.12.92-1.2.93)

NPD-Landesvorsitzender als Rädelsführer verhaftet

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:13

Am 28.1.1993 wurde der stellvertretende NPD-Vorsitzende von Schleswig-Holstein, Heinrich Förster, verhaftet. Er wird von der Schweriner Staatsanwaltschaft des versuchten Mordes an AsylbewerberInnen (bzw. der Anstiftung dazu) und der Volksverhetzung beschuldigt. Am 31. Juli 1992 hatten etwa 30 Nazis mit Schlagstöcken, Schreckschußpistolen und Molotow-Cocktails das Asylbewerberheim in Bahlen angegriffen. Wegen dieses Überfalls war schon seit September 1992 der Hagenower NPD-Chef Rüdiger Klasen gemeinsam mit weiteren Bandenmitgliedern festgenommen worden. Klasen und einige weitere sitzen seitdem in Untersuchungshaft. Gegen mehrere Bandenmitglieder wurde im Dezember 1992 in Schwerin Anklage wegen versuchten Mordes erhoben. Fünf von insgesamt sieben Mittätern sollen Mitglieder der NPD sein (FAZ, 8.12.92). Klasen und Förster hatten sich persönlich an dem damaligen Überfall nicht beteiligt - "aus Furcht vor einer Festnahme", wie der Sprecher der Schweriner Staatsanwaltschaft mitteilte; konkret soll die Anstiftung durch die Besorgung der verwendeten Molotow-Cocktails durch Klasen nachgewiesen werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß der Hagenower NPD-Führer Klasen gleichzeitig eine ABM-Stelle als Jugendbetreuer innehatte.

Der nun verhaftete Heinrich Förster gilt als Aufbaubeauftragter der NPD für Mecklenburg-Vorpommern. Die Anklage wegen Volksverhetzung gründet sich dabei auf ein Flugblatt mit dem Hetzgedicht "Der Asylbetrüger", das Förster im November in Boizenburg verteilt hatte (wo er offensichtlich die Nachfolge des inhaftierten Klasen als leitender NPD-Funktionär vor Ort angetreten hatte). Ganz offenbar hatten Förster und Klasen gemeinsam eine Nazi-Schlägerbande aufgebaut, die neben den Überfällen auf AsylbewerberInnenheime auch durch Verbreitung von volksverhetzenden Flugblättern im Raum Hagenow-Boizenburg in Erscheinung getreten war. Die Umtriebe dieser Bande führten dann Anfang Dezember im Schweriner Landtag zu einem Vorstoß der FDP, die NPD gehöre verboten (FAZ, 9.12.92). Anläßlich dieser Forderung kommentierte damals der stellvertretende Leiter des Verfassungsschutzes in Mecklenburg-Vorpommern, Wöhler, die NPD werde jetzt "sehr sorgfältig beobachtet werden".

Kontakte zur Peters-Bande

Von besonderer Brisanz ist bei der Hagenower NPD-Bande die Tatsache, daß der nun inhaftierte NPD-Landeschef von Schleswig-Holstein den mutmaßlichen Attentäter von Mölln, Michael Peters, gut gekannt hatte. Beide waren im NPD-Kreisvorstand Lauenburg in Schleswig-Holstein tätig gewesen und Peters hatte noch im Wahlkampf 1992 Plakate für die NPD geklebt. Speziell der Peters-Bande wurden schon vor dem Möllner Attentat mehrere Überfälle auf AsylbewerberInnenheime in Mecklenburg-Vorpommern zur Last gelegt (5. und 6.11. in Pritzier und Gudow); speziell gegen Peters und drei weitere Personen war in der Woche vor dem Möllner Attentat Haftbefehl beantragt, nicht aber erlassen worden. Der zweite mutmaßliche Attentäter von Mölln, Lars Christiansen, war schon seit dem Rostocker Pogrom unter Beobachtung der Polizei: Das Auto seines Vaters, aus dem "das Geschehen am Ende der Woche der Gewalt genauestens beobachtet wurde" (FR, 3.12.92), brachte die Polizei angeblich auf die Spur.

Aus all dem ergibt sich zweierlei: Zum einen spielt offenbar die NPD eine weitaus größere leitende Rolle bei der Organisierung ausländerfeindlicher und rechtsextremistischer Anschläge und Straftaten, als bisher der Öffentlichkeit gegenüber angegeben wurde. Eine Bande von mindestens 30-40 Jugendlichen im Kreis Hagenow unter Anleitung der NPD-Funktionäre Förster und Klasen, sowie eine weitere Bande um den NPD-Funktionär Peters (der ebenfalls mit Landeschef Heinrich Förster zusammenarbeitet) sind bekannt; wieviele weitere solcher Banden in der Region noch existieren, bleibt der Phantasie des Lesers überlassen.

Zum zweiten, und dies ist mindestens ebenso wichtig, bleibt festzuhalten, daß die Polizei und der VS diese Rolle der NPD spätestens seit dem Pogrom von Rostock und dem Überfall in Bahlen genau kennen. Wie in der Berichterstattung um das Möllner Attentat bekannt wurde, war "man" zumindest der Peters-Bande ja auf den Fersen. Und es war nicht allein die Peters-Bande, die im Zentrum der Beobachtung gestanden hatte. Daß damit im wesentlichen die Schleswig-Holsteiner und Mecklenburger NPD insgesamt gemeint war, ergibt sich

aus den nun bekanntgewordenen Zusammenhängen. Wie der VS schon im Dezember mitteilte, sei seit "längerer Zeit" eine Häufung rechtsextremer Gewalttaten beobachtet worden, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des nun inhaftierten NPD-Landeschefs Förster gesehen wurden. Vor diesem Hintergrund entlarven sich Äußerungen von Verfassungsschützern als offene Irreführung der Öffentlichkeit, wenn z.B. der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Schleswig-Holsteiner Innenministerium, Michael Wolf, noch Ende Oktober betonte, eine Steuerung gewalttätiger Übergriffe gegen Flüchtlingsheime durch rechtsextreme Gruppen sei nicht zu erkennen (taz, 24.10.92).

Die NPD radikalisiert sich

Ganz offenbar durchläuft die NPD, die in den letzten Jahren - gemessen an den spektakulären Aktionen der offen nazistischen Banden - eher in Erfolglosigkeit dahindämmerte, einen Prozeß der Radikalisierung. Als Beleg dafür kann z.B. ihr derzeitiger Bundesvorsitzender Jürgen Deckert aus Weinheim angeführt werden, der im November 92 zu einem Jahr auf Bewährung wegen Volksverhetzung verurteilt worden ist. Er hatte auf einer von ihm organisierten öffentlichen Veranstaltung den nazistischen "Leuchter-Report", in dem die Vergasung von Juden im KZ Auschwitz geleugnet wird, propagiert. Traditionell ist der "Leuchter-Report" bislang eher eine Domäne der offenen nazistischen Banden gewesen. Diese oder ähnliche Veranstaltungen Deckerts waren dann auch Ausgangspunkt für weitere rechtsextremistische Mordanschläge auf AsylbewerberInnenheime. Dies jedenfalls gaben zwei 19jährige an, die in Hemsbach (Odenwald; in der Nähe Weinheims) einen Brandanschlag verübt hatten und dabei zwei kleine Kinder und deren Mutter schwer verletzt hatten. In Bayern ermittelt mittlerweile die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Nürnberg/Fürth gegen ein NPD-Flugblatt, in dem u.a. von den "Sturmabteilungen" des DGB geschrieben wird, die aus "Asozialen, Schwulen, Pennern und Arbeitsscheuen" bestünden. In Cottbus, so dokumentierte PANORAMA am 11.1.92, bietet sich die örtliche NPD als Auffangbecken für die gerade verbotene "Deutsche Alternative" an. Erste "Gespräche" haben schon stattgefunden und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit besteht offenbar von beiden Seiten.

In eine neue Runde gehen derweil in Nordrhein-Westfalen die Auseinandersetzungen um den NPD-Arbeitsrichter Peter Markert. Dieser wurde erneut von der Landesregierung amtsenthoben, nachdem ein ähnlicher Versuch im Dezember gescheitert war. Markert, langjähriger NPD-Chef von NRW, war 1990 zusammen mit mindestens zwei weiteren NPD-Mitgliedern auf der Liste des "Deutschen Arbeitnehmerverbandes", einem zumindest in der Vergangenheit eindeutig rechtsradikalen und NPD-verbundenen Verband mit Vorschlagsrecht für die ehrenamtlichen Richter bei den Arbeits- und Sozialgerichten zum Arbeitsrichter ernannt worden. Im Dezember hatte das Arbeitsgericht eine Amtsenthebung Markerts zurückgewiesen, da die NPD-Mitgliedschaft - auch als Funktionär - eine solche nicht rechtfertige; eine grobe Amtspflichtverletzung sei Markert nicht nachgewiesen (FR, 1.11.1992). Obwohl dieses Urteil vom Dezember abschließend war, gab das Gericht einen deutlichen Hinweis, wie weiter zu verfahren sei: "Sein Verhalten außerhalb des Amtes könne das Ansehen in seine unabhängige Rechtsprechung erschüttern". Diesem Hinweis folgend, sprach die Landesregierung nunmehr erneut eine Amtsenthebung aus und begründete diese mit einem Flugblatt, das von Markert mit unterzeichnet wurde, und das zu einer Anzeige gegen Markert durch die ÖTV wegen Volksverhetzung geführt hatte. Dort wird vom "deutschen Blut" als einem "besonderen Saft" geschwafelt, der sich "gründlich von übelriechendem Schleim" unterscheide, und: "Wir wollen nicht, daß unsere Enkel und Urenkel als Halbasiaten durch unsere Heimat streifen" (FR, 12.12.92).

ES, Hamburg

22. Koordination der antirassistischen Bewegung: Probleme und Stolpersteine

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Rassismus-Debatte; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:48

Nachdem die erste Bundestags-Lesung zum "Asylkompromiß" bereits am 21. Januar stattfand, steht möglicherweise noch vor Ostern, d.h. bis Ende März, die Verabschiedung des entsprechenden Grundrechtsartikels (Art. 16a GG) und damit zusammenhängender Gesetzesänderungen bevor. Zusammen mit den in der politischen Klasse relativ heftig, dafür in der Öffentlichkeit um so weniger diskutierten Out-of-area-Einsätzen der Bundeswehr sowie innenpolitischen Verschärfungen mit Verfassungsrelevanz (Großer Lauschangriff etc.) sind das entscheidende Schritte auf dem Weg in eine "andere Republik". Die De-facto-Koalition von CSU, CDU, FDP und SPD, die diese Änderungen mitträgt, organisiert gleichzeitig die partielle Aufkündigung des bisherigen sozialstaatlichen "Konsenses".

Für die antirassistische Bewegung stellen sich zwei wichtige Fragen:

- Wie kann der Widerstand gegen die Abschaffung des Asylrechts noch zugespitzt werden?

- Wie steht es mit den Perspektiven des Widerstands nach einer - durchaus wahrscheinlichen - Zweidrittelmehrheit im Bundestag für den "Asylkompromiß"? D.h.: An welchen zentralen Themen wird weitergearbeitet? Wie ist das Verhältnis zum Widerstand gegen Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr (und anderes)?

Eine organisatorische Vernetzung der verschiedenen antirassistischen Initiativen hat bisher nur in Teilbereichen stattgefunden, obwohl auf lokaler und regionaler Ebene eine große Aktionsbereitschaft zu existieren scheint. Im folgenden sollen zwei bundesweite Treffen zum Thema beschrieben und diskutiert werden.

Ein Arbeitstreffen in Bonn am 15. Januar hatte sich zur Aufgabe gesetzt, Aktionen gegen die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl zu koordinieren sowie die "Möglichkeiten zu einer Vernetzung/Service für antirassistische Gruppen" (Einladung) auszuloten. Die etwa 30 Anwesenden (Einladerin: "Arbeitsgruppe gegen Rassismus" des Netzwerks Friedenskooperative) vertraten im wesentlichen den Kreis, der auch zur erfolgreichen Demo zum SPD-Sonderparteitag am 14.11.92 nach Bonn aufgerufen hatte: Restbestände der Friedensbewegung, bundesweite Organisationen von Pro Asyl bis Pax Christi und VVN sowie diverse Gruppen aus Nordrhein-Westfalen. Neu waren u.a. einige Gruppen aus dem autonomen Spektrum, aus deren Reihen eine Bundestags-Belagerung geplant ist.

Es wurden folgende zentrale Aktionsvorschläge für Bonn lanciert (ansonsten wurde auf dezentrale Aktionen und verschiedene Unterschriftenlisten verwiesen):

- Bundesweite Demonstration an der Bannmeile ab 8.30 Uhr am Tag der Bundestagsabstimmung (sowie weitere begleitende "phantasievolle Aktionen" und Demonstrationen)

- Öffentliches Hearing in Bonn, auf dem "ExpertInnen und Betroffene" zu Wort kommen sollen

- Gottesdienst innerhalb der Bannmeile (organisiert von christlichen Gruppen)

- "Friedliche Belagerung des Bundestags", d.h. Verletzung der Bannmeile (Vorschlag des Komitees für Grundrechte und Demokratie).

Keine Perspektiven

für den weiteren Widerstand?

Die meisten Anwesenden schätzten die Mobilisierungsfähigkeit geringer ein als im November 1992. Mit dieser Begründung wurde auf den Aufruf zu einer druckvollen bundesweiten Demo im Vorfeld der entscheidenden Bundestagssitzungen verzichtet. Die empirische Grundlage dieses Pessimismus blieb relativ unklar.

Auffällig war, daß kein großes Bedürfnis bestand, die in der Einladung angekündigte Vernetzung antirassistischer Gruppierungen konkret zu diskutieren und voranzutreiben. Ein solcher organisatorischer und inhaltlicher Ratschlag hätte über das anwesende Spektrum hinaus reichen müssen, also etwa nach links in den autonomen Bereich hinein. Auf der anderen Seite würde es anstehen, den Umgang mit dem Lichterketten-Spektrum bzw. den durch solche Aktionen mobilisierbaren Menschen zu besprechen. Diese Nicht-Diskussion wurde einerseits formal begründet (Zeitdruck der Aktionsvorbereitungen bis zur dritten Lesung des "Asylkompromisses"), andererseits wurden auch keine konkreten Arbeitsaufträge in diese Richtung in die Wege geleitet. Insgesamt herrschten Ratlosigkeit und Pessimismus vor sowie die Meinung, die antirassistische Bewegung befinde sich bereits im Abschwung.

Im übrigen wurden keine Perspektiven des antirassistischen Widerstands nach einer möglichen Verabschiedung des "neuen" Art. 16a GG sichtbar gemacht. Eine Ausnahme stellt vielleicht das Komitee für Grundrechte und Demokratie dar. In ihrem Aufruf zur Bundestags-Belagerung schreiben die Autoren: "Unsere friedliche Belagerung des Bundestags soll der Beginn eines Dauerprotestes sein. Wir werden auch der künftigen Gesetzespraxis und insbesondere der Abschiebung von Flüchtlingen zivilen Widerstand entgegensetzen."

Die organisatorischen Mängel der antirassistischen Bewegung wurden durch dieses Treffen nicht behoben. Vielleicht war das vom organisatorischen Dach her (Reststrukturen der Friedensbewegung) auch gar nicht möglich. Zudem fehlt der Druck von unten, d.h. von den regionalen Initiativen her, der eine solche bundesweite Koordinierung fordern würde. Am Erfolg der Bonner Demo vom 14.11.92 wurde - aus welchen Gründen auch immer - nicht mehr konsequent genug angeknüpft. Erinnert sei nur an die zähe Debatte und die Schwierigkeiten, für die damalige - dann letztendlich sehr erfolgreiche - Demo zu mobilisieren.

Bürokratische Debatte

als Ausweg?

Eine Woche nach dem Bonner Treffen fand in Frankfurt ein Vorbereitungstreffen zu einem "Bürgerforum Paulskirche '93" statt. Eingeladen hatten das Komitee für Grundrechte und Demokratie sowie bundesweite Juristenvereinigungen (Rechtsanwaltsvereine, Strafverteidigervereinigungen). Anwesend waren etwa 40 VertreterInnen diverser bundesweiter Organisationen aus den Bereichen Friedensbewegung, Antirassismus, Ökologie, kritische Justiz - von Greenpeace über Pro Asyl bis zum Schwulenverband Deutschland. Es fiel auf, daß praktisch keine regionalen und lokalen Initiativen anwesend und wohl auch gar nicht eingeladen waren. In einem ersten Einladungsschreiben war noch zu lesen, daß die Initiatoren ein "Bürgerforum" planten, "welches freiheitliche und liberale Perspektiven gegen die benannten rechtspopulistischen Tendenzen genauso manifestiert wie unseren Protest gegen die benannten Gesetzesverschärfungen und Grundgesetzänderungen".

Mit der zweiten Einladung lag dann ein Konzept für ein "Verbändeparlament" vor, das auf dem Frankfurter Treffen selbst fast buchstabengetreu und praktisch ohne Diskussion akzeptiert und organisatorisch in die Wege geleitet wurde. Danach ist geplant, Ende Mai oder Anfang Juni eine eintägige Veranstaltung zu organisieren, die mit einer Prominentenrede (gedacht wurde dabei an Grass, Enzensberger, Habermas u.a.) eröffnet und abgeschlossen wird. Dazwischen sollen in vier Foren die Themen "äußere Sicherheit" (out-of-area-Einsätze der Bundeswehr), "innere Sicherheit" (Lauschangriff etc.), Beschleunigungsnovellen im Umweltrecht sowie Asylrecht debattiert werden. Formell bildet sich an diesem Tag ein "Verbändeparlament", d.h., bundesweite Verbände schicken einige Dutzend "Abgeordnete", die dann in den Foren zusammen mit wenigen Prominenten diskutieren und eine gemeinsame "Oppositionserklärung" verabschieden. Eine begrenzte Anzahl von 800 Leuten (Presse, ausländische Gäste, weitere Verbandsvertreter sowie "sonstige Bürger") dürfen zuschauen. Auf Anfrage erklärte einer der Initiatoren, Rechtsanwalt Christoph Meertens aus Köln, das Konzept sei eindeutig nicht aktionsorientiert und in diesem Sinne auch nicht an die "Massen" gerichtet. Ein wichtiger Ansprechpartner seien die Medien.

Nun ist es sicherlich sinnvoll und notwendig, daß gezielt in den Medien Kritik zu den geplanten Grundgesetz-Änderungen transportiert wird, da bisher die Tragweite dieser Änderungen kaum erfaßt wurde. Auch die angepeilte Zusammenarbeit von Verbänden und Initiativen, die bisher relativ wenig miteinander zu tun hatten, ist zu begrüßen. Äußerst bedauerlich ist jedoch, daß dies alles völlig abgetrennt von Initiativen zur

politischen Zuspitzung und aktionsmäßigen Mobilisierung ist und dies auch gar nicht vorgesehen ist. Erstaunlich, daß nicht einmal eine Fortsetzung des Bürgerforums verabredet wurde. Vorherrschend war eine pessimistische Grundstimmung bezüglich der politischen Handlungsmöglichkeiten sowie das knallharte Durchziehen des bereits fertigen Konzepts ohne Diskussion über Inhalte und politische Perspektiven. Letzteres verlieh dem Treffen einen bürokratischen Charakter und sollte offensichtlich dazu dienen, Debatten über politische Widersprüche (etwa über die Rolle der SPD) zu vermeiden. Die politische Auseinandersetzung wurde schließlich auf das verabredete Paulskirchen-Forum selbst verlegt!

Als Resümee bleibt die Einschätzung, daß nach diesen zwei Treffen der Widerspruch zwischen lokaler und regionaler Mobilisierbarkeit von Menschen gegen rassistischen Terror (gelegentlich auch unter stärkerer linker Dominanz, wie die 14.11.-Demo in Bonn zeigte) und mangelnder zentraler Debatte und Koordination des weiteren Vorgehens noch offensichtlicher geworden ist.

mx., Nürnberg, 4.2.93

Kontaktadressen für die genannten Aktionen:

* Zentrale Aktionen in Bonn: Trägerkreis Aktion Asylrecht, c/o Büro Friedenskooperative, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1. Telefon 0228/692904. Fax 0228/692906.

* Bannmeilen-Aktion des Komitees für Grundrechte und Demokratie: Vack/Narr/Hirsch, c/o Postfach 1250, 6124 Beerfelden.

* "Bürgerforum Paulskirche": Strafverteidigervereinigungen, Organisationsbüro, Siemensstr. 15, 5000 Köln 30. Telefon 0221/557026, Fax 0221/5504000.

23. Gegen "Leidhilfe" und "praktische Ethik". Rede von Prof. Jantzen am 30.1.93 in Bremen

Rubrik: Gentechnologie · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:27

Inhaltlicher Höhepunkt einer ansonsten "nicht besonders bemerkenswerten Demonstration" (unser Korrespondent) am 30. Januar in Bremen war die nebenstehend dokumentierte Rede von Wolfgang Jantzen. Während der Auftaktkundgebung vor dem Gesundheitsamt nahm der Professor für Behindertenpädagogik deutlich Stellung gegen die von dem australischen Philosophen Singer und anderen propagierte "praktische Ethik": die Tötung schwerbehinderter Menschen aus angeblicher "Menschlichkeit".

1987 tötet ein Vater sein neugeborenes Kind, das die Diagnose Down-Syndrom erhalten hat, indem er ihm mit dem Klappmesser die Kehle durchschneidet. Vor Gericht erklärt er: "Das Kind war mir so fremd. Ich schaute das Gesicht an, und das Kind hatte so eine komische Zunge, mehr einen Lappen. Ich hatte das Gefühl, irgendwas tun zu müssen. Ich sah überhaupt keine Chance für das Kind." Zwar hat es auch früher in der BRD bereits die Tötung neugeborener behinderter Kinder gegeben, aber im Vergleich zu 1982, als ein angeblich behindertes Kind in München getötet wurde, stieß 1987 eine derartige Tat auf dem Hintergrund der Tschernobyl-Katastrophe auf vergleichsweise großes Verständnis auch im gesellschaftskritischen Milieu.

1989 soll der australische Philosoph Peter Singer, der schwerbehinderte Menschen für Nicht-Personen erklärt und offen ihre Tötung fordert, als Diskussionspartner der Lebenshilfe für geistig Behinderte auf einem Symposium in Marburg auftreten und an verschiedenen Diskussionen an deutschen Universitäten teilnehmen. Dies kann zum Teil verhindert werden. Die Wochenzeitung "Die Zeit" schlägt sich auf die Seite Singers, die KritikerInnen werden in die Nähe von Fundamentalisten und Faschisten gerückt.

Im Rahmen dieser Diskussion wird für eine große Öffentlichkeit sichtbar, daß die deutsche Ärzteschaft in der Einbecker Erklärung der Deutschen Gesellschaft für Medizinrecht bereits 1986 die Tötung von behinderten Kindern ohne großen Widerspruch zur "Leidhilfe" umdefiniert hat. Die deutsche Philosophie reagiert auf die Angriffe auf Peter Singer und andere Vertreter der als "praktische Ethik" firmierenden Tötungsphilosophie durch Behinderte, Eltern, BehindertenpädagogInnen und andere KritikerInnen in mehreren Erklärungen mit der Forderung nach Toleranz für die Diskussion über das Lebensrecht Behinderter. Soweit Philosophen den Mut haben, sich den Befürwortern der Tötung aktiv entgegenzustellen, so der Präsident der Wittgenstein-Gesellschaft, Hübner, sehen sie sich massiven Angriffen auf ihre menschliche und wissenschaftliche Integrität durch die "praktischen Ethiker" und ihre Freunde ausgesetzt.

Unter der Hand ist aus den Grundrechten der Verfassung auf Unantastbarkeit der menschlichen Würde, körperlicher Unversehrtheit und Leben, also unabdingbaren Rechten, an denen die Meinungsfreiheit gem. Art. 5 GG ihre Schranken findet, ein erst noch zu begründendes Recht geworden. Und Peter Singer selbst fordert die Deutschen auf, ihre Verfassung zu überdenken. Da muß er bei manchen nicht groß bitten: Zumindestens im Bereich des Asylrechts tun dies die großen Parteien von selbst.

Aber schon vorher sind Sinti- und Roma Massenabschiebungen zum Opfer gefallen, und Rechtsradikale, die "Fidschis" oder in jüngster Zeit auch "Spastis" klatschen gingen, bekamen die ganze Milde des Gesetzes zu spüren.

Trotzdem ist die Bundesrepublik nicht Weimar. Allerdings nicht aus jenem Grund, den der Bremer Moralphilosoph Hegselmann anführt, warum Singers Ideen und die Euthanasie bei den Nazis angeblich nicht gleichgesetzt werden dürfen: Das eine sei eine rassenhygienisch, insbesondere auch am ökonomischen Wert begründete bevölkerungspolitische Maßnahme gewesen, Singer hingegen orientiere sich an der Binnenperspektive der Betroffenen, an ihrem Leid.

Das stimmt weder historisch noch aktuell, ganz abgesehen davon, daß auch Singer ökonomisch argumentiert. Gerade die Aufrichtung von emotionalen Barrieren durch den Begriff "lebensunwertes Leben", hatte in der Weimarer Republik schon längst dazu geführt, daß in vermeintlicher Annahme einer Binnenperspektive in breiten Bevölkerungskreisen Behinderten unerträgliches Leid zugefügt und der Status von Nicht-Personen und Nicht-Menschen zugeschoben wurde. Die gleiche Binnenperspektive, die angeblich Singer von den Nazis

unterscheidet, ist selbstverständlich auch bei Prof. Werner Heyde alias Dr. Sawade, dem für das Nazimordprogramm an Behinderten verantwortlichen Psychiater, zu finden.

Wie soll ich mich aber an der Binnenperspektive eines Menschen orientieren, den ich wie der oben zitierte Vater auf Grund äußerlicher Merkmale bereits einer Gruppe zuordne, die zu euthanasieren ist? Dies ist ein Vorgehen, wo das Urteil schon feststeht, ehe der Prozeß gemacht wird. Es entspricht in seiner Logik der Abschiebung von Sinti und Roma, weil sie Sinti und Roma sind, oder dem Ruf "Ausländer raus", der auch jene trifft, die wie Ausländer aussehen. Es entspricht der Logik des Volksgerichtshofs ebenso wie der der Moskauer Schauprozesse. Sagen wir es für den Hitlerfaschismus mit den Worten von Gregor Strasser: "Legal, legal, bis zur letzten Leitersprosse legal, aber gehängt wird doch."

Wem Menschen durch soziale Vorurteile so fremd sind wie dem oben zitierten Vater sein Kind, dem ist es unmöglich, sie noch als vollwertige Angehörige der Gattung Mensch wahrzunehmen, und er verhält sich entsprechend. Er verhält sich so, wie Hannah Arendt dies als den sozialpsychologischen Kern totaler Herrschaft beschrieben hat: Durch die Konstruktion eines objektiven Gegners, der der Gesellschaft aktiv schadet oder durch seine Anwesenheit zur Last fällt, wird ein Allgemeines konstruiert, auf das bezogen nur noch festzustellen ist, ob jemand Neger, Jude, Behinderter, Sinti, Ausländer usw. ist. Dann kann ohne Prüfung des Einzelfalles, ohne schlechtes Gewissen sanktioniert werden. Jede Diskussion, in der das Lebensrecht Behinderter in Frage gestellt wird, ist folglich einer Diskussion vergleichbar, in der überlegt wird, ab welchem Bräunungsgrad Apartheid beginnt.

Ich sagte, Bonn ist nicht Weimar. Trotz der Verwirrung durch Golfkrieg und Zusammenbruch des "realen Sozialismus" haben nach dem Mord in Mölln viele Menschen ihre Sprache wiedergefunden. Daß sie noch nicht immer die richtigen Worte finden, zum Teil auch auf der Straße sind, weil, wie sie sagen, deutsches Ansehen geschädigt wurde, und noch nicht, weil hier Menschen unmenschlich behandelt werden, das ist natürlich auch den Jungs aus den Massenmedien und den Chicago-Boys der praktischen Moralphilosophie geschuldet, die aktiv der Zerrüttung humaner Werte Vorschub leisten. Aber das ändert nichts daran, daß viele BürgerInnen über die Tat als solche tief empört waren und sind.

Und, um noch einen anderen Aspekt zu nennen: Im Gebiet der Behindertenpädagogik - und auch dies ist ein deutlicher Unterschied zu Weimar - hat die Debatte um die neue Euthanasie nahezu keine Befürworter gefunden. All dies und vieles andere reicht aber nicht aus. Wenn wir gegenwärtig und in Zukunft etwas hüten müssen wie unseren Augapfel, so sind es die elementaren Menschenrechte aller Angehörigen der Menschheit. Die Rettungsbootsituation im Weltmaßstab, in der wir uns als Gattung bereits befinden, darf nicht dazu führen, kaltschnäuzig uns jener als menschlichen Ballasts zu entledigen, die von den Herrschenden und von den Massenmedien immer wieder in die Situation der Sozialschmarotzer, der neuen Ausbeuter usw. geschoben werden. Wir haben bei Gefahr unseres Untergangs zu lernen, daß Solidarität keine ökonomische Angelegenheit und daß Teilen keine arithmetische Operation, sondern eine humane Pflicht ist.

24. Die faschistische "Heimat". Vorstellung zweier Romane von Hans Lebert

Autor: Matthias Reichelt · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:19

Im folgenden möchte ich auf zwei Romane, "Die Wolfshaut" und "Der Feuerkreis", von Hans Lebert, geboren 1919 in Wien, aufmerksam machen. In beiden sind die zentralen Figuren Rückkehrer in die postfaschistische Heimat Österreich, die durch ihre Rückkehr mit Mördern konfrontiert werden.

Beide Romane können ohne Umschweife als antifaschistische Romane bezeichnet werden. Allerdings sind es zwei dermaßen eigenartige Werke, die so gut wie gar nichts mit den uns bekannten Vertretern dieser Gattung zu tun haben. Es geht in ihnen nicht um die internationalen Zusammenhänge, Faschismus hier, Sozialismus dort und dazwischen die zahlreichen Organisationen und Geheimzirkel beider Seiten. Hans Lebert konzentriert sich in beiden Romanen auf den Mikrokosmos der postfaschistischen Gesellschaft in Österreich, die Individuen in einer kleinen, überschaubaren Dorfgemeinschaft ("Die Wolfshaut") und innerhalb eines familiären Rahmens ("Der Feuerkreis").

Mit elf Jahren Distanz ("Wolfshaut" 1960, "Feuerkreis" 1971) hat Lebert zwei Romane geschrieben, die leider viel zu wenig Resonanz fanden, obgleich Elfriede Jelinek z.B. "Wolfshaut" zu einem ihrer Lieblingsbücher zählt. In einer Hymne auf das Buch und seinen Autor schrieb sie: "Dichter wie Hans Lebert verdient dieses Land (Österreich) der heiteren hiesigen Vergeßlichen nicht. Und deshalb hat es einen wie ihn auch sehr gern und bereitwillig vergessen." (Gastkommentar in Profil, Nr. 38, 16. September 1991)

Lebert hat die Frage nach der Schuld, der individuellen wie der kollektiven, viel zu früh gestellt, um im westdeutschen und österreichischen Literaturbetrieb Erfolg zu erzielen. Der Verdrängungsapparat und die "Wiedergutmachung" an den alten Nazis waren zu mächtig und vorherrschend; keine Chance also für einen ausgewiesenen Antifaschisten, die "Schuldigen" dingfest zu machen. Deshalb blieb es bei einer ersten Auflage der "Wolfshaut" 1960 im Claasen-Verlag. Es ist das Verdienst des österreichischen "Europa-Verlags" (u.a. durch die wieder aufgelegte großartige Geschichte der "Roten Kapelle" von Gilles Perrault bekannt), die Werke von Hans Lebert wieder zugänglich gemacht zu haben.

Eine klare Sprache, opulent, gewaltig, metaphernreich und schwerwiegend, ohne kitschig und schwülstig zu wirken, das ist die Sprache von Hans Lebert, einem "Grandseigneur" der österreichischen Literatur. Diese großartige Erzählweise paart sich mit einem Gespür für Dramatik und die wesentlichen Fragestellungen unseres Jahrhunderts. Bei Lebert stinkt und schmatzt die Natur buchstäblich, ja sie liegt "parteibraun" da in den verregneten und düsteren Winter- und Frühjahrsmonaten 1952/53. Von Beginn des ca. 600 Seiten starken Romans "Die Wolfshaut" an hat der Leser die Gewißheit, daß sich hinter den deftigen, im Suff rot angelaufenen Fratzen der Dorfbewohner etwas Ungeheuerliches, Unfaßbares verbirgt. Das Dorf heißt "Schweigen", und der Name ist Programm. Überhaupt machen die Namen nicht selten von ihrer Bedeutung her oder gar nur lautmalerisch klar, welche Rolle seine Träger spielen werden.

Beide Werke von Hans Lebert widmen sich dem Aspekt der Mitschuld bzw. der aktiven Täterschaft am faschistischen Verbrechen. In "Wolfshaut" werden wir mit einer schweigenden Dorfgemeinschaft konfrontiert, deren Angehörige allesamt schuldig geworden sind, sich gegenseitig in Schach halten, verdrängen und vergessen und damit par excellence einen Mikrokosmos der deutschen (österreichischen) Nachkriegsgesellschaft darstellen.

Fast wie in einem Kriminalroman wird ein mehrheitlich begangenes und "billigend in Kauf genommenes" Verbrechen aufgedeckt. Die Handlung schildert Lebert aus mehreren Perspektiven, der des Außenseiters und "Rächers" als auch aus denen der Schuldigen, wobei auch die Stimme des gefährlichen "Wir" des Mobs nicht ausgespart wird. Alle positiven Figuren bei Lebert sind Außenseiter, während die "Schweine" sich in der Kunst des "Zusammenhaltens" üben. In "Wolfshaut" geht es um den Mord an fünf Zwangsarbeitern, die noch schnell vernichtet worden waren, um die Spuren faschistischer Gesinnung und vor allem deren Opfer und Zeugen aus dem Weg zu schaffen, bevor die Alliierten das Land befreiten.

Während sich die Dorfgemeinschaft in Suff und Festivitäten mit schwülstig-schmieriger Ekelerotik ergibt, überkommt den Außenseiter, einen früh abgehauenen und lange zur See gefahrenen Matrosen namens "Unfreund", der nach vielen Jahren wieder zurückgekehrt ist, das große Kotzen - und die Gewißheit, in dieser Gemeinschaft, die wie "Blut und Boden" zusammenklebt, nichts, aber auch gar nichts verloren zu haben.

Der Natur kommt in beiden Romanen, die im ländlichen Milieu angesiedelt sind, eine besondere Bedeutung zu. Hans Lebert nutzt seine außerordentlich präzisen Beschreibungen hypernaturalistischer Art dazu, der Natur eine neue Bedeutungsebene zu geben. Man kann die Natur als eine Art Meta-Ebene bezeichnen, auf der sich das Übersinnliche materialisiert. Die prägnante Schilderung der Natur in Leberts Romanen kündigt tragische Veränderungen an, nimmt Entwicklungen auf surrealer Ebene vorweg.

Wie in der Natur spiegeln sich die Verbrechen in den Fratzen und dem Verhalten der Menschen, sie spiegeln sich im Verhalten der Schuldigen. Es liegt dann sozusagen etwas in der Luft. Genauso kündete die große Verdrängungsarie in den fünfziger und sechziger Jahren mit Salzletten, Bierkellern, Luftschlangen und den Caprifischern von der großen Schweinerei, die zugeschüttet wurde, um mit unverminderter Wucht immer wieder hervorzubrechen.

In "Feuerkreis" spielt sich der Konflikt innerhalb einer Familie ab. Gottfried Jerschek kehrt als britischer Offizier in seine "Heimat" nach Österreich zurück. Am 20. September 1947 läßt sich Captain Jerschek in einem Jeep der britischen Armee auf den Weg zu seiner Halbschwester bringen. Obgleich Hildegard Brunner ihm schwesterliche bis erotische Gefühle entgegenbringt - die Inzestgefährdung beider durchzieht den Roman - kann sie ihn nicht verstehen, er bleibt der Außenseiter, der Verräter, der gegen das eigene Volk handelt und sogar noch eine "Jüdin" heiratete.

Die Atmosphäre des Romans geht aufgrund der Inzestgefahr oft an die Grenze der Schwülstigkeit, kippt jedoch nie um. Lebert läßt die LeserInnen die innere Beziehung bzw. Anziehung der beiden Protagonisten mitempfinden, macht sie plausibel und nachfühlbar. Dieser "Trick" läßt beim Leser Sympathie entstehen für Hildegard, obgleich sie teilhatte an den Bluttaten der Nazis und ihr Kopf immer noch von faschistischer Ideologie verseucht ist. Mit dieser Konstellation kommt Hans Lebert der Realität näher als viele uns bekannte antifaschistische Romane, in denen die Nazis immer als unsympathische, grobschlächtige, brutale Menschen vorgeführt werden. Wenn es so einfach wäre!

Schon auf der ersten Seite des Romans erfahren die LeserInnen von einem Auftrag, der Captain Jerschek allerdings noch nicht bewußt ist. Erst am Ende des Romans klärt sich das Verhältnis zwischen dem britischen Offizier und der Halbschwester. Trotz familiärer Bande wandelt sich die Beziehung, schemenhaft kristallisiert sich in Captain Jerschek der Ankläger (Richter) heraus, während Hildegard Brunner angeklagt ist.

Hans Lebert führt hier fiktiv vor, was die deutsche und natürlich die österreichische Nachkriegsgesellschaft nicht vermochte. Eine intellektuell-emotionale Auseinandersetzung mit bis dato nie dagewesenen Verbrechen und deren Tätern. Der schmerzhafte Prozeß des Fragens, des Aufdeckens und schließlich - reine Fiktion - des Schuldbekenntnisses. Diese Auseinandersetzung ist gesellschaftlich-staatlich, deshalb anonym gescheitert, von der privat-familiären Ebene ganz zu schweigen.

Bei allen Vorbehalten gegen zu starke Mythologisierung und Verwendung von Wagnerschen Themen vor allem im "Feuerkreis" (Hans Lebert war Opernsänger u.a. auch von Wagner-Opern) sind doch beide Romane eindrucksvolle Beispiele für den Versuch, die gesellschaftliche Basis des Faschismus zu behandeln, die Schuld aller Täter, auch der Zuschauer und Mitwisser, literarisch zu verarbeiten und auch die Familie, das "heilige" Gut, dabei nicht zu verschonen.

Matthias Reichelt

Hans Lebert im Europa-Verlag:

- "Die Wolfshaut", Wien 1991,

ISBN 3-203-51142-8

- "Der Feuerkreis", Wien 1992,

ISBN 3-203-51175-4

25. Burschenschaften als rechtsradikaler Vortrupp an den Universitäten

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:05

Weit ab von den Blicken der Öffentlichkeit, deren Bild des deutschen Rechtsextremismus von Brandanschlägen und gröhlenden Steinewerfern geprägt ist, laufen in letzter Zeit verstärkt Versuche der Rechten, an den Unis Fuß zu fassen. Schon in der Vergangenheit taten sich bei solchen Durchbruchversuchen immer wieder Burschenschaften hervor. Mittlerweile ist die rechtsextreme Zeitschrift "Junge Freiheit" zum Sammel- und Kristallisationspunkt solcher Aktivitäten geworden.

Rund um das Blatt mit einer Auflage von inzwischen über 30.000 bilden sich in letzter Zeit nahezu inflationär Lese- und Arbeitskreise. An den Unis ist ihre Klientel vor allem im Spektrum der studentischen Korporationen (Studentenverbindungen, Anm. ak) und dort vor allem bei den Burschenschaften zu finden. Ähnlich wie die "Junge Freiheit", der sogar die FAZ (2.11.92) eine gefährliche Brückenfunktion zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus zuschreibt, bilden sich auch hier zunehmend aktive Schnittstellen zwischen Jungakademikern und Rechtsextremismus heraus. Einige Fundstücke aus Kassel geben einen kleinen Eindruck, wie mancherorts unter dem Deckmantel burschenschaftlicher Werbephrasen wie "konstruktive Freizeitgestaltung durch gemeinsame sportliche, kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten" und "überparteiliche Beschäftigung mit deutschen und internationalen Fragen" die rechtsextreme Formierung an der Uni betrieben wird. Die Kasseler Burschenschaft "Germania" warb im November in der Jungen Freiheit für den Aufbau eines "national-freiheitlichen Arbeitskreises". Intern versucht ein Teil der Burschenschafter die Germania zu polarisieren und die Bildung eines rechtsextremen Kerns voranzutreiben. Das Semesterprogramm 1992/93 spricht allein schon deutliche Worte. Dort sind u.a. "Festkneipen" und andere Gelage zu Anlässen wie dem "Tag der deutschen Einheit", dem 250. Geburtstag des Feldmarschalls Blücher oder der "Reichsgründung" oder Veranstaltungen über "Die deutsche kaiserliche Kriegsmarine und der Seesieg am Skagerak 1916" und "Impressionen der Grenzlandfahrt nach Ostpreußen" zu finden. (Das "Grenzland" liegt im Nordosten Polens bzw. dem angrenzenden Rußland.) Deutschnationaler Höhepunkt des Semesters war jedoch ein "Nationaler Liederabend" mit dem Wiking-Jugend-"Barden" Frank Rennicke Anfang November.

Zum "begeisterten Publikum" an diesem Abend im Kasseler Burschenschaftsheim gehörten die Wiking-Jugend, die Kasseler Schülerburschenschaft "Amicitia" (Zöglinge des Konzert-Organisators und Burschenschafters Achim Freudenstein, derzeit Referendar an einer Kasseler Schule) sowie Vertreter auswärtiger Burschenschaften, die im 400 km-Umkreis eingeladen worden waren. Rennicke, das "rechte musikalische Gegengewicht" zur "mißtönenden links-musikalischen Unkultur" dichtet "dem jeweiligen Text angepaßte, gefühlvoll oder kämpferisch vorgetragene, von echter Musikalität geprägte Lieder" (Zitate aus einer LP-Werbung) wie "Ihr Alten, euch gilt unser Wort ... Wo wart ihr beim Berliner Mauerbau, beim Ostverträge-Klau, und auch bei der widerlichen Pornowelle? Was tatet ihr als Millionen Ausländer kamen, sich deutsche Töchter nahmen und man Rudolf Hess quälte in der Zelle? Und wo war der Schrei beim Verhunzen der Kultur ..."

Solch neonazistischer Dreck und die neofaschistischen Claqueure schafften es indes, selbst den "überparteilich"-rechten Rahmen der "Germania" zu erschüttern. Der Schriftführer des Kasseler Altherrenverbandes forderte eine Stellungnahme, da ihm dies wohl zuviel des Rechten war. Die Antwort kam postwendend mit dem Briefkopf "Alles für Deutschland" aus der "Reichshauptstadt" von einem der Promotoren des Konzertes, Christoph Wiethoff. Den Kontakt zu Rennicke habe sein "Bundesbruder" Achim Freudenstein hergestellt, der Veranstaltungsvorschlag sei von den Kasseler Burschen mit "regelrechten Begeisterungsstürmen" aufgenommen worden. Offen beschreibt er die mit dieser und anderen Veranstaltungen verfolgten Ziele: "Es war wichtig für die Zukunft der Germania, daß dieser Liederabend auf unserem Korporationshaus stattgefunden hat (...) Ich selbst würde es befürworten, daß unser Haus Treffpunkt für alle national-freiheitlich-akademischen Kreise (...) werden würde."

Wenige Wochen nach dem neofaschistischen "Happening" referierte Wiethoff im Burschenschaftsheim die oben erwähnten "Impressionen", die er zusammen mit rund einem Dutzend weitere Burschenschafter aus

Berlin, Greifswald und Marburg gesammelt hatte. Zum festen Gepäck der Tour gehörten, wie er stolz mit Fotos zu belegen wußte, auch "Ostpreußenfahne" und Reichskriegsflagge. Im Publikum saß diesmal zwar nicht die Wiking-Jugend, aber u.a. das Bundesvorstandsmitglied des rechtsextremen Rings Freiheitlicher Studenten (rfs), Volker Gers, ein Ex-Redaktionsmitglied der Jungen Freiheit, der den Abend zur Werbung für diese und andere Zeitschriften der Neuen Rechten nutzte. Die Kasseler Burschenschafter der Germania stehen mit solchen politischen und musikalischen Interessen nicht allein. So sagte die Burschenschaft "Normannia" Heidelberg auf die Einladung zu dem Konzert hin dankend ab: "interessierte Vertreter (würden) bereits (...) zum ‚Nationalen Liederabend` von Frank Rennicke nach Erlangen" fahren. Die Entwicklung der letzten Jahre hat auch zum Aufwind für das rechte Lager an den Unis geführt. Die zunehmende Entpolitisierung und Karrierefixierung der Studierenden finden ihren Ausdruck im Boom von Praktika- und Kontaktbörsen der Wirtschaft. Die Auseinandersetzung mit Lehre und Lehrenden weicht mehr und mehr einem neuen "Gemeinschaftsgefühl", das nun die "Kompetenz" der Lehrenden in den Vordergrund stellt. In solcher Atmosphäre gedeihen natürlich die Organisationen am besten, die ein solches Verhältnis traditionell pflegen - Burschenschaften, Corps, Turnerschaften und wie sie sich sonst nennen. Managementseminare, Vorträge von Prof. X oder Y, Besäufnisse und Feten unter verschiedenen Motti sowie die Aussicht, über solche Verbindungen die Isolation des Uni-Alltags zu überwinden und obendrein noch die bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation immer nötigeren "Kontakte" und Beziehungen zu bekommen, sind ihre Köder. Das in den letzten Jahren scheinbar zunehmend unpolitische Auftreten der Korporationen täuscht. Nationalistische Töne gehören mehr und mehr zum Mainstream, und noch geschehen rechtsextreme Formierungsversuche "produktiver" ohne kritische Öffentlichkeit.

AK "Kehraus im Elfenbeinturm",

Kassel

26. Gegen die Änderung des Asylrechts. Rede von Ulla Jelpke (PDS/LL) im Bundestag, 21.1.93

Rede von Ulla Jelpke (PDS/Linke Liste) im Bundestag, 21.1.93

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:41

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als die Mauern und Grenzen zwischen Ost und West fielen, war die Hoffnung auf Freizügigkeit und eine Erweiterung der demokratischen Kultur groß. Heute, knapp drei Jahre später, bereitet die Regierung das Land auf eine Abschottung gegenüber Flüchtlingen vor, will sie die Mauer in ihrer modernen, der elektronischen Variante wieder aufbauen - etwas weiter östlich -, schmeichelt sie den Parolen der Rechtsextremisten und ist emsig bemüht, die Verfassung dafür hinzurichten.

[Zurufe von der CDU/CSU: Dummes Zeug! - Schlimm, was Sie da sagen!]

Die Anschläge der Regierung auf das Grundgesetz - nicht nur beim Asylrecht, sondern auch in der Frage des Bundeswehreinsatzes - sind längst zur Wiederholungstat geworden. Mehr noch: sie beginnen sich langsam zu einem verfassungspolitischen Schlachtfest auszuweiten, bei dem niemand mehr sicher sein kann, ob demnächst nicht auch noch das Streikrecht, die Versammlungsfreiheit oder die Koalitionsfreiheit unters Messer kommen.

Das vor allem anderen Betrübliche aber ist, daß dieses verfassungspolitische Schlachtfest ohne Hilfe der Sozialdemokratie gar nicht möglich wäre - daß dieses erst mit ihrer Hilfe zu der Gefahr für die Demokratie in unserem Land wird. Das dürfen wir heute nicht übersehen.

Worüber wir heute diskutieren, ist nichts anderes, als die faktische Aufhebung des Asylrechts.

[Zuruf von der CDU/CSU: Das gibt es doch gar nicht!]

Wenn wir das, was als Asylkompromiß von CDU/CSU, F.D.P. und SPD heute in erster Lesung vorliegt, einmal von seiner geschraubten Schwerverständlichkeit entkleiden und auf seinen Kern reduzieren, so könnte das Grundgesetz einfacher und ehrlicher auch durch folgende zwei Sätze geändert werden: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht - falls sie es schaffen, in unser Land zu kommen. Das aber werden wir mit allen Mitteln verhindern."

Darum geht es heute. Das soll beschlossen werden. Und dagegen werden wir uns mit allem, was uns möglich ist, wehren.

[Beifall bei der PDS/Linke Liste]

Meine Hoffnung, diese Grundgesetzänderung noch mit Mitteln der politischen Überzeugung aufzuhalten, ist auf ein Minimum verkümmert. Dennoch will ich versuchen, Sie noch einmal auf das Gefährliche dieses Tuns aufmerksam zu machen; dies geht insbesondere an die Sozialdemokratie, aber auch an Einzelne aus den Koalitionsfraktionen.

Ich möchte Sie an Hermann von Mangoldt erinnern, nach dem Krieg Mitglied der CDU und Vorsitzender des Ausschusses für Grundsatzfragen und Grundrechte des Parlamentarischen Rates. Mangoldt erklärte am 4. Dezember 1948 bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat:

"Wenn wir irgendeine Einschränkung aufnehmen würden, wenn wir irgend etwas aufnehmen würden, um die Voraussetzungen für die Gewährung des Asylrechts festzulegen, dann müßte an der Grenze eine Prüfung durch die Grenzorgane vorgenommen werden. Dadurch würde die ganze Vorschrift völlig wertlos."

[Beifall bei der PDS/Linke Liste]

Das genau passiert nun, und für die CDU ist festzustellen, daß sie das demokratische Gewissen, das es am Anfang im nachfaschistischen Deutschland in dieser Frage auch in ihren Reihen gab, nur noch als eine Jugendsünde ihrer Partei sieht. Sie emanzipieren sich von den Lehren des deutschen Faschismus. Sie wischen sie vom Tisch. Und was ein geschichtlicher Bruch war, wird heute zum Wiederanknüpfungspunkt.

[Zuruf von der CDU/CSU: Dummheit!]

Es ist doch so: Wer bereit ist, politisch Verfolgten den Schutz zu verwehren, wird unter anderen Umständen bereit sein, auch selber politische Verfolgung auszuüben.

[Zurufe von der CDU/CSU]

Das liegt in der Logik der Sache, und das meine ich mit allem Ernst.

Die Debatte um die Aushebelung des Asylrechts wird seit ein, zwei Jahren mit nie dagewesener Demagogie inszeniert und forciert, wobei die rechtskonservativen Akteure auf der Regierungsbühne und die rechtsextremistischen Akteure auf der Straße so handeln, als gäbe es ein gemeinsames Drehbuch.

Die angestrebte Asylrechtsänderung ist eine fast wortwörtliche Erfüllung des Programms der Schönhuber-Partei aus dem Jahre 1990. Darin heißt es:

"Im einzelnen fordern wir: kein Asylanspruch bei vorausgegangenem Aufenthalt in einem Staate, in dem keine Verfolgung drohte, oder bei bereits erfolgter Ablehnung in einem anderen Staat, Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften während des Asylverfahrens zur Entlastung des Wohnungsmarktes, Sach- statt Geldleistungen sowie gemeinnützige Arbeit während des Asylverfahrens. Das Asylverfahren ist zu beschleunigen. Abgelehnte Asylbewerber sind unverzüglich abzuschieben. Kein Aufenthaltsrecht durch ‚Altfallregelungen` der Länder."

Halten Sie die vorliegende Bundestagsdrucksache daneben, so werden Sie überlegen müssen, ob bei deren Ausarbeitung Herr Schönhuber persönlich als Berater anwesend war oder ob irgend jemand im Innenministerium oder im Kanzleramt ihn nur um eine Zusendung gebeten hat.

Ich frage noch einmal: Was ist in den Köpfen vor sich gegangen - auch Sie, Herr Klose, frage ich: was ist in Ihrem Kopf vorgegangen? - daß die inhaltliche Identität der beiden Dokumente nicht aufgefallen sein soll?

[Beifall bei der PDS/Linke Liste]

Wenn die Forderungen der "Republikaner" schon das sind, was anschließend als Kompromiß zwischen CDU/CSU, F.D.P. und SPD ausgegeben wird, wie weit außerhalb des demokratischen Spektrums müssen dann die eigentlichen Positionen der CDU/CSU liegen - die, das wissen wir ja, niemals mit dem Erreichten ganz zufrieden sind und die Handschellen um das Grundgesetz ständig enger schließen wollen?

[Erich G. Fritz (CDU/CSU): Das ist eine Unverschämtheit!]

Fragt denn niemand mehr in der Sozialdemokratie, ob Willy Brandt je nach Norwegen und Schweden, Erich Ollenhauer, Hans Vogel, Max Born und Kurt Hiller je nach Großbritannien, Max Brauer und viele andere je in die USA oder anderswohin gelangt wären, wenn diese Länder die Aufnahme von Flüchtlingen aus Nazi-Deutschland so geregelt hätten, wie es jetzt in der deutschen Verfassung geschehen soll?

Der Hamburger Politologe Prof. Wolfgang Gessenharter hat im Oktober 1991 in der "Frankfurter Rundschau" die Feststellung getroffen:

"Abschottung gegen alles Fremde von außen und Herstellung dieser Homogenität nach innen - dieses Kernstück eines antidemokratischen und obrigkeitsstaatlichen Denkens prägt das neue Programm der Schönhuberisten."

Ich habe dieses Zitat übrigens in einer vom Bundesgeschäftsführer der CDU, Herrn Hintze, erstellten Dokumentation gefunden. Aber das gleiche antidemokratische und obrigkeitsstaatliche Denken soll jetzt dem Grundgesetz eingeblasen werden. Herr Hintze hat in seiner Ausarbeitung ferner festgestellt, daß die Schönhuber-Partei den Eindruck erwecke, "als drohe die nationale Identität der Deutschen durch eine ‚Ausländer- und Asylantenflut` verloren zu gehen. Ausländer werden zu Sündenböcken gestempelt, die für eine Vielzahl von wirtschaftlichen und sozialen Problemen verantwortlich gemacht werden."

Das ist ja richtig - aber merkt denn niemand, welche Heuchelei es ist,

[Zuruf von der CDU/CSU: Heuchelei war gut!]

dies anzugreifen und gleichzeitig Vorlagen einzureichen, für die die Schönhuber-Partei das Copyright hat,

[Beifall bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste]

das abzukupfern, was für die Verfassung einer demokratischen Gesellschaft absolut ausgeschlossen sein sollte?

[Zuruf von der CDU/CSU: Wenn Sie reden, müßten wir Schmerzensgeld bekommen!]

Es müßte nüchternerweise ja auch festgestellt werden, daß die Viertel- und Halbwahrheiten, mit denen das Gespenst einer "Ausländer- oder Asylantenflut" an die deutschen Stammtische geschickt wurde, aus den Regierungsbüros selber, insbesondere dem Innenministerium, geliefert wurden.

Jeder hier im Hause weiß im Grunde, daß das Innenministerium Statistiken über Asylbewerberinnen und -bewerber und Einwanderungen in der Bundesrepublik in einer Art und Weise anfertigt und herausgibt, bei der man nie sicher sein kann, ob dies unter der Verantwortung von Herrn Minister Seiters oder Herrn Kujau geschah.

[Beifall bei der PDS/Linke Liste - Dr. Wolfgang Freiherr von Steffen (CDU/CSU): Jetzt reicht es aber langsam!]

Wie falsch die offiziellen Statistiken sind, ist doch durch eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Abgeordneten Peter Conradi selbst deutlich geworden.

[Dr. Jürgen Rüttgers (CDU/CSU): Wer ist eigentlich Kujau? Der Spitzenkandidat der PDS?]

Wo tauchen denn in den Statistiken des Innenministeriums z.B. die Zahlen von Immigranten und Flüchtlingen auf, die Monat für Monat aus diesem Land das Weite suchen oder suchen müssen?

Diese Zahlen zu unterschlagen, um die Stimmung an den Stammtischen für eine Änderung des Asylrechts und weitere Abschottungen zu munitionieren, damit man sich anschließend wieder darauf berufen kann, ist demagogisch, ist Irreführung und ist Fälschung. Das sage ich ganz deutlich, und das kann und soll auch jeder hier hören. Ich werfe Herrn Seiters vor, daß er fälscht bzw. fälschen läßt.

[Lebhafter Widerspruch bei der CDU/CSU - Dr. Walter Franz Altherr (CDU/CSU): Das ist unerhört!]

Mit der geplanten Grundgesetzänderung wird Deutschland endgültig ein asylfeindliches und ausländerfeindliches Land. Die deutschnationalen Stimmung -

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Frau Jelpke, diesen Vorwurf gegen eine Person, sie fälsche Zahlen, kann ich hier nicht stehen lassen.

[Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.]

Ulla Jelpke (PDS/Linke Liste):Das mag sein, aber das ändert nichts am Wahrheitsgehalt.

[Beifall bei der PDS/Linke Liste]

Die deutschnationalen Stimmungen, die sich allein im letzten Jahr in mehr als 4.600 neofaschistischen und fremdenfeindlichen Straftaten und 17 Toten niederschlugen, werden durch die faktische Abschaffung des Asylrechts nicht besänftigt, sondern befriedigt und damit zu weiteren Verbrechen ermuntert. Sie werden ermuntert durch einen Deutschnationalismus dieser Regierung, die schon bei ihrem Amtsantritt vor zehn Jahren - und Sie, Herr Marschewski, haben sich damit auch noch gebrüstet - durch ihre Vertreter in den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten dafür gesorgt hat, daß das dumpfe Deutschtum durch allabendliches Abspielen der Nationalhymne wach bleibt, also auch dann noch, wenn man ins Bett geht. Sie werden ermuntert durch einen Nadelstreifenrassismus, der sich Stück für Stück auf der Regierungsbank breitgemacht hat.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Ihre Redezeit ist zu Ende, Frau Jelpke.

Ulla Jelpke (PDS/Linke Liste): Wenn diesem Vorhaben aus der Opposition die Hand gereicht wird, dann wird es kalt in Deutschland, sehr kalt.

[Beifall bei der PDS/Linke Liste - Zurufe von der CDU/CSU]

Konrad Weiß (Berlin)(Bündnis 90/Die Grünen):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es fällt mir wirklich schwer, nach dieser Rede einer Kollegin aus jener Partei zu reden, die die Mauer gebaut und die in der DDR alles andere als Asyl bewahrt und gewährt hat.

[Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. - Dr. Ruth Fuchs (PDS/Linke Liste): Gratulation, Herr Weiß!]

Aber es ist die fatale Politik Ihrer Fraktionen, die dazu geführt hat ...

Redaktionelle Vorbemerkung. Die letzten Handgriffe beim Erwürgen des Asylrechtsartikels 16.2 GG werden gegenwärtig mehr durch Entgleisungen, bzw. Klarstellungen Seiters behindert, als durch Widerstand der Opposition.

Die erste Lesung des sogenannten Asylkompromisses ging ohne größere Ereignisse über die Bühne. KoalitionssprecherInnen und SPD-Führung waren sichtlich um Entspannung bemüht. Die über sechzig Menschen starke innerparteiliche Opposition in der SPD hatte zwar die besseren Argumente als die Mehrheit, stützte sich aber ihrerseits mehrheitlich auf den SPD-Parteitagsbeschluß. Der richtige Biß war deshalb trotz aller Empörung unter den SPD-Oppositionellen genauso wenig zu spüren wie bei Burkhard Hirsch (FDP). Sprengstoff steckt in der Kritik trotzdem, wie die Auseinandersetzung mit polnischen und tschechischen Regierungsvertretern in den letzten Wochen zeigt.

Seiters heizt diese Auseinandersetzung allerdings auch kräftig an, indem er veröffentlicht, wie sehr die SPD sich hat über den Tisch ziehen lassen. In der Bundestagsdebatte erklärt SPD-Chef Klose noch, daß sie großzügig auf ein Junktim zwischen Asylkompromiß einerseits und Verhandlungsergebnis mit Polen andererseits verzichtet hätten. Zugesichert worden sei als Verhandlungsziel, die Voraussetzungen auf polnischer Seite für die Durchführung der Asylverfahren bzw. die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention zu schaffen. Wenige Tage später macht Seiters deutlich, daß es ihm auf ein Einvernehmen mit den Nachbarstaaten über diesen Punkt überhaupt nicht ankommt: Mit Polen existiere ein Rückübernahmeabkommen, und die "Abschüblinge" könnten ja gleich weiter in die Herkunftsländer "geschoben" werden.

Hier wird offen der Bruch der Genfer Flüchtlingskonvention als Bestandteil der Grundgesetzänderung verkündet. Polen, die Nachfolgestaaten der CSFR, Österreich u.a. haben überhaupt keine andere Chance, als ihrerseits ihre Grenzen abzuschotten und selbst so schnell wie möglich dem Schengen-Dublin-Mauer-Projekt beizutreten.

Von ähnlicher Effektivität ist die zweite SPD-Kompromißlinie. Die Definition der Drittstaaten und verfolgungssicheren Herkunftsländer wurde aus den Parteienverhandlungen herausgenommen. Seiters vermeldete irgendwann, daß für ihn die Türkei dazu gehöre - Proteststurm bei der SPD, und Seiters läßt die Türkei fallen. Vorläufig, denn nichts wird die CDU hindern, mit ihrer Koalitionsmehrheit bei den einfachen Folgegesetzen der Grundgesetzänderung - und dazu gehört dann die Festlegung der Drittstaaten und der verfolgungssicheren Länder - ihre Lieblinge wie die Türkei wieder auf die Liste zu nehmen.

Wir veröffentlichen die Rede von Ulla Jelpke (PDS/Linke Liste) in der Bundestagsdebatte und spaßeshalber die ersten Sätze der Rede von Konrad Weiß: so viel Ärger über inhaltliche Übereinstimmung?!

27. Somalia-Intervention: Kein Ende in Sicht

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Somalia · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:34

Im letzten ak hatte ich geschrieben, die USA würden die von UN-Chef Butros Ghali geforderte Entwaffnung ablehnen und lieber mit den Militärführern verhandeln. Kaum hatte ich meinen Artikel abgeliefert, da griffen die US-Truppen ein paarmal härter durch. Mit großem Militäraufwand, mit Kampfhubschraubern und Raketenbeschuß wurde vor der internationalen Presse ein Waffenlager Farah Aidids in Mogadischu gestürmt. Vier Panzer, 60 Maschinenpistolen und Munition wurden beschlagnahmt. Wenige Tage darauf wurden nach Vorankündigung die beiden größten öffentlichen Waffenbasare geschlossen. Eine Wochen später wurde 30 km westlich von Mogadischu ein - wie es hieß - "riesiges Waffenlager" mit 1000 Tonnen Munition, wiederum aus dem Besitz von General Aidid, ausgehoben. Italienische Soldaten nahmen 60 Maschinen-Gewehre, 60 Granaten und 1000 Schuß Munition bei Aidids Kontrahenten Ali Mahdi mit. Von einer kleineren Entwaffnungsaktion der Franzosen im Norden des Landes wird ebenfalls berichtet.

Trotzdem hat sich an der Politik der Invasionstruppen generell nichts geändert. Die hier beschriebenen Aktionen blieben die Ausnahme von der Regel. Nach wie vor ist es auch eine vergleichsweise unblutige Militäraktion geblieben. Von rund einem halben Dutzend Toten auf Seiten der UN-Organisationen bzw. des Militärs und einigen Dutzend erschossenen Somalis konnte man lesen. Ein Teil der UN-Helfer klagt, daß für sie die Lage eher noch unsicherer als vorher geworden sei. Vor der Invasion konnten sie sich offen mit bewaffneten Trupps umgeben, nun müssen diese, ebenso wie somalische Angreifer, die Waffen versteckt tragen. Man könne sich keine 200 Meter ungeschützt in der Stadt bewegen, ohne Gefahr zu laufen, überfallen zu werden, heißt es. Immer wieder kommt es zu Überfällen und Schießereien. Inzwischen wurde ein zweiter UN-Helfer, der Leiter des IKRK in Badeira, erschossen, weil er nicht schnell genug seine Kasse herausrückte. Die Stadt Badeira wird von US-Soldaten bewacht.

Noch krasser geht es im Grenzgebiet zu Kenia zu, wo keinerlei Truppen die Bewaffneten an Überfällen hindern. Die kenianische Regierung hat die UN inzwischen aufgefordert, die rund eine halbe Million Flüchtlinge zur Rückkehr nach Somalia zu zwingen; sie würden eine nicht mehr tragbare Belastung des Landes darstellen und die schwache Infrastruktur des Landes zerstören. Die UN ihrerseits wiesen darauf hin, daß Kenia als Unterzeichner der entsprechenden Konventionen nicht das Recht habe, Flüchtlinge zur Rückkehr zu zwingen. (Das sollten sie mal mit der BRD machen! - Anm. HH).

Die Interventionstruppen verhindern bisher auch nicht, daß ein Teil der Kämpfe zwischen den rivalisierenden Gruppen weitergeht. Die Entwaffnungsaktion gegenüber Aidid in Mogadischu nutzte zum Beispiel eine dritte, kleinere Gruppe, die "ihr" Territorium der Stadt vergrößern wollte. Die US-Interventionstruppen schauten zu oder auch weg. General Aidid wies darauf hin, daß er nun nicht mehr in der Lage sei, den militärischen Vormarsch des Generals Morgan, Obermilitär des gestürzten Diktators Barre, zu stoppen. Die Sprecher der US-Truppen bestätigten den militärischen Vormarsch der Barre-Truppen; was sie ihrerseits dagegen unternommen haben, wurde nicht berichtet.

Es bleibt also dabei, daß die Invasionstruppen im wesentlichen die Hungerhilfe schützen. Hier soll es zu einer deutlichen Entspannung der Lage gekommen sein. Ein Sprecher des Kinderhilfswerks UNICEF schätzte die Zahl der täglichen Hungertoten auf zehn Personen. Andere Schätzungen sprachen von bis zu 60 Personen. Im letzten Jahr sind - ebenfalls nach groben Schätzungen - bis zu 300.000 SomalierInnen verhungert und bis zu 50% der Kinder unter zehn Jahren gestorben.

Und was jetzt?

Wie es schließlich in Somalia weitergehen soll, ist nach wie vor ziemlich unklar. Fest steht inzwischen, daß die Dauer der Intervention sich verlängern wird. Die USA haben zwar bereits über 1000 Mann wieder abgezogen. Insgesamt war von bis zu 3000 Mann die Rede, von einem baldigen Abzug aller Truppen wird aber nicht mehr gesprochen. Mal wird die weitere Präsenz von US-Truppen auf 60, mal auf 90 Tage terminiert; oder es heißt, daß gegebenenfalls ein kleines Interventionskorps im Lande verbleiben soll. Ursprünglich wollten die US-Truppen bereits Ende Januar ihr Kommando an die UN übergeben. Andererseits verkünden die Militärsprecher auch, daß ihre Aktion viel besser und schneller laufe, als sie vorher eingeschätzt hätten.

In der zweiten Januar-Woche begannen in der äthiopischen Hauptstadt unter Schirmherrschaft der UNO, der OAU und der äthiopischen Regierung Gespräche mit insgesamt 14 somalischen Parteien. Die Konferenz begann im Chaos, und erst nach mehreren Verzögerungen, Drohungen und Unterbrechungen kam schließlich ein gemeinsames Papier heraus. Vier Gruppen blieben anfangs der Konferenz fern, weil sie die Beteiligung weiterer (nicht eingeladener) Gruppierungen verlangten. Die Gruppe, die Nordsomalia vertritt, das sich inzwischen für selbständig erklärt hat, blieb anfangs ebenfalls der Konferenz fern. Sie fürchtet um ihre neue Selbständigkeit, da bisher die OAU keinerlei Grenzveränderung in Afrika anerkannt hat, obwohl die jetzigen Grenzen dem kolonialen Erbe und entsprechender Willkür entstammen. In Somalia hingegen gab es erst nach der Unabhängigkeit eine Vereinigung von Britisch-Somalia (dem heutigen Nordsomalia) und dem ehemals italienischen Kolonialgebiet im Süden, wo heute die Intervention stattfindet. Ein weiterer Streitpunkt war die Teilnahme der Barre-Partei, die ihrerseits die Teilnahme verbündeter Gruppen verlangte.

Die heftigste Auseinandersetzung gab es schließlich zwischen UN-Vertretern und dem zum "Störenfried" aufgebauten General Aidid. Aidid ist der UNO keineswegs besonders wohlgesonnen, seine Anhänger hatten Anfang Januar gegen das Auftreten von Butros Ghali in Somalia demonstriert. Butros Ghali hatte sich daraufhin in die UN-Botschaft geflüchtet. Aidid verlangte für die drei stärksten Gruppen eine privilegierte Berücksichtigung bei der Friedenskonferenz und bei der künftigen Regierungsbildung. Diesen Plan mußte er zumindest aufschieben. Eine Kommission aus Beteiligten aller Gruppen soll für die Mitte April angesetzte Friedenskonferenz die somalischen Teilnehmer aussuchen. Andererseits bestand Aidid darauf, daß jedes Abkommen die Unterzeichnung eines Waffenstillstands erfordere. Mit dieser Vorstellung konnte er sich auf dem Papier durchsetzen, auch wenn in Somalia weiterhin bewaffnete Auseinandersetzungen stattfinden. Das einzige Ergebnis ist bislang die Einberufung der Friedenskonferenz im April. Inzwischen gab es erneut Streit, wie die Konferenz auszurichten sei. Die UN wollen in nächster Zeit einen Friedensplan für das Land vorlegen. Genaueres ist zur Zeit nicht bekannt.

Ölinteressen?

Inzwischen wurde in der US-Presse offen die Vermutung geäußert, hinter der US-Intervention könnten ökonomische Interessen stehen. Es wurde bekannt, daß 1990 eine Untersuchung der Weltbank über Ölvorkommen in Somalia stattgefunden hat. Mitte der 80er Jahre haben die großen US-Konzerne bereits eine eigene Untersuchung und Bohrungen im Land vorgenommen. Beide Untersuchungen gehen davon aus, daß im Land reiche Öl- und Erdgasvorkommen ausgebeutet werden könnten. Noch vor dem Sturz des Diktators Barre haben die US-Ölriesen Conoco, Amoco und Philips die Schürfrechte in zwei Drittel des Landes aufgekauft und warten nun darauf, die Vorkommen ausbeuten zu können. Conoco ist auch in der Krisenzeit in Mogadischu geblieben. Das Conoco-Büro wurde bei Invasionsbeginn in die US-Botschaft umgewandelt. Den Studien zufolge stehen der Sudan und Somalia ganz oben auf der Liste der potentiell größten zukünftigen Ölländer in Afrika.

BRD kommt

noch nicht zum Zug

Im Dezember letzten Jahres hatten die Bundeswehrführung und ihr Chef Volker Rühe schon davon geträumt, 1500 Soldaten nach Somalia zu schicken, um endlich einmal dabei zu sein. Rühe hatte diesen Plan gleich noch in den laufenden Parteienstreit, wer der beste "Friedens"-Kämpfer im Lande sei, eingebracht. Aus einer direkten Beteiligung der Bundeswehr in Somalia wird wohl erst einmal nichts. Rühe gab Ende Januar Entwarnung. Man müsse davon ausgehen, daß für längere Zeit die UN-Truppen auch einen militärischen Kampfauftrag behalten werden, und dafür komme die Bundeswehr vorerst nicht in Frage.

Inzwischen überlegte man, ob die BRD nicht das Technische Hilfswerk (THW) zum Reparieren der Straßen nach Somalia schicken könne. Auch das war ein Schnellschuß, da es in Somalia zwar drei große Straßen gibt, die aber fern der gegenwärtig benötigten Versorgungsrouten liegen. Für den Straßenneubau wiederum ist das THW nicht zuständig. Sicher ist nur, daß die BRD angeboten hat, beim zukünftigen Polizei-Aufbau in Somalia tätig zu werden. Zwei Mio. DM sollen aus der BRD-Kasse zugeschossen werden. Die UNO hat den Vorschlag akzeptiert, immerhin besitzt die BRD damit schon Erfahrungen aus der Barre-Ära. Inzwischen hat die BRD eine dritte Transall-Transport-Maschine der Bundeswehr für Hilfsflüge zur Verfügung gestellt und insgesamt

sogar acht Maschinen versprochen. Allerdings reichen dafür die vorhandenen Landebahnen in Kenia und Somalia nicht aus.

HH

28. Raubritter koordinieren die Flüchtlingsabwehr. Zur Londoner Konferenz der europäischen Einwanderungsminister

Autor: P. Hanf u. C. Roth · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:10

Mit dem Thema Asyl durch monatelange Übung mittlerweile hinlänglich vertraut, berichteten einige bundesdeutsche Tageszeitungen dieses Mal ausführlicher als je zuvor über das Treffen der für Einwanderung zuständigen Minister in London Ende November. Die sogenannten europäischen Lösungen der Asylfrage gewannen für die BRD in den letzten Monaten zunehmend an Relevanz - zum einen, weil sie sich hervorragend als Druckmittel für die Interessen der deutschen Grundgesetzänderer funktionalisieren ließen; zum anderen, weil die zwischenstaatlichen Vereinbarungen das Stadium der Entwürfe und Planungen überschritten haben und kurz vor der Umsetzung stehen.

Die Koordinierung der Flüchtlingsabwehr bleibt dabei zunächst - analog dem Maastrichter Vertrag - Sache zwischenstaatlicher Absprachen. Ende 1995 soll die Harmonisierung der Asylpolitik dann in die Kompetenz der EG übergehen. Der zeitliche Aufschub ist praktisch: Bis dahin können die Eckpunkte der Flüchtlingspolitik durch zwischenstaatliche Vereinbarungen festgelegt werden - ohne lästige parlamentarische Kontrolle und ohne daß man gezwungen wäre, die Öffentlichkeit auch nur zu informieren. Die Ministerialbürokratie der EG kann ihr gemeinsames Interesse, das reiche Europa zur Raubritterburg auszubauen, ungestört in die Tat umsetzen.

Zur Einarbeitung darf die EG auch heute schon mal zugucken und mitschreiben, damit sie später alles genauso machen kann. In London war Martin Bangemann, Kommissar für den EG-Binnenmarkt, sozusagen als Praktikant dabei.

Ziel des TREVI-Ministertreffens in London war es (man kann es fast nicht mehr hören), den "Mißbrauch" des Asylrechts zu unterbinden. Denn natürlich will man die "wirklich Schutzbedürftigen" weiterhin aufnehmen. Natürlich stehen die "gemeinsamen humanitären Traditionen" bei jeder Entschließung an erster Stelle; der Genfer Konvention fühlt man sich nach wie vor "tief verpflichtet". Und der Europäische Rat, der kurze Zeit später in Edinburgh tagte und sich in einer Entschließung auf die Resolutionen des Ministerrates bezieht, setzte dem Zynismus die Krone auf, wenn er vorneweg "mit Befriedigung fest(stellt), daß der tiefgreifende politische Wandel dazu geführt hat, daß es nunmehr in Europa leichter geworden ist, zu reisen und Kontakte zu knüpfen." Nach den warmen Worten am Anfang wird man dann deutlicher:

Als erstes widmeten sich die Minister den "offensichtlich unbegründeten Asylanträgen". "Offensichtlich unbegründet" sind Asylgesuche in Zukunft u.a. wenn:

- keine Fluchtgründe im Sinne der Genfer Konvention geltend gemacht werden oder die vorgebrachten Gründe unglaubwürdig erscheinen,

- eine falsche Identität angegeben wird, Papiere oder Reiseunterlagen zerstört wurden oder gegen die nationalen Asylverfahrensgesetze grob verstoßen wurde,

- der Asylsuchende auf seiner Flucht bereits ein "sicheres Drittland" durchquert hat, wo er an der Grenze oder im Land selbst einen Antrag hätte stellen können,

- der Staat, an den der Flüchtling sein Asylgesuch richtet, geltend macht, der Asylsuchende stamme aus einem Land, in dem normalerweise kein "ernstzunehmendes Verfolgungsrisiko" bestehe,

- die Verfolgung im Herkunftsland auf bestimmte Regionen beschränkt ist und in der Heimat eine Fluchtalternative besteht.

Liegt einer dieser Umstände vor, können die Mitgliedstaaten ein beschleunigtes Verfahren anwenden. Das Verfahren soll innerhalb eines Monats abgeschlossen, die Revision vereinfacht werden. Eine persönliche Anhörung soll garantiert, die Entscheidung durch eine kompetente Person getroffen werden.

Die zweite von den TREVI-Ministern verabschiedete Resolution setzt sich zum Ziel, die Prinzipien zu harmonisieren, nach denen die Dubliner Konvention funktionieren soll, sprich: Es geht um die Frage, unter welchen Umständen ein/e Asylsuchende/r umstandslos in ein "Drittland" zurückgeschickt werden kann.

Ein "sicheres Drittland" - so heißt es in der Resolution - ist ein Land, in dem der Flüchtling nicht um Leben oder Freiheit im Sinne des Art. 33 der Genfer Flüchtlingskonvention bangen muß. Dort darf ihm keine Folter, keine inhumane oder entwürdigende Behandlung drohen. Der Flüchtende muß dort einen effektiven Schutz genießen, insbesondere das Nichtzurückweisungsgebot der Genfer Konvention muß beachtet werden.

Ohne daß sich die zuständigen Behörden näher mit den Fluchtgründen beschäftigen müßten, kann der um Asyl Bittende in das Drittland zurückgeschickt werden, wenn er dort schon sicher war oder wenn er Gelegenheit gehabt hätte, im Land oder an der Grenze Schutz zu suchen.

Die "Dubliner Konvention", die denjenigen Mitgliedstaat der EG für das Asylgesuch zuständig macht, der die Einreise des Flüchtlings entweder durch zu lasche Grenzkontrollen oder durch das Erteilen eines Visums ermöglicht hat, soll ein nachrangiges Prinzip sein. Das heißt: zunächst wird geprüft, ob der Asylsuchende in einem "Drittland" hätte bleiben können, erst dann wird nach Dubliner Konvention verfahren.

Die "sicheren Drittstaaten" - in Frage kommen wohl in erster Linie die ost- und mitteleuropäischen Staaten und der Maghreb - sind unseres Wissens nicht gefragt worden, was sie von diesem Prinzip halten. Sie werden einfach in ein System der EG eingebaut. Nach den Schengener Vereinbarungen mit Polen, nach den Rückübernahmeübereinkommen der Bundesrepublik mit Rumänien und Bulgarien bestimmt die Innenpolitik der EG zunehmend die Innenpolitik von Nicht-EG-Mitgliedstaaten. Es wird diesen Staaten nichts anderes übrig bleiben, als sich ihrerseits in dieses System einzufügen. Einige Staaten haben auch schon ihr Interesse an Parallelabkommen zur Dubliner Konvention angemeldet. Erstmal aber müssen alle EG-Staaten selbst die Konvention ratifizieren und ihre nationalen Gesetze der neuen Drittstaaten-Regelung anpassen.

Das System, das dem Schengener Abkommen zugrunde liegt, hat sich bewährt. Erst einmal handeln einige repressionswillige Staaten einen Vertrag aus. Wie in einem Schneeballsystem rollt das Ganze dann weiter.

Nicht ganz so forsch formulierten die Minister bei der Definition von "verfolgungsfreien Ländern". Das Ansinnen, eine gemeinsame Liste zu erstellen, stieß auf Bedenken aus den Niederlanden und aus Dänemark. Das Hohe Flüchtlingskommissariat der UNO, auf das man sich immer gerne beruft, sollte sich wohl nicht durch zu grobe Mißachtung vor den Kopf gestoßen fühlen. So einigte man sich auf das Aufstellen von Bewertungsmerkmalen für Länder, in denen "im allgemeinen kein ernstzunehmendes Verfolgungsrisiko" bestehe. Das ist im Sinne der EG genauso praktikabel, hört sich aber nicht so endgültig an.

Zu den Kriterien, nach denen ein Herkunftsland von Flüchtlingen als sicher bewertet wird, gehören:

- eine niedrige Anerkennungsquote von aus jenem Land stammenden Asylsuchenden,

- Status und Anwendung von Menschenrechten,

- demokratische Institutionen und Rechtswege,

- Stabilität.

Die Bewertung soll auf der Basis einer breiten Information durch diplomatische Vertretungen, internationale und Nichtregierungsorganisationen erfolgen.

Ein Blick in den Entwurf von Bundesinnenminister Seiters genügt, um festzustellen: Die von den EG-Einwanderungsministern beschlossenen Resolutionen sind - bis auf einige Details - identisch mit den geplanten Grundgesetzänderungen. Die Koordinierung zwischen internationaler und nationaler Ebene klappt perfekt.

Es ist Konsens im EG-Europa: Flüchtlinge sollen draußen bleiben. Das System, das man für dieses Ziel entwirft, wird Schritt für Schritt perfektioniert. Visazwang und Sanktionen gegen Beförderungsunternehmen, die Flüchtlinge ohne gültige Papiere befördern, treffen zunächst diejenigen, die auf dem Luft- oder Seeweg die Außengrenzen der EG zu erreichen suchen. Durch den Fall der Mauer und die Öffnung Osteuropas hat sich die Migrationsbewegung zusätzlich verlagert; die meisten Einwanderer gelangen auf dem Landweg in ein

EG-Land. Jetzt umgibt sich Europa mit einem Ring sogenannter sicherer Drittstaaten, um die Rückschiebung organisatorisch in den Griff zu bekommen.

Die nächste zu lösende Aufgabe betrifft die Illegalen, diejenigen, die es trotz aller Hürden schaffen, ein europäisches Land zu erreichen. Auch dafür hat Innenminister Seiters schon die Pläne in der Schublade: Kontrolle der östlichen Grenzen durch Infrarotstrahlengeräte.

Das Argument, daß man durch schärfere Gesetze, Ausgrenzung, Abschreckung, Kontrolle und Repression die Zahl der Flüchtlinge in der Welt nicht um einen reduzieren wird, bleibt richtig. In Zweifel ziehen wir allerdings die These, alle Repression würde die Flüchtlinge nicht daran hindern können, ins Land zu kommen. Es scheint, als ob es den Raubrittern auf ihrer Festung EG gelingen könnte, die Zahl der Flüchtlinge durch ein ausgefeiltes und koordiniertes System auf die Zahl zu reduzieren, die sie aus demographischen und ökonomischen Gründen für die Beibehaltung ihres ökonomischen Status benötigt.

Petra Hanf und Claudia Roth

(MdEP Die Grünen)

29. Seltsames und Ungeheuerliches. Paketbombenmord in Freiburg

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:42

Eine linke Frau stirbt durch die Explosion einer Paketbombe. Staatsanwaltschaft und LKA sehen keine politischen Hintergründe und ermitteln "in alle Richtungen". Jeden Tag werden neue Spekulationen über die möglichen Täter in die Öffentlichkeit lanciert. Die Vermutungen weisen tatsächlich in alle nur vorstellbaren Richtungen - nur nicht nach rechts. Und als vorläufiger Höhepunkt wird dann nach einer Woche der Freund der Ermordeten als angeblich "dringend tatverdächtig" verhaftet.

Am Nachmittag des 22. Januar öffnete die 24jährige Kerstin Winter ein vor ihrer Tür abgelegtes und an sie adressiertes Paket. Die Explosion der darin verborgenen Bombe ließ ihr keine Überlebenschance.

Kerstin hatte seit langem in der Gruppe "Punx gegen Langeweile" und in der Initiative für ein autonomes Jugend- und Kulturzentrum gearbeitet. Sie war durch ihr offenes und direktes Auftreten bekannt und ist damit sicher manchem quer gekommen. Über ihre Presseverantwortlichkeit für Flugblätter und über ihre Funktion als Vorsitzende des eingetragenen "Vereins zur Förderung der Subkultur", in der sie auch Gespräche und Schriftwechsel mit den verschiedensten Institutionen führte, waren ihr Name und ihre Adresse öffentlich bekannt bzw. leicht zu ermitteln.

Als aktive Antifaschistin hat sie sich immer wieder mit Nazis angelegt. ZeugInnen haben beispielsweise berichtet, daß sie mehrmals einem stadtbekannten Altnazi und Hintermann der militanten Skinszene auf der Straße ins Gesicht gespuckt habe. Ebenso liegen der Staatsanwaltschaft ZeugInnenberichte vor, wonach sie im letzten Herbst mehrfach von namentlich bekannten Faschisten bedroht wurde, bis hin zu Äußerungen wie: "Dich kriegen wir auch noch". (Spiegel 5/93) Wie RA Jansen auf einer Pressekonferenz am 30.1.93 mitteilte, gab es auch körperliche Auseinandersetzungen. Gegen einen ihrer Bedroher, so ebenfalls Jansen, laufe ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes aufgrund eines Anschlages auf ein Flüchtlingsheim.

Die Naziszene in Freiburg hat Schwierigkeiten, in der rot-grünen Hochburg einen Fuß auf den Boden zu kriegen und ist bis dato nicht durch einen sonderlich hohen Organisationsgrad aufgefallen. Stärker sind die Nazis im Umland. Die "Badische Zeitung" berichtete bereits am 21.12.91 von Wehrsportgruppen, die im nahegelegenen Kaiserstuhl mit Schußwaffen trainierten. Die FAP soll in und um Freiburg über etwa 25 AktivistInnen verfügen.

Bisher unbestätigte Hinweise besagen, vor einiger Zeit hätten Neonazis "auf der Freiburger Müllkippe Versuche mit selbstgebastelten Bomben veranstaltet". (BZ, 5.2.) Insgesamt haben AntifaschistInnen seit 1987 zwischen 40 und 50 Überfälle auf Jugendzentren, Privatwohnungen und Flüchtlingsheime gezählt; u.a. habe es einen Brandanschlag auf einen Zeugen gegeben, der gegen einen Faschisten ausgesagt hat. Einige der verübten Anschläge stechen durch ihre besondere Brutalität hervor: Im August 90 wurde der Ihringer jüdische Friedhof verwüstet, wobei 177 Grabsteine aus der Verankerung gerissen und zerschlagen wurden. Im September 91 kam ein polnisches Paar, das auf einem Parkplatz an der B3 übernachtete, nur knapp mit dem Leben davon, als mehrere Motorradfahrer mit einem Brandsatz und zusätzlich rund um den Wagen ausgekipptem Benzin ihr Auto in Brand steckten.

Von verschiedener Seite wird berichtet, lokale Nazis hätten AntifaschistInnen observiert. Von Fotografiertrupps und von Streifenfahrten in der Reichspogromnacht wird gesprochen, von der Sammlung von Namen und Adressen und Verbindungen zur Anti-Antifa des Hamburger Naziführers Christian Worch. Auch Kerstin sei von der rechten Seite beobachtet worden. (BZ, 29.1.) Gerade über Anti-Antifa-Aktivitäten fehlen aber bisher detaillierte und belegte Angaben. Fest scheint lediglich zu stehen, daß Kerstin Winter auf keiner der aus Nazikreisen veröffentlichten Namenlisten von Antifa-AktivistInnen auftaucht.

Für die ziemlich rasch und eindeutig getroffenen öffentlichen Festlegungen der "Szene", Kerstin Winter sei einem "Anschlag von Faschos" zum Opfer gefallen, gibt es bisher keinen Beweis. Es gibt allerdings mehr als genug Gründe, gezielt im faschistischen Milieu zu fahnden. Das genaue Gegenteil machten und machen weiter die Ermittlungsbehörden.

... in alle Richtungen

Die Staatsanwaltschaft und die aus LKA und örtlichem Staatsschutz zusammengesetzte Sonderkommission - etliche ihrer Mitglieder sind aus Ermittlungen gegen Linke sattsam bekannt - wollten auf ihrer ersten Pressekonferenz für einen politischen Hintergrund des Anschlags "überhaupt keine Anhaltspunkte" sehen. Von Journalisten auf das politische Engagement der Ermordeten und mögliche rechtsradikale Hintergründe angesprochen, betonten die Verantwortlichen immer wieder nur, sie würden "rundherum" ermitteln, "in alle Richtungen". "Jede Richtung heißt jede", das umfasse "auch gegebenenfalls eventuell politische Aktivitäten".

Was damit gemeint war, wurde bald deutlich. Die öffentlichen Spekulationen über mögliche Täter überschlugen sich:

- Eine Vergewaltigung, der Kerstin vor Jahren zum Opfer gefallen war, wurde öffentlich ausgewalzt, obwohl zumindest der Polizei bekannt sein mußte, daß der Vergewaltiger noch im Knast sitzt.

- Von Konflikten mit Dealern war die Rede, gegen die Kerstins Gruppe Parolen gesprüht haben soll - ohne daß auch nur versucht wurde, einen nachvollziebaren Zusammenhang zwischen Parolen an Häuserwänden und Name und Anschrift der Getöteten aufzuzeigen.

- Völlig aus der Luft gegriffen waren Spekulation, sie sei Mitarbeiterin von Radio Dreyeckland gewesen und damit wegen Einsatzes für kurdische Autonomiebestrebungen ins Visier "einer türkischen Organisation" geraten. Verfassungsschützer wollten "unter der Hand nicht ausschließen, daß ihre Kollegen aus der Türkei beteiligt waren". (BZ) Natürlich durfte auch die PKK in den Spekulationen über die möglichen Urheber des Attentats nicht fehlen. Tatsächlich war Kerstin nie in der Türkei/Kurdistan-Soliszene aktiv.

- Die aus der völlig zerfetzten Paketanschrift von der Kripo rekonstruierte Absenderangabe soll "Mord Rim" gelautet haben. Das könne, so die Ermittler, auf "Revolutionary International Movement" verweisen, einen internationalen Zusammenschluß von TKP/ML, Sendero Luminoso und anderen. Besonders der Verfassungsschutz pushte diese Spur als "nicht uninteressant", in Berlin habe es "brutale Übergriffe gegen Mitglieder der dortigen links-autonomen Szene" gegeben, und überhaupt sei die TKP/ML "auch bereit, Gegner zu töten". (BZ, 27.1.)

In Freiburg war eine "RIM" bis dahin selbst Insidern unbekannt, Auseinandersetzungen hatte es schon gar nicht gegeben. Radio Dreyeckland sprach von "Schwachsinn", und sogar die Staatsanwaltschaft mußte einräumen, es handle sich möglicherweise um eine "bewußt gelegte Trugspur". Wenn letzteres stimmen sollte - und das Ganze nicht sowieso ein Windei ist -, ließe das allerdings auf eine sehr intensive Beobachtung der radikalen Linken und ein genaues Studium auch eher szene-interner Veröffentlichungen durch die Täter schließen.

Soweit zur Streubreite der öffentlich ausgelegten Blindspuren.

Ein Schuldiger wird aufgebaut

Als in der Öffentlichkeit der Druck für Ermittlungen gegen Nazis dennoch größer wurde, gaben die Ermittlungsbehörden vor, nun auch gegen rechts zu untersuchen, bereiteten aber insgeheim schon ihr nächstes Ablenkungsmanöver vor: Am 29. Januar erging Haftbefehl gegen den Freund der Ermordeten. Die Begründung dafür war mehr als dürftig: Widersprüche in den Zeugenaussagen des Beschuldigten und eine wissenschaftliche Begutachtung der Paketaufschrift würden auf ihn verweisen. Das Tatmotiv liege "möglicherweise in einer in jüngster Zeit entstandenen Konfliktsituation zum Opfer" (was von Kerstins Freundeskreis entschieden bestritten wird). In einem Interview verweigerte der für die Ermittlungen zuständige Oberstaatsanwalt Fluck jede nähere Auskunft zu den behaupteten Haftgründen, behauptete aber, es gebe eine "Indizienkette", die aus "ermittlungstaktischen Gründen" nicht bekanntgegeben werde. (RDL, 30.1.93)

Kein Trick war zu schmutzig, um Kerstins Freund als Täter präsentieren zu können: Vorgeladen zu einer zeugenschaftlichen Vernehmung, wurde ihm der Haftbefehl präsentiert, während zugleich der Staatsschutz ohne Durchsuchungsbefehl die Wohnung seiner Mutter, in der er sich aufgehalten hatte, auf den Kopf stellte. Interventionen seines Anwalts, sein Mandant würde nur noch in seiner Anwesenheit Aussagen machen, wurden ignoriert.

Schon vorher war er, der bei der Explosion in der gemeinsamen Wohnung war und seine Freundin sterbend fand, zahlreichen stundenlangen Verhören unterzogen worden. Dabei legten ihm die Verhörer Bilder vom Tatort mit der Leiche Kerstins vor und bestanden darauf, daß eine Nachbildung des Bombenpäckchens die ganze Zeit auf dem Tisch stand. Nach seiner Verhaftung wurde ihm mehrfach gesagt: Nun gib doch endlich zu, daß du sie umgebracht hast, dann kriegst du eine mildere Strafe. (Pressekonferenz RA Jansen, 30.1.93)

Auch das Timing war perfide: Durch die Verhaftung am Freitagabend fand die LKA-Presseerklärung noch Eingang in die Samstagsausgaben der Presse, über das Wochenende beherrschten die darin enthaltenen Falschmeldungen die Medien. Dadurch dienten die Ermittlungsbehörden, auch darauf wies der Anwalt des Beschuldigten hin, objektiv den Interessen der Täter: Es ist damit zu rechnen, daß Hinweise aus der Öffentlichkeit unterblieben, weil der Fall scheinbar ja schon gelöst, eine Wiederholung ausgeschlossen war.

Schon nach wenigen Tagen mußten Staatsanwaltschaft und LKA einen blamablen Rückzug antreten: Am 2.2. meldete die BZ, es werde "zur Zeit ein vorläufiges Schriftgutachten erstellt, das klären soll, ob und mit welcher Wahrscheinlichkeit" der Beschuldigte die Adresse auf dem Bombenpaket geschrieben habe. Und am Tag darauf war dann klar, daß seine Urheberschaft an der Paketaufschrift "eher unwahrscheinlich" ist. Zu den seit Tagen umlaufenden Spekulationen über an der Arbeitsstelle von Kerstins Freund gefundene angeblich unvollständige Feuerlöscher wurde definitiv festgestellt, daß daraus "die Bombe nicht hergestellt worden sein kann". Wie Staatsanwalt Fluck heute zugibt, war das schon beim ersten Blick auf die Geräte erkennbar. (BZ, 5.2.)

Der vorher angeblich "dringend Tatverdächtige" wurde auf freien Fuß gesetzt, der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben. Nicht verzichten mochten das LKA und der in seiner Dienststelle als eine Art kleiner Heinrich Lummer bekannte Oberstaatsanwalt Fluck auf die nun auf gar nichts mehr gestützte Behauptung, es bestünden "weiterhin erhebliche Verdachtsmomente gegen den Beschuldigten". (Presseerklärung LKA, 3.2.93) An eine Entschuldigung, ihn voreilig in einer breiten Medienöffentlichkeit als Mörder seiner Freundin abgestempelt zu haben, war nicht zu denken.

Schonzeit für Nazis

Wie weit die ermittelnden Behörden in der Manipulation der Öffentlichkeit gingen, zeigt ein bedeutsames Detail: Die Bombe war in drei Zeitungen eingepackt; eine davon stammt bereits vom 13. Juni 1992 und enthält einen Artikel über die AJZ-Initiative und den "Verein zur Förderung der Subkultur", die unter Kerstin Winters Adresse liefen. Die Staatsanwaltschaft hat versucht, auf einzelne Pressevertreter einzuwirken, diese Spur geheimzuhalten. Auch bei der Haftbefehlseröffnung befand sich genau diese Spur nicht bei den Akten. (Pressekonferenz RA Jansen) Sie hätte der amtlichen Version vom fehlenden politischen Motiv widersprochen. Darüberhinaus deutet sie auf eine langfristige Vorbereitung des Anschlags hin, möglicherweise auch auf eine in die Vergangenheit zurückreichende Materialsammlung über linke Aktivitäten und AktivistInnen.

Allen Vermutungen über rechte TäterInnen - "aus laienhafter Sicht naheliegend", so der Leiter der Staatsschutzabteilung des LKA - traten die Ermittler immer wieder öffentlich entgegen. "Sind Rechtsradikale wirklich in der Lage, ein Attentat dieses Typs zu begehen? Ein Ermittler drückte es drastisch aus: ‚Die sind dafür einfach zu blöd und zu feige.`" (BZ, 29.1.93)

Allem Anschein nach wurde die Naziszene bei den Ermittlungen systematisch ausgespart. Die Hinweise von ZeugInnen auf Bedrohungen Kerstins wurde in den Vernehmungen bagatellisiert, keinem dieser ZeugInnen wurden Lichtbildmappen mit Fotos von Neonazis vorgelegt. Ob den NachbarInnen entsprechende Fotos vorgelegt wurden, ist nicht bekannt. Auch noch nach der Freilassung von Kerstins Freund wurden "alle vernommenen ZeugInnen einseitig nur zu Kerstins Privatleben befragt. Alle Aussagen, die auf einen rechtsextremen TäterInnenkreis schließen lassen, werden von der Polizei mit sichtlichem Desinteresse behandelt." (Infogruppe Kerstin) Von Hausdurchsuchungen, Festnahmen oder sonstigen Ermittlungen in der rechten Szene ist über die gesamte Zeit absolut nichts bekannt geworden. Während FreundInnen von Kerstin mehrfach von der Arbeitsstelle weg zu ZeugInnenvernehmungen abgeholt wurden, gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß die namentlich bekannten BedroherInnen Kerstins bisher überhaupt vernommen wurden.

Dazu kommen die "teilweise schlicht schlampigen" (BZ, 5.2.) Ermittlungen: keine sofortige Absicherung des Tatorts, keine umgehende Befragung der NachbarInnen, noch eine Woche später lagen Zeitungs- und Paketfetzen vor der Wohnung.

Sogar die "Badische Zeitung" (29.1.) zeigt sich da nachdenklich: "Die Polizei (...) tappt einmal mehr, wenn Neonazis im Verdacht stehen, im Dunkeln. Fahndungserfolge sind selten in Südbaden." Unter den aufgezählten Fällen polizeilicher Erfolglosigkeit weist die Fahndung nach den FriedhofsschänderInnen von Ihringen besondere Auffälligkeiten auf.

Erstaunliche Parallelen

Obwohl es sich um eines der schwerwiegendsten Verbrechen dieser Art überhaupt handelte, obwohl die TäterInnen Hakenkreuze, SS-Runen und zahlreiche antisemitische Parolen der widerwärtigsten Sorte zurückließen, wollte damals die Freiburger Kripo partout nicht bestätigen, daß es sich bei den TäterInnen um Neonazis oder RechtsextremistInnen gehandelt habe. "Ebensogut, so Pressesprecher Ulrich Brecht, könnten die Parolen dazu da sein, auf eine falsche Spur zu führen: ‚Diesen Dreck kann jeder schreiben. Und das rechtsradikale Potential ist im Freiburger Raum eher unbedeutend.`" Die Kripo "erwäge auch die eventuelle Täterschaft palästinensischer Gruppen". (BZ, 28.8.90)

Während der erste Überfall auf den jüdischen Friedhof durch seine Gründlichkeit in der Zerstörung und die dabei eingesetzte Brachialgewalt auffiel, setzten die TäterInnen im Januar 91 auf finstere Symbolik: Ein zwei Meter langer, rot angestrichener Pfahl wurde in das Grab des 1934 verstorbenen letzten Vorstandes der jüdischen Gemeinde Ihringens getrieben.

Auf einen sehr interessanten Aspekt der Ermittlungen verweist ein gut recherchierter ganzseitiger Beitrag in der "Badischen Zeitung" vom 21.12.91, in dem unter anderem von einem Gespräch mit dem baden-württembergischen VS-Vizepräsidenten Rannacher berichtet wird. Die saufbrüderhaften Strukturen der Naziszene, klagte Rannacher, erschwerten "das Einschleusen und Führen von V-Personen in der Szene erheblich. Gleichwohl wissen die Staatsschützer von jener Runde am 11. August 1990 in der Burgruine Staufen, zu der sich neun rechte Freunde einfanden, um wieder einmal kräftig dem Bier zuzusprechen. Eher zufällig war die Zusammensetzung der Runde, die dann im Verlauf des Abends doch recht detailliert auf genau jene Zerstörungen auf dem jüdischen Friedhof in Ihringen zu sprechen kam, die dann zwei Wochen später für landesweite Empörung sorgten. Wer bei der Vorbesprechung in Staufen mit von der Partie war, wissen die Kripobeamten, und sie wissen auch, wer potentiell für die Nachfolgetat im Januar 1991 in Frage kommt."

In einem Abendschau-Beitrag des Süddeutschen Rundfunks im Sommer 91 hatte es geheißen, bei den TäterInnen handle es sich "um Jugendliche aus wohlsituierten und teilweise sogar prominenten Familien in Breisach und Umgebung". Doch dieser Beitrag wurde ganz kurzfristig abgesetzt und nur durch einen Vorab-Bericht der "Stuttgarter Zeitung" (29.8.91) bekannt. Das LKA hatte heftig interveniert, die Spur sei auch nicht "heißer als andere zuvor, die auch nicht zum Ziel geführt hätten". (BZ, 30.8.91) Damit war das Ermittlungsergebnis auch schon vorweggenommen. Obwohl der TäterInnenkreis "in Breisach durchaus bekannt sein" soll (ebd.) - weitere Spuren führten nach Freiburg -, blieb die Polizei unfähig, Beweise beizubringen. Zu Festnahmen oder Verurteilungen kam es in diesem wie auch in zahlreichen Fällen von Brandanschlägen in der Region nicht. Auch hier stießen die JournalistInnen auf einen "Widerspruch, den auch die Ermittlungsbehörden nicht aufzulösen vermögen": "Da eine ‚Kundschaft`, die sich durch Alkoholexzesse, durch spontane, unkoordinierte Aktionen, durch Geschwätzigkeit und allenfalls mittlere Intelligenz auszeichnet, dort eine Polizei, die, bislang vergeblich, um Erfolg ringt." (BZ, 21.12.91)

Fazit

Wenn es nicht gelingt, massiven öffentlichen Druck auf die Ermittlungsbehörden zu entwickeln, steht zu befürchten, daß der Mord an Kerstin Winter entweder ebenso unaufgeklärt bleibt oder, im schlechteren Fall, irgendeiner/m Linken in die Schuhe geschoben wird.

Um den staatlichen Vertuschungsversuchen entgegenzutreten, wäre es dringend erforderlich, alle Fakten über die Nazi-Szene in Freiburg und Umgebung sowie über bisherige Anschläge (und die Fahndungs(in)aktivitäten dazu) zusammenzutragen; die existierenden Spuren, die von der politischen Arbeit Kerstins in dieses

Spektrum weisen und die bezeugten Bedrohungen aus diesem Spektrum heraus gegen sie, sowie insbesondere alle Hinweise auf die sich formierende "Anti-Antifa" detailliert und öffentlich zu dokumentieren.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

Mit herzlichem Dank an U. aus Freiburg für die vielfältige Unterstützung bei der Recherche.

Zufall oder nicht:

Weitere Paketbombenanschläge

Anschläge per Brief- oder Paketbombe gehörten bislang nicht zum Repertoire der gewalttätigen Naziszene. Überhaupt sind solche Anschläge selten, "allenfalls drei Dutzend", so das BKA, habe es seit Bestehen der BRD gegeben. Oft hatten solche Anschläge schwerkriminelle oder Geheimdiensthintergründe. Wo bundesdeutsche Nazis Bombenanschläge verübten, benutzten sie nach Staatsschutzangaben bisher immer technisch wesentlich weniger anspruchsvolle Rohrbomben.

Dagegen gab es mehrere vermutlich von Nazis begangene Bombenanschläge gegen Linke in den skandinavischen Ländern. So starb am 16. März letzten Jahres der dänische Antirassist Henrik Christensen, als er einen an die Internationale Socialister in Kopenhagen gerichtete Briefbombe öffnete. Der Treffpunkt der Gruppe, die Mitbegründerin einer antirassistischen Front war, brannte fast vollständig aus. (vgl. ak 341)

In der BRD gab es nun um die Jahreswende innerhalb von nur fünf Wochen gleich drei Anschläge. Neben dem Mord an Kerstin Winter waren dies:

- Vor der Wohnungstür einer türkischen Familie in Köln war ein in Geschenkpapier verpacktes Paket abgestellt worden. Als sie es öffneten, hatten ein 22jähriger und seine Schwägerin Glück: Weil nur der Zünder der Brandbombe explodierte, blieb es bei leichten Gesichtsverletzungen. "Wenn sich der Brandsatz entzündet hätte, dann hätte es Tote gegeben", so die Kölner Polizei. (Berliner BZ, 24.12.; Express, 23./24.12.92)

- Ebenfalls persönlich adressiert war ein Päckchen an einen Italiener in Renningen (Kreis Böblingen). Als er das darin enthaltene Blitzlichtgerät in Betrieb nahm, kam es zu einer heftigen Explosion. Der Adressant schwebte in Lebensgefahr, ihm wurden beide Hände abgerissen und er erlitt schwerste Verletzungen im Gesicht. Seine Frau und ein weiterer Mann wurden durch Splitter erheblich verletzt. (Stuttgarter Zeitung, 1.2.93)

Die Anschläge haben, so weit sich das der spärlichen Presseberichterstattung entnehmen läßt, in den technischen Details wenig gemeinsam. Auffällig bleibt aber, daß sie sich jeweils gegen bekannte "Zielgruppen" faschistischen Terrors richteten.

30. Das Ende des Schauspiels - Erich Honecker in Chile

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:26

Wer im Frühjahr 1990 eine Prognose darüber abgegeben hätte, was dereinst noch alles mit der entmachteten Nummer Eins der einstigen DDR geschehen würde und sich mit der Vorhersage dem tatsächlichen Verlauf der Ereignisse auch nur angenähert hätte, wäre ohne Zweifel allseits als Phantast betrachtet worden. Als Buch hätte sich die Story jedenfalls nicht verkaufen lassen.

Die Wirklichkeit hat im Fall des Erich Honecker wieder einmal die Phantasie überflügelt und uns zuerst und vor allem ein grandioses Medienspektakel geliefert. Alle Elemente des klassischen Schauspiels wurden geboten: Flucht und Exil, Verschleppung und Gefängnis, Intrige und Rechtsbruch, Lüge und Verleumdung, Todeserwartung und zuletzt, der Kreis schließt sich, wieder Exil.

Ein schier unendliches Reservoir, aus dem die Journaille schöpfen und das Ihre zur Abrechnung mit dem ehemaligen Staatsratsvorsitzenden beitragen konnte. Die offenen Hetzartikel in der Presse lassen sich kaum zählen und Bezeichnungen für Erich Honecker wie "Massenmörder", "Totschläger", "Mauermörder" und dergleichen waren längst verbreitet, bevor überhaupt die - verkürzte - Anklageschrift im Prozeß verlesen wurde. Die Medienkampagne zu diesem doch so "ganz normalen Strafverfahren" (Jutta Limbach, SPD-Justizsenatorin in Berlin) erreichte spätestens nach dem abschlägig beschiedenen Haftentlassungsantrag kurz vor Weihnachten ihren Höhepunkt, als unverhohlene Freude über die Aussicht herrschte, Erich Honecker werde auch noch die allerletzten Tage vor seinem Tod im Knast verbringen müssen. Nebenkläger Plöger kommentierte dies mit dem Satz: Jeder Tag, an dem Erich Honecker in Haft ist, ist ein Gewinn für den Rechtsstaat. Außerdem müsse in diesem Verfahren, so der Nebenkläger weiter, der Grundsatz gelten: Im Zweifel gegen den Angeklagten.

Das ursprüngliche Hauptziel des Verfahrens, die Abrechnung mit 40 Jahren DDR-Geschichte und die Darstellung der führenden (ex-)Repräsentanten des Landes als einer mit Blut besudelten und sich bereichert habenden Verbrecherbande wurde angesichts der ausufernden Berichterstattung über die Person Erich Honeckers zeitweise in den Hintergrund gedrängt. Die letzten sechs Wochen der Hauptverhandlung dienten (fast) allen Medien und einem größeren Teil der Prozeßbeteiligten in erster Linie dazu, den Angeklagten in persona zu erniedrigen, mit Häme zu überschütten, ihm ein grausiges Ende auszumalen und auf den solcherart Malträtierten einzutreten.

Dabei war bereits die Durchführung des Verfahrens nur aufgrund diverser Rechtsbrüche und Pressionen möglich gemacht worden. Erich Honecker, zunächst im vermeintlich sicheren Exil bei Moskau, mußte sich in die dortige chilenische Botschaft flüchten, da ihm die russische Regierung aufgrund Bonner Drucks den weiteren Aufenthalt im Land untersagte und ihm die Abschiebung androhte. Nach entsprechenden Auslieferungsforderungen auch gegenüber der chilenischen Regierung gelang dann unter Federführung des alten Geheimdienstmannes Kinkel jene bis heute nicht aufgeklärte unfreiwillige Verbringung Honeckers in die BRD. Der in der chilenischen Botschaft befindliche Erich Honecker mußte sich, nachdem der mit ihm befreundete Botschafter abgesetzt worden war, einer Untersuchung in einer russischen Klinik unterziehen und wurde dort flugs fälschlicherweise für kerngesund erklärt. Damit war das letzte Argument der Exilgewährung aus humanitären Gründen vom Tisch gewischt.

In Berlin wurde unterdessen vom Gerichtspräsidium unter persönlicher Beteiligung des unsäglichen Richters Bräutigam die Zuständigkeitsregelung der Strafkammern am Berliner Landgericht geändert und so "Honeckers Richter" (Bräutigam über sich) eingesetzt. Es folgten im Herbst letzten Jahres die Auseinandersetzungen zwischen Verteidigung und Gericht über die Zulassung der Anklage und die Eröffnung des Verfahrens. Die Verteidigung wandte unter anderem ein, es könne nicht die staatsrechtliche Legitimation der DDR zum Erlaß des einschlägigen Grenzgesetzes geleugnet werden. Im übrigen sei Erich Honecker ein schwerkranker Mensch, dessen verbleibende Lebenszeit das voraussichtliche reguläre Verfahrensende nicht mehr umfasse. Das Gericht überging das erste Argument - gleichlautend mit dem Bundesgerichtshof - mit dem Hinweis auf den "Unrechtsstaat DDR". Richter Bräutigam argumentierte hinsichtlich des zweiten Einwandes damit, das Strafverfahren könne sich auf den Angeklagten doch "belebend auswirken".

Beginn und Verlauf des Verfahrens waren dann davon geprägt, daß von Seiten der Verteidigung ein Einstellungs- und Entlassungsantrag dem nächsten folgte und folgen mußte, zumal die ärztlichen Gutachten über den Gesundheitszustand Erich Honeckers immer alarmierender wurden. Das Gericht gab sich demgegenüber bei seinen ablehnenden Beschlüssen als Verfechter der hohen juristischen Schule. Zwar sei zuzugeben, daß der Angeklagte schwer krank sei, trotz Hackethal und Fuchsbandwurm, doch sei er noch verhandlungsfähig und niemand könne schließlich sagen, wann genau Erich Honecker sterben werde. Die ärztliche Eingrenzung auf "noch drei bis sechs Monate" reiche nicht aus und sei zu ungenau.

Wenn, was unter StrafverteidigerInnen unbestritten ist, Inhalt und Verlauf von Strafverfahren als ultima ratio staatlichen Handelns gegenüber Individuen immer auch hervorstechender Ausdruck des Standes gesellschaftlicher Demokratisierung sind und den Stellenwert der staatlicherseits akzeptierten Bürgerrechte widerspiegeln, repräsentiert die Berliner Strafjustiz, und Frau Limbach dabei immer vorneweg, präzise jene Justiz-Kontinuität, die Erich Honecker in seiner Prozeßerklärung messerscharf geißelte. Sie tat, was sie nicht lassen konnte und wollte. Andererseits verwirklichte sich gegen Ende des Prozesses zumindest ein Rest bürgerlich-rechtsstaatlicher Garantien. Zum einen hatte Richter Bräutigam mit seiner dreisten Lügerei den Bogen offensichtlich überspannt und wurde erfolgreich abgelehnt. Zum anderen sorgte das Berliner Verfassungsgericht mit einer klaren und vielfach kritisierten Entscheidung, und auch bei dieser Kritik Frau Limbach wieder vorneweg, diesmal konspirativ mit Hilfe "ihrer" Generalstaatsanwaltschaft, wie sich erst jetzt herausstellte, für ein in dieser Form nicht erwartetes Ende des Strafverfahrens gegen Erich Honecker wegen offensichtlicher Verletzung der Menschenwürde.

Das abschließende Geplänkel, ob das Verfahren nun durch Gerichtsbeschluß oder Urteil endgültig abgeschlossen wird, kann getrost vergessen werden. Es handelt sich allein um Haarspaltereien und eine letzte Provokation.

Aufgrund der Entscheidung des Berliner Verfassungsgerichts wurde zum Teil kommentiert, Honecker solle nur nicht glauben, solches wäre seinerzeit in einem ähnlich brisanten Verfahren bei der von ihm angeleiteten DDR-Justiz möglich gewesen. Das ist sicherlich nicht ganz falsch, doch vermag jene Ansicht nicht darüber hinwegtäuschen, daß der eigentliche Skandal der ganzen Prozeßinszenierung gegen Erich Honecker nach wie vor Bestand hat und sich schlicht darin begründet, daß dieser Prozeß überhaupt geführt wurde.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß Erich Honecker neben seinen drei konsequenten Verteidigern anläßlich des gegen ihn anhängigen Strafverfahrens unerwartete Hilfe von Seiten des "Spiegel" erhielt. Das Nachrichtenmagazin mühte sich monatelang durch immer neue Artikel, Skandalchroniken und Kommentare redlich, die Prozeßeröffnung aufzuhalten oder doch zumindest das dann angelaufene Verfahren zu verkürzen. Angesichts der immer seltener werdenden kritischen Prozeßberichterstattung über den nur noch zynischen Justizalltag, und darin unterscheidet sich das Verfahren gegen Erich Honecker von keinem anderen Strafverfahren, war dies zumindest ungewöhnlich. Freilich konnte sich der "Spiegel" mit seinen Lesern vom Berliner Verfassungsgericht diese letzte Geste gegenüber dem Todkranken erlauben. Es war die Milde des Siegers gegenüber einem Repräsentanten eines ohnehin längst und vollständig geschlagenen Gegners.

mar., Hamburg

31. Prozeß gegen Klaus Croissant beginnt

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:20

Am 10.2.1992 beginnt vor dem Kammergericht Berlin der Prozeß gegen den früheren RAF-Anwalt Klaus Croissant wegen Verstoßes gegen den § 99 StGB (geheimdienstliche Tätigkeit). (Vgl. ak 347-350) Zunächst sind 15 Verhandlungstage angesetzt. Wie von der Bundesanwaltschaft geplant, kann Croissant bei Prozeßbeginn als Gefangener vorgeführt werden. Zwar gewährte das Kammergericht (zuständig für Croissant, seitdem die Bundesanwaltschaft Anklage erhoben hat) dem Angeklagten am 15.1.1993 gegen die Hinterlegung einer Kaution von 100.000 DM Haftverschonung; und zwar mit Hinweis auf dessen persönliche Bindungen und sein Interesse, sich politisch wie juristisch gegen den Vorwurf, Agent gewesen zu sein und an der Linken Verrat geübt zu haben, zu verteidigen. Allein, die Bundesanwaltschaft legte sofort Beschwerde dagegen ein, der auch stattgegeben wurde. So lag der Antrag auf Haftverschonung erneut dem Bundesgerichtshof vor, der dessen Behandlung diesmal nicht verschleppte, sondern am 3.2. entschied, daß trotz Kaution Croissant weiter gefangen zu halten sei, da er sich 1977 schon einmal trotz Hinterlegung einer Geldsumme (damals 80.000 DM) einem Strafverfahren durch Flucht ins Ausland zu entziehen gesucht hatte.

Einige der ursprünglich erhobenen Vorwürfe mußte die Bundesanwaltschaft bereits fallenlassen. So etwa die bizarre Anschuldigung, Croissant hätte NATO-Raketenstellungen ausspioniert. Aber auch die Behauptung, Croissant hätte einen Agentenlohn von 71.000 DM erhalten, hat sich erheblich relativiert. Unter diesem Titel, so ist inzwischen klar, haben verschiedene Geldempfänger abkassiert; u.a. wurde auch ein Trabant Kombi vergeben, ein Modell, mit dem Croissant bislang jedenfalls noch nicht gesichtet werden konnte.

Was die die Linke besonders interessierende Frage der Informationsweitergabe über westdeutsche Linke an das DDR-MfS betrifft, enthält die Anklageschrift im Grunde weniger als Nichts! Das diesbezügliche "Verratsmaterial" beschränkt sich darin im wesentlichen auf Flugblätter und Broschüren aus der Regenbogenfraktion des Europa-Parlaments zum Thema NATO-"Nach"rüstung. Ansonsten finden sich dort etliche Banalitäten aufgelistet: Ein Bericht Croissants über den Einzug in seine neue Westberliner Wohnung; Mitteilungen über Strafantritt und Haftsituation von Brigitte Heinrich (diese war, bevor sie als Kandidatin der Grünen 1984 in das Europaparlament kam, Anfang der achtziger Jahre zu 21 Monaten Haft ohne Bewährung wegen angeblichen Verstoßes gegen das "Kriegswaffenkontrollgesetz" verurteilt worden), ein Bericht über Brigitte Heinrichs Rückkehr von einer Reise nach Nicaragua. Da die Bundesanwaltschaft über konkreteres Material entweder nicht zu verfügen scheint oder dieses noch zurückhält, um es erst später in den Prozeß einzuführen (so taucht in der Anklageschrift auch der Bericht des "IM Taler" über die taz nicht auf; siehe taz, 16.9.92), fügt sie den Anklageunterlagen vorsorglich auch Croissants "Spiegel"-Interview bei ("differenzierte Einschätzungen" von "Wortführern" der Linken "schriftlich abgefaßt, um zu verhindern, daß ein falsches Bild entsteht"; Spiegel 43/92).

J./Westberlin

Bisher bekannte Hauptverhandlungstermine, Beginn jeweils 9 Uhr:

10./11.2.93, 17./18.2.93, 24.2.93, 3./4.3.93, 10./11.3.93, 17./18.3.93, 24./25.3.93, 31.3./1.4.93. Ort: Kammergericht Berlin, Witzlebenstr. 4-5, 1000 Berlin 19, Saal 210.

32. Presseerklärung zur Verweigerung der Haftentlassung von Christiane Kuby durch das OLG Hamburg

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:06

Als Verteidigerinnen und Verteidiger der Gefangenen Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Christine Kuby und Lutz Taufer teilen wir mit:

Im November 1992 haben unsere Mandantinnen und Mandanten (sowie Knut Folkerts und Irmgard Möller) bei den zuständigen Gerichten Anträge auf Entlassung gemäß § 57a StGB gestellt.

Das OLG Hamburg hat am 14.01.1993 die Anhörung von Christine Kuby - wegen versuchten Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt und am 20.01.1993 seit 15 Jahren in Haft - durchgeführt. Die Bundesanwaltschaft hatte in einer Stellungnahme vom 02.09.1992 an das OLG mitgeteilt, daß "eine besondere Schwere der Schuld" nicht vorliege, was in diesem Fall eine wesentliche Entlassungsvoraussetzung ist.

Nach der Anhörung hat das OLG Hamburg mitgeteilt, es werde Christine Kuby noch nicht entlassen, weil "eine besondere Schwere der Schuld" vorliege, und es müßten "Entlassungsvorbereitungen" seitens der Haftanstalt durchgeführt werden, nach einem Jahr werde erneut entschieden. Die BAW hat sich dem angeschlossen.

Das für Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe und Lutz Taufer - alle seit April 1975 wegen der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm in Haft und zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt - zuständige OLG Düsseldorf hatte ursprünglich beabsichtigt, zunächst die Gefangenen anzuhören, dann über die Schuldschwere zu entscheiden und anschließend das vom Gesetz vorgesehene Prognosegutachten einzuholen.

Nachdem die Gefangenen in ihrem Entlassungsantrag mitgeteilt hatten, als Prognosegutachten komme nur ein sozialwissenschaftlich orientiertes in Betracht, sie seien aber nicht bereit, sich psychiatrisch untersuchen zu lassen, hat das OLG Düsseldorf beschlossen, erst ein psychiatrisches Gutachten einzuholen, und unseren Mandanten mitgeteilt, sie müßten mit der Ablehnung ihrer Entlassungsanträge rechnen, wenn sie an ihrer psychiatrischen Begutachtung nicht mitwirkten. Gleichzeitig wurden die angesetzten Anhörungstermine im Dezember 1992 aufgehoben.

Das Vorgehen der Oberlandesgerichte Hamburg und Düsseldorf macht deutlich: Unsere Mandantinnen und Mandanten sollen auch nach 15 bzw. bald 19 Jahren noch nicht entlassen werden.

Wie alle Gefangenen aus der RAF waren sie Sonderhaftbedingungen ausgesetzt, die darauf ausgerichtet waren, das politische Bewußtsein der Gefangenen zu brechen.

Jetzt von ihnen zu verlangen, sich in Vollzugslockerungen zu "bewähren" - so das OLG Hamburg - oder sich auf "abnorme Charakterstrukturen" untersuchen zu lassen - so das OLG Düsseldorf - heißt die politische Motivation ihres Handelns zu leugnen und sie wiederum einer Sonderbehandlung unterwerfen zu wollen.

Wir sehen in dem offensichtlich koordinierten Vorgehen der Justiz eine Verletzung der Menschenwürde unserer Mandantinnen und Mandanten und fordern ihre sofortige und bedingungslose Freilassung.

Dieter Adler

Ursula Ehrhardt

Barbara Klawitter

Johannes Santen

26.1.93

33. "Sie wollen, was ihnen zusteht ..." Interview mit Geronimo ji-Jaga Pratt (Black Panther Party)

Interview mit Geronimo ji-Jaga Pratt (Black Panther Party) von Heike Kleffner

Autor: Heike Kleffner · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:01

Geronimo ji-Jaga Pratt ist ein ehemaliger Verteidigungsminister der Black Panther Party (BPP) in den USA und einer der weltweit am längsten inhaftierten politischen Gefangenen. Er wurde 1969 verhaftet und 1971 wegen angeblichen Mordes an einer weißen Frau in Santa Monica zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Obwohl FBI-Dokumente belegen, daß er zum Zeitpunkt der Tat an einer Versammlung der BPP im 800 km entfernten Oakland teilgenommen hatte. Sein Fall steht beispielhaft für die Repression der US-Regierung gegen jeglichen organisierten schwarzen Widerstand in den USA. Amnesty international, US-Parlamentarier und internationale Menschenrechtsorganisationen fordern seit Jahren seine Freilassung. Das Interview fand im Oktober 1992 im Hochsicherheitsgefängnis von Tahachepe im US-Bundesstaat Kalifornien statt.

Übersetzt wurde das Interview von Heike Kleffner.

Heike Kleffner: Wie bist Du zur BPP gekommen, und was hast Du davor gemacht?

Geronimo ji-Jaga Pratt: Ich komme aus einer kleinen Stadt im US-Bundesstaat Louisiana, dem Teil der USA, von dem wir denken, daß er befreit werden sollte. Ich wuchs in einer segregierten Situation auf. Die Bedingungen waren ziemlich ähnlich dem, was ich mir unter dem Leben in einer Schwarzen Nation vorstellen kann. Die Situation war einerseits ziemlich rassistisch, andererseits war es ein Leben voller Integrität, Würde und Stolz darauf, ein Teil der Schwarzen Community zu sein, dieser schwarzen Nation. Eine Community, die sich gegenseitig unterstützte, die ihre Werte achtete und in der jeder Mensch respektiert wurde. Und andererseits war ich als Kind Zeuge von Angriffen das rassistischen Ku-Klux-Klans, von Lynchmorden.

Mit 17 Jahren trat ich in die US-Armee ein und wurde 1965 und 1966 nach Vietnam geschickt. Das war während einer Zeit in den 60er Jahren, als viele Veränderungen in den USA stattfanden. Diese Veränderungen wurden bei uns im Süden anders interpretiert, weil wir damit aufwuchsen, gegen die Lebensbedingungen zu kämpfen - aufgrund der rassistischen Polarisierung war es ein ständiger Kriegszustand. Martin Luther King und die Bürgerrechtsbewegung waren dort in der Schwarzen Community nicht besonders populär, weil wir mit dem Prinzip der Selbstverteidigung und der Verteidigung unseres Volkes gegen die rassistischen Angriffe aufwuchsen. Das hat mich mein ganzes Leben lang begleitet - in der Armee, danach und dann in der BPP.

Und wann hattest Du dann zum ersten Mal Kontakt mit der BPP?

Nachdem ich die US-Armee verlassen hatte, schrieb ich mich an der Universität von Los Angeles ein und freundete mich mit einem Genossen namens Bunchy Carter an. Wir wohnten schließlich zusammen in einem Zimmer. Bunchy war damals einer der führenden BPP-Aktivisten in L.A., wir besuchten die gleichen Seminare, und ich wurde deshalb schnell mit der BPP und der gesamten schwarzen Befreiungsbewegung vertraut. Ich war gerade frisch aus Vietnam wiedergekommen und noch dazu aus den Südstaaten - für mich waren das interessante Erfahrungen, die mir die Augen für vieles öffneten. Zu diesem Zeitpunkt war ich noch nicht Mitglied der BPP, obwohl viele Leute das dachten, weil ich zusammen mit Bunchy einige nationale Treffen der BPP in Oakland in der Nähe von San Francisco besuchte und bei der Durchführung von Programmen der BPP für StudentInnen half. Aber ich war der BPP noch nicht beigetreten, und das war auch nicht so wichtig, weil die Hauptsache war, daß wir für das gleiche Ziel arbeiteten.

Als Bunchy Carter und Jon Huggins am 17. Januar 1969 ermordet wurden, hinterließ Bunchy eine Botschaft auf einer Kassette, in der er empfahl, daß ich seinen Platz einnehmen sollte für den Fall, daß ihm etwas zustoßen sollte. Das kam als ein ziemlicher Schock für mich. Ich hatte gerade erst gehört, daß er tot war, und dann diese Botschaft ... Ich war in einer Community aufgewachsen, die sich auf die Prinzipien der Befreiung bezog, die die BPP hier an der Westküste versuchte umzusetzen. Aufgrund meiner Herkunft war ich automatisch ein Teil der Bewegung, und ich war nicht so versessen darauf gewesen, einer Organisation beizutreten. Nachdem ich eine Weile nachgedacht hatte, entschied ich mich, dazu beizutragen, das

Verteidigungsministerium der BPP aufzubauen. Die BPP bestand damals aus verschiedenen Ministerien - dem Bildungsministerium, dem Kulturministerium etc.

Welche Aufgaben beinhaltete deine Stellung als Verteidigungsminister?

Ich nahm den Posten des Verteidigungsministers an, weil Huey Newton, der nominelle Verteidigungsminister, im Knast saß. Gleichzeitig wurde ich Mitglied des ersten Zentralkomitees, dem höchsten Entscheidungsgremium der BPP. Ich mußte zu verschiedenen Orten fahren und Seminare über Selbstverteidigung organisieren.

Es gab Kurse über technische Aspekte der Verteidigung und theoretische Seminare über Verteidigungsstrategien. Letztere beinhalteten theoretische Diskussionen, in denen die TeilnehmerInnen mit den Grundlagen der Kriegführung vertraut gemacht wurden. Die technischen Kurse bestanden in der realen Umsetzung von Verteidigungstechniken, z.B. die Verteidigung unserer Büros.

Kannst Du auch noch etwas zu den Community-Programmen der BPP sagen?

Das Engagement aller BPP-AktivistInnen in den Community-Programmen fand parallel zu allen anderen Aufgaben statt. Du mußtest gleichzeitig eine bestimmte Anzahl von Stunden im Freien Frühstücks-Programm, im Kleidungsvergabe-Programm und in den Gesundheitsversorgungs-Programmen mitarbeiten. Mitglied der BPP zu sein, war eine Vollzeitbeschäftigung. Außerdem mußten wir die politischen Bildungskurse aufrechterhalten, weil die politische Bildung für uns eine zentrale Bedeutung hatte. Es war eine ziemlich ausgefüllte Zeit.

Wann habt Ihr denn dann zum ersten Mal etwas von dem staatlichen Aufstandsbekämpfungsprogramm COINTELPRO mitbekommen und seine Auswirkungen auf die BPP gespürt?

Wir waren eigentlich von Anfang an , d.h. seit der Gründung der BPP 1966 in Oakland und lange bevor ich selbst nach Kalifornien kam, mit COINTELPRO-ähnlichen staatlichen Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen konfrontiert. Aber die staatlichen Angriffe eskalierten gegen Ende des Jahres 1968 und zu Beginn 1969. Das war kurz nachdem der damalige FBI-Direktor J. Edgar Hoover seine berüchtigte Rede über die nationale Sicherheit gehalten hatte, in der er die BPP als die größte Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA bezeichnete. Alleine im Jahr 1969 wurden 33 Mitglieder der BPP in den gesamten USA von der Polizei erschossen; Hunderte von Mitgliedern und SympathisantInnen landeten in den Knästen.

Nach deiner Ernennung zum Leiter der BPP-Ortsgruppe in Los Angeles im Februar 1969 wurdest Du automatisch als "führender schwarzer Extremist" in der Prioritätskategorie des "Nationalen Sicherheitsindex" des FBI geführt. Deine Fotos wurden an alle FBI-Büros im ganzen Land verschickt und im Hauptquartier der Polizei von Los Angeles wurde eine spezielle "Geronimo-Pratt-Einheit" gebildet, die sich ausschließlich mit deiner "Neutralisierung" beschäftigte. Wann hast Du zum ersten Mal die Auswirkungen dieser staatlichen Aufstandsbekämpfungsmethoden persönlich gespürt?

Als die Polizei vier Tage nach der Ermordung von Fred Hampton und Mark Clark am 8. Dezember 1969 in Chicago auf mich in meinem Bett geschossen hat - es war ein reiner Zufall, daß die Kugeln mich nicht trafen. Einige Monate vorher wurde ich auf der Straße von unbekannten Angreifern - drei Weiße in einem teuren Auto im Ghetto von East Los Angeles - angeschossen. Im Sommer 1969, als ich in Memphis, Tennessee war, um dort Arbeit für die BPP durchzuführen, wurde auch auf mich geschossen.

Ich war durch Vietnam daran gewöhnt, daß auf mich geschossen wurde. Wenn die Kugeln nahe an Dir dran sind, dann machen sie ein knackendes Geräusch. Diese Kugeln waren sehr nahe, und es war reines Glück, daß sie mich nicht trafen. Es gab ständig Angriffe wie diese auf mich und auf andere BPP-AktivistInnen im ganzen Land - entweder um mich auf diese Art zu liquidieren oder um mir irgendwelche Vergehen anhängen zu können. Diese Angriffe waren ziemlich regelmäßig.

Habt Ihr damals schon vorhergesehen, daß die BPP sich Ende 1969 in eine Eldridge-Cleaver- und Huey-Newton-Fraktion bzw. auch geografisch zwischen West- und Ostküste spalten würde?

Es gab Anzeichen dafür - keine Abspaltung, aber es gab immer eingeschleuste Spitzel, Provokateure, die einfach überall anwesend waren und ständig versuchten, Spaltungen innerhalb der Organisation zu provozieren. Wir mußten versuchen, sie zu identifizieren und rauszuschmeißen. Diese

Unterwanderungsversuche kamen aus verschiedenen Richtungen, teilweise auch von anderen Organisationen. Zum Teil spielte sich das als Auseinandersetzung zwischen schwarzen Organisationen ab - z.B. zwischen den Panthers und der sog. "United Slave Organization". Später stellte sich heraus, daß diese Organisation vom FBI finanziert wurde. Dann gab es die Anti-Castro-Cubaner - die sog. Guzanos - die gegen die Panther eingesetzt wurden, und natürlich den Ku-Klux-Klan und die faschistische John-Birch-Gesellschaft. Es gab immer irgendwen, irgendeine Organisation, die uns angriff, und zu diesem Zeitpunkt war es noch nicht so klar, daß diese Angriffe direkt vom FBI oder der CIA gesteuert wurden. Aber sie wurden zu einem ernsthaften Thema in unseren politischen Schulungsseminaren und unseren Arbeitsgruppen. Die Ergebnisse aus diesen Untersuchungen wurden dem Zentralkomitee vorgelegt. Einige Male wurde darüber gelacht, weil viele unserer führenden AktivistInnen nicht dachten, daß wir so wichtig wären, daß die USA ihre Zeit und Ressourcen darauf verschwenden würde, die CIA und das FBI auf uns anzusetzen.

Habt Ihr eigentlich auch mit weißen Organisationen zusammengearbeitet? Wie schätzt Du diese Bündnisse ein?

Wir hatten einige gute Beziehungen zu weißen Organisationen und vielen anderen Organisationen während des ganzen Zeitraums. Wir wurden sogar von einer betonter nationalistischen schwarzen Organisation ziemlich dafür kritisiert, daß wir mit Organisationen wie dem SDS (Students for a Democratic Society), den Weathermen und der gesamten kommunistischen Neuen Linken, den Jugendbündnissen, den Arbeiterparteien bis hin zur Kommunistischen Partei der USA zusammenarbeiteten. Es gab dabei natürlich auch Probleme, und im Rückblick muß ich mich selbst dafür kritisieren, wie unkritisch wir mit einigen dieser Gruppen zusammengearbeitet haben - wir mußten damals verschiedene Wege ausprobieren, mit den unterschiedlichen Kräften zusammenzuarbeiten, die sich angeblich alle in die gleiche Richtung bewegten.

Unser Verständnis war, daß unser gesamter Kampf auf einem Klassenkampf basierte, und daß unsere Gegner versuchen würden, den Rassenfaktor zu benutzen, um zu manipulieren und zu spalten - obwohl es immer so war, daß die Menschen aus anderen Nationen und Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft in Wirklichkeit unsere Verbündeten und Freunde waren und sind. Wir hatten ziemlich gute Beziehungen zu Weißen, zu Mexicanos und zu Native Americans und unterstützten immer eine "Vereinte Front". 1969 gab es zwei Konferenzen für eine "Vereinte Front", die ziemlich erfolgreich waren.

Wann hat sich die BPP dann auf nationaler Ebene gespalten ?

Die BPP verbreitete sich wie ein Buschfeuer. 1970 hatte die BPP ungefähr 15.000 Mitglieder. Wir wuchsen so schnell, daß die Führung versuchte, den Prozeß zu verlangsamen, und gucken mußte, was sich da entwickelte. Als Eldridge Cleaver 1969 die USA verlassen mußte, wuchs die BPP nicht nur in den USA, sondern auch international. Wir hatten Ortsverbände in Havanna, Algier und Kopenhagen. Es war nicht so einfach, die Art von Führung zu geben, die angemessen war, um gut zu arbeiten.

Wie stand es eigentlich mit der Beteiligung von Frauen in der BPP? In Gesprächen mit ehemaligen BPP-AktivistInnen - Männern und Frauen - wird immer wieder gesagt, daß Sexismus ein Grund dafür war, daß die BPP zerstört werden konnte. Wie siehst Du das im Rückblick ?

Als ich Mitglied des Zentralkomitees wurde, habe ich Frauenbefreiung immer unterstützt. Aber wir mußten eigentlich gar nichts unterstützen, weil die Genossinnen dafür sorgten, daß sie respektiert wurden, daß ihre Meinung gehört wurde und danach gehandelt wurde. Es gab einige sehr wunderbare und starke Genossinnen in der Partei, denen einfach zugehört wurde: Afeni Shakur, Cathleen Cleaver, Assata Shakur, und dann natürlich die Genossin, die als meine Ehefrau bezeichnet wurde, Sandra Pratt, um nur einige zu nennen. Wegen ihnen mußten wir uns mit unserem Sexismus und Machotum auseinandersetzen, weil sie die Auseinandersetzung mit uns führten. Wir respektierten und liebten sie, weil sie dafür sorgten, daß wir uns mit uns selbst auseinandersetzten und dadurch bessere Menschen wurden. Es ist wirklich ihr Verdienst, weil sie die Initiative ergriffen und wir viel von ihnen gelernt haben.

Wie bist Du denn dann im Knast gelandet, und was waren die Konstrukte, mit denen Du verurteilt wurdest ?

Ich wurde am 8. Dezember 1970 in Dallas, Texas aufgrund eines Haftbefehls wegen eines Schußwechsels mit der Polizei in Los Angeles 1969 verhaftet. Ein paar Monate später wurde ich von Texas nach Kalifornien ausgeliefert, um aufgrund dieser Anklage vor Gericht gestellt zu werden. Zu diesem Zeitpunkt war ich auch

wegen Mordes angeklagt - mir wurden einige Vergehen vorgeworfen, und einer davon war der Mord, wegen dem ich jetzt verurteilt bin. Zum Zeitpunkt der Anklage war dieser Mordvorwurf nur ein Anklagepunkt unter vielen, um die Bedingungen dafür zu schaffen, daß ich nicht durch die Hinterlegung einer Kaution freikommen konnte. Diese Mordanklage wurde von uns nicht sehr ernst genommen, weil der Staat das schon mehrmals so gemacht hatte. Ich war schon mehrmals vorher aufgrund derartiger Konstrukte verhaftet worden, nur damit sie mich ohne Kaution im Knast festhalten konnten. Daher war der wichtigste Anklagepunkt für uns damals dieser Schußwechsel, und die Mordanklage stellten wir hinten an. Erst später wurde es immer offensichtlicher, daß dies etwas war, was der Staat tatsächlich bis zu einer Verurteilung durchziehen wollte, und daß wir uns damit beschäftigen mußten.

In der BRD hat sich die RAF im April dafür entschieden, den bewaffneten Kampf bis auf weiteres auszusetzen, mit der Begründung, daß jetzt ein Raum für eine Neubestimmung und Diskussionen über den bewaffneten Kampf in den Metropolen entstehen müsse. Viele der ehemaligen Black Panther - sowohl im Knast als auch draußen - vertreten ja die These, daß sich diese Frage für die USA nicht stelle, da zum einen das Konzept der BPP immer bewaffnete Selbstverteidigung gewesen sei, und zum anderen die rassistischen Morde durch Polizei, Justiz und faschistische Organisationen in den USA kontinuierlich weitergehen und daraus die Notwendigkeit nach bewaffneter Selbstverteidigung weiter besteht. Hältst Du das Konzept der bewaffneten Selbstverteidigung für die African American Community weiterhin für relevant?

Eine Entscheidung für oder gegen den bewaffneten Kampf muß immer das Ergebnis einer politischen und ideologischen Diskussion sein. Im Moment denke ich, daß wir eine Volksabstimmung innerhalb der African American Nation organisieren und durchführen müssen. Es geht dabei um einen ähnlichen Prozeß wie in Puerto Rico - ob African Americans weiterhin ein Teil der USA bleiben wollen, oder ob sie nationale Unabhängigkeit wollen. Als erster Schritt dahin sollte es verschiedene Referenden (Volksbegehren) geben. Das ist zwar ein sehr legalistischer, aber auch ein sehr bewußter und genauer Prozeß, an dem sowohl alte als auch junge Menschen teilnehmen können, und in dessen Verlauf die Menschen über die Vor- und Nachteile von nationaler Unabhängigkeit aufgeklärt werden können. Meiner Ansicht nach ist das die Herangehensweise, der wir im Moment folgen sollten. Aber das ist meine persönliche Meinung.

An einem bestimmten Punkt, wenn die Referenden, die dem Volksentscheid vorangehen, darauf hindeuten, daß die Mehrheit unseres Volkes sich für nationale Unabhängigkeit entscheidet, dann können wir damit beginnen, Institutionen - d.h. die militärischen und wirtschaftlichen Institutionen und Bildungseinrichtungen - zu organisieren, die dann schon zum Zeitpunkt unserer tatsächlichen Befreiung etabliert sein können. Dieser Prozeß beinhaltet natürlich - in Kenntnis des Gegners, dem wir uns gegenüber sehen - auch Gewalt. Aber dann gäbe es eine legale Armee unsererseits, die am Befreiungskampf teilnimmt.

Wo diese unabhängige schwarze Nation dann entstehen soll, muß vom Volk in einem demokratischen Prozeß entschieden werden. Keine Einzelperson kann 1992 den Leuten sagen, daß wir unsere Nation in den fünf Staaten im Süden - d.h. North und South Carolina, Louisiana, Mississippi und Alabama - oder in Watts aufbauen werden. Das Volk wird entscheiden, was wir tun sollen. So ähnlich ist es übrigens auch mit dem Wiederaufbau der Black Panther Party - wenn die Menschen sagen, daß wir eine neue BPP benötigen, um unsere Befreiung zu erreichen, dann wird es auch eine neue BPP geben.

Angesichts der Rebellion in L.A. und aus Gesprächen mit schwarzen Jugendlichen scheint es mir eher so, daß sie viel mehr damit beschäftigt sind, ihr alltägliches Überleben zu sichern. Wie tretet Ihr überhaupt in Kontakt mit ihnen? Gibt es denn linke schwarze Kräfte, die diese Kids organisieren?

Es gibt eine ganze Menge Kräfte, die die Jugendlichen organisieren. Einige dieser Kräfte entscheiden sich bewußt dafür, die Jugendlichen dazu zu organisieren und zu erziehen, sich einfach wieder auf das System zu verlassen und sich anzupassen. Die meisten der Kids aus L.A. haben sehr klar gesagt, daß sie nicht mehr Teil des herrschenden Systems sein wollen; daß sie keine Lust mehr darauf haben, immer in der Position sein zu müssen, weiße Institutionen und deren VertreterInnen um Jobs, Sozialhilfe und Gesundheitsversorgung anbetteln zu müssen. Es ist fast unvermeidlich, daß sie von Autonomie reden, und obwohl sie noch nicht einmal richtig verstehen, was Unabhängigkeit und Souveränität bedeuten, ist es ihr tiefster Wunsch, in Ruhe gelassen zu werden, für sich selbst zu arbeiten. Sie haben keine Lust mehr, die Regierung um irgendetwas zu bitten. Das ist das stärkste Argument für nationale Unabhängigkeit. Hör ihnen einfach nur zu - von den Rappern bis hin zu denen, die jeden Sonntag in die Kirche gehen - sie wollen ihre eigenen Präsidenten oder

Premierminister haben, ihr eigenes Justizsystem, ihre eigenen Polizeikräfte, ihre eigenen Bildungseinrichtungen. Das ist es, was ich jeden Tag von ihnen zu hören bekomme - hier im Knast und von draußen. Ich bekomme viele Briefe von Jugendlichen, und wonach sie suchen, ist jemand, der oder die ihnen helfen kann, unsere große Nation aufzubauen. Es ist unwürdig, daß wir uns ständig auf die Old Masters, die alten Sklavenbesitzer, die uns sowieso nichts Gutes wollen, stützen. Ich denke, daß es viele Wege gibt, wie die Kids organisiert werden können, und sie werden organisiert, unabhängig davon, ob uns das paßt.

In Gesprächen mit einigen anderen BPP-Gefangenen haben diese immer wieder gesagt, daß sich das Klima in den Knästen unter den Gefangenen sehr verändert hat. In den 70er Jahren bis Mitte der 80er waren viele der sogenannten sozialen Gefangenen sehr politisch bewußt und haben sich auch in den Knästen organisiert. Aber jetzt scheint es ihnen so, als wenn die Jugendlichen, die in den Knästen landen, nur noch darauf aus sind, um jeden Preis ein Stück vom großen amerikanischen Traum zu bekommen, sehr auf ihren eigenen Vorteil bedacht, und daß es keine Solidarität mehr untereinander gibt. Entspricht das deinen eigenen Erfahrungen?

Das ist sicherlich ein Aspekt, und auch eine Folge der Reagan-Bush-Ära. Aber was ich auch bei ihnen spüre, ist, daß ihre Haltung darauf basiert: Sie wollen, was ihnen zusteht - nicht so sehr von dem System, sondern von dem Reichtum, der in den Hunderten von Jahren der Sklaverei angehäuft wurde. Was ich meistens von ihnen höre, ist, daß sie keine Lust mehr haben, einem System unterworfen zu sein, auf das sich sich nicht beziehen wollen. Sie wollen kein Teil des Systems sein, und sie wollen über ihr eigenes Schicksal bestimmen. Sie reden über Sachen, die wir als Reparationen definieren, aber sie verstehen das Wort Reparationen nicht, bis wir sie darüber aufklären, was das Wort bedeutet. Dann beginnen sie, mehr zu verstehen und sich selbst und ihre Wünsche in einen mehr ideologischen Zusammenhang zu stellen, in einen Zusammenhang, der ihnen logisch erscheint.

In diesem Zusammenhang stehen wir natürlich auch vor dem Problem, daß in den USA inzwischen über eine Millionen Menschen - davon ca. 30% African Americans - in den Knästen sind. Wir haben diese Entwicklung gesehen. Als die BPP vom Staat zerschlagen wurde, war klar, daß die Vorbilder für die jüngere Generation die Drogendealer und Zuhälter sein würden - das war genau das, was die US-Regierung erreichen wollte. Die nächste Entwicklung war die Entstehung der Gangs und der damit einhergehenden Gangster-Mentalität anstelle der revolutionären, progressiven Identität, die wir den Jugendlichen vermittelt hätten. Indem die US-Regierung die führenden AktivistInnen der progressiven Bewegungen liquidierte, in die Illegalität trieb oder in den Knästen begrub, wurden die Jugendlichen dem System ausgeliefert.

Wir haben nach Südafrika die zweitgrößte Anzahl von Gefangenen weltweit, und natürlich spielt Rassismus dabei eine Rolle. Viele der schwarzen Gefangenen, die ich hier treffe, kommen irgendwann raus und versuchen, sich auf der Straße für die Folter und Unterdrückung, die sie im Knast erleiden mußten, zu rächen. Sie rächen sich dann nicht an den Schließern oder anderen Vertretern des Systems, sondern an irgendeiner unschuldigen Person, die dann das Opfer des jahrelang aufgestauten Hasses wird. Im Knast haben wir jahrelang versucht, die rivalisierenden Mitglieder der Bloods und der Crips (die größten Jugendgangs in Los Angeles) zusammenzubringen, um zu verhindern, daß sie sich auf der Straße gegenseitig umbringen. Im Knast ist uns das vor ein paar Jahren schon gelungen, und jetzt hat sich diese Entwicklung auch auf der Straße ausgewirkt - die beiden Gangs haben während der Rebellion in Los Angeles einen Waffenstillstand geschlossen. Jetzt versucht der Staat - nachdem er die Bloods und Crisps nicht mehr gegeneinander aufhetzen kann - mexikanische und schwarze Jugendliche gegeneinander aufzuhetzen. Zu Zeiten von George Jackson in den 60ern waren wir schon einmal mit dieser Situation konfrontiert - die Gefangenen über Rassengrenzen hinweg zu organisieren und zum gemeinsamen Handeln zu bringen -, um den Manipulationen durch den Staat effektiven Widerstand entgegensetzen zu können. Denn alle diese Manipulationen zielen darauf ab, die Todesrate unter den Jugendlichen so hoch wie möglich zu halten. Es ist der einfachste Weg für den Staat, wenn sich die Kids gegenseitig umbringen.

Das ist auch einer der Gründe, warum Leute wie ich im Knast festgehalten werden. Der Staat weiß, daß Leute wie ich zu den Jugendlichen gehen und mit ihnen reden, ihnen die Wahrheit sagen. Der Staat weiß auch, daß diese Jugendlichen sehr viel Respekt für uns haben, weil wir niemanden verraten haben und unseren Prinzipien treu geblieben sind. Wie gesagt, es geht dabei nicht nur um mich, sondern um alle, die für die Prinzipien der Befreiung und grundsätzlicher Menschlichkeit für alle unterdrückten Völker eintreten.

Kannst Du etwas zu Deinen Knastbedingungen sagen?

Meine Knastbedingungen sind hart. Ich bin im Hochsicherheitsgefängnis, und nach 23 Jahren im Knast ist es in den USA unüblich, in einem Hochsicherheitstrakt festgehalten zu werden. Meiner Ansicht nach wurden einige der Gefängnisse, in denen die RAF-Gefangenen eingesperrt sind, nach dem Modell der Gefängnisse hier gebaut, weil Sicherheitsvertreter aus der BRD hierherkamen, sich Notizen machten, zurückgingen und dann die Hochsicherheitstrakte in der BRD bauten.

In den ersten acht Jahren meiner Haft war ich in vollständiger Einzelisolation. Danach wurden meine Haftbedingungen etwas gelockert, und jetzt bin ich wieder in einem Hochsicherheitsgefängnis. Die Bedingungen hier im Knast von Tahachepe sind sehr repressiv und basieren auf ständiger Bestrafung. Du bist ständig mit kleinen Schikanen konfrontiert, die dich daran hindern, deine Integrität zu wahren. Das reicht von den Essensbedingungen bis hin zur Gewalt - wenn Du zugucken mußt, wie ein Gefangener, der sich mit Schließern streitet, von den Sicherheitskräften aus dem Wachturm erschossen wird. Und natürlich die ständigen Lügen und Manipulationen.

Stell' Dir einfach das Aufstandsbekämpfungsprogramm COINTELPRO auf einem mikrokosmischen Maßstab vor. Tatsächlich haben wir in einigen Akten Beweise für die Existenz einer FBI-Operation namens PRISAC (Prison Activist Programme) gefunden. Diese Operation richtet sich gegen politisch aktive Gefangene und umspannt Maßnahmen von der Verbreitung von Gerüchten, dem Unterschlagen von Post, bis hin zum Fälschen von Briefen sowie der gezielten Ermordung von besonders aktiven Gefangenen bei inszenierten "Zwischenfällen". Für die Gefangenen bedeutet das einen ständigen Kriegszustand. In letzter Zeit sind mehrere Bücher erschienen, die das PRISAC-Programm enthüllen.

Mußt Du eigentlich im Knast arbeiten?

In den meisten Knästen müssen alle Gefangenen arbeiten, aber sie haben oft nicht genug Jobs für alle Gefangenen. Im Moment nehme ich an einem Architektur-Kurs teil. Arbeit ist immer mit Privilegien verbunden - wenn Du keinen Job hast, kannst Du keine Telefonanrufe machen, gibt es keinen Familienbesuch etc. Und natürlich wird es auch als Druckmittel benutzt, weil sie Dir auf Anordnung jeden Schließers diese Privilegien wieder streichen können. Ich habe z.B. zwei Jahre darauf gewartet, an diesem Kurs teilnehmen zu können.

Kämpfst Du denn darum, in einen anderen Knast verlegt zu werden?

Die ganze Zeit, und es wird ständig abgelehnt. Im letzten Sommer gab es eine Anordnung durch die Bewährungskommission, mich in ein anderes Gefängnis zu verlegen. Das Justizministerium hat das erst blockiert, und als sie nicht mehr ausweichen konnten, haben sie mich schließlich für 24 Stunden in einen anderen Knast verlegt, um mich dann sofort wieder hierher zu bringen.

In der BRD und in Westeuropa hat es immer wieder Hungerstreiks gegeben, um die Zusammenlegung von politischen Gefangenen in Gruppen durchzusetzen. Gibt es diese Forderung auch von BPP und BLA-Gefangenen?

Das war eine der Forderungen, die wir versuchten dadurch durchzusetzen, daß wir sagten, daß wir politische Gefangene sind, daß unsere Fälle auf internationaler Ebene behandelt werden sollen und daß wir als Kriegsgefangene behandelt werden sollen. Das wurde von der US-Regierung natürlich abgelehnt. Die Zusammenlegung in einer großen Gruppe war eines der Ziele dieser Forderung, die aber nicht durchgesetzt werden konnte. Die US-Regierung behauptet statt dessen, daß sie keine politischen Gefangenen hat. Ganz im Gegenteil - sie versuchen uns so weit wie möglich voneinander entfernt zu halten und versuchen, den Einfluß, den wir auf die anderen Gefangenen haben, so gering wie möglich zu halten.

Warst Du jemals mit anderen politischen Gefangenen zusammen?

Ich wurde dreimal vorgeladen, um in Prozessen von GenossInnen auszusagen - 1976 im Prozeß für Assata Shakur; 1988 im Prozeß von Marilyn Buck und Mutulu Shakur, die wegen der Befreiung von Assata Shakur zu 75 Jahren Knast verurteilt wurden, und 1989 wurde ich im Prozeß gegen Filiberto Ojeda Rios als den angeblichen Anführer der Macheteros in Puerto Rico auf seinen Wunsch vorgeladen. Während dieser Prozesse war ich kurz mit anderen politischen Gefangenen zusammen. 1980 waren Leonard Peltier und ich für

kurze Zeit zusammen im Los Angeles County Jail, aber wir wurden getrennt voneinander festgehalten - wir konnten uns nur zuwinken.

Wie ist das eigentlich mit den schwarzen Abgeordneten in den verschiedenen parlamentarischen Institutionen - unterstützen sie die Forderung nach der Freiheit für schwarze politische Gefangene?

Sie ziehen es vor, die Gefangenen zu individualisieren, weil sie größtenteils die Propaganda des Systems übernehmen, daß die US-Regierung keine politischen Gefangenen hat. Man muß verstehen, daß es innerhalb der New African Nation eine Klassenstruktur und einen Klassenwiderspruch gibt, was unvermeidbar ist, weil sich die schwarze Bourgeoisie innerhalb der Klassenstruktur des Systems bewegt. Wir haben eine schwarze Bourgeoisie, von der Malcolm X in einer Analogie als den "House Negroes" im Gegensatz zu den "Field Negroes" spricht. Der "Field Negro" lebt im Feld und hofft, daß dem Sklavenbesitzer etwas zustößt, während der "House Negro", der sich im Haus aufhält und dort lebt, hofft, daß der Sklavenbesitzer für immer lebt, weil er in seinem Haus lebt, von seinem Tisch ißt etc. Dieses Szenario entspricht der Realität, und Malcolm war es sehr wichtig, diesen Widerspruch an die Öffentlichkeit zu bringen. Die "House Negroes" machen alles ihnen mögliche, um das System aufrechtzuerhalten, dem wir versuchen zu entkommen.

Daraus ergeben sich auch noch einige andere Fragen, denn wenn ich sage "dem System entkommen", dann steht das im Gegensatz zu dem, was uns die US-Regierung vorwirft, wenn sie sagt, daß wir versuchen würden, die US-Regierung zu stürzen oder zu zerstören. Wir versuchen, von ihnen wegzukommen, und nicht so sehr ihre Regierung zu stürzen, sondern vielmehr unsere eigene Regierung aufzubauen. Viele Tatsachen werden einfach umgedreht, und alle mögliche Propaganda wird über uns verbreitet, um die illegalen Angriffe der US-Regierung zu rechtfertigen.

Um auf die schwarze Bourgeoisie zurückzukommen: Sie individualisieren die Gefangenen oft - sie haben sich vielleicht hinter Angela Davis gestellt und ihr geholfen, aus dem Knast rauszukommen, weil das gerade Mode war, und dann haben sie das Gefühl, als wenn sie etwas geleistet hätten. Oder sie unterstützen mich, weil ich in Vietnam gewesen bin. Und gleichzeitig lassen sie andere politische Gefangene im Stich - wie z.B. Sundiata Acoli, der seit 21 Jahren im Knast sitzt, oder die weißen antiimperialistischen Gefangenen Marilyn Buck und Laura Whitehorn.

Wir sind im Umgang mit der schwarzen Bourgeoisie mit einer Menge von Problemen konfrontiert. Es geht darum, daß wir versuchen, sie aufzuklären und ihnen die Realität vermitteln, so daß sie ihre Unterstützung ausweiten und ihre Entscheidungen von Prinzipien anstatt von Persönlichkeiten abhängig machen.

Du bist jetzt seit fast 23 Jahren im Knast und hast im Dezember 1992 deine nächste Anhörung für eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung, das sog. Parole Hearing. Rechnest Du damit, daß Du auf diesem Weg in nächster Zeit aus dem Knast rauskommst? (1)

Ob die Anhörung im Dezember überhaupt stattfinden wird, ist noch nicht bestätigt worden. Wie vielleicht bekannt ist, ist meine Position zu derartigen Anhörungen überhaupt nicht enthusiastisch, da ich für einen Mord verurteilt wurde, den ich nicht begangen habe, die Anhörung aber auf der Grundlage dieses Urteils stattfindet. Sieben Jahre lang habe ich mich aus prinzipiellen Gründen geweigert, an diesen Anhörungen teilzunehmen. Inzwischen sehe ich es so, daß es einfach darum geht, bestimmte Möglichkeiten auszuschöpfen, die uns zur Verfügung stehen, aber ich bin überhaupt nicht begeistert davon.

Es ist einfach eine Formalität, bei der die Anhörungskommission in bestimmten Zeitabständen deinen Fall überprüft und dann die Entlassung ablehnt. Normalerweise würde kein Gefangener so lange für das, wofür sie mich im Knast festhalten, im Knast bleiben. Ich kenne Gefangene, die nicht nur einmal, sondern schon mehrmals wegen ziemlich brutaler Morde im Knast waren und inzwischen wieder draußen sind. Die sog. "Parole Commission" ist eine hoch-politische Institution, deren Mitglieder ehemalige Beamte aus dem Sicherheitsapparat sind. Sie erhalten ihre Weisungen direkt aus Sacramento (der Hauptstadt von Kalifornien) und Washington DC.

Bei 2/3-Anhörungen von politischen Gefangenen aus der BRD wird oft verlangt, daß sie sich vom bewaffneten Kampf lossagen, um freigelassen zu werden. Ist das in den USA ähnlich?

Das kommt noch dazu, wenn auch nicht so direkt, sondern auf verdeckte Art und Weise. Ich sage natürlich offen, woran ich glaube. Ich verstecke meine politische Überzeugung nicht - und ich glaube, daß ihnen das

nicht gefällt. Bei einer dieser Anhörungen wurde mir vorgeworfen, daß ich, wenn ich aus dem Knast rauskäme, die BPP wieder ins Leben rufen und neu organisieren würde. Bei anderen Anhörungen wurde mir vorgeworfen, daß ich über ein ganzes revolutionäres Netzwerk verfüge, das ich sofort reaktivieren würde.

Gibt es denn für dich noch die Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens?

Das haben wir schon versucht. Jedes Mal, wenn neue Beweise dafür aufgetaucht sind, daß ich aufgrund von Konstrukten verurteilt wurde, sind wir wieder vor Gericht gegangen. Aber durch einige Manipulationen hinter den Kulissen landet mein Fall immer wieder vor demselben Richter, und dieser Richter wurde noch von Nixon ernannt. Nixon und der damalige FBI-Direktor J. Edgar Hoover haben alles dafür getan, um mich überhaupt in den Knast zu bringen. Richter, die von Nixon oder Reagan ernannt wurden, lesen sich noch nicht einmal die neuen Beweismaterialien durch - sie verwerfen derartige Fälle ganz einfach auf der Basis, daß wir "Terroristen" seien. Andere Richter, die gegen ein derartiges Vorgehen protestiert haben und es illegal genannt haben, werden kaltgestellt.

In der BRD werden zur Zeit einige politische Gefangene aus der RAF und dem Widerstand aus den Gefängnissen entlassen - zum Teil, weil die BRD-Regierung nach der sog. Wiedervereinigung versuchte, ihr "Menschenrechtsimage" international zu verbessern, und um behaupten zu können, das Kapitel eines revolutionären Widerstandes in der BRD sei endgültig abgeschlossen. In den USA befinden sich die Mehrheit der 50 BPP- und BLA-Gefangenen sowie die Gefangenen aus dem American Indian Movement seit über 15 Jahren im Knast. Aber seitens der US-Regierung scheint es keinerlei derartige Initiative für eine - auch bedingte - Freilassung dieser Gefangenen zu geben. Warum nicht?

Ich denke, der Hauptgrund ist die andauernde Angst der US-Regierung vor uns. Sie wissen, daß wir einen großen Bevölkerungsanteil stellen und daß wir mehr denn je die Fähigkeit und das Potential haben, uns selbst zu befreien. Daher versucht die US-Regierung ständig, uns zu spalten, zu unterdrücken, uns gegeneinander auszuspielen und aufzuwiegeln. Das geschieht nicht nur mit African Americans, sondern auch mit Mexicanos, Native Americans, Asian Americans - irgendwann werden sie sich ihrer Stärke, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, bewußt werden. Und in diesem Zusammenhang hat die US-Regierung natürlich auch Angst davor, daß die Wahrheit über die Aufstandsbekämpfungsprogramme und die politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen bekannt wird.

Das bedeutet für Dich dann wahrscheinlich, daß du davon ausgehst, daß Du nur durch eine politische Lösung Deine Freiheit erhalten wirst?

Ja. Die Ursache dafür, daß ich im Knast bin, liegt an der politischen Situation, und es wird eine politische Lösung sein, die zu meiner Freilassung führt. Nach so vielen Jahren hörst Du auf, so sehr darüber nachzudenken, ob du selbst freigelassen wirst. Natürlich - ich liebe die Freiheit und würde gern aus diesen Knästen rauskommen. Aber ich grüble nicht so viel darüber nach, weil mich das verrückt machen würde. Es ist weiter gefaßt - ich denke mehr über die Befreiung der Gesellschaft, über die Befreiung meines Volkes und die Gesamtsituation nach als über diese kleine unwesentliche Person, die sich bewußt einer Bewegung angeschlossen hat, um für die Befreiung ihres Volkes zu kämpfen.

Werden sich Deiner Einschätzung nach die Bedingungen unter Bill Clinton verbessern?

Zum einen hat Bill Clinton klar gesagt, daß er für mehr Knäste und Polizei sorgen wird. Er ist außerdem ein ausgewiesener Befürworter der Todesstrafe. Außerdem geht es darum, daß wir uns darauf konzentrieren müssen, unsere eigenen Strukturen und unsere eigene Nation aufzubauen, anstatt uns die Köpfe über noch einen weiteren weißen Mann zu zerbrechen. Im übrigen rede ich nicht von etwas Angelesenem oder einer Theorie, wenn ich von einer schwarzen Nation rede. Ich bin in einer Schwarzen Community aufgewachsen und habe praktische Erfahrungen damit gemacht, daß es einen Unterschied macht, wenn Menschen sich aufeinander beziehen und sich um einander kümmern.

Danke für das Gespräch.

Anmerkung:

(1) Die Anhörung hat nicht stattgefunden.

Die Postadresse des Genossen lautet:

Geronimo ji-Jaga Pratt B-40319

P.O.B. (1902B) 1C-208-U

Tehachapi, CA 93581

Die Adresse für Infos:

The International Campaign

to free Geronimo ji-Jaga Pratt

P.O.B. 3585

Oakland, CA 94609-0585

Tel. 0015102680979

34. "Kampf dem Patriachat" nicht nur eine rhetorische Parole

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Frauenbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:14

Wir drucken im folgenden einen uns zugesandten Beitrag von Männern aus der militanten Linken ab. Der Text befaßt sich mit der Frage: Linke Politik im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um Patriarchat und Feminismus. Der Beitrag wurde von uns gekürzt. (Sy.)

Die letzten Monate sind gekennzeichnet durch die verstärkte Diskussion um eine "neue" Bestimmung von revolutionärer linker Politik. Von der Absage an den bewaffneten Kampf bis zur "vorübergehenden" Einstellung bewaffneter Aktionen, von der Infragestellung internationalistischer Politik bis zur Suche nach dem "neuen" revolutionären Subjekt in der Gestalt des Flüchtlings, wird definiert und bestimmt, was Politik zu sein hat. So wird in diversen Papieren gesucht nach dem "neuen" Ansatz revolutionärer Politik. Vieles ist neu, und doch bleibt vieles beim Alten. Wir wollen mit diesem Text eingreifen. Eingreifen in die aktuelle Diskussion. Eingreifen als ein Zusammenhang von Männern aus der militanten Linken, die sich aber nach wie vor und zur Hauptsache in gemischten Gruppierungen bewegen.

Das Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern

In der ganzen Auseinandersetzung um die weitere Perspektive revolutionärer Politik scheint diese Frage kaum oder gar keine Bedeutung zu haben. Bei der RAF suchen wir in den neuesten Papieren vergeblich nach diesem Antagonismus. Einzig im Zusammenhang von "steigender Gewalt" in der Gesellschaft wird die Existenz von Frauen erkennbar, als Opfer, die von Lesben konkret im Kontext von Naziterror. Bei der RZ ist es schon mal anders. Während eine Ex-RZ (Revolutionäre Zelle, d.R.) in ihrem Auflösungspapier die verpaßte Chance beklagt: "(...) Historisch gesehen hätten wir vielleicht einen emanzipatorischen Beitrag zur Patriarchatsdiskussion leisten können, wenn es uns gelungen wäre, mit den Frauen der Roten Zora eine gemeinsame Politik zu entwickeln, anstatt ihnen durch unsere Ansichten und unser Verhalten die Trennung von uns nahezulegen. Aber das ist eine andere Geschichte." (RZ, Jan. 1992). Eine weitere RZ im Mai 1992: "(...) Wir begeben uns bewußt und sehenden Auges in einen Prozeß, dessen erklärtes Ziel die Verunsicherung und Demontage männlich dominierten Denkens und Handelns ist (...)". Wir stimmen mit dieser letzten Feststellung überein, müssen aber sogleich zur Kenntnis nehmen, daß es bei der RZ erstmal dabei bleibt.

Auch die weiteren Papiere sind bestimmt von diesem "Auslassen der Gewaltfrage zwischen den Geschlechtern". Die Ausnahme, wie sollte es auch anders sein, bilden Papiere, welche klar als von Frauen geschrieben erkannt werden können. Nach wie vor scheint die Auseinandersetzung um Patriarchat und Gewalt unter revolutionären Männern, wenn überhaupt, vor allem im "privaten" Beziehungsbereich stattzufinden. Im "politischen" Alltag findet sie ihren rhetorischen Niederschlag bestenfalls in der Parole "Kampf dem Patriarchat."

Es soll ein Ziel dieses Textes sein, die Trennung zwischen politisch und privat auch in diesem Bereich aufzuheben und darüber den revolutionären Prozeß unter Männern voranzutreiben. Um unsere Ausgangslage näher darzulegen, bedarf es noch einiger Klärungspunkte: Wir bezeichnen das aktuelle, weltweite und alles durchdringende Herrschaftsverhältnis als imperialistisches Patriarchat. Wir haben diesen Begriff von den Feministinnen übernommen. Patriarchat verstehen wir als politischen und ökonomischen Begriff. Er gründet im wesentlichen auf dem Männermonopol über die weibliche Fruchtbarkeit und Sexualität, der Anwendung aller Formen von Gewalt gegen Frauen, der Überausbeutung der umfassenden materiellen Produktion und Reproduktion der Frau und den dazu erforderlichen Ideologien.

Wir sind der Auffassung, daß die ökonomische Ausbeutung ein grundlegendes Element aller historischen Formationen des Patriarchats ist. Sie hat, besonders seit dem Aufkommen des bürgerlichen Patriarchats, die gewaltige Ausdehnung der technisch-industriellen Produktivkräfte hervorgebracht. Doch im Verlauf der verschiedenen historischen Epochen blieb das Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern die aller Entwicklung zugrundeliegende soziale Basis.

Die Geschichte ist also nicht nur das Produkt von "Klassenkämpfen", sondern noch grundlegender das Produkt des Gewaltverhältnisses zwischen den Geschlechtern. Wir verwenden den Begriff des "Gewaltverhältnisses", weil er unserer Meinung nach das umfassende Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis, dem Frauen im Patriarchat unterworfen sind, adäquater wiedergibt als die kaum entwickelte marxistische Kategorie der "ersten Klassenspaltung". Diese nimmt eine "natürliche" Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu ihrer Grundlage und besiegelt mit dem Umweg über Eigentums- und Klassenbildung den Nebenwiderspruchs-Charakter des Geschlechter-Verhältnisses im historischen Prozeß.

Aus diesen Überlegungen folgt für uns, daß "Imperialismus", "Kapitalismus", wie auch der (nicht mehr) "realexistierende Sozialismus" epochale Erscheinungsformen des Patriarchats sind. Sie sind zeitbedingte Idealform der Herrschaftssicherung des Patriarchats, innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Situation des jeweiligen historischen Prozesses.

Kapitalismus, Imperialismus, Sexismus und Rassismus bezeichnen somit ökonomische, politische, soziale und strukturelle Erscheinungsformen einer bestimmten Entwicklungsstufe des Patriarchats. Allesamt materielle Gewalt im weitesten Sinn, reproduzieren sie in ihrer Wechselbeziehung die Herrschaftsansprüche des Patriarchats.

Die entstellte Geschichte

Das Interesse jeder Herrschaft, die von ihr produzierten Gewaltverhältnisse zu kaschieren, dürfte auf der Hand liegen. So machen wir uns vergeblich auf den Weg, in der patriarchalen Geschichtsschreibung die Spuren des Geschlechterkampfes zu suchen. Auch die linke, klassenkämpferische Geschichtsschreibung widerspiegelt diese patriarchale Sichtweise. Nehmen wir also unseren Anspruch als linke Männer wahr und machen uns auf die Suche nach der von Frauen und ihren Kämpfen bestimmte Geschichte, so werden wir feststellen, daß diese Geschichte entstellt ist durch Vereinnahmungs- und Einebnungsversuche von Männern in ihren verschiedensten Ausdrucksformen. Dies haben die kämpfenden Frauen selbst vielfältig dokumentiert. Konstant wurden und werden Frauenkämpfe, die maßgebliche Beteiligung und Bestimmung von Frauen in sozialen Kämpfen, in ihrer Bedeutung herabgesetzt, totgeschwiegen oder - was nur eine andere Facette ist - auf das eigene, männliche Kampfkonto gebucht, als Kämpfe des Proletariats.

All denen, die vor der Autonomie der Frauen warnten und sie verunglimpften, saß immer die Angst vor dem eigenen Hegemonieverlust im Nacken. Der linke männliche Hegemonieanspruch drückt sich in den verschiedensten Verleumdungsversuchen aus: Vom "(klein-) bürgerlichen Feminismus" zum Reformismus-Vorwurf, von der "Dogmatismus-" bis zur "Spaltungs-" These. Gestützt auf den Klassen-Antagonismus sollen sie dazu dienen, Frauenkämpfe, die sich nicht in diesem Selbstverständnis bewegen, als konterrevolutionär hinzustellen. Der große Teil der Kämpfe von Frauen wurde und wird hingegen unter das große Dach der Gleichheit subsumiert. Am Maßstab des ökonomischen Kampfes zwischen unten und oben, zwischen "Proletariat" und "Bourgeoisie" setzen alle Bemühungen an, die Einheit zwischen Klassenkampf und Frauenkampf herbeizureden und die "korrekte" Zuordnung von Haupt- und Nebenwiderspruch politisch zu bestimmen.

Marxismus und Feminismus

Wir wollen an dieser Stelle auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern zu sprechen kommen, im Sinne des politischen Verhältnisses zwischen Marxismus und Feminismus. Dazu eine Vorbemerkung: Was die Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Bewegung betrifft, so gehört diese zum Erkenntnisprozeß über ihre innere Widersprüchlichkeit, mit dem Ziel, ihren proletarisch-revolutionären Kern herauszuarbeiten. Was die Klärung ihres Verhältnisses zum Feminismus betrifft, muß hingegen die Universalität des proletarischen Revolutionsbegriffs selber hinterfragt werden.

Wir möchten in diesem Zusammenhang an die Debatten der sozialistischen Parteien ausgangs des 19. Jahrhunderts erinnern: Von der sozialistischen Bewegung war der Feminismus lange Zeit zurückgewiesen worden. 1891 trat mit der Trennung von "marxistischem" und "bürgerlichem" Feminismus eine Wende in der Geschichte des Verhältnisses zwischen Marxismus und Feminismus ein. Es war der Beginn der marxistisch-feministischen Bewegung innerhalb der kommunistischen Bewegung. Bis zum Aufkommen des "Stalinismus" übte diese einen bedeutsamen Einfluß auf die Entwicklung des Feminismus aus. Der "Stalinismus" seinerseits erklärte sämtliche Klassenwidersprüche im "Sozialismus" für obsolet, löste 1930 die

Frauenabteilungen auf und ließ 1935 über die Komintern verlautbaren, daß es keine besondere "Frauenfrage" gäbe.

Diese Entwicklung gibt uns Auskunft über den inneren Entwicklungsprozeß der kommunistischen Bewegung hin zum Revisionismus. Das historische Schicksal" von Frauenbewegung und Feminismus in dieser Epoche kann u.E. jedoch nicht vom Standpunkt einer marxistischen Stalinismus- und Revisionismuskritik erklärt werden. Diese versucht den Niedergang der "Frauenemanzipation" immer nur als Nebenwiderspruch in den Zusammenhang eines allgemeinen Niedergangs der revolutionären Bewegung zu stellen. Der Zusammenhang besteht zwar für uns auch, doch beruht er u.E. auf einem grundsätzlichen Widerspruch: Die innere Dialektik der kommunistischen Bewegung und ihrer Organisationen beruhte auf politischen Prozessen verschiedener Klassensegmente des Proletariats und anderer Klassen. Sie stand im Zeichen politischer Flügelkämpfe bis hin zu offenen Machtkämpfen, in deren Verlauf sich die HERRschaft der Partei konsolidierte. Wenn diese Macht bestritten wurde, dann finden wir die Zeugnisse in der verschütteten zeitgenössischen Frauengeschichte (z.B. Clara Zetkin, Erinnerungen an Lenin). Es gab sie zweifellos, die Kämpfe der Frauen für ihre eigenen vitalen Interessen im allgemeinen revolutionären Aufbruch. Doch sie wurden - wohlverstanden unter prekären nationalen und internationalen Bedingungen - durch die vorherrschenden patriarchalen Klasseninteressen des Proletariats und seiner Partei im "sozialistischen Aufbau" unterdrückt.

"Das Sein bestimmt das Bewußtsein" (Karl Marx)

Unser Dasein als Männer ist bestimmt durch unsere objektive Stellung innerhalb des imperialistischen Patriarchats. Dieses Dasein, als weiße, metropolitane Männer ist das von Repräsentanten. Es findet seinen Bezug in den objektiven Gewaltverhältnissen, die den patriarchalen Alltag bestimmen, seien es Imperialismus, Kapitalismus oder Sexismus und Rassismus. Dies heißt nichts anderes, als daß wir in den Augen von Frauen, Schwarzen und Unterdrückten aus den drei Kontinenten und anderen Armutszonen potentielle oder manifeste Träger von Herrschaft sind. Einzig im Verhältnis um den "Besitz an den Produktionsmitteln", als ökonomischem Klassenmerkmal, kommt uns als proletarischen Männern die Stellung von nicht an Herrschaft Beteiligten zu. Dies mag unter anderem ein Grund für unsere - und die unserer sozialistischen Vorfahren - ökonomistische, klassenzentristische und duale Sichtweise sein. Nur da konnten und können wir Gewalt subjektiv erfahren. So konnte und durfte auch das Patriarchat nur als strukturelles Merkmal oder als Nebenwiderspruch auftreten. Jede Infragestellung dieses Paradigmas hätte den unweigerlichen Einsturz des gemeinsamen Dachs des Widerstands von Männern und Frauen bedeutet. Die Feststellung, daß die Unterdrückten und Ausgebeuteten ihre Unterdrückung, ihre Ausbeutung und ihren Widerstand definieren und nicht die Unterdrücker, bringt die eigenen potentiellen und reellen Privilegien von Herrschaftsbeteiligung in Gefahr. Diese Angriffe von unten konnten nur durch ein Zurückschlagen beantwortet werden, in seinen unterschiedlichsten Ausdrücken, von direkter Gewaltanwendung über Integration oder geschichtlicher Negation bis zum Bündnis mit dem Klassenfeind, der Männersolidarität im Patriarchat.

Die Gratwanderung ...

Wir haben gesagt, nur die Ausgebeuteten und Unterdrückten können ihrem Kampf eine revolutionäre Ausrichtung geben. Das hat zur Folge, daß ihre Definition von erfahrener Gewalt und ihr revolutionärer Kampf für uns als revolutionäre weiße Männer in den Metropolen Orientierung sein muß. Diese Orientierung setzt zwar das Anerkennen von Autonomie unbedingt voraus, darf aber die eigene revolutionäre Subjektivität nicht negieren. Es geht also nicht darum, allen Ansätzen von Widerstand kritiklos zu folgen und revolutionären Organisationen nachzubeten. Die fatalen Konsequenzen dieser Politik hat uns die reformistische Soli-Bewegung zur Genüge vorgezeichnet. Im weiteren hat auch die Entwicklung in der BRD und anderswo gezeigt, wie sich ein großer Teil der revolutionären Linken durch die Krise der Guerilla in reformistischen Positionen wiederfindet. Damit antipatriarchale Politik von Männern nicht durch anbiedernde Ausrichtung auf andere Subjektivität zur reformistischen Suche nach "herrschaftsfreien Lebensformen" innerhalb des Systems degeneriert, muß der eigene politische Kampf gegen das gesamte System gerichtet sein. D.h. nicht kurzsichtig und subjektivistisch nur gegen das Macho-Verhalten in den eigenen Reihen, aber auch nicht objektivistisch gegen Kapital und nebenbei gegen "Männerherrschaft" oder "patriarchale Strukturen", sondern gegen die gesamte hierarchische Organisierung des imperialistischen Patriarchats. Nur so kann die eigene antipatriarchale Subjektivität wirklich revolutionär sein.

Bis heute orientierte sich männliche Subjektivität ideologisch - wie auch immer sie sich im revolutionären Spektrum selber differenzierte - in letzter Konsequenz am Proletariat (mit oder ohne Zentralität der Arbeiterklasse). Vom proletarischen Klassenstandpunkt aus entwickelte sie auch die revolutionären Positionen zum Imperialismus. Das genügt uns nicht. Diesen männerzentrierten ökonomistischen Blickwinkel gilt es zu ändern. Das heißt zuerst mal, den Blick dafür zu schärfen, wie die anderen, die Frauen, die Schwarzen, die Unterdrückten und Ausgebeuteten in den weltweiten Armutszonen ihre Herrschaftsbedingungen wahrnehmen. Und wie sie ihnen ihre revolutionäre Subjektivität entgegensetzen. Unser Handeln muß sich zwar in einer unterstützenden Praxis zu ihnen wiederfinden, doch im Sinn eines andauernden Prozesses von Aufbrechen des Gewaltcharakters in der gesamten Gesellschaft hier. Darin kann es keine Reduzierung auf das "Gesellschaftliche" oder das "Private" geben.

Mit unserer Praxis und unserem Selbstverständnis bewegten wir uns lange Zeit auf dem ideologisch sicheren Boden des Kampfes gegen bürgerlichen Staat und Kapital, also der aktuellen Erscheinungsform des Patriarchats. Davon wollen wir nicht grundsätzlich Abstand nehmen. Anders ist einzig, daß wir uns darin selbst zum Gegenstand antipatriarchaler Kritik und Praxis machen. Das verändert den Charakter und die Schwerpunkte unseres Kampfes. Der politische Kampf wird zur Gratwanderung zwischen Kampf gegen Herrschaft, Aufkündigung von Herrschaftsbeteiligung und radikaler Überwindung der eigenen gesellschaftlichen Konditionierung - immer im Bewußtsein des Doppelcharakters unserer eigenen Subjektivität als revolutionäre Männer, die nur mit einem Fuß ihre objektive Stellung im imperialistischen Patriarchat verlassen können. Als weiße metropolitane Männer müssen wir mit dem hegemonialen Denken und Streben brechen. Wir können nur in einem offenen solidarischen Verhältnis zu den revolutionär kämpfenden Frauen, Schwarzen und Unterdrückten und Ausgebeuteten aus den Armutszonen unterstützend wirken und unseren eigenen Kampf führen. Wir lassen uns zwar durch den Blick von ganz unten leiten, doch erst die Verknüpfung mit unserem eigenen sozialen Sein erlaubt es uns, in der politischen Praxis eigene Kampfziele zu definieren. Das klare Bewußtsein um die Differenz zu Frauenkämpfen und der Kampf gegen alle Angriffe auf ihre autonome Strukturierung muß fester Bestandteil unserer Analysen, unserer praktischen Interventionen und unserer organisatorischen Überlegungen sein.

... und die Frage

nach Organisierung

Mit der Frage, wie wir uns organisieren sollen, stellen sich alte und neue Probleme ein. Jeder Organisationsansatz, sofern er auf's Ganze zielt, konfrontiert uns mit der historischen Erfahrung, daß er bereits das Prinzip der Machtergreifung und Machtausübung durch die Organisation in sich trägt. Das hat sich in männerdominierten Kollektiven und Parteien - das ist ideologisch und nicht quantitativ zu verstehen - immer gegen die Frauen ausgewirkt. Konkret, auf unsere linken Verhältnisse übertragen heißt dies, daß in gemischten politischen Zusammenhängen trotz und wegen der Beschwörung von "Gleichheit" und "Einheit" das Verhältnis zwischen den Geschlechtern unauflösbar von der männlichen Vorherrschaft geprägt ist.

Wie eine Organisierung unter der Bedingung der Unterschiedlichkeit der Kämpfe hier und weltweit für uns auszusehen hat, kann sich nur in der Praxis, im Prozeß schrittweise zeigen. Eines ist gewiß, die autonome Organisierung von Männern für eine umfassend revolutionäre Politik ist die adäquate Antwort auf den Geschlechter-Reformismus der gemischten Zusammenhänge. Sie schließt die autonome revolutionäre Organisierung der Frauen, Schwarzen usw. mit ein, leitet sich selber daraus ab.

Dem Vorwurf, wir würden spalten, halten wir entgegen, daß wir den "Geschlechter-Widerspruch" aus dem Gemauschel der gemischten Zusammenhänge herauslösen und ihn aus unserer Sicht seiner politischen Bestimmung zuführen, indem wir ihm auch einen organisatorischen Ausdruck geben.

Wir denken weiter, daß gemischte Zusammenhänge objektiv, als stille Übereinkunft zwischen den Geschlechtern, den Charakter von Bündnissen haben. Dieser wird größtenteils nicht als solcher erkannt, weil dieses Wahrnehmen sein latentes Gewaltverhältnis freilegen würde. Politisch kann diese Einheit von Gegensätzen in gemischten Zusammenhängen einzig von Frauen aufgebrochen werden, denn es gibt ein objektives patriarchales Männerinteresse an einer reformistischen Integration von Frauenpositionen. Allgemein gesprochen bedeutet dies, daß der "Geschlechter-Widerspruch" nur von den organisierten autonomen

politischen Kräften der Frauen, dem revolutionären Feminismus, in seine politische Form als Kampf der Gegensätze gebracht werden kann.

Als weiße, metropolitane linke Männer waren wir bis heute in gemischt-geschlechtlichen Zusammenhängen organisiert. Wir sind es noch, im Bewußtsein ihres vorübergehenden Bündnischarakters. Bleiben wir weiterhin drin, tragen wir objektiv dazu bei, daß patriarchale Verhältnisse reproduziert werden. Tatsache ist, daß es innerhalb solcher Bündnisse undenkbar ist, daß Männer ihre patriarchalen Privilegien ablegen, ja überhaupt ablegen können. Versuchen wir, diesen patriarchalen Verhältnissen von innen entgegenzuwirken, befinden wir uns in Frontstellung zu jenen Männern, welche ein Interesse daran haben, gemischte Strukturen aufrechtzuerhalten und dies auch ideologisieren. Schließlich entspricht es der inneren Dynamik dieser Strukturen, daß sie auf die physische und psychische Reproduktion durch Frauen angewiesen bleiben und bewußt oder unbewußt darauf zurückgreifen.

Zum jetzigen Zeitpunkt können wir uns vorstellen, daß es kurzfristige Bündnisse geben kann mit revolutionären Kräften der Frauen, Farbigen oder Menschen aus dem Süden und den Armutszonen. Bündnisse, aber nicht auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, wie es im allgemeinen mit reformistischen Kräften üblich ist, sondern unterstützende Zusammenschlüsse in einem unterstützenden Verhältnis. Unterstützend im Sinne, daß es für uns als Männer darum geht, in solchen Zusammenschlüssen mit Herrschaftsbeteiligung zu brechen. Die Differenz bleibt auch in solchen Bündnissen bestehen, es kann keine subjektive oder objektive Gleichheit geben. Gleichheit kann nie Programm sein. Nur so kann der Prozeß des Bruchs mit dem Patriarchat und den von ihm angebotenen Privilegien vorangetrieben werden.

TENKILE, Sept. 1992

35. Memento Stalingrad. "Wir schworen, Stalingrad dem Feind nicht zu überlassen." (Teil 1)

Rubrik: Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:31

"Stalingrad, das war die Hoffnung der versklavten Völker auf Befreiung von den Faschisten. Verbunden mit dem Namen dieser Stadt ist aber auch der Triumph der sowjetischen Kriegskunst. Bekanntlich träumten die Nazi-Generäle von einem Cannae, weil sie meinten, daß nur sie Einschließungsoperationen führen könnten. Über die sowjetischen Heerführer schrieben die Faschisten verächtlich, diese seien unfähig, die Truppenführung auf den Schlachtfeldern des modernen Krieges meisterhaft zu beherrschen. Aber gerade die sowjetischen Feldherren waren es, die den deutschen Faschisten bei Stalingrad das grandiose Cannae des 20. Jahrhunderts bereiteten." (1)

Zwar war die Blitzkriegsstrategie der Nazis schon Ende 1941 in der Sowjetunion gescheitert (vgl. ak 331), zwar hatte Hitler 1941 nicht in Moskau Weihnachten feiern können, waren bereits über 1 Millionen Deutsche in der Sowjetunion gefallen, hielt Leningrad weiter stand, aber die deutschen Truppen standen, trotz erster Erfolge der Roten Armee während der Winteroffensive 1942, tief in der Sowjetunion, hielten das Baltikum und Belorußland besetzt, weiterhin die Ukraine und die Moldauische SSR. Durch die Gegenoffensive des Feindes im Frühjahr 1942 war Rostow gefallen, die Krim besetzt worden und Sewastopol mußte nach neuneinhalb Monaten erbittertster Kämpfe aufgegeben werden. 90.000 Rotarmisten gerieten in faschistische Gefangenschaft.

Mit der Operation "Blau" begann am 28. Juli 1942 die deutsche Sommeroffensive mit dem erklärten Ziel, das Gebiet bis zum Don, ebenso den Kaukasus und die sowjetischen Ölfelder bei Majkop, Groznyi und Baku zu erobern und die Rüstungszentren der Sowjetunion bei Stalingrad sowie die Verkehrsverbindungen im Stalingrader Raum zu zerschlagen bzw. selbst zu nutzen.

Innerhalb eines Monats drangen die Verbände der Heeresgruppen A und B zwischen 150 bis 400 km weit nach Süden in sowjetisches Gebiet vor. Sie erreichten den Donbogen, nahmen Rostow ein und waren zu einer unmittelbaren Gefahr für Stalingrad und den Kaukasus geworden.

Dieser erhebliche Gebietsgewinn durch das Donezbecken und die reichen landwirtschaftlichen Gebiete am rechten Ufer des Don ging jedoch nicht einher mit der von Hitler und seinen Generälen geplanten Vernichtung der sowjetischen Verbände. Bei Woronesch (nördlich von Stalingrad) wurde nach erbittertem Widerstand der Roten Armee der Vormarsch aufgehalten und ihre großen Gruppenkontingente der Südwest- und Südfront wichen auf Befehl des Hauptquartiers (Stalin, Molotow und diverse hohe Militärs der Sowjetunion) (2) zum Don zurück, um einer Einkreisung durch die Naziarmee zuvorzukommen.

Von hier begannen die größten Schlachten des zweiten Weltkrieges - der Kampf um Stalingrad und um den Kaukasus -, die gleichzeitig und in engster operativ-strategischer Verbindung abliefen.

"Die unerwartet schnell und günstig verlaufenen Operationen gegen die Armeen Timoschenkos berechtigen zu der Hoffnung, daß es in kurzer Zeit gelingen wird, Sowjetrußland von der Verbindung mit dem Kaukasus, damit von seiner hauptsächlichen Ölversorgung und einem wesentlichen Zufuhrweg für englische und amerikanische Materiallieferungen abzuschneiden. Hiermit und mit dem Verlust der gesamten Donezindustrie wird der Sowjetunion ein Schlag zugefügt, der in seinen Auswirkungen unabsehbar ist." (Hitlers Weisung Nr. 44) (3)

Stalingrad und die Wolga, Geschichte und wirtschaftliche Bedeutung

Ende des 16. Jahrhunderts wurde Stalingrad unter dem Namen Zaryzin (Stadt der Zarin) als Grenzfestung im Wolgabogen gegründet, seit Beginn des 17. Jahrhunderts umgeben von einem Festungswall gegen drohende Angriffe aus der Steppe. Während des Bürgerkrieges 1918/19 hatten die Weißen unter General Kosnows die Stadt eingekreist und von allen Verbindungen nach Moskau und zum Nordkaukasus abgeschnitten, sie waren sogar schon in die Vororte eingedrungen.

Der erfolgreiche Abwehrkampf durch die Bolschewiki wurde von Stalin (dessen Namen die Stadt wenige Jahre später annahm) geleitet, zu dieser Zeit Vorsitzender des Kriegsrates des nordkaukasischen Militärbezirkes. Wie wichtig und bestärkend der Sieg der Bolschewiki für die Verteidiger Stalingrads 1942/43 war, zeigt ein

Aufruf der in Stalingrad kämpfenden 133. Panzerbrigade im September 1942: "Liebe Freunde! Die Heimat hat uns befohlen, Stalingrad zu halten. Das Volk fordert uns auf, am Feind für die leidgeprüfte russische Erde, für zerstörte Städte und Dörfer hart und mitleidlos Rache zu nehmen. (...) Die Helden der Zaryzin-Epopöe rufen uns auf, Stalingrad trotz aller Opfer und Entbehrungen zu behaupten. Sie, die Veteranen der heldenmütigen Verteidigung von Zaryzin, schreiben uns: ‚Überlaßt unsere geliebte Stadt nicht dem Feind (...) kämpft so, daß Euer Ruhm Jahrhunderte überdauert.` Und wir werden diesen Auftrag erfüllen (...)" (4)

Mit der beginnenden Ölförderung im Kaukasus und der Kohleförderung im Donezbecken entwickelte sich die Industriestadt Stalingrad wegen ihrer verkehrsgünstigen Lage als Eisenbahnknotenpunkt und als Hafenstadt an der Wolga (und damit zu einer Verbindung von 3.700 km durch die europäische Sowjetunion). Vor dem Krieg wurden über die Wolga bereits jährlich 30 Millionen Tonnen an Gütern und Rohstoffen transportiert, während des Krieges nahm die Bedeutung dieses Wasserweges noch erheblich zu.

In den zwanziger und dreißiger Jahren wurde Stalingrad systematisch industrialisiert. Neben Holz- und Lebensmittelindustrie und bedeutenden Raffinerien war die Stadt eine der leistungsstärksten Waffenproduzentinnen der Sowjetunion: Panzerstahl- und Artilleriegeschosse im Elektrostahlwerk "Krasny Oktjabr" ("Roter Oktober"), Panzerproduktion im Werk "Felix Dzerzinskij", Geschütze im "Barrikady". Alle drei Werke spielten während der Verteidigung und in den Kämpfen um Stalingrad eine wichtige Rolle.

Bei einer Fläche von 1.000 Quadratkilometern und mit ca. 500.000 Einwohnern 1939 war die Bevölkerungszahl durch tausende von Flüchtlingen 1942 auf fast eine Million angestiegen, für die Hitler dasselbe Schicksal geplant hatte wie (vergeblich) für Leningrad und Moskau: "Beim Eindringen in die Stadt solle, so befahl Hitler während der Lagebesprechung 1942, die gesamte männliche Bevölkerung beseitigt - (...) präziser vernichtet - werden, da Stalingrad mit seiner 1 Million zählenden durchweg kommunistischen Einwohnerschaft besonders gefährlich sei. Die weibliche Bevölkerung war zur Deportation bestimmt." (5)

Die Stalingrader Schlacht - 17. Juli bis 12. September 1942

"Die Stalingrader Schlacht begann Mitte Juli 1942. (...) Man kann sie in zwei Perioden einteilen: Einmal die Verteidigungskämpfe an den Zugängen nach Stalingrad und in der Stadt selbst vom 17. Juli bis 18. November 1942 und zum anderen in unsere Gegenoffensive und die Zerschlagung der starken gegnerischen Gruppierung vom 19. November 1942 bis 2. Februar 1943." (6)

Seit Ende Juni wurden unter größten Anstrengungen die Verteidigungsanlagen um Stalingrad ausgebaut und am 14. Juli über die Stadt der Kriegszustand verhängt. Es wurden vier Verteidigungsgürtel geschaffen. Der äußere umfaßte 500 Kilometer, der zweite (weiter innen gelegene) 150 Kilometer, der dritte etwa 70 Kilometer und der vierte von etwa 45 Kilometern bildete die eigentliche Stadtbefestigung. Von Oktober 1941 bis Februar 1943, schreibt der ehemalige Sekretär des Stalingrader Gebiets- und Stadtkomitees der KPdSU, A.S. Tschujanow, in seinen Memoiren, "(...) arbeiteten am Bau der Verteidigungsanlagen insgesamt 225.000 Arbeiter, Kolchosbauern, Angestellte, Hausfrauen, Schüler und Studenten. Es wurden 9.000 Fuhrwerke, über 1.000 Kraftfahrzeuge und 392 Traktoren dorthin geleitet. Die Gesamtstrecke der errichteten Anlagen betrug 3.860 Kilometer, insgesamt wurden 21,5 Millionen Kubikmeter Erde ausgehoben. In den wichtigsten Richtungen wurden Panzergräben, Steilhänge und Gegensteilhänge in einer Länge von 1.863 Kilometern und 203.500 Feuerstellungen angelegt." (7) Doch die in aller Eile und viel zu spät begonnenen Verteidigungsanlagen konnten die Faschisten nicht auf Dauer aus der Stadt fernhalten.

Gleichzeitig lief die Waffen- und Panzerproduktion auf Hochtouren, aus den Fabriken "Krasnj Oktjabr", "Felix Dzerzinskij" und "Barrikady" gingen die Waffen und Panzer direkt an die Front, selbst in den letzten Wochen vor der völligen Einstellung der Arbeit wurden im Traktorenwerk noch Hunderte von Panzern und Zugmaschinen instandgesetzt.

Der Angriff der 6. Armee der Heeresgruppe B unter Generaloberst Paulus in Richtung Stalingrad konnte zunächst von der 62. und 64. Armee zum Stehen gebracht werden. Im Verlauf dieser Kämpfe im Juli 1942 wurde Hitler und den Nazigenerälen langsam klar, daß sich das Schicksal des Kaukasus bei Stalingrad entscheiden würde, so Generaloberst Alfred Jodl. So wurde im Führerhauptquartier in Winniza (Ukraine) entschieden, die Paulus-Armee durch die vierte Panzerarmee und durch zwei rumänische Armeekorps zu verstärken. Am Morgen des 7. August begann der nächste Angriff der Hitlertruppen in Richtung Stalingrad. Bei Kalatsch, südwestlich von Stalingrad gelegen, wurden mehrere Divisionen der sowjetischen 62. Armee in

einem Kessel von ca. 6 km Durchmesser zusammengedrängt und "endgültig vernichtet". (8) Wassili Iwanowitsch Tschuikow, späterer Marschall der Sowjetunion, zu dieser Zeit stellvertretender Oberbefehlshaber der 64. Armee vor Stalingrad schreibt dazu:

"Die sechs Schützendivisionen der 62. Armee waren vom 8. bis 10. August (...) eingeschlossen. Der Oberbefehlshaber der 62. Armee, Lopatin, der diese Entwicklung vorausgesehen hatte, bat um Genehmigung, seine 6 Divisionen auf das linke Donufer zurückzuführen. Bedauerlicherweise faßten der Frontstab und das Hauptquartier keinen rechtzeitigen Entschluß zu diesem Vorschlag. Dieses Versäumnis kostete die Divisionen der 62. Armee hohe Verluste. Nur geringe Kräfte ohne technische Kampfmittel konnten nachts die Einschließung durchbrechen und wurden dann zur Neuformierung ins tiefe Hinterland verlegt." (9)

Mit starker Unterstützung von Görings Luftwaffe griff die 6. Armee am 6. August wiederum an, "konnte den in den Tagen zuvor errungenen Vernichtungserfolg (Hervorhebung ak) nur bedingt wiederholen", so die Diktion des 1990 vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegebenen Standardwerkes "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg".

Am 19. August begann der nächste große Angriff der Nazitruppen. Nördlich von Stalingrad erreichte die 6. Armee die Wolga und die Vorstädte der Stadt, im Südwesten näherte sich die 4. deutsche Panzerarmee. Am 23. August wurde Stalingrad mehr als zweitausendmal bombardiert. Sie wurde im wahrsten Sinne des Wortes in Schutt und Asche gebombt und loderte nachts wie eine riesige Fackel. Die Toten und Verletzten, insbesondere unter der Zivilbevölkerung in der übervölkerten Stadt, zu diesem Zeitpunkt noch nicht evakuiert, waren unzählbar.

Am 24. August wurden die Frauen und Kinder evakuiert und rund eine Woche später weitere 300.000 Zivilisten. Wassili Iwanowitsch Tschuikow berichtet davon, daß die Straßen durch Zivilpersonen verstopft und Familien von Kolchosbauern und Sowchosarbeitern mit ihrer gesamten Wirtschaft unterwegs waren. Alle strebten den Wolgaübergängen zu, trieben das Vieh fort und nahmen das wertvolle Inventar mit, damit es nicht dem Feind in die Hände fiele.

"Im Wasser detonieren von Zeit zu Zeit Granaten, aber das Feuer ist ungezielt und nicht gefährlich. Wir nähern uns dem Ufer. Man sieht von weitem, wie sich die Anlegestelle mit Menschen füllt. Aus Erdspalten,Trichtern und Deckungsgräben werden Verwundete getragen, Menschen mit Bündeln und Koffern tauchen auf. Alle streben zum Landungsplatz, von dem einzigen Wunsch beseelt, das linke Wolgaufer zu erreichen. Sie wollen möglichst weit von zerstörten Häusern und Wohnungen fort - von der Stadt, in der die Hölle ausgebrochen ist." (10)

Zwischen dem bereits im Herbst 1941 gegründeten Stadtverteidigungskomitee unter Leitung von A.S. Tschujanow und dem Hauptquartier soll es an der Frage der Evakuierung der Flüchtlinge große Auseinandersetzungen gegeben haben, in der sich das Hauptquartier durchsetzte, indem eben keine rechtzeitige Evakuierung stattfand. Andererseits war durch das lange Verbleiben der Bevölkerung in der Stadt und den Verzicht auf eine frühzeitige Demontage der Fabriken erreicht worden, die Verteidigungsringe um Stalingrad zu bauen und die örtliche Rüstungsindustrie aufrechtzuerhalten. Noch vor dem Herbst 1941 hatte man in der Stadt damit begonnen, ein Korps der Volkswehr aufzustellen, das hauptsächlich aus den Arbeitern des Traktorenwerkes bestand. Die Arbeiter waren an den von ihnen produzierten Panzern ausgebildet worden und am 23. August, als die Deutschen drei Kilometer vor dem Traktorenwerk standen, bildeten sie zusammen mit der 99. Panzerbrigade, die gerade in die Stadt gekommen war, mit einem Batallion der Marineinfanterie, das die Schiffe der Wolgaflottille stellten und mit Abteilungen bewaffneter Arbeiter der Betriebe "Krasnij Oktjabr" und "Barrikady" eine wichtigen Teil der Verteidigungstruppen Stalingrads.

Nikolai Iwanowitsch Krylow, späterer Marschall der Sowjetunion, in Stalingrad Stabschef der 62. Armee, zitiert in seinem Buch "Stalingrad, die entscheidende Schlacht des Zweiten Weltkriegs" Oberst Wilhelm Adam, den ehemaligen ersten Adjudanten der Paulus-Armee: "Der Gegner kämpfte um jeden Fußbreit Boden. Fast unglaublich mutete uns ein Bericht des Generals der Panzertruppe von Wietersheim an (...) nun aber berichtete er, daß die Einheiten der Roten Armee bei der Abwehr unseres Angriffs von der ganzen Bevölkerung Stalingrads mit der höchsten Entschlossenheit unterstützt wurden (...) nicht nur dadurch, daß Werke und große Gebäude in Festungen verwandelt wurden, vielmehr noch mit der Waffe. Arbeiter in werktäglicher Kleidung lagen tot auf dem Schlachtfeld, oft noch mit Gewehr oder Maschinenpistole in den

erstarrten Händen. Arbeiter umklammerten noch im Tod das Steuer abgeschossener Panzer. Das hatten wir noch nie erlebt." (11)

Nachdem sich Ende August die deutsche 4. Panzerarmee unter General Hoth und Paulus' 6. Armee von Süden und von Norden kommend vor Stalingrad vereinigt hatten und die Situation für die Verteidiger der Stadt äußerst bedrohlich war, wurden die sowjetischen Truppen auf den mittleren Verteidigungsring zurückgenommen. Diese Entscheidung fiel, wie auch sowjetische Militärhistoriker nach dem Krieg urteilten, zu spät, so daß sich zwischen der 62. und der 64. Roten Armee ein von dem Feind besetzter Korridor befand, der mit zwei Brückenköpfen nach und nach ausgebaut und lange Zeit nicht wieder eingenommen werden konnte.

Am 3. September 1942 schickte Stalin ein Telegramm an Marschall Shukow: "Die Lage bei Stalingrad hat sich verschlechtert. Der Gegner steht etwa drei Werst vor Stalingrad. Stalingrad kann heute oder morgen genommen werden, wenn unsere nördliche Heeresgruppe nicht sofort Hilfe leistet. Verlangen Sie von den Befehlshabern der Truppen nördlich und nordwestlich von Stalingrad, daß sie unverzüglich auf den Gegner losschlagen und den Stalingradern zu Hilfe eilen. Jeder Verzug ist unzulässig (...)" (12) So geschah es. Neu aufgestellte oder neu an die Front kommende Truppen führten besonders im Norden Entlastungsangriffe, die zwar nicht erfolgreich waren, immerhin aber die 6. Armee zwangen, einen Teil der Truppen, die für den Sturm der Stadt bestimmt waren, nach dem Norden abdrehen zu lassen, um ihre Flanke abzusichern. So wurde die Zeit gewonnen, die notwendig war, um die Verteidigung am inneren Ring zu organisieren und den Feind dort aufzuhalten.

Eine Atempause für die Stalingrader bedeutete das dennoch nicht. Obwohl die Entlastungsangriffe jenseits des deutschen Korridors einen Teil der gegnerischen Truppen auf sich zogen, blieb der Feind überlegen. Er hatte mehr Divisionen, mehr Geschütze und mehr Panzer. Während die Deutschen zu diesem Zeitpunkt noch über 500 Panzer verfügten, zählte die 62. Armee nur noch rund 60 intakte Maschinen. Vom sowjetischen Frontstab wurde zwar immer wieder bestätigt, daß Verstärkung aus dem Hinterland unterwegs sei, jedoch war über ihre Stärke und den Zeitpunkt ihrer Ankunft nichts bekannt.

Der Mamai-Hügel

In allen sowjetischen Veröffentlichungen spielt der Kampf um den Mamai-Hügel oder, wie dieser militärisch hieß, die Anhöhe 102,0 eine große Rolle. Bereits in der Stadt gelegen, zwischen dem Zentrum und den wichtigsten Betrieben, beherrschte der Hügel die Stadt und ermöglichte einen Überblick über ganz Stalingrad bis zur Wolga hin und über die Wolga hinaus.

Als sich die Hauptkampflinie der Stadt näherte, wurde der Armeestab und die Politabteilung in den Bunker auf den Mamai-Hügel verlegt, nicht weit entfernt von den Kämpfern, eine lebensnotwendige Maßnahme für eine flexible Truppenführung in der Stadt, die mehr und mehr selbst zum Schlachtfeld wurde.

Der wohl ausführlichste Chronist der Schlacht um und in Stalingrad, W.I. Krylow, beschreibt mit vielen konkreten Beispielen, wie entschlossen die in Stalingrad kämpfenden Truppen und die dagebliebene Bevölkerung sich gegen die Faschisten zu Wehr setzten. "Von jung auf kannte ich die Menschen an der Wolga als feste und beharrliche, häufig auch harte und launenhafte Menschen, wie die Wolga selber mit Herzen so groß wie der Strom. Das alles kennzeichnete auch die Stalingrader, die sich zusammen mit unseren Soldaten und Offizieren zum Schutz unserer Heimatstadt erhoben hatten und unter feindlichem Geschützfeuer in den Werken und an den Übersetzungsstellen arbeiteten, doch hatte sich die Festigkeit und Standhaftigkeit meiner Landsleute ebenso wie aller Verteidiger Stalingrads jetzt vervielfacht. (...) Als aber der Gefechtsstand faktisch im Weichbild der Stadt lag, konnten wir den Kampfgeist der Einwohner unmittelbar spüren.

Und erneut erfaßte uns das von Sewastopol und Odessa bekannte Gefühl der vollständigen Verschmelzung von Front und Hinterland, von Armee und Bevölkerung und es schärfte das Bewußtsein der Soldaten und Offiziere, daß sie für alles, was hier geschehen würde, verantwortlich waren.

In Stalingrad nahm diese Verantwortung ein besonders großes Ausmaß an. In den Befehlen der Vorgesetzten wurde die in einer solchen Situation gewohnte Forderung nicht wiederholt ‚Die Stadt ist unter keinen Umständen aufzugeben`. Diese Worte waren einfach überflüssig geworden." (13).

Am 12. September übernahm General Tschuikow, vorher Befehlshaber der 64. Roten Armee, den Oberbefehl über die 62. Armee in Stalingrad selbst, am 13. September begann der nächste Angriff der Faschisten in der

Stadt, nachdem Hitler Paulus hatte nach Winniza kommen lassen und ihm erneut befahl, Stalingrad innerhalb kürzester Frist einzunehmen.

Der Angriff begann wie immer mit einem Bombenflug nach dem anderen, dann setzte das Artillerie- und das Granatwerferfeuer ein. Die Angriffe, auch die Bombenangriffe, gingen in der Nacht weiter und obwohl die sowjetische Luftwaffe vom anderen Wolgaufer aus Gegenangriffe flog, waren sie doch den Messerschmitts und Junkers unterlegen. In allen Stadtvierteln wurde gekämpft. Am 14. September nahmen die Deutschen eine Seite des Mamai-Hügels ein. Es wurde gekämpft um jedes einzelne Gebäude, das als Stützpunkt verwendet werden konnte und um beliebige andere vorteilhafte Stellungen, darunter auch solche, die Straßenkreuzungen und Übergänge über die Schluchten in der Stadt kontrollierten. "Nachdem die Deutschen mit einigen Kolonnen in die Stadt eingedrungen waren (an einigen Stellen kam die Infanterie hinter den Panzern direkt mit Lastwagen an) und das Zentrum erreicht hatten, meinten sie wohl, mit Stalingrad sei bereits Schluß und sie benahmen sich entsprechend. Unsere Ordonnanzoffiziere, die direkt vor der Nase des Feindes die Ruinen passierten, erzählten später: ‚Ich habe gehört wie die Deutschen Mundharmonika spielten.` ‚Ich habe gesehen, wie sie vor ihren Panzern einen Freudentanz aufführten.` (...) Aber in eine sowjetische Stadt eindringen und sogar in das Stadtzentrum bedeutet noch nicht, diese Stadt erobern. In den Stadtvierteln, die zum Schlachtfeld geworden waren, formierte sich eine neue Verteidigungslinie. Aus den Fenstern, Kellern und heilgebliebenen Dachböden wurde auf die Landräuber geschossen, aus den Ruinen flogen Granaten und feuerten Granatwerfer, an geeigneten Stellen wurden Geschütze zu Direktfeuer eingesetzt." (14)

"Wir werden Stalingrad halten"

In dieser schwierigen Situation setzte am 14. September die 13. Gardeschützendivision unter General Rodimzew vom östlichen Wolgaufer nach Stalingrad über, der Transport erfolgte mit Motorfähren und Kriegsschiffen der Wolgaflottille, Schleppern und sogar mit Fischerbooten. Um das Übersetzen zu gewährleisten, wurde eine provisorische Führungsstelle der Armee in der Nähe eingerichtet, die die Landung der neuen Division deckte, ihr ihre Kampfaufträge mitteilte und zu den Stellungen geleitete. Die 13. Gardeschützendivision spielte in der weiteren Verteidigung der Stadt eine entscheidende Rolle. Sie kämpfte am Bahnhof Stalingrad I, der viermal von einer Hand in die andere überging, und schließlich von den Sowjettruppen gehalten wurde, sie kämpfte um den Mamai-Hügel und zumindest im Stadtzentrum wurden die Faschisten fürs erste zurückgeschlagen.

Tag für Tag und Nacht für Nacht wurde um jedes Gebäude gekämpft, in einzelnen Häusern hatten sich sowohl Deutsche als auch sowjetische Soldaten verschanzt. Die über die Wolga kommenden neuen Truppen gingen von der Anlegestelle aus sofort in dem Kampf. In kleinen Gruppen, den sogenannten Sturm- oder Stoßtruppen, griffen sie an oder verteidigten sie sich. Die Verluste waren sehr groß und der Munitionsverbrauch so hoch, daß es in den kämpfenden Einheiten fast keine Wurfgranaten, keine Patronen und keine Handgranaten mehr gab und wiederholt mit aufgepflanztem Bajonett, ja sogar mit Steinen, gekämpft werden mußte.

Am 24. September ging die Intensität der Kämpfe im Stadtzentrum zurück, die Deutschen hatten merklich weniger Panzer und Gefangene behaupteten, daß ihre Verbände bis zu zwei Dritteln an Menschen verloren hätten. Ab 27. September begannen die Kämpfe in den Arbeitervierteln der Werke "Krasnij Oktjabr", "Felix Dzerzinskij" und "Barrikady". Der Kriegsrat beschloß, die Arbeiter dieser drei Betriebe in die 62. Armee einzureihen. Von da an gab es im proletarischen Stalingrad keine Zivilisten mehr. Alle, die Waffen tragen konnten, gehörten zu den Verteidigern der Stadt. Einwohner, die in ihrem Bezirk jeden Hof, jede Querstraße und jede Gasse kannten, wurden freiwillige Helfer der militärischen Aufklärung, darunter auch viele Frauen. Immer wieder wurden zur Verstärkung neue Truppen über die Wolga gebracht, ebenso Artillerie und teilweise auch Panzer. Wenn die Schiffe entladen waren, nahmen sie auf der Rückfahrt die Verwundeten mit.

"Das Feldlazarett, das in der Stadt blieb, wurde in der Nähe der Fährstelle 62 stationiert und gehörte gewissermaßen dazu. In diesem Lazarett wurden dringende Operationen vorgenommen. Wir legten immer mehr Unterstände für die Verwundeten an, doch trafen wir alle Maßnahmen, damit sie nicht länger auf unserer Seite blieben, als absolut notwendig war. In der Regel mußte jedes Schiff, das über die Wolga kam, ob Panzerschiff oder Lastkahn, Verwundete mitnehmen. Sie wurden auch auf Ruderbooten abtransportiert." (15)

Am 14. Oktober begann der "Generalsturm" der Paulus-Armee, von den Verteidigern Stalingrads als die schwersten Tage beschrieben. In der Nacht vor dem 14. war es ungewöhnlich ruhig, so daß alle mit einem

erneuten Angriff rechneten, jedoch nicht wußten, wo er beginnen würde. Er begann im Industriebezirk beim Traktorenwerk und dem "Barrikady". Haus für Haus wurde in dem Arbeiterviertel gekämpft, deutsche Panzer eroberten das Traktorenwerk, Gruppen sowjetischer Soldaten waren eingekesselt, hatten sich in den Ruinen verschanzt und kämpften im Rücken des Gegners. Am Ende des Tages hatten die Deutschen durch das Traktorenwerk die Uferterrassen der Wolga erreicht. Nach der Eroberung des Traktorenwerkes nahm Paulus an, die 62. Armee sei vernichtet, doch die Faschisten wurden in den nächsten Tagen im Werk "Barrikady" zum Stehen gebracht.

Die Fährstellen konnten ebenfalls verteidigt werden. Das Werk "Barrikady" wurden im direkten Wortsinn eine Barrikade. Die Front verlief als Zickzacklinie durch die Werkshallen. "Krasnij Oktjabar" wurde schwer umkämpft, konnte jedoch von den Deutschen nicht eingenommen werden. In dieser sehr kritischen Situation kam endlich am 30. Oktober die 45. Division über die Wolga zur Hilfe, die mehr Zeit über den Fluß gebraucht hatte als jede andere. Viele Schiffe mußten unter dem starken Beschuß mehrmals zurückkehren, um dann einen erneuten Versuch zu wagen. Mit dem letzten Soldaten landete ebenfalls eine Kompagnie ganz neuer Panzer an und am 31. Oktober brachten die Panzerboote der Wolgaflottille ein weiteres Batallion. Am 7. November versuchte Paulus nochmals vergeblich, mit einen Angriff Stalingrad vollständig einzunehmen. Der letzte Angriff erfolgte am 18. November und wurde wiederum zurückgeschlagen, fielen die Soldaten, rechnete man mit der nächsten Verstärkung und verteidigte die letzten Stellungen: "Vor einiger Zeit hatten wir die Stellungen, die wir nachher nicht mehr halten konnten, als letzte bezeichnet. Die jetzigen Stellungen waren vorbehaltlos die letzten, denn dahinter konnte es schon keine mehr geben." (16)

Die Gegenoffensive

In der Nacht zum 19. November wurde Tschuikow mitgeteilt, daß per Telegraf ein wichtiger Befehl eintreffen würde. Gegen Mitternacht begann der Apparat endlich zu ticken. Die Gegenoffensive war da. "Wieviele Nächte waren vergangen, da niemand auf unserem Gefechtsstand die Augen schließen konnte, weil über die Wolga kommende Divisionen an der Hauptkampflinie eingesetzt werden mußten oder weil irgendwo ein Durchbruch des Gegners heranreifte oder aber die ganze Verteidigung in eine kritische Lage geriet. In dieser Nacht hinderte uns unsere freudige Erregung am Schlaf, der Gedanke, daß die Stunde nahte, da wir sagen konnten, wir haben trotz allem durchgehalten. Die Stabsoffiziere der Armee und die Mitarbeiter der Politabteilung eilten zu den Verbänden und Truppenteilen." (17)

Die Gegenoffensive war seit dem 12. September geplant worden. Nachdem in einer Besprechung im Hauptquartier besonders Shukow und Wassilewski darauf bestanden hatten, daß eine nachhaltige Lösung über eine aktive Verteidigung hinaus eine große Gegenoffensive verlange, mit dem Ziel, die ganze strategische Lage im Süden des Landes zugunsten der Roten Armee entscheidend zu verändern. Das staatliche Verteidigungskomitee und das Hauptquartier hielten die Vorbereitung und Durchführung dieser Gegenoffensive für die wichtigste Aufgabe bis Ende 1942. Stalin befahl strengste Geheimhaltung und verpflichtete die Generäle, mit niemandem, auch nicht mit den Mitgliedern des staatlichen Verteidigungskomitees, über die Grobplanung der Operation zu sprechen. Shukow und Wassilewski wurden in den Stalingrader Raum geschickt, um die für die Gegenoffensive notwendigen Erkundungen einzuziehen und die Lage genauestens zu studieren.

Ca. 150 bis 200 Kilometer vor Stalingrad sollte der Kessel geschlossen werden. Von der Südwestfront, die neu gebildet wurde, und von der Stalingrader Front im Norden. Die Fronten sollten mit neuen Panzern, Artillerie und Fliegerkräften entscheidend verstärkt werden. Ab 25. Oktober begannen die praktischen Vorbereitungen der Truppen und Stäbe aller Fronten. Durch die strenge Geheimhaltung war es gelungen, den Deutschen die geplante Gegenoffensive zu verheimlichen. Noch Anfang November meldete die deutsche Aufklärung, daß die Rote Armee bei Smolensk einen Angriff vorbereite und an der Wolga nur versuche, die deutschen Truppen aus dem Raum Stalingrad herauszudrängen.

In den ersten Novembertagen fand bei der Südwestfront eine ausführliche Beratung statt, in der bis ins letzte Detail alle Einzelheiten der Gegenoffensive besprochen wurden. Die Südwestfront begann den Angriff am 19. November und die Stalingrader Front am 20. November. Bereits am 23. November schlossen die beiden Fronten - unterstützt vom rechten Flügel der Donfront - den Ring vor Stalingrad. Die Deutschen wehrten sich erbittert gegen die Einschließung und konnten den weiteren Vormarsch der sowjetischen Truppen und damit das Engerziehen des Gürtels zunächst auch verhindern. Die sowjetischen Generäle, die bei ihren Plänen

davon ausgegangen waren, daß sich 80 bis 90.000 Deutsche im Kessel befinden, waren überrascht und nicht darauf vorbereitet, daß fast 300.000 Deutsche sich zwischen ihnen und der Wolga befanden. Ein neuer Plan wurde ausgearbeitet, der vorsah, die 6. Armee in drei Etappen anzugreifen. Hiermit sollte am 18. Dezember begonnen werden.

Dieser Plan mußte jedoch verschoben werden, weil die aus den Heeresgruppen B und A eiligst zusammengestellte Heeresgruppe Don unter Generalfeldmarschall von Manstein im Raum von Kotelnikowo im Süden versuchte, die Einschließung zu durchbrechen, um die 6. Armee zu entsetzen. Dieser "Wintergewitter" genannte Angriff begann am 12. Dezember an einer 140 km langen Front. Bis zum 16. Dezember gelang es Manstein, zum Fluß Axai vorzustoßen und sich dem Kessel bis auf 60 km zu nähern. Noch einmal nahmen die Kämpfe ein ungeheueres Ausmaß an und forderten große Opfer. Am 19. und 20. Dezember wurde um jeden Flecken Steppe pausenlos gekämpft, Ortschaften wechselten von einer Hand in die andere. Die eingesetzten sowjetischen Divisionen verloren weit über die Hälfte ihrer Soldaten. Zwar befand sich Manstein am 23. Dezember nur noch 33 bis 40 km von der eingeschlossenen Gruppierung entfernt, wurde dort jedoch endgültig zum Stehen gebracht und am 25. Dezember bis nach Kotelnikowo zurückgeschlagen, von wo die deutschen Truppen am 12. Dezember ihren Entsatzvorstoß angetreten hatten. Anfang Januar verlief die äußerste Front der sowjetischen Truppen bereits 200 bis 250 Kilometer westlich vom Kessel von Stalingrad.

Der Angriff auf die eingekesselte 6. Armee sollte am 10. Januar beginnen. Um weitere Opfer zu vermeiden, wurden mehrmals Freiwillige als Parlamentäre auf den Weg geschickt, um Paulus zu einer Kapitulation zu bewegen. An den jeweiligen Frontabschnitten wurde das Feuer eingestellt. Die Parlamentäre jedoch, die wohlbehalten durch die Drahtsperren der Deutschen gekommen waren, wurden gar nicht erst zu Paulus vorgelassen, sondern ihnen wurde nach kurzer Zeit mitgeteilt, daß die Kapitulationsbedingungen bekannt seien und das Oberkommando der deutschen Truppen die Annahme ablehne.

So begann am 10. Januar der letzte Angriff. Noch über zwei Wochen dauerten die Kämpfe, bis sich am 26. Januar die Vorhut der 21. sowjetischen Armee und Einheiten der 13. Schützendivision aus Stalingrad selbst unter General Rodimzew in der Arbeitersiedlung bei dem Werk "Krasnij Oktjabr" vereinten.

Am 31. Januar wurde Paulus mit seinem Stab durch die 64. Armee gefangengenommen: "Abends wurde der gefangene Feldmarschall Paulus zum Verhör beordert. Knarrend öffnete sich die Tür. Noch an der Schwelle fragte Paulus: ‚Wie erkenne ich, wer von den Herren Marschall Woronow und wer General Rokossowski ist`. Der Dolmetscher erklärte ihm das. Die Tür zum großen Zimmer, in dem Rokossowski und ich saßen, wurde geöffnet. Paulus trat ein. Er blieb stehen und grüßte schweigend. ‚Treten Sie bitte näher und nehmen sie Platz`, sagte ich ihm (...) ‚Sie werden aufgefordert, den immer noch kämpfenden deutschen Truppen unverzüglich den Befehl zu erteilen, alle Kampfhandlungen einzustellen, um ein weiteres unnötiges Blutvergießen und sinnlose Opfer zu vermeiden`. Paulus hörte aufmerksam dem Dolmetscher zu, seufzte und erwiderte mit Bedacht, daß er meiner Aufforderung leider nicht folgen könne, da er zur Zeit Kriegsgefangener sei und seine Befehle demzufolge nicht verbindlich seien." (18)

Paulus war auch trotz weiterer Vorhaltungen nicht bereit, seine Truppen zur Kapitulation aufzufordern. So begann am 1. Februar ein Trommelfeuer sowjetischer Artillerie und Katjuschas auf die deutschen Stellungen, unterstützt durch Bomben- und Schlachtflieger. Die Deutschen kapitulierten nach und nach, die ersten bereits eine Viertelstunde nach dem Beginn des Artilleriefeuers, die letzten am Morgen des 2. Februar. 91.000 deutsche Soldaten gingen in Gefangenschaft, darunter 2.500 Offiziere und 24 Generäle. In Stalingrad und Umgebung mußten rund 150.000 gefallene Deutsche begraben werden. "Die Überlebenden nahmen den Kampf nicht auf, sondern hoben die Hände, an ihren Bajonetten wehten weiße Lappen. Tausende von Gefangenen zogen an uns vorbei. Man brachte sie zur Wolga und über den Fluß, zu dem sie sich vergeblich sechs Monate hatten durchschlagen wollen. Unter ihnen waren viele Italiener, Ungarn und Rumänen. Die Soldaten und Unteroffiziere waren erschöpft und ihre Uniformen voll Ungeziefer. Sie trugen entsetzliche Lumpen und trotz 30 Grad Frost waren einige barfuß. Die meisten deutschen Offiziere sahen dagegen recht gut aus. Sie waren, wie Kavalleristen von ihren Pferden sagen, ‚gut im Futter` (...) " (19)

"Zwei weitere Tage vergingen und im Stadtzentrum auf dem Platz der gefallenen Kämpfer trat eine Großkundgebung zusammen. Dort, wo vor kurzem noch von überall her gefeuert wurde, dort, wo niemand am Leben geblieben wäre, der sich auch nur eine halbe Minute ungedeckt vorgewagt hätte, leuchteten in der Sonne dieses hellen Frosttages Fahnen und Transparente, spielten Orchester. Die Verbände der 62. Armee

und die anderen Truppen der Donfront betraten den Platz mit entrollten Fahnen. Auch Zilivisten waren zu sehen und gar nicht so wenige. Die Einwohner des südlichen Stadtbezirkes, des Kirow-Bezirkes, waren gleichfalls gekommen. Dort, am Verteidigungsabschnitt der 64. Armee, hatten das Bezirksparteikomitee und die Bezirksexekutive sowie mehrere Betriebe ihre Arbeit die ganze Zeit hindurch nicht eingestellt und jetzt begann sogar der Unterricht in einer Schule. Die Eisenbahner hatten eiligst mehrere Kilometer Strecke wieder in Ordnung gebracht und den ersten Zug zum Güterbahnhof gefahren. Recht viele Stalingrader waren in diesen ersten zwei Tagen vom anderen Wolgaufer zurückgekehrt. Die Menschen überquerten das Eis mit ihrer bescheidenen Habe auf kleinen Schlitten und viele nahmen einen kleinen Eisenofen mit, um den Keller zu beheizen, in dem sie wohnen würden. (...) Tschuikow sprach bewegt und leidenschaftlich: ‚Wir hatten den Befehl der Heimat, Stalingrad um jeden Preis zu halten. Wir wußten, daß es für uns am anderen Wolgaufer keinen Platz gibt. (...) Das Schicksal, daß die Faschisten in Stalingrad ereilt hat, wird alle Faschisten ereilen, die uns überfallen haben`. Damals konnte sich noch niemand von uns das Ausmaß und die Ergebnisse des an der Wolga errungenen Sieges vollständig vorstellen, in seiner ganzen Größe erfassen, was der Wendepunkt von Stalingrad im Großen Vaterländischen Krieg für unsere Heimat und für die ganze Menschheit bedeuten würde. Solche Dinge lassen sich nicht auf einmal begreifen." (20)

1945 beendeten die Soldaten der 62. Stalingrader Armee den Krieg mit dem Sturm auf Berlin.

B./Westberlin

Im nächsten AK folgt der Versuch einer Analyse der Motivation der Verteidiger von Stalingrad und der deutschen "Eroberer" der 6. Armee sowie der politischen Bedeutung des Sieges von Stalingrad, außerdem die Rezeptionsgeschichte der Schlacht insbesondere in der BRD, aber auch in der Sowjetunion.

Anmerkungen:

1) A. Wassilewski: Zwischen Don und Wolga, aus: Stalingrad. Lehren der Geschichte, Röderberg-Verlag, Frankfurt (Main), 1979

2) Zum "Hauptquartier" schreibt Wassilewski in seinen Memoiren: Sache des ganzen Lebens, Militärverlag der DDR, Berlin 1977: "Vor dem Krieg nahmen wir an, die Kampfhandlungen würde der Volkskommissar für Verteidigung mit dem 1938 gebildeten Hauptkriegsrat führen. Ein Hauptquartier war nicht vorgesehen. Aber bei Kriegsbeginn zeigte sich, daß die Führung des bewaffneten Kampfes besser und effektiver strukturiert sein mußte. Am 22. Juni wurden die Kampfhandlungen vom Hauptkriegsrat geführt, aber schon tags darauf wurde das Hauptquartier des Oberkommandos der Streitkräfte der UdSSR geschaffen. Ich würde sagen, daß es einen leicht demokratischen Anstrich hatte, denn an seiner Spitze stand nicht der oberste Befehlshaber (Stalin, Anm. ak), sondern ein Vorsitzender - der Volkskommissar für Verteidigung, Marschall der Sowjetunion S.K. Timoschenko. Ihm gehörten ferner Budjonny, Woroschilow, Shukow, Kusnezow, Molotow und Stalin an." Darüber hinaus nahmen weitere führende Militärs, Partei- und Staatsfunktionäre ihre Arbeit als ständige Berater im Hauptquartier auf.

3) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 6, Hrsg.: Militärgeschichtliches Forschungsamt, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1990

4) A. Wassilewski, s.o.

5) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, s.o.

6) A. Wassilewski aus "Stalingrad, Lehren der Geschichte", s.o.

7) Der große Vaterländische Krieg der Sowjetunion. Kurzer historischer Abriß, Militärverlag der DDR, Berlin 1975

8) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, s.o.

9) Wassili Iwanowitsch Tschuikow: Die Schlacht des Jahrhunderts, Militärverlag der DDR, Berlin 1980

10) Wassili Iwanowitsch Tschuikow: Anfang des Weges, zitiert nach: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, s.o.

11) N. Krylow: Stalingrad. Die entscheidende Schlacht des Zweiten Weltkriegs, Pahl Rugenstein Verlag, Köln 1981

12) G.K.Shukow: Erinnerungen und Gedanken, Militärverlag der DDR, 1976

13) N. Krylow, s.o. (Hervorhebung ak)

14) N. Krylow, s.o. (Hervorhebung ak)

15) N. Krylow, s.o.

16) N. Krylow, s.o.

17) N. Krylow, s.o.

18) N. Woronow: Die Vernichtung der Deutschen Faschistischen Truppen bei Stalingrad, aus: Lehren der Geschichte, s.o.

19) W.I. Tschuikow: Die Schlacht des Jahrhunderts, s.o.

20) N. Krylow, s.o. (Hervorhebung ak)

36. Primo Levi: Die dritte Seite

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:09

Primo Levi, der Anfang 1944 als jüdischer Partisan von Italien nach Auschwitz deportiert wurde, ist deutschen LeserInnen vor allem durch sein Buch "Ist das ein Mensch?" bekannt geworden. Dessen Thema, Sterben und Überleben in Auschwitz, kehrt auch in der jetzt in deutscher Übersetzung erschienenen Artikelsammlung "Die dritte Seite" mehrfach wieder.

"Der Kommandant von Auschwitz" (geschrieben 1960) heißt der erste Text, der nicht nur ein Porträt dieses "gefährlichsten Menschentyps des Jahrhunderts" entwirft, sondern auch die Frage nach den Besonderheiten des Rechtsnachfolgers Nazi-Deutschlands stellt: "Wer heute nach Deutschland reist, scheint dort Verhältnisse anzutreffen, wie man sie überall antrifft (...) Und doch liegt etwas in der Luft, was man anderswo nicht findet. Wer ihnen die schrecklichen Tatsachen der jüngeren Geschichte vorhält, trifft ganz selten auf Reue oder auch nur auf kritisches Bewußtsein. Sehr viel häufiger begegnet er unschlüssigen Reaktionen, in die hinein sich Schuldgefühle, Revanchegelüste und eine hartnäckige und anmaßende Ignoranz vermengen."

In dem Aufsatz "Auschwitz, stille Stadt" (geschrieben 1984) schildert Levi den Weg des deutschen Oberingenieurs Mertens in die Auschwitz angegliederten Buna-Werke. Der Vorgesetzte, unter dem Levi als studierter Chemiker Sklavenarbeit verrichten mußte, ein Mitläufer vom Typ Durchschnittsbürger, rechtfertigte sich nach dem Kriege damit, "er habe die Versetzung nach Auschwitz angenommen, um zu verhindern, daß an seiner Stelle ein Nazi hingehe; (...) von den Gaskammern habe er seinerzeit nichts gewußt, denn er habe nie jemanden irgendetwas gefragt." Jahre nach dem Krieg hat Levi an Mertens geschrieben: "Wenn Hitler an die Macht kommen, Europa verwüsten und Deutschland ruinieren konnte, dann deswegen, weil viele gute deutsche Bürger sich wie er verhalten hätten; sie hätten versucht, nicht hinzusehen, und darüber geschwiegen, was sie gesehen haben." Der Brief blieb unbeantwortet.

Neben Auschwitz behandeln die insgesamt 35 Artikel die unterschiedlichsten Themen: Sprachkritisches, die erste Mondlandung, eine allegorische Erzählung über die Demütigung der Menschen durch "Höhere Gewalt", eine kindliche Liebesgeschichte ("Liebe aus dem Baukasten"). Daß das alles ursprünglich auf der "dritten Seite" der Tageszeitung La Stampa veröffentlicht wurde, ist schon erstaunlich. Weniger überraschend ist, daß Primo Levi der Hauspostille des FIAT-Chefs Gianni Agnelli ein Vierteljahrhundert lang "fast ausnahmslos treu geblieben" ist, wie er selbst schreibt.

Levi gehört der in Deutschland fast nicht vorhandenen demokratischen "Mitte" an. Von "maximalistischen Slogans" wie dem pazifistischen Motto "Schwerter zu Pflugscharen" grenzt er sich ausdrücklich ab: "Ich würde eine schrittweise Umwandlung vorschlagen: Schwerter zu Schutzschilden, dann Schilde zu Pflugscharen, wenn es die Vorsicht zuläßt." ("Spieße zu Schutzschilden", 4.11.1981) Wer will, mag ihn wegen solcher Ansichten einen bürgerlichen Reformisten nennen. Heute, fast sechs Jahre nach Primo Levis Selbstmord und angesichts der Rechtsentwicklung, die mehr oder weniger dramatisch alle europäischen Länder erfaßt, dürfte die Lektüre der "dritten Seite" selbst ehemalige AnhängerInnen der Parole "Vogliamo tutto e subito" ("Wir wollen alles und zwar sofort") davon überzeugen, daß Levis Tod einen großen Verlust auch für die Linke bedeutet.

Js.

Primo Levi: Die dritte Seite. "Liebe aus dem Baukasten" und andere Erzählungen und Essays. Aus dem Italienischen von Hubert Thüring und Michael Kohlenbach, Basel und Frankfurt am Main

(Stroemfeld/Roter Stern) 1992, 210 Seiten, DM 38,-

37. Die Honigkuckuckskinder

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:15

Sommer 1942 in Italien: Ein Zug deutscher Sturmpioniere genießt den Urlaub im faschistischen Bruderland. Doch schon am nächsten Morgen befinden sie sich auf dem Weg in den Osten; nach Stalingrad - keiner wird lebend zurückkommen.

"Wenn man mit einer historischen Katastrophe vom Ausmaß Stalingrads konfrontiert ist, dann hat man bereits Schwierigkeiten, alles Leid zu zeigen, was damals wirklich passierte. Unser Film versucht, auf einer sehr menschlichen Ebene zu zeigen, was mit den Deutschen damals passiert ist." (Vilsmaier in einem Interview im Presseheft)

Daß Stalingrad eine menschliche Katastrophe war, sei unbestritten: ca. eine Million Tote auf beiden Seiten sind nun wahrlich kein Anlaß für Freudentänze. Andererseits war Stalingrad die Schlacht, die den Vormarsch der Faschisten im Osten stoppte, und damit - historisch betrachtet - ein Glücksfall; es kostete eben am Schluß 60 Millionen Menschenleben, den Faschismus zu schlagen.

Wenn man aber historische Ereignisse nur unter dem "menschlichen Aspekt" betrachtet, führt dies zwangsläufig zur ahistorischen und vermeintlich unpolitischen Beliebigkeit: "Vilsmaiers Krieg tobt im Jenseits der Geschichte" (Focus 3, 8.1.93). Stalingrad ist hier eben nicht die historische Entscheidung zwischen Zivilisation und Barbarei, sondern einfach eine x-beliebige Kesselschlacht, dargeboten mit den hinlänglich bekannten Stereotypen in Figurenzeichnung und Handlung.

Doch was heißt hier Figuren; Pappkameraden und Abziehbilder trifft es genauer: Da gibt es den bunt zusammengewürfelten Landserhaufen, fein säuberlich aufgeteilt auf die deutschen Regionen (Berliner, Hessen, Rheinländer etc.). Unter ihnen natürlich Männer aller Klassen und Schichten: Da steht der Prolet aus dem Ruhrpott neben dem adligen Leutnant. Ähnlich stereotyp auch die Zuordnung der Eigenschaften: der Prolet ist rauh aber herzlich, der Leutnant edelmütig aber unerfahren, der Rheinländer ein wenig doof, der Berliner frech etc. - eben ein verfilmtes "Landser"-Heft. Das bleibt auch so über den ganzen Film hinweg, die Figuren entwickeln sich nicht, ihre späteren Taten scheinen charakterlich vorbestimmt; sie gehen durch die Hölle, und es tut sich nichts - außer natürlich, daß sie sterben, aber das sollen sie ja auch, denn das ist ihre Bestimmung: Für Vilsmaier sind sie Pappkameraden, die allein dazu taugen, erschossen zu werden. Nun kann man ja behaupten, daß das auch ihre historische Vorbestimmung war. Das muß aber für den Regisseur noch nicht bedeuten, daß auch er sie aus der Feldherrenperspektive betrachten muß. Für Vilsmaier jedoch ist die Feldherrenperspektive die Erzählperspektive eines Regisseurs. Allerdings kann man "menschliche Tragödien" kleiner Soldaten unmöglich vom Feldherrenhügel aus erkennen. Denn von da oben wird die Schlacht zum Ornament, und die Menschen sind bestenfalls Material.

Zu dieser "Landser"-Dramaturgie paßt auch die Darstellung der höheren Dienstgrade, verkörpert in der Figur des absoluten Bösen, einem Hauptmann, und in der Figur des General Hentz, der General Paulus ist, aber nicht so genannt wird. Der Hauptmann ist einfach Böse, mit einem großen B; der General ist ein Zauderer: In seinen wenigen Szenen wird er nur einmal als entschlossen dargestellt: beim Rückzug.

Im Felde ungeschlagen ...

..., von einem zögerlichen und unentschlossenen Offiziersstab im Stich gelassen: Die deutschen Soldaten verlieren kein einziges Gefecht: eines endet im Patt, ein anderes wird unter hohen Verlusten gewonnen - von einem Strafbataillon, daß sich so seinen Respekt zurückgewinnt. Wie überhaupt die Darstellung der Deutschen geprägt ist von den sattsam bekannten Landser-Klischees aus der gleichnamigen Heftroman-Serie und Kriegsfilmen der 50er Jahre. So verwundert es denn auch nicht, daß Vilsmaier den spezifischen Charakter des Kriegs im Osten als physischen Ausrottungskrieg völlig negiert, ja in einer Sequenz sogar lügt: Ein hinter der Front gelegenes Dorf wird "evakuiert" und die Häuser werden angezündet, derweil die Bewohner von der Wehrmacht in die Schneewüste geschickt werden. Ein barbarischer Akt, der jedoch - gemessen an den historisch verbürgten Grausamkeiten - geradezu human wirkt: Der sowjetische Filmemacher Elem Klimov schilderte in "Komm und sieh" in aller Deutlichkeit, wie eine solche Vernichtungsaktion ablief: Die BewohnerInnen wurden zusammengetrieben, in ein Haus gesperrt, das dann angezündet wurde. Einsatzgruppen der Wehrmacht und Waffen-SS vernichteten so allein in Weißrußland weit über 600 Dörfer und

ermordeten ihre BewohnerInnen. Vilsmaiers "menschliche Betrachtungsweise" führt also von der Klischeedarstellung über die Verharmlosung bis hin zur offenen Lüge. "Ich wollte, so weit das überhaupt möglich ist, zeigen, wie das damals war." (Vilsmaier) Das ist ihm auch in Details nicht gelungen: Da schickt eine deutsche Frau ihrem Ehemann einen Feldpostbrief, in dem sie ihm die Affäre mit einem französischen Zwangsarbeiter beichtet. Realiter wäre der Brief unter den Bedingungen der Militärzensur nie an die Front gelangt und die Frau wäre standrechtlich erschossen worden. Die Perfidie dieser Sequenz liegt aber ganz woanders: Vilsmaier baut die Szene so auf, daß das Publikum zwangsläufig Mitleid mit dem "armen Frontschwein" zu empfinden hat, das so schmählich von der Heimat verraten wird. Diese Methode, mit melodramatischen Effekten die Gefühle des Publikums zu manipulieren, wurde bereits von den Nazis mit großem Erfolg praktiziert: "Jud Süß" (Regie: Veit Harlan) oder auch "Ohm Krüger" (Regie: Hans Steinhoff), die im Gewande des historischen Epos' melodramatische Familiengeschichten erzählen, die wiederum die faschistische Ideologie propagieren: So blieb damals vielen Besucherinnen von "Jud Süß" einzig die "geschändete" Kristina Söderbaum im Gedächtnis. Die antisemitische Substanz wurde dabei - trotz überdeutlicher Inszenierung - nicht wahrgenommen. Auch bei der Gestalt des absolut Bösen, Hauptmann Haller, arbeitet Vilsmaier mit melodramatischer Überspitzung. Haller ist schon bei seinem ersten Auftritt als Psychopath erkennbar, von dem der erfahrene Kinogänger sogleich weiß: der wird von den eigenen Leuten erschossen werden. Wie "Stalingrad" überhaupt unter seiner Vorhersehbarkeit leidet: so weiß man nach spätestens 30 Minuten, wie das Schicksal der einzelnen sein wird.

Der Nazi als Irrer, denn Haller ist der einzige, der wenigstens annähernd als Nazi zu erkennen ist, während ansonsten überzeugte Faschisten nicht vorkommen (sic!). Auffällig ist dabei die Ansiedlung der beiden Offiziere von Witzland und Haller im mittleren Dienstgrad. Beide sind absolute Größen; sie nehmen Positionen ein, die im bundesdeutschen Kriegsfilm der 50er Jahre als ambivalent und lernfähig dargestellt wurden. Von Witzland ist die klassische Joachim-Hansen-Figur, der untere mittlere Dienstgrad, bei seinen Leuten und doch entfernt - wobei er hier so plaziert wurde wie ein Offizier in einem US-Film, Steiner etwa aus dem gleichnamigen Peckinpah-Film, der zwischen und mit seinen Leuten lebt. Es gibt kaum Distanz zwischen dem Intellektuellen von Witzland und seiner Truppe: Die Versöhnung von Stirn und Faust. Dagegen Haller: In seiner grotesken Überzeichnung bleibt er verhältnismäßig singulär. Die beiden Figuren sind Repräsentanten: von Witzland für den Soldaten-Adel preußischer Prägung, dem u.a. auch der faschistische Film in seinem Fridericus-Rex-Zyklus huldigte; Haller steht für das Großbürgertum. Vilsmaier zeigt hier die Verbrüderung der soldatischen Tradition mit der kleinbürgerlich-proletarischen gegen das Großbürgertum - und das wiederum ist eines der zentralen Momente von Harlans Durchhaltefilm "Kolberg" aus dem Jahre 1945.

Was wegfällt, ist diese lernfähige Hansen-Figur, die im Kern das progressive Moment des Nachkriegs-Films war. Es gibt in "Stalingrad" kein progressives Element mehr, das auf eine Zukunft hindeutet, "Stalingrad" ist reiner Kult der Vergangenheit.

Andererseits bedient sich Vilsmaier ansonsten einer klar an Filmen wie "08/15" (Regie: Paul May) angelehnten Dramaturgie, verwendet auch identische Topoi. Das Kino der Ära Adenauer als Kino der Wiederbewaffnung, in dem die deutsche Armee reingewaschen wird von der historischen Schuld, in der aber auch gezeigt wird, daß die Charaktere etwas aus diesem Krieg gelernt haben: Die deutsche Armee der Zukunft ist eine andere - eine Unbedenklichkeitserklärung. Kohl als Enkel Adenauers, "Stalingrad" als endgültige Absolution getreu dem Motto: Wir waren alle nur kleine Befehlsempfänger und schließlich haben alle gelitten; als Appell an das Volk: Deutsche Soldaten zum Einsatz in aller Welt; die kleinbürgerliche Mentalität entspricht der Mentalität dieser Zeit. Und so verharmlost Vilsmaier, er verfälscht und lügt. Bei ihm werden aus den Dienern der faschistischen Wehrmacht schon fast Widerstandskämpfer: Als Haller die Erschießung russischer Partisanen befiehlt, steht die Einheit kurz vor der Meuterei. Der Zuschauer wartet nur auf den Moment, wo die Gewehre umgedreht werden. Mit der historischen Wahrheit hat das natürlich nichts zu tun. Es mag ja sein, daß einzelne Soldaten bei der Ausführung bestimmter Befehle von ihrem Gewissen geplagt wurden; Fälle wie der von Vilsmaier konstruierte sind jedoch nicht verbürgt und wenn, dann dürfte es sich um die berühmte Ausnahme von der Regel handeln. Wenn Vilsmaier jedoch eine solche Szene an zentraler Stelle in seinen Film einbaut, dann ist das - gewollt oder ungewollt - eine moralische Reinwaschung. Auf die Reinwaschung folgt die Feststellung, daß auch Antifaschismus kein Weg aus der Situation war. Personifiziert in der Figur des Otto, eines Angehörigen des Strafbataillons, der sich am Ende einen Kopfschuß verpaßt. Für Vilsmaier gibt es nur die Wahl zwischen Anpassung oder Selbstmord; Widerstand ist für ihn undenkbar.

Wie fast immer bei solch ideologisch bedenklichen Machwerken steckt auch hier der Teufel bzw. die teuflische Ideologie im Detail: Da treten "unsre Jungs" stets gut rasiert und mit perlweißen Zähnen gegen hohlwangige und unrasierte "Iwans" an. Tote scheint es nur auf deutscher Seite zu geben, sowjetische Tote kommen kaum vor. Vilsmaier interessiert sich nicht für die andere Seite, ihm geht es um das Leid der deutschen Soldaten, und so wurde aus der Rekonstruktion der Schlacht ein Klagelied auf den Untergang der 6. Armee. Nun wäre ja nichts dagegen zu sagen, daß Vilsmaier die Geschichte konsequent aus deutscher Sicht erzählt. Das wird dadurch problematisch, daß der "Feind" nicht nur negativ gezeigt wird, sondern durch seine Darstellung (s.o.) schon fast zum Untermenschen geworden ist.

Dabei läßt einen das Gemetzel kalt, selbst der Anblick eines durch eine Granate zweigeteilten Menschen löst keine Empfindungen aus, was aber nicht an der Abgebrühtheit des Zuschauers liegt, sondern am naiven Aufbau im Realismus Vilsmaierscher Prägung. Vilsmaier glaubt, daß die Zerstörung des menschlichen Körpers an sich schon schmerzhaft ist, Leid hervorbringt, und daß durch die simple Darstellung des Effektes Leid und Schmerz im Zuschauer erzeugt wird. Davon abgesehen, daß Schmerz individuell, bis zu einem gewissen Grad kontrollierbar ist, gibt es wenige Dinge, die so abstrakt sind für den Menschen wie die Zerstörung seines Körpers. Ein gebrochener Finger - der bei einem Menschen, der keinen Schmerz gewöhnt ist, zum Tod durch Schock führen kann - ist eine vorstellbare Größe; ein in der Mitte durchgerissener Körper nicht. Einen solchen Schock muß man aufbauen, d.h. man muß über die Darstellung kleinerer Gewalttaten zu dieser Tat kommen - wie bei einer Folter, die solche Szenen für den Zuschauer sein sollten, schließlich ist das alles kein Vergnügen. Vor allem aber muß man das Opfer der Gewalt zuvor als denkenden und fühlenden Menschen zeigen und nicht als Pappkamerad, bereit zum Abschuß. Oder soll dies die abstrakte Qualität des Krieges sein, gesehen aus der Perspektive eines vorbeilaufenden Überlebenden - selbst dann hätte man durch seine Erfahrung Schmerz nachvollziehbar machen müssen. Wie man so etwas überzeugend gestaltet, hätte Vilsmaier in Bernhard Wickis "Die Brücke" aus dem Jahre 1959 sehen können. Hier wirken die - vergleichsweise wenigen - harten Szenen wie ein Faustschlag in den Magen und so manches Bild bleibt einem über Jahrzehnte präsent.

"Stalingrad" ist eine der teuersten deutschen Nachkriegsproduktionen und findet in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit große Beachtung. Und natürlich wird er auch - zumindest bei deutschen Preisverleihungen - absahnen; wie in Bayern schon geschehen. "Stalingrad" wird die Teilung des deutschen Films in eine Zweiklassengesellschaft zementieren: Auf der einen Seite die "staatspolitisch wertvollen Filme der Nation" á la "Herbstmilch", "Schtonk!" etc. Auf der anderen Seite all die vielen "kleinen", aber sicherlich wichtigeren Filme neuer, aber auch bereits bekannter Filmemacher, die sich bemühen, die Realität dieses Landes zu erfassen: "Stau - jetzt geht's los" von Thomas Heise, "Nordkurve" von Adolf Winkelmann oder eben auch der antifaschistische Kinderfilm "Die Honigkuckuckskinder" von Willy Brunner. Die Großfilme werden bundesweit mit unzähligen Kopien gestartet, in den Medien breit verhandelt - selbst bei eher gemischter Rezeption wird allein durch die Streuung der Kritik genug Neugier auf diese Filme geweckt; ein Film, den man gesehen haben muß. "Kleine" Filme hingegen müssen inzwischen allzuoft von den Filmemachern selbst ins Kino gebracht werden: "Liebe auf den ersten Blick" von Rudolf Thome oder auch "Nordkurve" - was ganz nebenbei gesagt für die Filmemacher nochmal einen enormen finanziellen Aufwand auf eigenes Risiko bedeutet. Konkret: Ein Film "für die rechte Szene und Stimmung im Land" (ein Kölner Filmkritiker) wird zum großen Ereignis, und die vielen kritischen Filme versauern in den Archiven und erscheinen bestenfalls in den Spätprogrammen der Dritten. Und "Stalingrad" repräsentiert Deutschland im Ausland; da kann sich das Ausland wenigstens ein Bild von der - rechten - Lage der Nation machen.

"Stalingrad" und diese Zeit machen deutlich, daß es vielleicht gerade heute nötiger denn je ist, sich mit dem faschistischen Kino und seiner Ästhetik auseinanderzusetzten: Die Harlan-Retrospektive in Bonn ist so gesehen zur Zeit das sinnvollste wie mutigste filmische Unternehmen seit langem.

LG/Om aus Köln

BRD 92, R: Joseph Vilsmaier B: Johannes Heide K: Rolf Greim, Klaus Moderegger, Peter von Haller Schn.: Hannes Nikel M: Norbert J. Schneider D: Dominique Horwitz, Thomas Kretschmann, Jochen Nickl, Sebastian Rudolph, Dana Vavrova 150 Min.

38. Unwillige Bündnispartnerin. (Anmerkungen zu "Bündnispartnerin DDR", ak 350)

Die Flucht als Bewegung von der Peripherie zum Zentrum des Reichtums

Autor: Heinrich Eckhoff · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:23

Die folgenden Anmerkungen zu der von Knut Mellenthin in ak 347 begonnenen Debatte um die weltweite Migration sowie das bundesdeutsche Einwanderungs- und Asylrecht gehen bewußt von dem von ihm gewählten Ausgangspunkt, der innerhalb der PDS geführten Debatte, weg, denn diese ist letztlich auch für ihn nur ein Vehikel gewesen. Die Kritiken an seinen Überlegungen in ak 348 zeigen dann auch, daß es sich um eine generelle Problemstellung handelt. Es sind Überlegungen zu zwei Themenkreisen. Zunächst zum Problem Flucht und Migration, Metropolen und Dritte Welt sowie zur Frage "Flucht und/oder Entwicklung" in dieser Ausgabe des ak; dann zum Thema der Folgen der Migration innerhalb der Metropolen, dem Rassismus und der Haltung der Linken in ak 352.

1. Das Hauptproblem der linken Debatte scheint mir darin zu bestehen, daß sie im Kontext der Migration auf verschiedenen Ebenen lediglich anklägerisch tätig ist, vielleicht nur sein kann. Die heutige Fluchtbewegung ist zum großen Teil Ergebnis der vollständigen Durchdringung der Welt durch das Kapital und der daraus resultierenden "Arbeitsteilung" (dies in Anführungszeichen, da dieser Begriff selbst wieder irreführend ist, da es nicht einmal mehr eine Arbeitsteilung nach hohem und niedrigem Standard gibt, sondern nur noch eine nach alles oder null), der Aufteilung in Metropolen und Peripherien, in arm und reich.

Der Ruf nach offenen Grenzen ist nicht der des freien Individuums nach Bewegungsfreiheit überall auf diesem Erdball, nicht eingeengt durch nationale Grenzen, sondern es ist "nur" die Forderung nach der "Freiheit", sich bewegen zu dürfen von Regionen großer Armut zu den Zentren des Reichtums.

Als im vergangenen Jahrhundert die Menschen aus Europa zu Millionen das Land verließen und in die Städte flohen, als sie zu Millionen in die "neue Welt" auswanderten, gab es die begründete Hoffnung einer gesellschaftlichen Entwicklung, die für alle die Absicherung ihrer Existenz bringen könnte. Auch wenn für die Zustandsbeschreibung Einschränkungen gemacht werden müssen, so ist diese Vision für einen großen Teil der Menschheit in diesen Ländern eingetreten. Diese Teile der Erde bilden heute die Reichtumsregionen, woran auch die Unterschichten partizipieren.

Heute dagegen geht es im linken Diskurs eigentlich nur noch um die Frage einer anderen Verteilung, nicht um die Mehrung dieses Wohlstands. Der Begriff einer "gerechten Weltwirtschaftsordnung" bringt dies auf den Punkt: die Verteilung des bestehenden Reichtums. Damit sind wir als Sozialisten wieder beim Sozialismus als Utopie angelangt, weil die Gerechtigkeit von den Herrschenden und innerhalb der bestehenden Systemgrenzen gefordert wird und nicht als Ergebnis einer Entwicklung oder eines Kampfes gesehen wird.

Niemand traut heute den Staaten und Völkern außerhalb der kapitalistischen Metropolen eine Entwicklung zu, die diese in die Lage versetzt, diese "gerechten Verhältnisse" herbeizuzwingen. Anders als im Aufbruch der Neuen Linken in den sechziger und siebziger Jahren, als die Befreiung als ein Ergebnis der Entwicklung der Völker und Staaten der Dritten Welt angesehen wurde, wird heute umgekehrt die einzige Entwicklungsmöglichkeit in der Änderung der Politik und Ökonomie der Metropolen gesehen. Das Ergebnis dieser umgekehrten Denkrichtung ist, daß die Menschen der Dritten Welt nur noch als Opfer und nicht mehr als Handelnde, die Menschen der Ersten Welt pauschal als Täter und nicht mehr auch, soweit es die Unterschichten betrifft, als Opfer gesehen werden. Ergebnis davon wiederum ist, daß alle Migrationspolitik nur noch unter dem Schild der Schuld (500 Jahre Kolonialgeschichte) und Sühne (Wiedergutmachung) betrachtet wird oder daß in der Aufnahme von Flüchtlingen nur noch der Ausgleich für die derzeit stattfindende Ausbeutung der Dritten Welt gesehen wird.

So berechtigt und hilfreich diese Haltung vom moralischen Standpunkt ist (wobei ich moralische Vorstellungen durchaus als unabdingbare Voraussetzung der menschlichen Ethik und einer sozialistischen/linken Politik ansehe, insofern hier nicht "moralisierend" meine), so wenig ist dies schon Politik. Die Forderung nach Aufnahme der Flüchtlinge aus den Armutsgebieten ist eine humane, im christlichen Sinne eine barmherzige

Haltung. In der linken Agitation wird sie in der Regel verstärkt durch den Hinweis auf die Schuld der Metropolen am ökonomischen und gesellschaftlichen Zustand der Länder der Dritten Welt.

Nicht vertreten ist mit dem Eintreten für offene Grenzen der Metropolenländer ein Entwicklungskonzept zur Überwindung der Armut. Dies ist kein Vorwurf an sich, denn auch in meinen weiteren Ausführungen werde ich ein solches Konzept nicht vorweisen können, aber es ist ein Hinweis auf die Anforderung, der sich die Linke eigentlich stellen müßte. Gibt es Entwicklungsmöglichkeiten für diese Gesellschaften, gibt es sie innerhalb des herrschenden Systems, gibt es sie möglicherweise im antagonistischen Kampf gegen die bestehenden Metropolen, oder gibt es sie möglicherweise nur durch die Überwindung der gesamten herrschenden Ökonomie?

Jeder von uns würde jederzeit unterschreiben, daß es besser wäre, für Voraussetzungen zu sorgen, unter denen Menschen nicht zur Flucht gezwungen wären (auch wenn wir damit zumindest oberflächlich mit der Rechten konform gehen, bleibt dies dennoch richtig), d.h. weltweit Voraussetzungen menschenwürdigen Lebens existierten. Und obwohl dies ganz offensichtlich das zentrale Problem ist, beschäftigt sich die Linke hauptsächlich mit den Folgeproblemen der derzeitigen Weltordnung. Dies weist wiederum nur auf den Umstand hin, daß wir zu den ursächlichen Fragen keine Antworten haben und uns deshalb an den nachgeordneten, im Sinne von abgeleiteten Fragen aufhalten.

M.E. hat Knut Mellenthin richtigerweise darauf hingewiesen, daß bei einer Betrachtung des Gesamtproblems der Armutsflucht die Metropolenländer tatsächlich nicht mehr in der Lage sein würden, diese Flüchtlinge aufzunehmen, jedenfalls nicht bei Einhaltung des gegenwärtigen Sozial- und Wohlstandsniveaus. Nun kann man ja der Ansicht sein, daß dieses gesenkt werden kann, vielleicht auch der Gerechtigkeit halber gesenkt werden muß, dann muß man dies allerdings auch als Verzichtsparole in die politische Überzeugungsarbeit mit aufnehmen. Jedoch sollte auch hier nicht nur vordergründig argumentiert werden bzw. die Argumentation nicht durch Agitation ersetzt werden.

Es ist zwar richtig, daß in den Metropolen im Verhältnis zur Gesamtheit der Menschheit ein ungeheurer Reichtum akkumuliert worden ist, verteilt auf die Gesamtheit ist dieser Reichtum aber immer noch gering.

Gerade wenn man von der Vorstellung ausgeht, der Reichtum der Metropolen gründe sich auf die Armut der Peripherie, oder noch schärfer gefaßt, der Reichtum der Metropolen setze die Armut der Peripherie voraus (wie es die Mehrzahl der linken und marxistischen Ökonomen vertritt), dann folgt daraus auch, daß es keine Verteilung unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen geben kann, die auch nur annähernd einen dem heutigen Lebensstandard in den Industrieländern vergleichbaren Wohlstand für die gesamte Menschheit bringt.

Nun bleibt trotz dieser Betrachtung die Forderung nach einer gerechten Verteilung des Reichtums vom moralischen Standpunkt her gerechtfertigt, ebenso muß eine Veränderung in dieser Richtung ein politisches Ziel sein, aber die Forderung an sich ist weder Politik noch kann die Verteilung allein ein sinnvolles politisches Ziel sein, weil damit nicht Entwicklung sondern lediglich Verteilung des Bestehenden in Angriff genommen wird.

2. Veränderungen müßten in anderer Hinsicht gedacht werden. Wie Knut richtig beschreibt, konzentriert sich weltweit die Produktion von Industriegütern in den kapitalistischen Metropolen. Besonders deutlich wird dies an den Schlüsselindustrien Elektronik, Automobil- und Maschinenbau. Auf nur einige wenige Länder konzentriert sich beispielsweise die Automobilindustrie, sie wird hier monopolisiert, der Absatz aber läuft weltweit. (Diese von allen Industriezweigen nach wie vor wichtigste Produktion, ist sogar noch innerhalb der Ersten Welt monopolisiert, im wesentlichen in den USA, Japan, der BRD, Frankreich und Italien, mit Abstrichen folgen England und Schweden, danach kommen schon die hochindustrialisierten Ländern, in denen es nur eine lizensierte Automobilindustrie gibt wie beispielsweise Spanien.) Aber auch in solchen Bereichen des täglichen Bedarfs wie Zigaretten und Erfrischungsgetränke haben sich bestimmte Marken aus den Metropolen als Standard auch für die Dritte Welt durchgesetzt. Solange die Länder der Dritten Welt nicht einen deutlichen Teil ihres eigenen Konsums und vor allem des Investitionsgüterkonsums selber produzieren, solange wird es auch keine andere Verteilung des Reichtums geben. Würde aber umgekehrt durchgesetzt werden können, daß die Gesellschaften der Dritten Welt eine eigene Ökonomie aufbauen können, dann könnte es auf diesem Weg auch eine andere, und damit auch gerechtere Aufteilung des Reichtums geben. Dies wiederum könnte auch

bedeuten, daß es zu einer Minderung des Anteils der Ersten Welt kommt (und zwar nicht nur anteilsmäßig, sondern auch in toto), da die Produkte aus diesen Ländern nicht mehr konkurrenzlos in die Länder der Dritten Welt exportiert werden können. Die Gesamtinteressen legen nahe, daß eine solche Reichtumsproduktion innerhalb der Dritten Welt mit einer Reduzierung in den Metropolen verbunden sein muß (Stichwort Ökologie und Ressourcen), wozu diese aber nur politisch gezwungen werden können.

Dieser Widerspruch spiegelt sich auch in der wachsenden Erkenntnis in den Metropolen wider, daß die industrielle Entwicklung im gleichen Tempo, mit dem gleichen Ressourcenverbrauch, mit den gleichen ökologischen Folgen nicht weiterbetrieben werden darf. Dies verführt aber in den Metropolen gerade dazu, eine mögliche industrielle Entwicklung der Dritten Welt zu negieren. (Teilweise verbunden mit den romantisierenden, aber dann auch durchaus reaktionären und rassistischen Vorstellungen, diese Völker würden eben doch lieber so weiter leben.)

Der von der Mehrzahl der Länder der Dritten Welt eingeschlagene Weg, sich in der Entwicklung an den Metropolen zu orientieren, ist aber nicht mehr umkehrbar. Die Landflucht und die Verstädterung haben ein solches Ausmaß angenommen, daß beispielsweise eine Entwicklung auf landwirtschaftlicher Basis undenkbar geworden ist. Das Bevölkerungswachstum ist so groß, daß eine ausreichende (und nicht nur Mangelversorgung) der Menschen mit Lebensmitteln ohne industrielle Entwicklung nicht mehr möglich ist. Und nicht zuletzt hat sich ein großer Teil der Bevölkerungen in den Megastädten angesiedelt, in denen sie bei aller Armut dennoch einen Hauch dessen mitbekommen, was den Wohlstand in den Metropolen ausmacht. Auch diese Menschen werden, selbst wenn es die Möglichkeit gäbe und selbst dann, wenn es logisch, rational und ökonomisch gedacht einen Sinn gäbe, nicht wieder aufs Land zurückkehren. Dies trifft vor allem auf die in diesen Städten und Slums geborenen und aufgewachsenen Jugendlichen zu.

Die entscheidende Frage ist also, ob es innerhalb der kapitalistischen Logik eine Möglichkeit der Entwicklung für diese Länder gibt, was von den meisten linken, marxistischen Politökonomen verneint wird. Ist diese Annahme richtig, bleibt, jedenfalls nach der bestehenden Logik, nur die Flucht auf die Metropolen zu. Damit verarmen diese zwar nicht absolut, so daß in gewissem Umfang die Argumentation, die Aufnahmekapazität sei bei weitem noch nicht erreicht, stimmt; aber sie verarmen relativ, da der vorhandene Reichtum auf eine größere Anzahl von Menschen verteilt werden muß, denn von einer Steigerung der Reichtumsproduktion im gleichen Maße kann nicht ausgegangen werden. (Und es sollte auch ein Ende sein mit der Beliebigkeit der Argumentation: Während auf der einen Seite die Unerschöpflichkeit des Reichtums der Metropolen angeführt wird, verkünden die gleichen Propheten doch schon wieder eine kapitalistische Dauerkrise für das nächste Jahrzehnt.) Eine Entwicklung, in der der bestehende Reichtum unter allen, die Anspruch erheben, verteilt wird, wäre unter den herrschenden Verhältnissen nur denkbar, wenn die herrschenden politischen Klassen sie selbst einleiten würde. In diesem Zusammenhang sollte beispielsweise daran gedacht werden, daß noch jede Einwanderung nach Deutschland bisher von "Oben" diktiert worden ist. Eine solche Entwicklung würde aber zwangsläufig auch heißen, daß dieser Verteilungskampf auf die Unterschichten abgewälzt wird. Die Folge wären "sozialdarwinistische" Kämpfe, wenn es nicht gelingen sollte, den Gedanken des Klassenkampfes im ursprünglichen Sinne der die Interessenskonflikte der Unterschichten überwindenden Idee wieder zu verankern.

3. Die Forderung nach Offenen Grenzen wird in der Regel damit begründet, daß Menschen fliehen müssen, gar nicht oder zumindest nur ausnahmsweise mit der Forderung nach Freizügigkeit. Die Gründe für Flucht sind jedoch, worauf Knut richtig hinweist, vielfältig. Erschreckend in der jetzt begonnenen Debatte ist, daß über die unterschiedlichen Gründe gar nicht mehr nachgedacht werden darf, geschweige denn, diese beim Namen genannt werden dürfen, wie dies in der Antwort von Dieter Liehmann, Ulla Jelpke u.a. (siehe ak 348) auf Knut Mellenthin abzulesen ist. Noch erschreckender ist bei dieser Art der Debattenführung, daß in dieser Antwort nicht einmal der emanzipatorische Teil in der Aussage von Knut erkannt oder anerkannt wird. Er schreibt: "Das Problem besteht darin, daß Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, in die BRD einwandern wollen, dies nur durch das Nadelöhr ‚Asylrecht` tun können, daß also eine dringende Notlage zur Voraussetzung gemacht wird, was an sich schon unbillig ist. ... Sinnvoller wäre es, die ganze deutsch-staatliche Konstruktion, die ein Einwanderungsrecht nur als Asylrecht zuläßt, es also nur ‚politisch Verfolgten` zubilligt, (...) als Perversion des Denkens zurückzuweisen." Damit wird gerade gesagt, daß nicht das Verhungern oder die Drohung mit der Todesstrafe zur Voraussetzung der Aufnahme gemacht werden darf. Es wird von ihm schlicht akzeptiert, daß ein Mensch, eine Familie sich auch deshalb auf den Weg machen kann, weil sie in einem Land

mit höherem Lebensstandard leben möchte. Ihnen dies streitig machen zu wollen, ist nicht zu rechtfertigen, auch nicht - oder besser: schon gar nicht - mit dem Hinweis auf die Unsinnigkeiten in diesem System, denn niemand wird bestreiten können, daß es sich hier angenehmer lebt als in Armutsregionen. Umgekehrt bemerken diejenigen, die allen Flüchtlingen den Tod folgen lassen, gar nicht, daß sie Kriterien anlegen wie die staatlichen Stellen. Wenn der Staat postuliert, nur vom Tode Bedrohte dürften aufgenommen werden, dann muß eben allen der Tod drohen. Ehrenvoll, aber nicht sehr tragfähig und ganz und gar nicht im Sinne eines Kampfes für freie Bewegungsmöglichkeiten.

4. Offene Grenzen sind nicht nur ein Gebot der Moral, sondern auch des Gleichheitsgrundsatzes. Jeder Mensch sollte sich nach eigenem Ermessen auf der Welt bewegen können. Dies ist das Ideal, dem eine komplizierte Wirklichkeit gegenübersteht. Voraussetzung für die Verwirklichung wäre eine noch viel größere Reichtumsproduktion, da Menschen jederzeit und an jedem Ort mit vollständiger sozialer Gleichstellung eingebunden werden können müßten. Nun wird es jede und jeder für Blödsinn halten, wenn sich die Menschheit in ihrer Mehrheit in Europa versammeln würde. Wo jedoch quantitative oder qualitative Grenzen liegen, kann derzeit niemand sagen; daß es sie aber gibt, wird auch niemand ernsthaft bestreiten können. Das ist der Kern der "das-Boot-ist-voll-Argumentation", die in der Sache auch von Knut soweit aufgenommen worden ist, daß er sagt, diese Grenzen gibt es. Von der Sache her würde ich anders als Dieter Liehmann, Ulla Jelpke u.a. hier nicht widersprechen. Dieser Hinweis nutzt allen Beteiligten jedoch nur dann etwas, wenn man Hinweise darauf hat, wo es weitere Boote gibt. Denn umgekehrt gilt aus übergeordneten moralischen und ethischen Gründen: Selbst wenn man meint, objektiv feststellen zu können, wann das Boot voll ist, gibt es keinerlei Recht, diejenigen, die dann noch hineinwollen, die Aufnahme zu verweigern - außer man vertritt das Recht der Erstgekommenen oder das Recht der Stärkeren, und das ist gerade das, was gegenwärtig stattfindet.

Dennoch ergeben sich unterschiedliche Probleme aus den Wanderungsbewegungen, wenn sie das Ausmaß annehmen, wie angenommen werden muß. Dies ist zuallererst an der Entwicklung der Megastädte in den Ländern der Dritten Welt zu sehen. Diese sind nicht mehr in der Lage, den Zustrom einigermaßen sozial erträglich zu bewältigen. Sicher gibt es auch hier den Grund, daß eine reiche Oberschicht und eine wohlhabende Mittelschicht gut und zum gut Teil auf Kosten der Armen leben, aber ähnlich wie im oben beschriebenen Fall reichte eine einfache Verteilung des vorhandenen Reichtums nicht aus, um spürbaren Wohlstand für alle zu schaffen. Eine ähnliche Problematik würde in den Metropolen entstehen. Ein hoher Zustrom würde unweigerlich den Armutsanteil erhöhen und zwar auch durch Verarmung größerer Teile der angestammten Bevölkerung.

Es nützt linker Politik nichts, solche Probleme zu leugnen, so als könne alles immer nur gut gehen. Linke Politökonomen sprechen von einer aufziehenden Dauerrezession der gesamten kapitalistischen Wirtschaft. Aber gerade dann ist es völlig ausgeschlossen, daß mehr Menschen hier Arbeitsplätze und damit eine gesicherte Existenz erhalten.

5. Ein wichtiges Argument dafür, die Flüchtenden aufzunehmen, ist, die Metropolen hätten seit 500 Jahren die Peripherie ausgeplündert und beuteten noch heute die Dritte Welt aus. Nicht nur das Kapital, sondern die Menschen in den Metropolen schlechthin lebten von der Dritten Welt. Diese Aussage stimmt nur zum Teil, insbesondere die Schlußfolgerung muß relativiert werden. Als Marxisten gehen wir weiterhin davon aus, daß die Klasse der arbeitenden Menschen auch in den Metropolen nicht in den Genuß der insgesamt von ihr produzierten Güter kommt. Zwar werden die Menschen in den Metropolen im Verhältnis besser bezahlt, zwar gibt es eine große Schicht, die allein aus dem Surplus bezahlt wird, aber nach wie vor wird der Hauptanteil der Reichtümer der Metropolen in diesen selbst und hier von den abhängig Beschäftigten produziert. Man kann die Menschen hier mit dem von Engels geprägten Begriff der Arbeiteraristokratie vergleichen, jedoch leben und reproduzieren sie sich aus den Ergebnissen eigener Arbeit und nicht der der Menschen der Dritten Welt.

Und wenn auch bei den Menschen in den Metropolen die Erkenntnis wächst, daß ein Teil des hier verlebten Reichtums der Armut der Dritten Welt geschuldet ist, so wissen sie gleichzeitig auch, daß es nur ein Teil ist, daß der wesentliche Teil ihrer eigenen Arbeit, ihrem Leiden, der Schädigung ihrer Gesundheit entspringt. Die Forderung, dies aufzugeben, zu teilen, ist zwar gut gemeint, moralisch integer, aber politisch weder durchsetzbar, außer durch Diktat, noch ohne weiteres zuzumuten, jedenfalls solange wie den Menschen nicht ein wirkliches Äquivalent in anderer Form geboten wird bzw. als erstrebenswert erscheint.

6. Bei einigem Nachdenken liegt es auf der Hand, daß es nicht besonders sinnvoll ist, die Wanderungsbewegung in einige Zentren zu propagieren. Selbstverständlich wäre es sinnvoller, in den Ländern, deren soziale, politische und ökonomische Verhältnisse zur Flucht anregen oder zwingen, Verhältnisse zu schaffen, die den Menschen lebenswert erscheinen. Dies zeigt am Besten das Beispiel der USA, in die nach wie vor Hunderttausende Latinos strömen, hier aber genauso wie in ihren Heimatländern in den Slums landen. Das Beispiel der USA zeigt aber umgekehrt auch, daß selbst die erschreckendsten Lebensumstände in den Metropolen diese Flucht nicht aufhalten werden.

Bei einigem Nachdenken wäre es auch sinnvoller, daß die Metropolen anerkennen, Einwanderungsländer zu sein, in einem Rahmen, der es erlaubt, für die einwandernden Menschen sozial abgesicherte und human gesicherte Existenzen zu schaffen. Aber auch wenn sie es wären, wäre damit nur ein kleiner Teil der Probleme gelöst, denn man muß auch erkennen, daß "die Flüchtlinge" keine einheitliche Masse sind, keine übereinstimmende Interessenslage haben. Die von außen kommenden Menschen drängen auf ungehinderte Zuwanderung. Die Menschen in den Zielländern fürchten um ihren Wohlstand, aber selbst die, die angekommen sind, haben nicht mehr die gleiche Lage, wie die noch Kommenden. Man sollte nicht so tun, als gäbe es aus dieser Problemlage einen einfachen Ausweg. Es gibt, anders als im einfachen Geradeausdenken, auch im menschlichen Leben nichttransitive Probleme. Solche Probleme lassen sich eben nicht eindeutig in eine Richtung lösen. Der Interessenskonflikt zwischen der Mehrzahl der Menschen in den Metropolen und den Menschen in der Dritten Welt ist ein solches Problem. Löst man diese Problem zugunsten einer Seite, oder propagiert man die Lösung des Problems zugunsten einer Seite, wird man der jeweils anderen Seite nicht gerecht. Die Linke stiehlt sich aus diesem Interessenskonflikt in der Regel dadurch heraus, daß sie den sozialen Kampf innerhalb der Metropolen völlig abkoppelt von den Problemen der Dritten Welt und der Armutsflucht oder indem sie sich in Bezug auf die Armutsflucht nur noch um das Problem der Fremden- und Ausländerfeindlichkeit sowie des Rassismus kümmert.

Ein Schritt nach vorn wäre eine solche Beschränkung, inklusive der Ausklammerung der sozialen Interessen der Unterschichten in den Metropolen, jedoch nur dann, wenn die Flucht auf die Metropolen selbst einen politisch fortschrittlichen und emanzipativen Charakter hätte, den Kern einer Änderung des Gesamtsystems in sich tragen würde.

7. Jedoch haben die Wanderungsbewegungen derzeit keinen revolutionären Charakter. Im großen und ganzen sind sie molokularer Struktur, d.h. die Menschen kommen einzeln, nach individueller Entscheidung, und nicht nach politischem Plan, und ganz und gar nicht ist es ein Angriff der Armen auf die Metropolen. Die flüchtenden und wandernden Menschen handeln individuell, auch wenn es sich um eine große Zahl handelt. Sie handeln weder organisiert und schon gar nicht nach einem politischen Konzept oder Plan. Sie kommen in die Metropolen, um teilzuhaben und nicht um dieses System in Frage zu stellen. Jede gegenteilige Behauptung ist eher demagogische Propaganda denn zu begrüßende Wirklichkeit. Und dennoch gibt es auch ein linkes Pendent zu dieser Propaganda: Die Armutsflüchtlinge als Racheengel gegen die kapitalistischen Metropolen, die man selbst nicht zu knacken wußte. All dies ist kein Vorwurf gegen die Kommenden, aus dieser Aussage ergibt sich keinerlei Einwand gegen ihr Kommen, aber für die Linke sollte auch klar sein, daß jede Hoffnung, damit das verlorengegangene revolutionäre Subjekt wiederzufinden, eine Illusion bleiben muß.

8. Trotz all dieser Einwände gegen einen zu leichtfertigen Umgang mit der Flucht, den Verhältnissen, die zur Flucht führen oder zwingen und den Folgen für die Gesellschaften der Metropolen, gibt es keine Alternative zu Offenen Grenzen. Aus Gründen der Freizügigkeit und der Vision einer Welt ohne Grenzen wäre dies selbstverständlich, auch ohne Probleme. Aus oben genannten Gründen ergäben sich daraus jedoch vielfältige gesellschaftliche und soziale Probleme, die sich nicht von allein lösen würden. Jedes Eintreten für diese Forderung muß auch die Konsequenzen einer gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung mit denken, wie sie in den USA vorgeführt werden: das völlige an den Rand Drängen der Einwanderergruppen, die ungeheure Brutalisierung der sozialen Beziehungen innerhalb dieser Armutsschichten, das totale Auseinanderdriften zwischen den "Einheimischen" und den EinwanderInnen. Dies muß sich nicht auf alle Zeiten zwangsläufig so entwickeln, aber es gibt bisher kein gegenteiliges Beispiel. Und gerade wenn man die Propagierung der Offenen Grenzen ernst meint, dann muß man diese Problematiken und möglichen Entwicklungen mitdenken. Selbstredend dafür, ihnen mögliche andere Entwicklungsperspektiven entgegenzusetzen, möglicherweise aber auch nur in der Erkenntnis, daß anderes nicht möglich sein wird. Insofern kann ich diesem Teil der Antwort von HH. (in ak 348) auf Knut voll zustimmen, daß es eigentlich bei freier Überlegung egal ist, ob die

Menschen Slums um Mexiko City oder um Hamburg bilden. Nur - für die Politik hier wird es wiederum denn doch nicht so egal sein.

Das alles kann jedoch kein ernsthafter Einwand mehr gegen die ungehinderte Einwanderung, also den offenen Grenzen, sein, weil diese Verhältnisse von den Metropolen in ihrem Verhältnis gegenüber den Ländern und Völkern der Dritten Welt so hergestellt worden sind. Jede Einwanderungsbeschränkung könnte so zwar rational und durchaus auch vernünftig für die hier in Abhängigkeit lebenden Menschen, selbst für die in dieser Zeit zugewanderten, begründet werden, könnte aber niemals "gerecht" gegenüber dem ausgeschlossenen Teil sein.

Dies wiederum könnte man durchaus als Fatalismus bezeichnen, eine Kapitulation vor den weltweit entstehenden Problemen. Aber die Linke sollte und darf sich nicht für eine Schadensbegrenzung der von den Metropolenkapitalien verursachten Probleme einspannen lassen. Und Schadensbegrenzung wäre auch, den sozialen Standard hier gegen die Ansprüche der Menschen aus der Dritten Welt (nicht einmal nur auf deren Kosten) zu sichern. Umgekehrt rechtfertigt dies keinerlei Sozialchauvinismus gegenüber den Unterschichten der Metropolen, die nicht verantwortlich sind für diese Entwicklung (außer man folgt der demagogischen Behauptung, das "Anspruchsdenken" der hier lebenden Unterschichten fördere die Ausbeutung der Dritten Welt), sondern erfordert "nur", sie ihrer privilegierten Lage in der Welt bewußt zu machen. Einen wirklichen Ausweg gäbe es jedoch nur, wenn die Problematik der Entwicklungsmöglichkeiten der Länder der Dritten Welt angegangen würde. Womit wir wieder beim Ausgangspunkt wären.

Heinrich Eckhoff

39. Mit dem Geheimdienst gegen den linken Klassen- und Staatsfeind? Eine Antwort auf "Bündnispartnerin DDR" (ak 350)

Eine Antwort auf "Bündnispartnerin DDR" (in ak 350)

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:24

"Der Fall Croissant erfordert eine grundsätzliche Positionsbestimmung von Vergangenheit und Gegenwart der westdeutschen Linken" schreibt J./Westberlin in ak 350. Dies ist ihm nach meinem Dafürhalten gründlich danebengegangen.

Worum geht's? Klaus Croissant ist unter der Anschuldigung verhaftet worden, einige Jahre für das MfS gearbeitet zu haben. Seine Tätigkeit bestand, dies ist nicht umstritten, in der Beobachtung der westdeutschen Linken und Grünen. Nach eigenen Angaben hat er gegenüber dem MfS "differenzierte Einschätzungen" abgegeben, auch über Personen, sofern sie "Wortführer" waren (nach seiner Erklärung, siehe ak 347). Hierauf bezieht sich der in manchen Teilen der Linken geäußerte Vorwurf der "Spitzeltätigkeit" sowie des "Verrats". (Siehe hierzu beispielsweise den Brief des Arbeitskreises Politische Justiz Heidelberg in ak 349) J./Westberlin weist diesen Vorwurf gegen Klaus Croissant zurück und begründet, weshalb das MfS zum Schutze der DDR ein legitimes Interesse an der Ausforschung der westdeutschen Linken gehabt habe. Die Argumentationsführung ist dabei folgende: Von Verrat und Bespitzelung könne nur dann sinnvoll die Rede sein, wenn den Betroffenen Nachteile für die von ihnen verfolgte Sache oder die eigene Person entstünden. Davon könne keinesfalls die Rede sein, denn die SED sei auf dem Gebiet der BRD (also dem politischen und Lebensraum der Betroffenen) nicht politisch tätig gewesen und habe dort keine Machtbefugnisse gehabt. Klaus Croissants Verteidigung, beim MfS habe es sich doch nicht um Feinde der Linken und Grünen gehandelt, läßt J. gar nicht erst gelten, wohl weil dies fast wie eine Entschuldigung klingt. Er argumentiert dann gerade umgekehrt: Jawohl, "bei den Grünen oder bei der taz (gab) es von Anfang an einflußreiche Gruppierungen, deren langfristiges Ziel die Beseitigung der DDR war." Zwar hätten diese dieses Ziel nicht immer offen vertreten, aber das kennt man ja von diesen Doppelzünglern: "Doch das Bemühen um mehr Demokratie und Meinungsfreiheit in der DDR ... und die entsprechende Unterstützung von Oppositionsgruppen zeichnete sich durch ein besonders hohes Maß an Stetigkeit aus". Und einige Absätze weiter, so als wolle er Klaus Croissant unbedingt noch eins auswischen, wieder die Begründung, daß dieser eben nicht allgemein zur Lageeinschätzung beigetragen habe, sondern Kämpfer an vorderster Front gewesen wäre: "Es hat nun einmal Teile der westdeutschen Linken gegeben, die auf die Beseitigung der DDR hinarbeiteten." Und wie, um auch noch den letzten verborgenen Gegner zu orten, fährt er fort: "Ob dies ganz gezielt angestrebt wurde oder nur die objektive Folge (Herv. Verf.) einer Politik war, die sich Illusionen über die Chancen eines ‚dritten Weges` und auf die Möglichkeit eines ökologischen und demokratischen Sozialismus in einer weiterbestehenden und erneuerten DDR hoffte, wenn nur erst die Herrschaft der SED endlich beseitigt sei - am Ende macht dieser Unterschied keinen großen Belang, war doch beiden Varianten die Einschätzung eigen, daß die real existierende DDR (also die ‚SED-DDR`) keinen politischen Wert darstellte und somit verdiente zu verschwinden." Und damit sind wir auch noch beim objektiven Klassenfeind!

Für meine Begriffe kommt in dieser Argumentation von J. das ganze Dilemma des Verhältnisses zur DDR zum Ausdruck, reproduziert alte Fehler diese Verhältnisses und bestätigt die schlechtesten (Vor)Urteile gegenüber kommunistischen Organisationen.

1. Selbstverständlich bin ich der Ansicht, daß die SED sich über die westdeutsche Linke informieren sollte. Aber eben nicht auf diesem Weg des Geheimdienstes. Fast alle Linken der 70er Jahre, bis auf die superlinken Drei-Welten-Theoretiker, und auch die dann gegründeten Grünen hätten politische Gespräche mit der SED nicht abgelehnt. Im Gegenteil gab es mit Gründung der Neuen Linken vielfache Versuche, mit der SED in eine politische Auseinandersetzung zu treten. Dies ist nicht (nur) an der DDR-Feindlichkeit der westdeutschen Linken gescheitert, sondern zunächst und in erster Linie an der Haltung der SED und ihrer Filiale, der DKP, daß es sich bei allen Gruppierungen der neuen Linken um Gegner und Feinde des Sozialismus und objektive Handlanger des Imperialismus oder gar subjektive Agenten handeln würde. Eine Auseinandersetzung mit den

neuen Ideen der Neuen Linken gab es nur in Form hetzerischer Propaganda. Dies hatte in den frühen Jahren der DDR wohl vor allem den Grund, daß eine gewisse Befürchtung bestand, daß diese Ideen auf die DDR übergreifen könnten. Insofern wurde diese Linke unisono, wie sie sich auch immer gegenüber der DDR verhielt, als Gegner behandelt. Insofern ist es völlig logisch, daß sich letztlich der Geheimdienst und nicht die Partei mit ihr beschäftigte. Selbstverständlich gab es auch die DDR-Feindlichkeit der "Neuen Linken", getarnt durch den "Anti-Revisionismus", jedoch war die SED hier in der damals viel stärkeren Position und hätte diesen auch wirksam entgegentreten können.

2. Der Einsatz des MfS gegen westdeutsche linke Organisationen und Personen war also nach J.s Meinung gerechtfertigt, weil sie "Feinde der DDR" waren. Und wenn sie es denn so genau nicht wußten, waren sie zumindest "objektive Feinde", da sie Illusionen über die Chancen eines "dritten Weges" hatte. Daß dieser Originalton aus den 30er Jahren der Komintern so original im ak wiederkehren würde, hätte ich nach dem Abgang von jw. (Gruppe K) nicht angenommen, aber es scheint ein doch wohl sehr viel tiefer sitzendes Verständnis zu sein. Jede radikale Kritik an der DDR noch in den frühen 70er Jahren ging von deren Untergang aus. Nicht den, den sie sich letztlich durch ihr eigenes Handeln (besser: Nichthandeln) gewählt hat, den Untergang in die BRD, sondern den in eine andere, wirklich sozialistische Gesellschaft. Man mag heute sagen, daß diese Herangehensweise der Neuen Linken an die DDR hochnäsig, unbeleckt von historischen Kenntnissen, unpolitisch oder sonstwas gewesen ist. Aber niemand soll so tun, als wäre die DDR das geblieben, was sie war, wenn man die Maßstäbe der Kritik des frühen KBs an sie anlegt hätte. Dies wiederum wäre eine Beleidigung unseres politischen Ansatzes, auch wenn wir gerade in der Kritik an der DDR immer mit leisen Tönen operiert haben. Die Geschichte des realen Sozialismus geht einher mit der Behauptung, es gebe nur einen Weg. Alle anderen würden in den Untergang oder beim Klassenfeind landen. Dementsprechend wurden Sozialdemokraten, Trotzkisten, Maoisten, Titoisten, Anhänger der Sozialdemokratie und des Sozialdemokratismus und des doppelzünglerischen Trotzkismus sowie die objektiven Handlanger des Klassenfeindes und des Imperialismus nicht nur als diese gebrandmarkt, sondern sie mußten aus eben diesen Gründen (die sich in der Namensgebung widerspiegelt), verfolgt werden. Und dazu gab es den Geheimdienst. Und der hat funktioniert. Wie unpolitisch, das kann in der Geschichte des MfS nachgelesen werden. Die fürsorgliche Beschäftigung mit der neonazistischen Szene der BRD stand dabei etwa auf dem gleichen Level wie die Betreuung der RAF und ihrer Aussteiger.

3. J. hält es für selbstverständlich, daß sich das Ministerium für Staatssicherheit mit den Organisationen und Personen der westdeutschen Linken befaßt hat. Für ihn reicht, daß sich Teile der westdeutschen Linken für die Wiedervereinigung aussprachen, daß sich von Seiten der DDR vor allem und fast ausschließlich die Staatssicherheit mit diesen Organisationen beschäftigte. Ich wäre der Ansicht, daß es der DDR wesentlich besser bekommen wäre, wenn sich, nur einmal den staatlichen Sektor herausgegriffen, das Bildungsministerium, vielleicht im Bunde mit dem Kulturministerium, mit dieser Neuen Linken und den Grünen beschäftigt hätte. Während J. es offensichtlich für selbstverständlich hält, daß sich die DDR bzw. doch wohl besser die SED gegen die Ideen aus Neuen Linken und später aus den Grünen per Geheimdienst schützte, hätte ich es nicht nur für demokratischer, sondern auch im Sinne der Entwicklung der DDR für effektiver gehalten, wenn sich die SED politisch mit diesen Ideen auseinandergesetzt hätte.

4. J. vertritt, man könne im Fall Klaus Croissant nicht von "Bespitzelung" und "Verrat" sprechen, da dies einen Schaden für die betreffenden Personen oder ihrer politischen Sache voraussetze, was nicht zuträfe. Die Begründung dafür ist, die SED habe auf dem Boden der BRD keine Machtbefugnisse gehabt und sei auf diesem nicht politisch tätig gewesen. Dies ist absurd, abenteuerlich, nicht der Wahrheit entsprechend, aber letztlich für die politische Bewertung auch völlig irrelevant. a) Selbstverständlich war die SED in Form der DKP auf dem Boden der BRD politisch tätig, dies wird man heute wohl auch offen sagen können, ohne dafür verdächtigt zu werden, für den VS zu arbeiten. b) Selbstverständlich hatte die SED keine Machtbefugnisse auf dem Boden der BRD. Aber so absurd wie beispielsweise J. die von der Soz(VSP) vermutete Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten der BRD und der DDR ansieht, muß diese gar nicht sein. Wie sonst ist die Äußerung Honeckers (nach seiner Entlassung) zu erklären, zwischen den Geheimdiensten der DDR und der BRD habe es rege, ihm natürlich nicht bekannte, Kontakte gegeben? c) Allein schon die Behauptung, eine Geheimdienstoperation könne den Objekten nicht schaden, ist absurd. Der Fall selbst beweist es am besten. Der Operator wird durch seine (verschlüsselte) Namensnennung in den Akten heute vor den Kadi gezogen. Selbst wenn das MfS niemals, wofür niemand ihre Hand ins Feuer legen sollte, etwas gegen die Personen ihrer Begierde unternommen hätte, gäbe es jetzt für den jetzt zuständigen Staatsschutz Akten über sie.

Am wichtigsten in diesem Zusammenhang ist mir jedoch, daß J. völlig außer acht läßt, daß derselbe Geheimdienst, der sich im Bereich der BRD mit der Neuen Linken als Träger DDR-feindlicher Ideen beschäftigte, innerhalb der DDR mit derselben Aufgabe betraut war. Maoistische, trotzkistische, grüne und sozialdemokratische Auffassungen waren für ihn gleichermaßen wie rechte und neonazistische (leider, wie sich im nachhinein herausstellt, wohl manchmal die ersteren noch mehr als die letzteren) staats- und parteifeindliche Bestrebungen. Insofern diente jedes Ausforschen der westdeutschen Szene selbstverständlich auch der Ausforschung der eigenen Opposition, vor allem danach, wo sich konkrete Berührungspunkte ergeben würden. Und leider läßt der Artikel von J. die Frage, ob gegenüber der Opposition innerhalb der DDR der Einsatz des MfS nicht genauso gerechtfertigt gewesen ist, eigentlich nicht offen, sondern man muß schließen, dieser sei gerechtfertigt gewesen, da diese Opposition, nicht unbedingt subjektiv, aber zumindest doch objektiv, vielleicht gar nicht im Wissen, sondern nur beeinflußt durch klassenfeindliche Propaganda, die DDR aufs Spiel setzen wollte.

5. Als PS, weil es in einer solchen Debatte immer wieder notwendig ist: Ich trete für die sofortige Freilassung von Klaus Croissant ein; nicht nur deshalb, weil ich dem Staatsapparat der ehemaligen und der jetzigen BRD jedes Urteilen über politische Tätigkeiten im Verhältnis zwischen der ehemaligen BRD und der ehemaligen DDR grundsätzlich ablehne; sondern auch, weil ich Klaus Croissant einen "Irrtum" zubillige, unter den fällt, daß in der Verteidigung der DDR gegen die BRD auf BRD-Seite durchaus mal über die Stränge geschlagen werden sollte können, ohne daß dies "Sanktionen" innerhalb der Linken nach sich zieht; schließlich bin ich der Ansicht, daß Klaus Croissant zugebilligt werden sollte, daß die von ihm vertretene Auffassung, nur zwischen "verfeindeten Freunden" vermittelt zu haben, ernst gemeint gewesen ist; und ich bin der Ansicht, daß Klaus Croissant geglaubt werden sollte, daß es ihm auch um eine Verständigung, auch um Verständnis ging; aber ich bitte, genauso unvoreingenommen zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Art der Zusammenarbeit erst nach seiner Entlassung aus der Haft in den 80er Jahren begann.

Und zuallerletzt: Ich teile nach wie vor unsere, d.h. die des KB und des ak, Polemik gegen alle "superlinken" und "superrrrevolutionären" Angriffe auf die DDR, die die DDR nicht als objektiv auf der gleichen Seite der Barrikade begreifen wollte. Aber sie war eben nur objektiv, nur gedacht ein Bündnispartner, nicht praktisch - und so hat sie sich gegenüber der Linken außerhalb des DKP-Spektrums und der Sozialdemokratie auch immer verhalten. Und dieses Verhalten sollte nicht auch noch nachträglich legitimiert werden.

he., Hamburg

40. Hinterher sollte man schon klüger sein! - Anmerkung zu "Bündnispartnerin DDR" (ak 350)

Anmerkung zu "Bündnispartnerin DDR" (in ak 350)

Autor: Claudia Gohde · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:22

Der Autor J. wundert sich über die Zurückhaltung der verbliebenen Linken in der Solidarität mit dem inhaftierten Klaus Croissant, insbesondere aber über die Zurückhaltung bei der Zustimmung zu Klaus Croissants früherer Tätigkeit. Daran ist gar nichts verwunderlich, außer höchstens J.'s nachträgliche unkritische Begeisterung für die untergegangene DDR und ihre geheimdienstlichen Tätigkeiten. Zum einen war es schon immer ein wenig komplizierter mit der Solidaritätsarbeit, wenn die zugrunde liegende "Tat" oder das Handeln des Betroffenen politisch oder moralisch keineswegs geteilt wird, die strafrechtliche Verfolgung derselben jedoch unbedingt zu verurteilen ist. Zum anderen wäre es verheerend, Solidarität mit jemandem, der von der Strafjustiz verfolgt wird, gleichzusetzen mit der unbedingten Zustimmung zu seinem politischen Handeln. Es gibt viele gute Gründe für die Unterstützung der Forderung "Klaus muß raus!", gerade Gründe, die auf den Kern der Anklage zielen. Aber es muß wirklich keine Voraussetzung für Solidarität sein, die Denk- und Handlungsweise Klaus Croissants in Bezug auf das MfS zu teilen. Dabei geht es mir nicht darum, Klaus Croissant für seine Vergangenheit zu verurteilen. Viele seiner und J.'s Argumente kann ich gut verstehen - für die damalige Zeit. Aber bei allem, was die Linke heute über das MfS zu wissen hat, sind für politische Auswertung und Aufarbeitung neue Kriterien hinzugekommen; im nachhinein ist man halt klüger - oder sollte es zumindest sein!

Es ist schon etwas absurd, sich - wie J. - überrascht die Augen zu reiben, weil die Linke hierzulande beim Outing von Dirk Schneider, Till Meyer und Klaus Croissant nicht mit Begeisterung für deren vergangene Heldentaten reagiert hat. Denn es war eben für den übergroßen Teil der Linken (außerhalb der DKP) keinesfalls so, daß die DDR ihre Bündnispartnerin gewesen ist. Unter Bündnispartnerin ist zumindest auch immer eine zu verstehen, mit der verhandelt werden kann, wo beide Seiten nach einem gemeinsamen Nenner suchen und in gemeinsamer Absprache nach einem Ziel trachten. Dies war auf der politischen Ebene an keinem Punkt - zumindest was die in Frage stehenden 80er Jahre angeht - der Fall. Es sei denn, mensch nimmt die DKP als Stellvertreterin der DDR/SED in der BRD an. Dann müßte sich J.'s Kritik an die verfehlte Bündnispolitik der Linken mit der DKP richten; und deren bündnispolitische Qualitäten werfen dann ein vielleicht auch gar nicht so verkehrtes Bild auf die der DDR/SED. In dem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob J. es denn ebenso völlig normal und akzeptabel gefunden hätte, wenn jemand Berichte über Strukturen und Personen des damaligen KB bei der DKP ausgeplaudert hätte.

Honecker war für die (nicht DKP-zugehörige) Linke im Westen bestenfalls eine Schnarchnase (wer hätte ihm auf seine alten Tage noch eine so schmissige Rede wie seine Prozeßerklärung zugetraut?), die DDR-Gesellschaft nach westlinkem Gusto im wesentlichen spießig und die weltpolitischen Initiativen waren eben nicht nur die lobenswerte Unterstützung von Befreiungsbewegungen sondern auch die Beteuerung von Weltniveau in der olympischen Entscheidungsschlacht und das Geiern nach Anerkennung bei den Sozialdemokraten. Kurz, die DDR glich in kaum einem Punkte dem, was sich westlinkerseits unter einem sozialistischen Etappensieg vorgestellt wurde. Da war das sandinistische Nicaragua oder selbst Christiania in Kopenhagen näher dran, wenn auch weniger sozialistisch nach den bis dahin geltenden Regeln.

Nur als Negativ im Verhältnis zum Imperialismus und als Institution des Antifaschismus war der DDR etwas Positives abzugewinnen. Sie war Bestandteil jenes Sechstels der Welt, das dem imperialistischen Zugriff entrissen war, und als solcher der ständigen Bedrohung und Aggression der politischen Klassen ausgesetzt. Und sie war die unbedingte Abkehr vom Faschismus. In dieser Auseinandersetzung, insbesondere wo es um die Existenzberechtigung überhaupt und als es um die militärische Aggression ging, war die DDR selbstverständlich vorbehaltlos zu verteidigen. Aber - da soll man sich doch nichts vormachen - zumindest in den letzten Jahren war sie eben nur eine Funktion in dieser Auseinandersetzung. Weil die DDR als Objekt der imperialistischen Begierde und als antifaschistischer Staat zwangsläufig auf "unserer Seite" stand und überhaupt ein beliebter Zankapfel in der Polemik mit dem politischen Gegner war, wurde sie eben verteidigt.

Leidenschaftslos, was die Rechtfertigung der inneren Verhältnisse anging und ohne daß jemand dort hätte leben mögen.

Genau dieses Verhältnis - um auf J. zurückzukommen - halte ich heute für einen Fehler. Wie sehr das Schicksal der Westlinken mit der Existenz des Realen Sozialismus verknüpft war, ist nach dem Hinscheiden des Letzteren offenbar geworden. Ist es nicht bezeichnend und zeigt die ganze Fragwürdigkeit dieses Verhältnisses, wenn man nach 20 (40?) Jahren "Bündnis" feststellen muß, daß man so gut wie nichts weiß über den einstigen Partner, daß es keine Gruppen oder wenigstens Personen gibt, die man politisch kennt und mit denen man gemeinsames Handeln entwickeln könnte? Es kommt heute (seit 1990 !) leicht über die Lippen, die DDR als Teil eines ersten sozialistischen Experimentes zu sehen. Ich finde, daß das eine schmerzliche Erkenntnis ist. Wenn man das vor 1990 auch so glasklar gesehen und ernst gemeint hätte, dann hätte doch das Interesse am Verlauf dieses Experiments in der Westlinken riesig sein müssen. Dann wäre doch "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" in Form von Kritik, Vorschlägen und Auswertung unbedingt nötig gewesen. Dann hätte doch unbedingt der Kontakt zu entsprechenden DiskutantInnen unterschiedlicher politischer Couleur in der DDR gesucht werden müssen. Zugegeben, Versuche dieser Art, die es durchaus gegeben hat, scheiterten an Desinteresse bis Abwehr von Seiten der SED.

Es wäre auch ein anderes Verhältnis zu den innenpolitischen Widersprüchen der DDR-Entwicklung notwendig gewesen. Linke Oppositionelle aus der DDR hätten und haben bei uns fast keine Gnade gefunden. Das ganze lief nach einem peinlich schematischen Muster: Die DDR-Staatsführung erklärte einen Kritiker ihrer selbst zum Staatsfeind weil Agent des Imperialismus; dafür puschte die BRD-Führung dieselbe Person zum Medienstar und Kronzeugen ihrer Anklage gegen die DDR; und westdeutsche Linke hatten häufig nichts besseres zu tun, als die Betreffenden wiederum wegen ihrer Funktionalität für die Herrschenden hier zu brandmarken. Die reale Tätigkeit der Betreffenden, ihre Kritik und Leben in der DDR spielten eine völlig untergeordnete Rolle, schlimmstenfalls waren sie durch die Rezeption in den bürgerlichen Medien eh schon diskreditiert. Aber kaum jemand machte sich die Mühe, mit diesen Oppositionellen selbst Kontakt aufzunehmen, als wichtigen Zeugen und Kritiker des sozialistischen Experiments. Es ist wirklich beschämend, heute festzustellen, daß das einfach versäumt wurde, wie grob fahrlässig mit der Existenz der Opposition umgegangen wurde, bzw. wie leicht die Urteile von DDR- und BRD-Führung übernommen wurden. Ganz abgesehen davon, daß es vielleicht auch gar nicht schlecht gewesen wäre, wenn sich den oppositionellen Gruppen auch noch eine andere Bündnispartnerin als die Grünen in Form von Petra Kelly angeboten hätten. Manche, da braucht mensch nur mal nachzufragen, hätten sich wirklich auch andere GesprächspartnerInnen gewünscht.

J. selbst betreibt mit seiner linearen Ableitung vom "Hauptfeind" zur DDR als Bündnispartnerin der westdeutschen Linken den Schematismus, den er der Sozialistischen Zeitung (SoZ) der VSP in einem darüber hinaus so arroganten Ton vorwirft, daß frau sich als Mit-Redakteurin dieser Zeitung dafür bei den GenossInnen entschuldigen möchte. Die VSP pflegt und pflegte in der Tat vielfältige Kontakte in die osteuropäische Oppositionsgruppen, die mensch nicht alle gut finden muß, die sich aber teilweise als sehr weitsichtig und angesichts der heutigen Verhältnisse als hilfreich erweisen.

Aber J. treibt selbst im nachhinein den Kalten-Krieg-Schematismus noch auf die Spitze. Denn schon "das Bemühen um mehr Demokratie und Meinungsfreiheit in der DDR und anderen osteuropäischen Staaten und die entsprechende Unterstützung von Oppositionsgruppen" gilt J. bei westlichen Linken als Beweis einer Haltung, die die Beseitigung der DDR zum Ziel hatte. J., das kann nicht Dein Ernst sein! Die DDR, vor allem der Sozialismus, ist erstickt ganz wesentlich am Mangel an Demokratie und Meinungsstreit. Die Forderung nach Demokratie und Meinungsvielfalt ist eine - das hat die Geschichte gezeigt - fürs Überleben wichtige linke und sozialistische Kritik am realen Sozialismus gewesen. Und überhaupt: Nach der Schutthalde des Zusammenbruchs "ziemt" es sich für SozialistInnen oder KommunistInnen einfach nicht, Demokratie und Meinungsfreiheit so gering zu schätzen, nicht mal gedanklich.

Ähnliches gilt übrigens für das lässige Umgehen mit der geheimen Weitergabe von Informationen an Dritte. Den Vorwurf des Verrats, der Bespitzelung oder des Verpfeifens weist J. zurück; davon könne nur dann die Rede sein, "wenn den Betroffenen dadurch Nachteile für die von ihnen verfolgte Sache oder die eigene Person entstünden". Abgesehen davon, daß ich die Tätigkeit von Klaus Croissant auch nicht unter die Kategorie Verrat oder Bespitzelung einordnen würde, so ist zum einen festzustellen, daß J. über den möglichen Nachteil eigentlich keine Aussagen machen kann. Welche politischen Kontakte wegen solcher Berichte nicht zustande kamen, welche Einreiseverbote erteilt wurden, ist ihm sicher kaum bekannt. Zum anderen ist es, selbst wenn

gar kein Nachteil im Sinne eines Folgeschadens entstanden ist, ein Verstoß gegen Vertrauen und gegen das auch von Linken mühselig erkämpfte Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Ich halte jedenfalls eine Datensammlung beim MfS über eine Person nicht für besser als eine beim Verfassungsschutz oder einer anderen Einrichtung. Und spätestens die Übergabe zahlreicher Daten - z.B. der von Brigitte Heinrich - von MitarbeiterInnen des MfS an den Bundesnachrichtendienst muß jeden und jede belehrt haben, der oder die das MfS für vertrauenswürdiger hielt. Geheimdienste haben halt ihre eigene Logik. Es ist nie die der Demokratie.

Claudia Gohde

Anmerkung:

Vielleicht haben andere Westlinke andere Erfahrungen und Eindrücke als ich. Es soll deshalb vermerkt sein, daß sich mein Erfahrungshorizont auf die Zeit seit Ende der 70er Jahre und auf das Umfeld der eher linken Kräfte in den sozialen Bewegungen beschränkt.

41. Radikalität (fast) ohne Marx. Über Günther Anders

Über Günther Anders - Von Gerhard Scheit (Wien)

Autor: Gerhard Scheit · Rubrik: Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak351/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:29

Vorbemerkung der Redaktion:

Der folgende Artikel läßt sich unter der Fragestellung lesen, welche Anregungen marxistische Theorie aus dem Denken Anders' erhalten könnte. Das Spannende dabei: Anders bewegt sich mit seinen Überlegungen zur Macht der Dinge auf originär materialistischem Terrain. Mit seinem Ansatz, die gesellschaftlichen Verhältnisse von der Qualität der Produkte her zu erklären, rückt er den Marxschen Begriff des Gebrauchswerts, ohne ihn beim Namen zu nennen, in den Mittelpunkt. Es wäre zu fragen, ob Günther Anders auf diese Weise einem marxistischen Materialismusbegriff nicht näher steht als z.B. die Frankfurter Schule, deren Materialismus die Dinge auf ihren Tauschwertcharakter reduziert und ihnen damit jede eigene Qualität abspricht.

Es lebe der kommunistische Kampf für die lebensnotwendigen Dinge

(Pier Paolo Pasolini)

Natürlich wurde er jetzt, als Toter, von allen geehrt. Die Nachrufe auf Günther Anders im deutschen und österreichischen Feuilleton bieten reichlich Material, der Frage nachzugehen, wie jemand vereinnahmt wird, der doch alle erforderlichen Maßnahmen getroffen hat, als Außenseiter zu gelten. Der Grundtenor der schöngeistigen Totengräber könnte so formuliert werden: Anders war der lauterste Kritiker der Atombombe; doch die Atomgefahr ist durch das Ende des kalten Kriegs auf wundersame Weise gebannt (!), und Anders mag darum in die ewigen Jagdgründe der Kulturgeschichte eingehen. Doch nicht um die Strategien der Vereinnahmung soll es hier gehen, sondern um die theoretische Arbeit und den politischen Standpunkt von Günther Anders.

Als Günther Anders noch Günther Stern hieß, studierte er Philosophie bei Ernst Cassirer und promovierte bei Edmund Husserl. Seine erste Veröffentlichung trug den Titel: "Über das Haben". Wenig später wechselte er aus den Seminaren Heideggers in die Kreise Bertolt Brechts - und nahm, zunächst als Journalist, den neuen Namen an; die Interessen verlagerten sich von der Musikphilosophie, über die er sich ursprünglich habilitieren wollte, auf den antifaschistischen Roman "Die molussische Katakombe" (er ist erst jetzt, 1992, erschienen). Schon früh mit antisemitischen Attacken persönlich konfrontiert, machte sich Anders von Anfang an keine Illusionen über den deutschen Faschismus und stand mit dieser Einschätzung unter den deutschen Intellektuellen ziemlich einsam da. 1933 emigrierte er nach Paris, 1936 in die USA. In diesen Jahren trennten sich er und Hannah Arendt; sie hatten sich in Heideggers Seminar kennengelernt und bald darauf geheiratet. In der Emigration trat Günther Anders dann in Beziehung zu den Intellektuellen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung: Adorno, Horkheimer und Marcuse.

Von Brecht hat er vielleicht die Lust an der Provokation gelernt, von Adorno, Marcuse und Horkheimer die Haltung des Ketzers - doch er gehörte weder zu dem einen noch zu den anderen. "Ich gehörte nirgendwohin. Ich war nicht mehr Heideggerianer ... gehörte nicht zum Kreis von Adorno und Horkheimer, war niemals Mitglied des Frankfurter Instituts und gehörte nicht zur Partei. Eigentlich wurde ich nicht ernstgenommen: von Brecht nicht, weil ich nicht genug marxistisch philosophierte; von den Akademikern nicht, weil ich mich nicht darauf einließ, als Gelehrter über die Philosophie anderer zu philosophieren ..."(1) Eben dieser Position außerhalb oder am Rande der geistigen Zentren des antifaschistischen Exils verdankt sich wohl der ganz eigene Blickwinkel, unter dem Anders dann nach 1945 die Gesellschaft betrachtete.

Die Herrschaft

der Gegenstände

In das Licht der Öffentlichkeit trat Anders erst in den fünfziger Jahren - als sein Hauptwerk erschien: der erste Band der "Antiquiertheit des Menschen" - und als er begann, sich in der Anti-Atombewegung zu engagieren. In den Verhältnissen der Nachkriegszeit, auf die ihn die nordamerikanische Gesellschaft schon während des Krieges eingestimmt hatte, fand der fünfzigjährige Emigrant sein großes Thema: die "Macht" der von den Menschen geschaffenen Gegenstände über die Menschen. Wie er diese Macht definiert und beschreibt, zeigt

ihn als entlaufenen Heidegger-Schüler. Er beschreibt sie als ein ontologisches Phänomen - doch versteht er es gleichzeitig als historisch gewordenes. Seine Historie kennt allerdings nur zwei Zeitalter: die alte Welt, sie dauerte bis zum Nationalsozialismus und bis zum Abwurf der ersten Atombombe; und die neue Welt, geboren aus dem Geist der Kulturindustrie. Günther Anders hat sein Leben lang über diese Zeitenwende nachgedacht, einerlei ob er nun über Auschwitz oder das Fernsehen philosophierte. Seine Periodisierung der Weltgeschichte steht darum quer zur Zusammenfassung der Geschichte seit der Jahrhundertwende unter dem Begriff des Imperialismus.

Die Bestimmung der alten Welt, die Anders der Bewertung der neuen zugrunde legt, bleibt aber eigenartig leer: Er interessiert sich wenig für die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft, die Klassenkämpfe und das patriarchalische Herrschaftsgefüge. Er widerspricht aber auch nicht jenen Kategorien, die Marx zur Erhellung der alten Welt geliefert hatte. Von den konservativen Kulturpessimisten, denen er sonst in mancher Hinsicht nahekommt, trennt ihn allerdings, daß er keine Apologie auf die alte untergegangene Welt verfaßt. Sie dient ihm gleichsam nur als neutraler Hintergrund, um die Umrisse der modern times zu erfassen. Die Frage, warum die neue Welt aus der alten hervorging, bleibt in seinen Theorien unbeantwortet. Anders beschränkt sich auf ihre Phänomenologie.

Während die Linke im kalten Krieg die Kategorien aus den vergangenen Klassenkämpfen konservierte, hielt Anders sie offenbar für nicht sehr brauchbar, die Gesellschaft der Gegenwart zu analysieren. So etwa sprach die kommunistische Intelligenz in Europa von der Amerikanisierung und begriff die Veränderung der Gesellschaft als ideologischen Feldzug der USA; Anders hingegen sah in den neuen Formen der Öffentlichkeit, in der Wirkungsweise der Medien, vor allem des Fernsehens, und in dem Wandel von Wissenschaft und Technik eine vollkommen neue Stufe der Gesellschaft insgesamt - Herrschaftsformen hatten sich entwickelt, denen mit dem Ideologiebegriff nicht mehr beizukommen war. Herrschaft ist in die Gegenstände selbst eingewandert - die Menschen in den Metropolen fühlen sich darum freier als in jeder anderen Epoche: "So bedenken- und hemmungslos, wie sie es tun, toben die Opfer nur deshalb mit, weil sie in der Gewißheit leben, aus freien Stücken zu toben; und dieser ihrer Illusion sind sie nur deshalb so gewiß, weil sich eine zentrale Befehlsinstanz nirgends zeigt, weil der ‚Deus` ihres Systems stumm und absconditus bleibt, und weil sie diese Unvernehmbarkeit ihres Gottes als Nichtexistenz mißverstehen, also genau so, wie ihr Gott mißverstanden zu werden wünscht."(2) "Nichts ist für denjenigen, der die letzten Jahrzehnte (von dem Prunk der nationalsozialistischen Ideologie zu schweigen) bewußt miterlebt hat, so auffällig wie die Dürftigkeit des Ideologiebestandes in der heutigen westlichen Welt, namentlich in der Bundesrepublik - was aber (....) durchaus nicht bedeutet, daß die westliche Welt bzw. die Bundesrepublik unverlogen und unheuchlerisch wären; sondern umgekehrt, daß sie, um ihre Ziele zu gewinnen, nicht mehr im gleichen Maße Ideologien benötigen (...)"(3) Die Gebote sind in den Produkten enthalten und es ist ungemein schwierig geworden, ihnen zuwiderzuhandeln. Das uns gebotene "Produkt-Universum" birgt "alles heute notwendige ‚Sollen` bereits in sich. ‚Die Gabe` enthält bereits alle ‚Aufgaben`. Die Barriere zwischen den zwei kantischen Welten ist aufgehoben."(4)

Auch die Theoretiker der Frankfurter Schule diagnostizierten den Anbruch einer quasi postleninistischen Periode - einer Periode, in der die alten Formen des Klassenkampfs ausgedient hätten: Adorno prägte den Begriff der Kulturindustrie, deduzierte daraus den totalen Verblendungszusammenhang, und Marcuse schrieb die Theorie des Eindimensionalen Menschen. Im Gegensatz aber zu diesen Ansätzen machte eben Anders die marxistischen Kategorien nicht zum Ausgangspunkt seiner Analyse - als wäre mit der Antiquiertheit des Menschen auch der Marxismus, zumindest in seiner überlieferten Gestalt, antiquiert geworden. Nicht Tauschwert, Mehrwert und Kapitalverwertung bilden sein theoretisches Instrumentarium, vielmehr konzentriert er alle Aufmerksamkeit auf das, was Marxisten den Gebrauchswert nennen und von dem zu abstrahieren geradezu das Evangelium der Linken geworden war.

Das Vergessen des Gebrauchswerts im Neomarxismus

Genau besehen erklärten die Theoretiker der Frankfurter Schule die Kulturindustrie ebenso wie die Technik dualistisch: einerseits ökonomisch - als Verschwinden des Gebrauchswerts unter dem allmächtig gewordenen Gesetz des Tauschwerts; andererseits geistesgeschichtlich - als dialektischen Umschlag von Rationalität, angelegt schon in der Aufklärung. Spätere Untersuchungen aus dem Umkreis der Frankfurter Schule gaben diese ökonomisch-philosophische Zweigleisigkeit teilweise auf, schenkten dem Verhältnis von Tausch- und Gebrauchswert immer weniger Beachtung (was ließ sich weiter schon erkennen, wenn dieser von jenem ganz

verschlungen ward) und verlegten das Gewicht der Kritik auf die Frage einer technisch gewordenen Rationalität. Fernsehen und Technologie wurden "als Ideologie" diskutiert - nicht als Gebrauchswerte. Jürgen Habermas hat dann später aus diesem ideologiekritischen Begriff technischer Rationalität das Positiv entwickelt: eine Theorie des kommunikativen Handelns, die heute, abseits der Produktion, abseits von Tausch- und Gebrauchswerten, eine ähnliche ideologische Existenz führt wie die "Zivilgesellschaft" - sie bewahrt vor antidemokratischen und irrationalistischen Affekten und organisiert doch das wohltemperierte Einverständnis mit der metropolitanen Sozietät.

Für Marx war das Absehen vom Gebrauchswert noch so etwas wie eine Arbeitsabstraktion, um die Mechanismen von Tauschwert und Verwertung zu untersuchen; nur selten durchbrach er sie, etwa in der Differenzierung von reeller und formeller Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Bei den Neomarxisten des 20. Jahrhunderts knüpften sich an die Abstraktion in merkwürdiger Weise messianische Hoffnungen. Die Hoffnung auf paradiesische Produktivkräfte ließ deren konkrete Gegenwart vergessen. Selbst Herbert Marcuse, der die Kritik der technologischen Rationalität konsequent betrieb und konstatierte, daß sich heute "Herrschaft nicht nur vermittels der Technologie, sondern als Technologie" verewige und erweitere (5), unterliegt dieser Verführung, wenn es um die Erlösung geht. Das Kapitel über die Befreiung im "Eindimensionalen Menschen" könnte zur Apologie der Gentechnologie dienen: "Im Prozeß der Zivilisation hört die Natur in dem Maße auf, bloße Natur zu sein, wie der Kampf blinder Kräfte begriffen und im Licht der Freiheit beherrscht wird. Geschichte ist die Negation von Natur. Was bloß natürlich ist, wird durch die Macht der Vernunft überwunden und wieder hergestellt (...) Es wird zu einem von der Vernunft zu begreifenden und zu organisierenden Reich."(6) Nicht anders verhält es sich bei Ernst Bloch, der einerseits die rohe "Vergewaltigung" der Natur am kapitalistischen Begriff der Technik kritisiert, andererseits aber für die nahe Zukunft die kühnsten Träume der Technologen mitträumt: "Dann erst können die Dinge auch tief ursächlich verändert werden, statt nur von außen verschoben".(7) Dann erst könnte der "arbeitende Mensch", der sich "als Hersteller der Geschichte erfaßt (...) auch dem Produktionsherd in der Naturwelt näher treten." Statt vergewaltigt, soll die Natur zum Mittun gebracht werden: Vom noch schlummernden Natur-Subjekt verlangt Bloch "Mitproduktivität".(8) Dann gibt es auch keine Unfälle und Katastrophen mehr - "erst dann, wenn Tyche und Moira, Zufall und Schicksal nicht mehr die unüberwundenen Momente einer bloß äußeren Naturnotwendigkeit bilden, erst in dieser genauen Anwesenheit bei der Naturkraft hätte die Technik ihre Katastrophenseite wie ihre Abstraktheit überwunden. Eine Verhakung ohnegleichen ist damit intendiert, ein wirklicher Einbau (...) der Menschen in die Natur."(9)

Günther Anders kann überhaupt als der wichtigste Antagonist von Ernst Bloch gelten. Heute, da es für jeden Feuilletonisten gewiß zum Wohlfeilsten gehört, das Ende der Utopien mit ernster Miene oder blödem Grinsen zu konstatieren, mag es dem Häuflein der aufrechten Linken als selbstverständlich erscheinen, das Fähnlein vom Prinzip Hoffnung hochzuhalten - besser aber wäre es, im Arsenal des anti-utopischen Denkens nach Waffen der Kritik zu suchen.

Statt von den zukünftigen Möglichkeiten der Technik zu schwärmen, hat Günther Anders ihre gegenwärtige Wirkungsweise untersucht: Nicht mehr der Zweck heiligt die Mittel, sondern die Mittel zerstören die Zwecke. Anders geht dabei, wie angedeutet, anthropologisch und nicht soziologisch vor. Mensch und Maschine, Mensch und Fernsehen, Mensch und Atombombe heißen seine Themen. Seine "philosophischen Übertreibungen" sind in bestimmter Hinsicht nichts anderes als Vorwegnahmen. Was Günther Anders in den fünfziger Jahren übertrieben hatte, war am Ende der Siebziger, als er den zweiten Band der "Antiquiertheit des Menschen" veröffentlichte, bereits Wirklichkeit - sei es nun die Entwicklung der Werbeindustrie oder die Anwendung der Gentechnologie auf den Menschen. Die Wahrheit seiner Überholungsversuche liegt in gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, um die er sich eben wenig gekümmert hat. Ihm genügte jene wahre aber nur ungefähre Bestimmung, wie sie Adorno und Horkheimer in der "Dialektik der Aufklärung" gegeben hatten, "daß der Boden, auf dem die Technik Macht über die Gesellschaft gewinnt, die Macht der ökonomisch Stärksten ist".(10) Der Akkumulationstrieb des Kapitals findet sich bei ihm in leicht mystifizierter Gestalt, als angeborene Eigenschaften der Gerätewelt. "Der Expansionsdrang der Maschinen", sagt er, "ist unersättlich." "Maschinen expandieren - jeder einzelnen Maschine ist (wenn man Nietzsches Ausdruck hier metaphorisch verwenden darf) ‚Wille zur Macht` eingeboren."(11)

Gebrauchswert und gesellschaftlicher Zusammenhang

Die Kritik der Utopie und das Absehen vom Warencharakter ermöglichen es Günther Anders offenbar, sich tiefer einzulassen auf die Eigenart jener neuen Gebrauchswerte, die uns heute von den Tauschwerten beschert werden. Man könnte geradezu von einer Umkehrung der Marxschen Abstraktion vom Gebrauchswert sprechen, die Anders im Gegenzug zu den tauschwertverblendeten Marxisten vorgenommen hat: Alle Probleme seiner Theorie ergeben sich darum aus der Abstraktion vom Tauschwert; ihre Stärke aber liegt darin, den Gebrauchswert als gesellschaftlichen Zusammenhang überhaupt in Erwägung zu ziehen, als einen Zusammenhang, der nicht nur, wie Marx meistenteils unterstellt, das Verhältnis Mensch-Natur, sondern das Verhalten und Verhältnis der Menschen zueinander betrifft. Zwischen den Geschlechtern etwa bringt die Pornographie, die Günther Anders übrigens kaum behandelt, diese gesellschaftliche Seite der Gebrauchswerte auf den Punkt.

Die Dinge sind - so lehrt es Günther Anders - radikal nach ihrem Gebrauch zu befragen - und dies im gesamten Gebiet des gesellschaftlichen Reichtums: von der Großtechnologie bis zu den sogenannten einfachen Dingen des Alltagslebens. Für das Fernsehen prägte Anders in den fünfziger Jahren den Begriff der ontologischen Zweideutigkeit: "Bloße Bilder sind es nicht, was wir empfangen. Wirklich gegenwärtig beim Wirklichen sind wir aber gleichfalls nicht." Denn zur wahren Gegenwart gehört es, "daß die Beziehung Mensch-Welt gegenseitig sei".(12) In der "Antiquiertheit des Menschen" untersucht Anders das Fernsehgerät insbesondere in seiner Eigenschaft als "negativer Familientisch": Er vereint die Menschen zu einer Familie, die sie gar nicht mehr sein können. In der Öffentlichkeit - die sich dreißig Jahre nach diesen Analysen von den Einsichten Neil Postmans erschüttern ließ - war man stets bemüht, Günther Anders als Theoretiker der Atombombe zu identifizieren; seine Überlegungen zum deutschen Faschismus oder zur Gentechnologie wurden besonders weit in den Hintergrund gerückt. Dabei hat Anders selbst immer versucht, den Zusammenhang der Dinge herzustellen: "Während der Atomkrieg die Vernichtung der Lebewesen inclusive der Menschen bedeutet, bedeutet das ‚cloning` die Vernichtung der Spezies qua species, unter Umständen die Vernichtung der Spezies Mensch durch Herstellung neuer Typen."(13) Die Manipulation des menschlichen Körpers und seiner Anlagen ist die konsequenteste Negation des Kantschen Imperativs, wonach der Mensch niemals bloß als Mittel benutzt werden darf. Günther Anders spricht vom "postzivilisatorischen Kannibalismus".(14) Seinen Beginn ortet er in Auschwitz: "die Verwandlung des Menschen in Rohstoff".(15) Doch hier verwickelt er sich in einen merkwürdigen Widerspruch zu seiner Faschismusauffassung: "Was also bezweckten sie mit der Ausrottung der Juden" fragt Anders im "Besuch im Hades" - und antwortet: "Die Ausrottung der Juden. Diese waren kein Mittel sondern Zweck."(16) Es ist das grundsätzliche Dilemma des Antifaschismus: Er muß den deutschen Faschismus und den Antisemitismus in seiner Singularität begreifen und ihn doch in eine geschichtliche Entwicklung einordnen, einen übergreifenden Zusammenhang herstellen. Auf der einen Seite droht der Faschismus zu einem Jenseits der Geschichte, auf der anderen zum notwendigen Vollender des Kapitalismus oder der Aufklärung zu werden.

Liest man seine dunklen Prognosen und die bittere Kritik der Gebrauchswerte, so meint man, Günther Anders wäre ein Fatalist vom Schlage der Negativen Dialektik und überträfe darin Adorno noch bei weitem; oder er wäre ein Strukturalist eigener Art: Das Subjekt hat es zwar gegeben, heute aber ist es verschwunden, und es bleiben die Strukturen der Dinge, die im Menschen bloß Subjekteffekte erzeugen. Genau besehen läßt Anders allerdings die Frage offen, ob die Entfremdung noch ein Vorgang sei. Ihre Bejahung allein würde es erlauben, vom Subjekt noch zu reden und zugleich von seinem Verschwinden - und damit die Möglichkeit zu Widerstand offen zu lassen. Mag Günther Anders die Wirklichkeit noch so schwarz ausmalen, er tut es, um zum Widerstand aufzurufen: Er begreift die Übertreibung selbst noch als Mittel der Agitation. Unter der Übertreibung verschwindet manchmal die Einsicht in die gesellschaftlichen Grundlagen der Praxis - die Antwort auf die Frage, warum überhaupt noch Widerstand geleistet werden kann, warum überhaupt diese Übertreibung im Sinne des Widerstands möglich ist - warum sich hier die Schlange der Entfremdung nicht in den Schwanz beißt. Dieser Schatten des negativen Denkens auf den gesellschaftlichen Grundlagen des Widerstands verleiht dem Aufruf zur Praxis etwa Kategorisches, etwas Moralisches.

Produktion und

verändernde Praxis

Doch die Radikalität der Gebrauchswertkritik hat dennoch ihre Wurzel im praktischen Handeln. So ist es seine Suche nach den Möglichkeiten des Widerstands außerhalb des Denkens, worin sich Günther Anders im Reich der deutschen Denker auszeichnet - "nur Schwärmer überschätzen die Macht der Vernunft. Die erste Aufgabe

des Rationalismus besteht darin, sich über die Macht der Vernunft (...) keine Illusionen zu machen."(17) Seine Überlegungen weichen nicht nur der Frage der Praxis nicht aus, sie steuern auf sie zu. Produzieren ist Handeln, so lautet seine Ethik. Er fordert eine "Gewissensprüfung der Habe" - vor dem Forum des objektiven Geistes: "Wirklich tugendhaft wäre heute allein derjenige, der einsehend, daß er moralisch nichts ist als das, was er ‚hat`, also als seine Habe, keine ‚Anstrengung des Begriffs` scheuen würde, dieser Habe auch habhaft zu werden und sie ‚einzuholen`; der jede ‚Habe` zur Rede stellen und dazu zwingen würde, daß sie ihre Geheim-Maxime ausspreche; der vor jeder dieser Maximen sich selbst prüfen würde, ob er sie zur Maxime seines eigenen Handelns machen könnte (...) und der entschlossen wäre, jede ‚Habe`, die dieser Prüfung nicht standhielte, zu eliminieren."(18) Im Sinn solcher Moral wären die verschiedenen Oppositionsbewegungen der letzten Jahrzehnte in den Metropolen - die Studentenbewegung, die Frauenbewegung, die Friedensbewegung, die Dritte-Welt-Bewegung und die Ökologiebewegung - beinahe tugendhaft zu nennen. Jede von ihnen stellte bestimmte Gebrauchswerte in Frage. In hilfloser Abstraktheit versuchte man es mit der verbalen Attacke auf die "Konsumgesellschaft" oder wich, hilflos konkret, in monadische Lebensformen aus. Später wurde zwischen den verschiedenen Mitteln des Konsums und der Produktion genauer differenziert, indem man den Wert dieses oder jenes Gebrauchs in Zweifel zog; ja die einzelnen Bewegungen definieren sich wesentlich durch diejenigen Gebrauchswerte, die sie negieren wollen. Einzelne Gebrauchswerte erhalten damit - was für Marx ein Unding war - eine politische oder auch nur moralische Bedeutung.

Nicht um Konsumverzicht kann es allerdings gehen. Solcher Tugendhaftigkeit entspräche die Verengung christlicher Liebe, die nur im Nächsten ihren Gegenstand findet. Es geht um die Produktion, doch in einem umfassenderen Sinne als bei Marx: Nicht nur wer ihre Mittel besitzt, sondern welcher Art diese Mittel sind und was sie produzieren für welche Konsumtion, wäre zur Disposition zu stellen. Und hier, an der Grenze von Tausch- und Gebrauchswert, kommt es nun doch zur Berührung mit der Theorie von Marx: "So gewiß die Marxsche Bestimmung, die besagt, daß wir als Nicht-Eigentümer unserer Produktionsmittel unfrei seien, gültig bleibt, so gewiß ist es andererseits, daß diese Definition heute nicht mehr auslangt." Wir müssen sie, so Günther Anders, ergänzen: "erstens durch den Zusatz, daß wir heute auch von der Mitbestimmung über die Effekte unserer Produkte ausgeschlossen bleiben; was unter Umständen sogar dann gilt, wenn wir Eigentümer der Produktionsmittel sind; und zweitens durch den Zusatz (...) daß unsere Produktfreuden (...) letztlich denjenigen gehören, die durch diese Freuden bedient werden; mithin ebenfalls nicht unser Eigentum sind."(19)

So ist die Macht der Gegenstände über die Menschen doch an die Herrschaft des Menschen über den Menschen gebunden: Der Widerstand, der bestimmte Gebrauchswerte vernichten will, hat also mit denen zur rechnen, die von ihnen profitieren. Im Gegensatz zu den neuen sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte hat Günther Anders die Frage des Widerstands auch hier bis zu Ende gedacht; und eben damit hat er noch vor einigen Jahren eine Debatte über Gewalt in Gang gesetzt. Anders rief offen zur Gegengewalt auf: "Notstand legitimiert Notwehr, Moral bricht Legalität. Diese Regel zweihundert Jahre nach Kant eigens zu begründen, erübrigt sich ja wohl. Daß Kantianer wie wir heute als ‚Chaoten` etikettiert werden, das braucht uns ... nicht weiter aufzuregen."(20) Erich Loest, Uta Ranke-Heinemann, Peter Glotz, Heinrich Albertz, Wilhelm Bittorf distanzierten sich heftig von Anders, besonders widerwärtig geiferten Loest und - gleichsam von der Kanzel herab - Ranke-Heinemann; Petra Kelly und Robert Jungk distanzierten sich vorsichtig, sozusagen solidarisch; Axel Eggebrecht, Ingeborg Drewitz, Erich Kuby, Uwe Timm, Hermann Peter Piwitt gaben ihm recht. Manche der Parteigänger von Anders wiesen allerdings auf den akademischen Charakter der Gewalt-Debatte hin: Das "Wir", mit dem Anders der Gewalt ein Subjekt gibt, ist eine Beschwörung. Hier klärten sich die Fronten eines Kampfes, der noch nicht einmal begonnen hat.

Anmerkungen:

1) Günther Anders antwortet, Berlin 1987, S.102

2) Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen. Bd.2, München 1984, S.144

3) Anders, Die Antiquiertheit des Menschen. Bd.2, S.189

4) Ebd., S.196. (Anm. ak: Die zwei kantischen Welten bezeichnen den durch Kant unüberwundenen Graben zwischen den Dingen bzw. ihrer Eigengesetzlichkeit einerseits und dem Handeln der Menschen bzw. ihrer Freiheit andererseits.)

5) Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch, 9.Aufl., Neuwied/Berlin 1977, S.173

6) Ebd., S.247f

7) Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung (Kapitel 33-42), Werkausgabe Bd.5, Frankfurt am Main 1985, S.784

8) Ebd., S. 813 u. 805

9) Ebd., S.817

10) Theodor W. Adorno, Max Horkheimer: Die Dialektik der Aufklärung, 5.Aufl., Frankfurt am Main 1978, S.109

11) Anders, Die Antiquiertheit des Menschen. Bd.2, S.117f

12) Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen. Bd.1, 3.Aufl., München 1984, S.131

13) Anders, Die Antiquiertheit des Menschen. Bd.2, S.24

14) Ebd., S.25

15) Ebd., S.23

16) Günther Anders: Besuch im Hades, München 1979, S.208

17) Günther Anders: Gewalt ja oder nein. Eine notwendige Diskussion, hg.v. Manfred Bissinger, München 1987, S.104

18) Anders, Die Antiquiertheit des Menschen. Bd.1, S.298

19) Anders, Die Antiquiertheit des Menschen. Bd.2, S.173

20) Anders, Gewalt ja oder nein, S.93

42. Quelldatei 11.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:11

Während Filme wie "Stalingrad" oder "Schtonk!" mit sechs- oder gar siebenstelligen Summen gefördert werden, bleiben - logischerweise - für andere Projekte noch nicht mal die Brotkrumen. Und so mußte der bayrische Filmemacher Willy Brunner seine "Honigskuckuckskinder" vollständig aus eigener Tasche finanzieren und hat bis heute gerade 40.000 DM Verleihförderung erhalten. Das reicht eben mal für vier Kopien.

Die deutsche Grenze im Jahre 1992: Der 19jährige Äthiopier Asrat und sein kleiner Bruder Efrem werden von einem Schlepper an einen Fluß gebracht, überqueren ihn - Das Gelobte Land. Hat sich 'was; denn bereits am anderen Ufer werden sie von zwei Jugendlichen überfallen, die ihnen Papiere, Geld und Wertsachen abnehmen. Nur die Adresse ihres künftigen Domizils behalten sie: Das "Hotel Paradies", ein ehemaliges Lagerhaus am Hafen. Hier treffen gleichzeitig auch die 12jährige Lena und ihre Mutter ein, die nach dem Verlust ihrer Wohnung vom Sozialamt hier eingewiesen wurden. Schon schnell erkennen sie, daß der Name "Paradies" bestenfalls ein zynischer Witz ist. Denn sowohl die Zustände im Haus wie auch der Besitzer des Hotels spotten jeder Beschreibung. "Penner", legale und illegale Flüchtlinge und Wohnungslose leben hier Tür an Tür, überwacht, schikaniert und ausgebeutet vom rassistischen Besitzer Schmuck. Nicht nur, daß er die Essensausgabe dazu benutzt, die von ihm abhängigen Ausländer zu beschimpfen und zu beleidigen, er beutet sie auch auf mehrfache Weise aus: Zunächst läßt er sie beim Grenzübertritt von seinen jugendlichen Gehilfen Knister und Zoni ausrauben und ihnen die Pässe abnehmen, dann vermittelt er sie als Illegale auf den Bau und last but not least kassiert er für sein Dreckloch überzogene Mieten, so daß besonders die Illegalen in einem Teufelskreis sind, aus dem sie allein nicht wieder herauskommen.

All das und noch mehr entdeckt Lena zusammen mit ihrer neuen Freundin Ajoke aus Angola. Denn während Lenas Mutter immer noch mit ihrem Schicksal hadert und sich zudem von all den fremden Menschen bedrängt sieht, geht Lena recht unverkrampft auf ihre neue Umgebung zu, und alsbald findet sie in Ajoke und Efrem neue Freunde. Die drei sind es auch, die den Machenschaften des sauberen Herrn Schmuck und seiner Helfershelfer auf die Schliche kommen. Denn, wenn er "seine" Illegalen nicht auf den Bau vermitteln kann, zwingt er sie dazu, das von seinen Helfern geraubte Diebesgut auf der Straße zu verkaufen.

Als Lena und ihre Freunde dies herausfinden, ist guter Rat teuer. Denn der Weg zur Polizei scheidet aus, bedeutete er doch die sofortige Ausweisung der Opfer von Schmucks Machenschaften. Doch mit Hilfe der zwei Straßenmusikanten Otto und Bernelli organisieren sie ein großes Fest; Tag der Abrechnung für Schmuck und seine drei Helfer. Die Kinder entlarven seine Umtriebe, geben den Illegalen ihren Besitz wieder: Schmuck erstickt an einem Hühnerknochen und seine Gehilfen kriegen von den vereinten Flüchtlingen was aufs Maul. Nur der - aus dem Balkan stammende - Flüchtlingssohn, der sich Knister und Zoni stets anschließen wollte, kommt mit einer Standpauke seiner Mutter davon. Und wenn sie nicht gestorben sind bzw. erschlagen oder ausgewiesen wurden, dann leben sie noch heute.

Dieser Kinderfilm des TV-Dokumentaristen Brunner hatte es von Anfang an schwer. Er entstand ohne jede öffentliche Förderung als Eigenproduktion mit dem Mimimalbudget von 500.000 DM mit einer Vielzahl von Laien vor und hinter der Kamera. Doch es war nicht nur das Thema, das vor allem in der Kinderfilmszene zur - unverständlich heftigen - Ablehnung führte.

Brunners Film wirkt in vielem antiquiert: Er bedient sich einer bewußt plakativen Ästhetik und Erzählweise, die in vielem an die BRD-Kinderfilme der späten 70er und frühen 80er Jahre erinnert. Das beginnt schon mit den Songs des Duos Bernd Witthüser/Otto Richter, die ja auch aus der 70er-Jahre-Szene kommen. Sie begleiten und kommentieren den Film wie einst der griechische Chor das klassische Drama des Altertums. Und auch die überdeutliche Farbsetzung und die nicht eben variantenreiche Bildsprache erschweren wohl - zumindest - den Erwachsenen den Zugang zu einem Film, der ohne Zweifel zu den politisch wichtigsten Kinderfilmen der letzten Zeit gehört. Denn dies ist eben kein realistischer Problemfilm, sondern ein deutliches Sozialmärchen mit Botschaft: Friedliches Zusammenleben zwischen Menschen verschiedener Hautfarben und Kulturen ist möglich, und es wird am besten schon im Kindesalter eingeübt. Und so erzählt der Film seine Geschichte denn auch konsequent aus der Sicht der Kinder und arbeitet dabei auch bewußt mit symbolischer Überhöhung und plakativer Überzeichnung: Wenn etwa gleich zu Beginn die Täter beim Überfall mit schwarz-rot-goldenen

Gesichtsmasken verkleidet sind (eine Szene, die Erwachsene besonders auf die Palme treibt); oder wenn Lenas Mutter baden will und das Bad von Kakerlaken und anderem Ungeziefer bevölkert ist.

Auch der Schauplatz des Geschehens ist ein symbolischer Glücksgriff: Eine alte Lagerhalle, in der einst Waren aus aller Herren Länder gelagert wurden, dient nun als Lager für Menschen aller Herren Länder, und manchmal fragt man sich, ob die Waren damals ähnlich mies behandelt wurden wie heute die Menschen. Der Film setzt in seiner - wohltuend bedächtig und ruhig erzählten - Geschichte besonders auf die Initiative der Kinder und auf die organisierte, antifaschistische - notfalls auch militante - Selbsthilfe der Opfer. Auch das dürfte ihm - zumindest bei den Erwachsenen - kaum Freunde machen.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß Konzeption und Produktionsbedingungen auch Mängel im Film hinterließen. Da wird manchmal ein wenig zuviel geredet und zuwenig gezeigt, und auch die schauspielerischen Leistungen sind gelegentlich eher mittelmäßig bis schlecht. Das gilt etwa für die Darstellerin von Lenas Mutter, die allzu oft sehr hölzern agiert, und auch die Kinder zeigen sich nicht immer von ihrer besten Seite.

Diese und andere Mängel nehmen dem Film jedoch kaum etwas von seiner Wirkung, und so kommt er vor allem bei Kindern sehr gut an, wenn sie denn überhaupt die Chance haben, ihn zu sehen. Der Film gehört jetzt ins Kino. Denn wie heißt es bei Tucholsky doch so richtig: "Wenn wir (gemeint sind die Demokraten, Anm. LG/Om) die Menschen ansprechen, dann haben sie hinter sich die zumeist reaktionären Elternhäuser, eine autoritäre Schule und das reaktionäre Militär. Dann ist es zu spät." Brunners Film versucht dagegen erfolgreich, das bei Kindern noch recht unverfälschte Gerechtigkeitsgefühl anzusprechen und gegen den Rassismus, der eben auch aus den Elternhäusern kommt, anzugehen. Und daß das - nicht nur bei Kindern - funktioniert, kann jeder erfahren, der sich auf den Film einläßt. Wenn etwa einer der Jugendlichen dem kleinen Efrem eher im Vorbeigehen noch einmal ins Gesicht schlägt, dann wirkt diese vergleichsweise harmlose Gewalttat auch für den Zuschauer wie ein Schlag in die Magengrube. Und so überzeugt Brunners Film nicht nur wegen seiner eindeutigen parteiischen Stellungnahme gegen Faschismus und Rassismus, sondern wegen der Art und Weise, wie er die Kinder direkt und ohne Umwege anzusprechen vermag. Inzwischen hat sich - endlich - ein Kleinverleih gefunden, der den Film im Januar mit immerhin 20 Kopien bundesweit startete.

LG/Om aus Köln

Der Film ist zu beziehen über: Globus-Film, Hanns-Braun-Str. 59, 8560 Neufahrn.

43. Unwillige Bündnispartnerin

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:21

Der Fall Croissant erfordere "eine grundsätzliche Positionsbestimmung von Vergangenheit und Gegenwart der westdeutschen Linken", schreibt J./Westberlin in ak 350; und: "Es steht für die Linke der BRD zur Klärung an, welches das ihr angemessene Verhältnis zur real existierenden DDR gewesen wäre." Daß ausgerechnet die skandalöse Inhaftierung von Klaus Croissant dafür der geeignete Anlaß sein soll, wage ich zu bezweifeln. Der Fall Croissant "erfordert" zunächst einmal die Solidarität der Linken, unabhängig von ihrer jeweiligen Haltung gegenüber der DDR.

Zu Croissants Entlastung hat J./Westberlin eine Reihe von Argumenten zusammengetragen, die ich in der Tendenz teile. Zu weit geht mir allerdings J.'s pauschale Billigung der von den DDR-Behörden verhängten Einreiseverbote für "DDR-feindliche Maoisten (eine sehr unschöne Umschreibung für die Vaterlandsverteidiger und NATO-Propagandisten der "KPD/AO"; Anm. Js.), Grüne oder taz-Mitarbeiter." Hier scheint mir Differenzierung angebracht. Während etwa die in einem vaterländischen Ölgemälde festgehaltene Aktion der "KPD/AO" gegen den "Sozialimperialismus" am Denkmal der Roten Armee in Berlin-Treptow (April 1975) rein provokatorischen Charakter hatte, zeichneten sich die grünen "Einmischungsversuche" eher durch Lächerlichkeit aus - und die DDR-Behörden durch ihre Unfähigkeit, angemessen zu reagieren und den auf Medienwirbel ausgerichteten "Protest" durch souveräne Nichtbeachtung ins Leere laufen zu lassen. Im übrigen ist der Versuch westdeutscher Linker, "auf die inneren Verhältnisse der DDR Einfluß zu gewinnen" noch nicht per se verdammenswert, wie J. meint. (Unlogischerweise hält er Croissant gerade zugute, er habe durch seine Berichte an das MfS "Langzeitwirkungen für die Politik der SED" erzielen wollen.)

Einige Bedenken habe ich gegen die Formel von der "Bündnispartnerin". "Die DDR war somit für die antiimperialistische Linke der BRD eine Bündnispartnerin", schreibt J./Westberlin. Auch hier wäre der Konjunktiv II angebracht gewesen: Sie hätte Bündnispartnerin sein können. Daß sie es nicht war, ist weniger den vermeintlich oder tatsächlich DDR-feindlichen Westlinken anzulasten. Die SED hat über DKP und SEW eine Politik betrieben, die die revolutionäre Linke von jedem Bündnis ausschloß. An der Fortdauer des Status Quo interessiert, suchte und honorierte sie fast ausschließlich das Bündnis mit Sozialdemokraten, obwohl, unbeschadet der strategischen Differenz, in vielen Fragen auch Bündnisse mit nicht-reformistischen Linken möglich gewesen wären. Die im Zuge der Bewegung gegen die NATO-"Nachrüstung" vollzogene Öffnung kam viel zu spät und bereitete vielen jahrelang auf Abgrenzung eingestimmten DKP-Kadern erhebliche Umsetzungsschwierigkeiten.

"Ein Bündnispartner ist ein Verbündeter", schreibt J./Westberlin, "mit dem mich gemeinsame Interessen verbinden; er wird deshalb nicht unbedingt mein guter Freund sein." Das ist völlig richtig. Nur - für ein Bündnis reichen "objektiv" gemeinsame Interessen nicht aus; unverzichtbar ist ein Mindestmaß an gegenseitigem Respekt. Daß für Kontakte zu westdeutschen Linken außerhalb von DKP und SEW (und SPD) das MfS zuständig war, dokumentiert die mangelnde Bereitschaft der "Bündnispartnerin DDR", sich auf das Wagnis eines Bündnisses mit DDR-kritischen Linken einzulassen.

Js.

44. Quelldatei 30.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:30

27.12.

In Frankfurt/Main schlugen zwei Skinheads in einer Straßenbahn einen 28 Jahre alten Mann nieder, weil er türkischen Fahrgästen Auskunft gegeben hatte. Die beiden Täter konnten entkommen. Die Staatsanwaltschaft setzte eine Belohnung von 10.000 DM zur Ergreifung der Täter aus. (FR, 2.1.93)

In Friedrichshain im Kreis Spremberg überfielen etwa 40 bis 50 zum Teil vermummte, mit Baseballschlägern und Gaspistolen bewaffnete Neofaschisten eine Diskothek. Die Neofaschisten schossen im Tanzraum um sich, zerschlugen die Eingangstür und Fenster. Es gab mehrere Verletzte. (Neues Deutschland (ND), 28.12.92)

In Meschede verhinderten ca. 200 AntifaschistInnen einen Aufmarsch von 30 Skinheads "gegen Volksverhetzung der Medien". (Welt 28.12.92)

28.12.

In Bocholt wurde ein Brandanschlag auf ein vorwiegend von Türken bewohntes Haus verübt. Die Feuerwehr mußte zehn Personen retten, denen das Feuer bereits den Fluchtweg versperrt hatte. Fünf von ihnen mußten mit Rauchvergiftungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Nach Angaben der Polizei sei das Motiv "wahrscheinlich nicht politisch, sondern in ‚anderen Querelen` zu suchen". (SZ, 29.12.92)

Erst jetzt wurde bekannt, daß der CDU-MdB Rudolf Krause während einer CDU-Veranstaltung am 28.11. in Arendsee im Kreis Osterburg (fünf Tage nach dem Anschlag in Mölln!) indirekt Gewalt gegen AusländerInnen gerechtfertigt hatte. Ausweislich einer Tonbandabschrift forderte Krause, die "elf oder vierzehn Mann", die 1992 durch Neofaschisten zu Tode kamen, "ins Verhältnis zu setzen, wieviel strafbare Handlungen es denn unter den Ausländern, unter den Asylbewerbern gibt". Krause weiter: "Natürlich ist jeder Erschlagene - Deutsche oder Ausländer - ein Verbrechen und eine Schande für den, der's gemacht hat. Aber man muß eben auch schreiben, wieviel Deutsche wurden in der gleichen Zeit durch Zigeuner umgebracht." (FR, 29.12.92)

29.12.

In Nieder-Eschbach überfiel ein Skinhead ein Ehepaar in dessen Wohnung. Der Skin bedrohte das Ehepaar mit einer Gaspistole. Als das Ehepaar versuchte, den Täter aus der Wohnung zu drängen, kam es zu einer Schlägerei, bei der der 61 jährige herzkranke Ehemann und dessen Frau erheblich verletzt wurden. Von den Hilferufen alarmierte Nachbarn konnten den Täter überwältigen und an die Polizei übergeben. (FR, 2.1.93)

30.12.

In Berlin wurde ein 38jähriger Libanese, als er von der Arbeit in einer Pizzeria nach Hause kam, von Unbekannten aufgelauert und erschossen. Das Opfer starb noch am Tatort. Über das Motiv der Tat tappt die Polizei noch im dunkeln. (Berliner Zeitung (BZ), 2.1.93)

31.12.

In Kaiserslautern kam es zu einer mehrstündigen Straßenschlacht zwischen ca. 50 Skinheads und Rockern, in deren Verlauf zehn Personen verletzt wurden, einige davon schwer. (Welt, 2.1.93)

In Buxtehude bei Stade ist ein neuerrichtetes und noch unbenutztes Wohnheim für Asylsuchende niedergebrannt. Der Schaden wird auf rund 55.000 DM geschätzt. (Göttinger Tageblatt, 2.1.93)

In Gründau-Breitenborn im Main-Kinzig-Kreis entstand bei einem Brand in einer Unterkunft für Asylsuchende ein Schaden von 150.000 DM. Die 40 in der Unterkunft lebenden Flüchtlinge blieben unverletzt. Nach Angaben der Polizei "hatte vermutlich ein technischer Defekt" das Feuer ausgelöst. (FR, 2.1.93)

In Spremberg randalierten zehn neofaschistisch orientierte Jugendliche vor der Unterkunft für AussiedlerInnen und gröhlten rassistische Parolen. Den Versuch von drei Personen, in das Gebäude einzudringen, habe die

Polizei verhindern können. Mehrere Scheiben wurden eingeschlagen. Gegen einen 23jährigen Mann aus Hoyerswerda sei Anzeige wegen Sachbeschädigung aufgenommen worden. (ND und taz, 4.1.93)

In München wurden in einer Blitzaktion rund 80 AsylbewerberInnen von der Zentralen Anlaufstelle nach Weiden "verlegt". Den Asylsuchenden wurde zum Teil nicht einmal die Gelegenheit gegeben, ihre persönliche Habe und Ausweispapiere mitzunehmen. Außerdem wurden Personen, die nur zufällig zu Besuch in der ZAST waren, in die Busse gedrängt. Insgesamt wurden 18 Personen irregulär nach Weiden verbracht. Der Bayerische Flüchtlingsrat vergleicht diese Blitzaktion mit Deportationen. (SZ, 23.1.93)

Ende 1992

Im Jahr 1992 sind nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz 2.285 "Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation" registriert wurden. Dies ist eine Steigerung von 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Hauptangriffsziel der Neofaschisten waren auch 1992 AusländerInnen und AsylbewerberInnen und ihre Unterkünfte. 2.033 Gewalttaten gingen in diese Richtung; dies entspricht einer Zunahme von 62 Prozent. Insgesamt wurden nach Angaben der Behörde 17 Menschen im Jahr 1992 getötet. Die meisten der Täter sind jünger als 21 Jahre. Von den 894 ermittelten Gewalttätern habe der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden wie im Vorjahr rund 70 Prozent betragen. Nur zwei Prozent waren älter als 30 Jahre. (taz, 13.1.93)

1.1.

In Detmold haben Unbekannte Schüsse auf zwei Wohnungen von Aussiedlern abgegeben. Eines der Geschosse durchschlug eine Fensterscheibe eines hell erleuchteten Raumes, in dem sich mehrere Personen aufhielten. Es wurde niemand verletzt. Später konnte die Polizei einen 36 und einen 37 Jahre alten Mann wegen des Verdachtes des versuchten Mordes festnehmen; beide legten Teilgeständnisse ab. (taz, 2.1.93 und FR, 4.1.93)

In Bietigheim-Bissingen starben zwei Menschen bei einem Brand in einem Heim für Asylsuchende, eine weitere Person wurde schwer verletzt. Die Polizei wollte einen Anschlag als mögliche Brandursache nicht ausschließen. Später wurde ein 19jähriger Asylsuchender als mutmaßlicher Täter verhaftet. Der 19jährige bestreitet die Tat. (FR, 2.1.93 und 4.1.93 und "heute" (ZDF), um 19.00 Uhr am 1.1.93)

In Fürstenberg nördlich von Berlin attackierten ca. 40 neofaschistisch orientierte Jugendliche ein Objekt der russischen Streitkräfte. Durch Steinwürfe wurden zwei russische Soldaten verletzt. Außerdem sei größerer Sachschaden angerichtet worden. Bei Eintreffen der Polizei sind die Täter geflüchtet. Personen konnten nicht festgenommen werden. (BZ, 2.1 u. 4.1.93)

In Hamburg-Altona sind bei einem Brand in einer Unterkunft für Asylsuchende vier Personen verletzt worden. Die Brandursache ist noch unbekannt; die Polizei ermittelt. (BZ, 2.1.93)

In der Nähe von Offenbach hat die Polizei einen schwerverletzten bewußtlosen Pakistani an der Autobahn Frankfurt - Darmstadt gefunden. Seine schweren Kopfverletzungen seien durch Schläge mit einem stumpfen Gegenstand verursacht worden. (FR, 2.1.93)

In Uslar bei Göttingen wollten mehrere Skinheads in die Wohnung eines Anwohners eindringen. Als fünf Streifenwagen eintrafen, gaben sie ihr Vorhaben auf und wurden des Platzes verwiesen. (Göttinger Tageblatt, 2.1.93)

2.1.

In München raubten drei Frauen einen 24jährigen Asylsuchenden aus Indien im U-Bahnhof Marienplatz aus. Der Asylsuchende wurde von den Frauen zu einem Cola eingeladen und damit betäubt. Als das Opfer wieder zu sich kam, war seine Uhr und seine Brieftasche mit rund 600 DM verschwunden. (SZ, 4.1.93)

In Fürstenberg schändeten Unbekannte den dortigen sowjetischen Ehrenfriedhof. Mehrere Grabsteine wurden aus der Verankerung gerissen und umgeworfen. Zwei Grabsteine wurden sogar zerbrochen. (ND und BZ, 4.1.93)

In Finsterwalde haben in einer Diskothek der rechten Szene zuzuordnende Jugendliche einen Bewohner aus dem Jugendheim der Stadt mißhandelt. (Junge Welt, 6.1.93)

3.1.

In Berlin-Hohenschönhausen haben Neofaschisten einen Ausländer überfallen und schwer verletzt. Sechs Neofaschisten fielen über den Mann her, der vor der Unterkunft für Asylsuchende an der Haltestelle stand, und schlugen u.a. mit Baseballschlägern auf ihn ein, bis er bewußtlos zusammenbrach. Das Opfer mußte mit zahlreichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Täter entkamen mit der Straßenbahn. (ND, 4.1.93)

In Bonn wurde vor einem Restaurant eine Frau von mehreren Nazis angegriffen und verletzt. Obwohl sich die Frau längere Zeit heftig verteidigte, erlitt sie schwere Verletzungen und mußte im Krankenhaus behandelt werden. Obwohl zu diesem Zeitpunkt das Restaurant gut besucht war und einige Gäste den Überfall beobachtet hatten, griff niemand ein. (Flugblatt Antifa Bonn/Rhein-Sieg)

In Malchow haben Unbekannte einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. Sie hatten einen Brandsatz auf die Rückseite des Heimes geschleudert und waren geflohen. Das ausbrechende Feuer konnte gelöscht werden. (taz, 5.1.93)

4.1.

In Schleusingen bei Suhl wurde erneut ein jüdischer Friedhof geschändet. In zwei Jahren ist dieser Friedhof damit zum dritten Mal geschändet worden. (FR und Junge Welt, 6.1.93)

In Sankt Kilian bei Suhl wurde ebenfalls ein jüdischer Friedhof geschändet. (FR, 6.1.93)

In München erhängte sich ein ghanesischer Pfarrer in der AsylbewerberInnen-Unterkunft Triebstraße, nachdem sein Antrag auf Asyl abgelehnt worden und er von Abschiebung bedroht war. (SZ, 15.1.93)

In Fürstenberg wurde erneut der Ehrenfriedhof der sowjetischen Truppen geschändet. (Junge Welt, 5.1.93)

5.1.

In Neustadt an der Donau griffen neofaschistische Jugendliche eine Unterkunft für Asylsuchende an. Mehrere Jugendliche brachen die Tür der Unterkunft auf und riefen neofaschistische Parolen. Die AsylbewerberInnen hätten sich daraufhin mit Knüppeln bewaffnet und die Eindringlinge in die Flucht geschlagen. Verletzt wurde niemand. (FR, 6.1.93)

In Flörsheim haben Unbekannte einen jüdischen Friedhof geschändet. Es wurden vier Grabsteine umgestoßen und ein weiterer herausgerissen und in einen nahen Bach geworfen. Ferner wurde ein Fahnenmast an einem Denkmal umgeknickt und ebenfalls in den Bach geworfen. (FR, 7.1.93)

In Mettmann ist eine Notunterkunft für AsylbewerberInnen abgebrannt. Nach Angaben der Polizei konnten alle 45 Menschen das Notzelt rechtzeitig verlassen. Niemand sei verletzt worden. Die Polizei hat keine Hinweise auf eine fremdenfeindliche Straftat. (ND, 6.1.93)

In Berlin-Alt-Moabit ist ein 38jähriger Türke in den frühen Morgenstunden erstochen wurden. Von seinem Mörder fehlt jede Spur; er ließ jedoch ein Küchenmesser mit einer 20 cm langen Klinge zurück. Obwohl das Motiv der Tat noch unklar war, behauptete die Polizei, daß es "sich mit höchster Wahrscheinlichkeit aber nicht um eine Tat mit ausländerfeindlichem oder politischem Hintergrund" handelt. (BZ, 7.1.93)

6.1.

In Erfurt schlugen Skinheads einen 19jährigen Slowaken zusammen und raubten ihn anschließend aus. (FR, 7.1.93)

In Jena haben mehrere Einwohner neofaschistische Hetzschriften per Post zugeschickt bekommen. Die Briefe wurden zum Teil in Himmelpforten-Unterelbe und Heidenheim aufgegeben. Die Polizei ermittelt. (ND, 7.1.93)

7.1.

In Nürnberg hat die Staatsanwaltschaft gegen einen Neofaschisten Anklage erhoben. Der Mann hatte zwei Polizisten mit dem "Hitlergruß" empfangen. Als diese ihn zur Rede stellten, erklärte er ihnen, er sei rechtsradikal und "schlage alle Kanaken und Türken zusammen". Dann wollte er sich mit "Adolf Hitler: Sieg Heil" verabschieden. (SZ, 8.1.93)

In Hochheim im Main-Taunus-Kreis wurde zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit ein jüdischer Friedhof geschändet. (Welt, 8.1.93)

8.1.

In Halle sind aus Angst vor einem Angriff eines Deutschen drei Vietnamesen aus dem Fenster des 1. Obergeschosses einer Wohnung gesprungen. Einer von ihnen verletzte sich an der Wirbelsäule. Ein vierter Vietnamese wurde mit einer Schreckschußpistole beschossen und leicht verletzt. Die Polizei wollte "keine politischen Motive" für die gefährliche Körperverletzung erkennen. (Junge Welt, 9.1.93)

In der Nähe von Rudolstadt wurden vier vietnamesische Asylbewerber, die mit einer Autopanne auf der Bundesstraße liegengeblieben waren, von acht bis zehn Neofaschisten zusammengeschlagen. Einer der Asylbewerber erlitt eine Stichwunde im Oberschenkel. Alle vier mußten ärztlich behandelt werden. Die Täter entkamen. (FR, 11.1.93)

9.1.

In Fischersdorf im Kreis Saalfeld haben 20 Skinheads eine Tanzveranstaltung überfallen. Vier Besucher wurden dabei verletzt. Das gesamte Mobiliar des Lokals sei zerstört worden. Die Täter gingen offenbar geplant und straff geführt vor; sie waren mit CB-Funkgeräten ausgerüstet. Zwei Täter konnten unmittelbar nach der Tat und 13 weitere Täter mehrere Tage später festgenommen werden. Bei Hausdurchsuchungen konnten Waffen und umfangreiches Propagandamaterial sichergestellt werden. (FR, 11.1.93 und BZ, 15.1.93)

In Eisenberg in Thüringen schlugen Unbekannte einen Mosambikaner zusammen und verletzten ihn mit einem Messer an der Hand. Die Täter raubten ihm seinen Reisepaß und 500 Mark. (taz, 12.1.93)

In München wurde ein 26jähriger albanischer Asylbewerber Opfer eines Messerangriffs. Der Asylbewerber hatte seinen Bruder besucht und wurde beim Verlassen des Hauses niedergestochen. Der Albaner wurde erheblich verletzt. (BZ und SZ, 11.1.93)

In Hirschberg in Thüringen wollte ein Gastwirt den selbsternannten "Ortsgruppenführer" einer neofaschistischen Gruppierung und einen seiner Anhänger hinauswerfen, die in Streit geraten waren. Daraufhin gingen die Faschisten auf den Wirt los, schlugen ihn und beschossen ihn mit einer Schreckschußpistole. Der Mann mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Täter sind flüchtig. (FR, 11.1.93)

In Frankfurt/Main rotten sich die "Jungen Nationaldemokraten", die Jugendorganisation der NPD, zu einer Veranstaltung zusammen. Gegen 23 Uhr schlugen Skinheads drei Antifaschisten zusammen und warfen sie anschließend in den winterkalten Main. Einer von ihnen mußte von der Feuerwehr geborgen werden. Im ganzen Verlauf des Tages kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den AntifaschistInnen, die gegen die JN-Veranstaltung demonstrierten. Die Polizei nahm nach Angaben der GegendemonstrantInnen über 40 AntifaschistInnen fest. (FR, 11.1.93 und taz, 12.1.93)

10.1.

In Klosterfelde-Trattendorf im Kreis Bernau wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. Zwei selbstgebastelte Brandsätze sind gegen die Unterkunft geworfen wurden. Eine Flasche prallte neben einem Fenster an der Wand ab und zerschellte im Hof. Auch die zweite Flasche verfehlte das Ziel. (FR, 11.1.93)

In Mühlberg im Kreis Bad Liebenwerda wurde eine Unterkunft für Flüchtlinge angegriffen. Die Polizei nahm zwei Verdächtige fest. (BZ, 11.1.93)

11.1.

In Limburg verübte ein 30jähriger Lagerarbeiter einen Brandanschlag auf einen vor einer Unterkunft für Asylsuchende geparkten PKW. Der Mann wurde wenige Tage später verhaftet. Er soll schon einmal auf einen PKW und auf zwei in Bau befindliche Unterkünfte für Asylsuchende Brandanschläge verübt haben. (SZ, 15.1.93)

In Aschaffenburg wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. Die Flüchtlinge entdeckten in den frühen Morgenstunden das Feuer im Eingangsbereich. Sie konnten das Feuer selber löschen. Menschen wurden nicht verletzt und es entstand geringer Sachschaden. (SZ, 13.1.93)

12.1.

In Strausberg drangen Neofaschisten in die Scheune eines Antifaschisten ein und zerstörten seinen Kleinbus sowie zwei weitere Fahrzeuge und beschmierten sie mit mehreren Hakenkreuzen. Die Täter entwendeten außerdem einen anderen PKW. Der Kleinbus und sein Halter war den Tätern offenbar ein Dorn im Auge: Er war auffällig mit antifaschistischen und antirassistischen Plakaten und Parolen versehen. (BZ, 14.1.93)

16.1.

In Garbsen bei Hannover warfen Neofaschisten einen Brandsatz gegen eine Unterkunft für Asylsuchende. Die Täter kletterten auf eine Garage, die direkt an das Haus angrenzt, und warfen zunächst mit Steinen eine Scheibe ein. Dann warfen sie einen Brandsatz hinterher, der jedoch von selbst erlosch. Unmittelbar danach seien die sechs Männer geflohen. (taz, 18.1.93)

In Magdeburg nahm die Polizei am Rande einer Lichterketten-Demonstration gegen Rassismus 148 Hooligans fest. (taz, 18.1.93)

17.1.

In Nürnberg wurde auf ein Haus, in dem Ausländer und Deutsche wohnen, ein Sprengstoffanschlag mittels einer Rohrbombe verübt. Es wurde niemand verletzt. (taz, 18.1.93)

18.1.

In Arnstadt haben zwei Jugendliche einen 46jährigen Mann zusammengeschlagen und auf einer verkehrsreichen Kreuzung liegenlassen. Nach Angaben der Polizei war das Opfer, ein bei der Stadt angestellter Parkwächter, vermutlich bewußtlos, als ihn zwei Autos überrollten. Gegen die zwei Jugendlichen, die aus der Skinhead-Szene stammen, wird wegen des Verdachts auf Totschlag ermittelt; sie sitzen in Untersuchungshaft. (FAZ, 19.1.93)

21.1.

In Zielitz verübten drei rassistisch verhetzte Jugendliche einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende. Die AsylbewerberInnen konnten einen der Täter stellen. Bei dem Anschlag wurde niemand verletzt. (ND, 23.1.93)

In Drachhausen und Briesen im Landkreis Cottbus hat die Polizei bei Durchsuchungen zweier Grundstücke Waffenlager ausgehoben. Gegen zwei Männer wird wegen Verstoßes gegen das Bundeswaffengesetz ermittelt. (ND, 23.1.93)

In Berlin-Tempelhof haben im Abgeordnetenhaus die REP das Bezirksamt aufgefordert, zu Vorstrafen und Sprachkenntnisse von eingebürgerten Ausländern Stellung zu nehmen. In einem weiteren Antrag forderten die REP, die Partnerschaft zur israelischen Stadt Nahariya aufzukündigen. (BZ, 22.1.93)

22.1.

In München war ein Asylbewerber unschuldig sechs Wochen lang in Untersuchungshaft genommen worden. Die Polizei hatte ihm den Besitz von 164 Gramm Rohopium vorgeworfen. Nun wurde bekannt, daß es sich bei dem angeblichen Opium möglicherweise um ein Stück Schokolade gehandelt habe. Überdies sei das "Rauschgift" in einem Container gefunden wurden, in dem der Asylsuchende gar nicht mehr gewohnt hatte. Der Anwalt des Asylsuchenden erklärte, daß die Polizei entweder bewußt einen falschen Stoff genannt habe oder über ihre eigenen Vorurteile gestolpert sei. Der Anwalt behält sich rechtliche Schritte gegen die Verantwortlichen vor. (SZ, 23.1.93)

In Freiburg wird die Antifaschistin und Autonome Kerstin Winter durch eine Paketbombe getötet. Von AntifaschistInnen werden der oder die Täter in neofaschistischen Kreisen vermutet. Kerstin war in antifaschistischen Gruppierungen aktiv und war in der letzten Zeit von örtlichen Neofaschisten bedroht worden. (FAZ, 27.1.93 und Spiegel, 1.2.93)

23.1.

In Boizenburg kam es in einer Diskothek zu Auseinandersetzungen zwischen Asylsuchenden und rassistisch verhetzten deutschen Jugendlichen. Die Polizei konnte die Schlägerei beenden. (FR, 25.1.93)

In Augsburg ging ein Schußwaffenanschlag auf eine türkische Gaststätte glimpflich aus. Ein Unbekannter hatte fünf Schüsse auf das Gasthaus abgegeben. Zur Zeit des Anschlags hielten sich etwa 60 Gäste in dem Lokal auf. (FR, 25.1.93)

In Arnstadt kamen zwei Obdachlose bei einem Brand in einem Obdachlosenheim ums Leben. Ein weiterer Obdachloser wurde lebensgefährlich verletzt. Die Polizei ging zunächst von Brandstiftung aus, dieser Verdacht soll sich aber angeblich nicht bestätigt haben. (taz, 25.1.93)

An der Autobahnraststätte Michendorf ist ein Pole überfallen und beschossen worden. Der schlafende Mann wurde von drei Jugendlichen zum Aussteigen aufgefordert. Als er dies ablehnte, schlugen die Angreifer die Scheibe der Seitentür ein und feuerten eine Schreckschußpistole auf den Fahrer ab, der unverletzt fliehen konnte. Die Polizei nahm drei Tatverdächtige fest. (BZ, 25.1.93)

In Leipzig wurde ein Algerier, überfallen, niedergestochen und schwer verletzt. (Leipziger Volkszeitung, 25.1.93)

24.1.

In München schlugen zwei Skinheads einen Ausländer in der Laimer Unterführung brutal zusammen. Zuvor hatten sie ihr Opfer mit rassistischen Parolen beschimpft. (SZ, 26.1.93)

In Eisenhüttenstadt haben unbekannte Täter den jüdischen Friedhof geschändet. Es wurden elf Grabsteine umgestoßen, einer davon wurde in blauer Farbe mit einem Hakenkreuz beschmiert. (SZ, 28.1.93)

25.1.

In Duisburg-Hamborn wurden bei einem Brand in einem AsylbewerberInnenheim fünf Menschen verletzt. Die Feuerwehr mußte 70 der insgesamt 113 BewohnerInnen mit Drehleitern retten. Nach Angaben der Polizei wurde das Feuer durch Brandstiftung verursacht. Hinweise auf die Täter liegen noch nicht vor. (BZ, 27.1.93)

In Berlin sind jüdische BürgerInnen durch Drohbrief und -anrufe nach Angaben der Israelitischen Synagogen-Gemeinde aufgefordert worden, Deutschland bis zum Samstag, dem 60. Jahrestag von Hitlers "Machtergreifung", zu verlassen. (SZ, 28.1.93)

27.1.

In Plau brannte eine Unterkunft für Flüchtlinge bis auf die Grundmauern nieder. Es gab keinen Verletzten. Nach Angaben der Polizei kann "auch ein Brandanschlag von Rechtsextremisten nicht auszuschließen" sein. (ND, 29.1.93)

29.1.

In Dresden überfielen neofaschistische Jugendliche eine geschlossene Veranstaltung von "linken Punks". An der Schlägerei beteiligten sich über 50 Personen. Ein Gast wurde durch einen Messerstich in den Bauch schwer verletzt und mußte in die Klinik eingeliefert werden. Nach Aussage der Ärzte besteht keine Lebensgefahr. (Sächsische Zeitung, 1.2.93)

30.1.

In Lübbenau im Kreis Calau sind an die Grundschule Hakenkreuze und nazistische Parolen gesprüht worden. (Lausitzer Rundschau, 1.2.93)

In Renningen im Kreis Böblingen ist einem Italiener beim Öffnen eines Paketes durch eine Explosion eine Hand abgerissen worden, zwei weitere Personen erlitten Splitterverletzungen. Die Polizei schließt als erstes einen fremdenfeindlichen Hintergrund aus. (ND, 1.2.93)

In Spremberg hißten Neofaschisten die Reichskriegsflagge auf dem Bismarckturm. (BZ, 2.2.93)

31.1.

In Adelebsen im Landkreis Göttingen schlugen vier Skinheads einen Jugendlichen zusammen und verletzten ihn schwer. Die Polizei konnte die Skinheads festnehmen, beschlagnahmte eine Hiebwaffe und legte den Tätern Handfesseln an. Zwei der Skinheads leisteten Widerstand. (Göttinger Tageblatt, 1.2.93)

1.2.

Wie der "Spiegel" berichtete, wurde in Siegen ein fast blinder und geistig leicht behinderter Lagerarbeiter von zwei Skinheads überfallen und totgeschlagen. Der Mann wurde mit massivem Schuhwerk, vermutlich mit Springerstiefeln, zu Tode getreten. Die Tat geschah bereits am 15.12.1992. (Spiegel, 1.2.93 und telefonische Auskunft der Polizeidirektion Siegen vom 1.2.93)

Büro Ulla Jelpke,

PDS/Linke Liste

45. Quelldatei 40.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:40

LeserInnenbriefe

Maoistisch

kein Komparativ

von stalinistisch

Betr.: "Nicht nur stalinistisch, sondern maoistisch", ak 350 v. 13. Januar 1993, S.31

Liebe GenossInnen,

in dem genannten Beitrag setzt Ihr Euch mit den Diskussionen in der PDS um einen Artikel Sahra Wagenknechts auseinander. Dabei zitiert Ihr einen, wie Ihr meint, "bemerkenswerten und geistesschweren Satz" von mir (und macht ihn sogar zum Titel Eures Beitrags), der jedoch nur ein Satzteil ist und zwar eines, das so nicht von mir stammt. Es sei mir deshalb dazu eine Richtigstellung erlaubt.

Bei dem "Zitat" handelt es sich um eine Formulierung des PDS-Pressedienstes (PID). Da ich nicht der eigentümlichen Auffassung bin, daß maoistisch ein Komparativ von stalinistisch sei, stammt zumindest das "sogar" in diesem Zitat mit Sicherheit nicht von mir. Da ich in der Diskussion natürlich nicht einen vorbereiteten Redebeitrag verlesen, sondern einfach in der Debatte kurz und knapp meine Meinung gesagt habe, kann ich nicht den Wortlaut meiner Ausführung reproduzieren, aber doch anhand meiner Notizen den Sinn wiedergeben. Ich hatte in der Vorstandssitzung etwa folgende Position vertreten und dabei ausschließlich in meinem Namen gesprochen:

1. Sahras Konstrukt von der Grundstruktur der Geschichte des realen Sozialismus (Stalin als konsequenter Fortsetzer der Leninschen Politik, der XX. Parteitag der KPdSU als Beginn des Revisionismus etc.) ist nicht stalinistisch, sondern maoistisch. Ich wußte aber bisher nicht, daß es in der PDS etwa nicht zulässig sei, maoistische Positionen zu vertreten. In diesem Zusammenhang stellte ich fest, daß diese apostrophierte Auffassung von der Geschichte der SU bzw. des sozialistischen Lagers in sehr eigenwilliger Weise mit dem von Sahra betriebenen Ulbricht-Kult kontrastiert (was natürlich eine etwas sehr zurückhaltende Formulierung für den fundamentalen theoretischen Bruch in diesem Artikel darstellt).

2. Die von Sahra in ihrem Artikel vertretenen Positionen sind nie als die Positionen der Kommunistischen Plattform (KPF) formuliert worden.

3. Sie entsprechen auch nicht dem gegenwärtigen Diskussionsstand in der KPF.

4. Der Artikel von Sahra sollte nicht überbewertet werden, weder was seine inhaltliche Bedeutung, noch was seine Wirksamkeit betrifft. Man kann ihn aber natürlich durch Vorstandsbeschlüsse aufwerten, wenn man ihm zu größerer Wirksamkeit verhelfen will.

5. Der Parteivorstand möge mit mehr Gelassenheit politischen Positionen begegnen, die er offenbar für "linksradikal" hält. Ich erinnerte in diesem Zusammenhang an die völlig unnötige und überzogene Reaktion auf die "Radikale Linke" in der PDS (der ak hatte seinerzeit darüber berichtet) und machte deutlich, daß ich Sahras in diesem Artikel geäußerte Positionen keineswegs teile aber durchaus damit leben kann, daß solche Auffassungen in der PDS diskutiert werden. Die mit dem Artikel von Sahra deutlich gewordenen Differenzen werden in den weiteren notwendigen Auseinandersetzungen in der PDS auszukämpfen sein. Das bedarf der langfristigen inhaltlichen Auseinandersetzung, nicht schneller Vorstandsbeschlüsse.

Ich hatte meine Äußerungen in einer ausdrücklich als "geschlossen" deklarierten Sitzung des Parteivorstands gemacht und habe mit einigem Erstaunen festgestellt, daß der PID dann Teile der Diskussion als wörtliche Zitate publiziert, ohne die Redner dazu zu konsultieren und dabei noch nicht einmal wirklich wörtlich zitiert. Den Genossen, die den PID machen, habe ich das auch gesagt. Allerdings habe ich nicht öffentlich das mir "untergeschobene" Zitat (ich gehe davon aus, daß es hierbei keine böse Absicht oder gar eine "Strategie" gab) richtiggestellt, weil ich mir seit langem abgewöhnt habe, auf solche Dinge öffentlich zu reagieren. So etwas passiert eben ab und zu, und ich kann damit leben. Euer Artikel macht mir aber deutlich, daß hier eine

Richtigstellung doch nötig ist, um meine Positionen in dieser Auseinandersetzung korrekt wiederzugeben, wenn sie denn schon publiziert werden. Das möchte ich mit diesem Leserbrief getan haben, den ich Euch in der nächsten Nummer zu drucken bitte.

Mit solidarischen Grüßen

Lothar Hertzfeldt

Nur Geschichte?

Betr.: Jugoslawien-Artikel im ak

Hiermit bestelle ich den ak ab sofort ab. Ich habe mich in den letzten Monaten dauernd geärgert - insbesondere über Eure Jugoslawien-Berichterstattung.

Es ist ja gut und richtig, über die historischen Bedingungen des Landes zu schreiben. Aber die gegenwärtige Situation im Land einfach zu übergehen, akzeptiere ich nicht.

Annette, Berlin

Lastschriften

und Lichtblicke

Liebe GenossInnen,

sorry für den Ärger bezüglich der nicht eingelösten Lastschrift - kommt hoffentlich nicht wieder vor. Ich lege Euch einen Scheck für Bankgebühren + Spende bei - mehr kann ich mir momentan leider nicht leisten, obwohl's Euer Blatt verdient hätte!

Der ak ist einer der wenigen politischen Lichtblicke in dieser lausigen Zeit und ich wünsche mir, daß ihr's schafft, das Erscheinen (und die journalistische Qualität) weiterhin sicherzustellen. Nach den nervtötenden Auseinandersetzungen KB-Mehrheit/Gruppe K hatte ich schon befürchtet, daß ein weiteres linkes Projekt an internen Grabenkämpfen zugrundegehen würde ... gut, daß es anscheinend nicht so kommt.

Auf die angekündigte Öffnung für ein breiteres linksradikales Spektrum warte ich allerdings nach wie vor vergeblich. Die Diskussion autonomer, anarchistischer oder ökolinker Positionen und Aktivitäten kommt meines Erachtens im Vergleich zur PDS-Berichterstattung entschieden zu kurz. Hier bestände auch eine Möglichkeit, die (materielle) Basis des ak zu erweitern, denke ich mir.

Solidarische Grüße

aus dem schönen Franken!

Achim

46. Quelldatei 47.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:47

Kalender

Antifaschistische Filme

Die Hamburger Initiative "B-Movie" zeigt im Februar eine Reihe von Filmen zu Vergangenheit und Gegenwart des antifaschistischen Kampfes. Diese Filme können auf Anforderung auch für Gruppen an Vor- oder Nachmittagen im Februar in Sondervorführungen in den Räumen von "B-Movie" gezeigt werden. Der Kostenbeitrag der Gruppe beträgt in diesem Fall 50 DM.

Was hat Hamburg bloß mit euch Frauen gemacht? - In diesem Film wird ein besonderes Kapitel deutscher Fürsorge gezeigt: die Verfolgung von Frauen (aber auch von Kindern und Männern) im Nazi-Deutschland aus "sozialen" Gründen, ihre Unterbringung in Erziehungsheimen und Arbeitshäusern. Drei Hamburger Frauen berichten über ihre "Umerziehung" und ihren Kampf um Rehabilitierung nach 1945.

Samstag, 13.2., 20 Uhr

Gelem Gelem - Wir gehen einen langen Weg. - In diesem Film wird der Versuch einer Gruppe heimatloser Roma in der BRD geschildert, den Teufelskreis von sozialer Verelendung, Kriminalisierung, Abschiebung, illegaler Wiedereinreise, erneuter Vertreibung usw. zu durchbrechen. Die Aufnahmen zu diesem Film wurden zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1991 gemacht. Die meisten der Roma, die der Film zeigt, sind inzwischen von deutschen Behörden abgeschoben worden. Ihre Spuren verlieren sich in den Elendsquartieren Südosteuropas.

Sonntag, 14.2., 20 Uhr

Mir zeynen do. Der Ghettoaufstand und die jüdischen PartisanInnen von Bialystok. - Im August 1943 erhoben sich jüdische WiderstandskämpferInnen der ostpolnischen Stadt Bialystok gegen die Liquidierung des Ghettos und damit der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch die deutschen Besatzer. Nur wenige überlebten den Aufstand, unter ihnen einige Frauen, die den Widerstand in der Stadt aufrechterhielten, bis sie mit Partisanengruppen in den umliegenden Wäldern in Kontakt kamen. Drei dieser ehemaligen Kämpferinnen berichten in dem Film von Ingrid Strobl von ihrem Widerstand gegen die deutsche Vernichtungspolitik.

Samstag, 20.2., 20 Uhr und Sonntag, 21.2., 20 und 22 Uhr

Die Rattenlinie. - Nach 1945 tauchten Nazis über die "Rattenlinie" beim CIA und beim US-Militär unter. Auf Betreiben der USA wurden Unterlagen über die Nazi-Vergangenheit von Wissenschaftlern aus den Akten getilgt. In diesem Film werden die Fluchtwege der Nazis mit Zeugenaussagen und neuen Veröffentlichungen dokumentiert.

Samstag, 27.2. und Sonntag, 28.2., 20 Uhr

Die Vorführungen finden statt in der Brigittenstraße 5, 2000 Hamburg 36. Gruppenvorführungen können vereinbart werden über Tel. 040 - 43 59 40.

O.M.G.U.S.-Siemens-Report

Karl Heinz Roth, Mitherausgeber der O.M.G.U.S.-Berichte über das Wirken von Banken und Industrie im Nationalsozialismus stellt im Rahmen der Kolloquien der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts die Arbeit am Siemens-Report vor.

17.2., 19.30 Uhr. Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte, Schanzenstr. 75-77, Hamburg

Militärische Großmachtpläne

Mit Blauhelmeinsätzen in Kambodscha und im Golfkrieg, mit Einsätzen in AWACS-Maschinen über Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina, im Rahmen vorgeblich humanitärer Einsätze wie in Somalia werden die Interventionsmöglichkeiten der Bundeswehr Schritt für Schritt ausgebaut. Mit unterschiedlichen Argumenten forcieren die großen Parteien (und auch Teile der Grünen) den Bundeswehr-Einsatz "out of area".

Welche Planungen gibt es, die neue deutsche Großmachtrolle militärisch zu unterstützen? Wie reagiert die Friedensbewegung? Diese Fragen sollen bei einer Diskussionsveranstaltung der (Ex-)KB-Mehrheit erörtert werden.

24.2., 19.30 Uhr. Haus für Alle, Amandastraße, Hamburg

Jakob Moneta

Jakob Moneta liest aus seinem Buch "Mehr Macht für die Ohnmächtigen" im Rahmen einer Veranstaltung von "Konzept Links", der Zeitung der PDS/Linke Liste - Hessen.

25.2., 19.30 Uhr. Buchhandlung Eisenbletter & Naumann, Berger Straße 168, Frankfurt am Main/Bornheim

47. Quelldatei 51.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:51

Menschenrechte

StudentInnen (sofern deutschblütig) können sich an den Hochschulen der BRD politisch recht weitgehend frei betätigen. In, und nur zum Beispiel, Guatemala, der VR China, Haiti, Malawi und der Türkei ist politisch oppositionelle Tätigkeit für StudentInnen mit einem hohen Risiko bis hin zur Todesdrohung verbunden. Die Januar- Ausgabe des ai-info schildert eine Reihe solcher Fälle. Außerdem berichtet das Info über Vergewaltigungen im Krieg ("Bosnien-Herzegowina leider keine Ausnahme"), Menschenrechtsverletzungen in Marokko auch nach einer relativen Liberalisierung und über das Vorgehen des ANC gegen vermeintliche Agenten.

ai-info, Heft 1/93. Bezugsadresse: ai, Postfach 170259, 5300 Bonn 1

Iran

Unter dem Titel Arbeitersolidarität ist ein erstmals im November 1992 vorgelegtes Info erschienen, in dem vor allem über die Situation der ArbeiterInnen im Iran berichtet wird. Die Publikation richtet sich sowohl an iranische wie an deutsche KollegInnen mit dem Ziel, das Interesse an der Situation im Iran zu verstärken, als auch die gemeinsamen Anliegen ausländischer und deutscher Werktätiger in der BRD zu fördern.

Bezugsadresse:

Arbeitersolidaritätskomitee,

Postfach 180468, 6000 Frankfurt/M. 1

Kuba

Der Zusammenbruch des Realsozialismus hat seine Wirkung auch auf cubanische Intellektuelle nicht verfehlt. Der Schriftsteller Jesus Diaz forderte am Ende eines mehrmonatigen Aufenthalts in Europa "freie Wahlen" in Kuba als Lösungsmittel für die Krise dieses Staats. Cuba Libre bringt ein umfassendes Interview mit Diaz sowie ein Gespräch mit Abel Pietro, dem Vorsitzenden des kubanischen Schrifsteller- und Künstlerverbandes, zugleich Mitglied des ZK und des Politbüros der KP, zur Lage der Intellektuellen unter den Bedingungen des "periodo especial".

Cuba Libre, H. 4/92, Dez. 1992. 44 S., 5 DM. Bezugsadresse: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1

Antimilitarismus

Die antimilitarismus-information vom Januar bringt unter Einschluß der Vorgeschichte eine zusammenfassende Darstellung der "Restore Hope"-Operation in Somalia. Im Themenkomplex "Vergewaltigung und Krieg" wird der Bericht über Bosnien mit Informationen über die US-Armee und Vergewaltigung und Zwangsprostitution durch die japanische Armee im Zweiten Weltkrieg ergänzt.

antimilitarismus-information, H. 1, Januar 1993. 40 S., 3 DM

Türkei

Den Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe von Der Kampf in der Türkei bilden Beiträge zum Thema: "Die kommunistischen Parteien nach der Niederlage" (des Realsozialismus). In diesem Zusammenhang wird ein Interview mit dem ZK von "Devrimci Sol" ("Wir befinden uns am Vorabend der Parteigründung") publiziert.

Der Kampf in der Türkei, H. 6, Januar 1993. 48 S., 4 DM. (Eine Bezugsadresse ist im Heft nicht angegeben.)

Golfkrieg und Antisemitismus

Unter dem etwas länglichen, das Inhaltsverzeichnis gleichsam vorwegnehmenden Titel Der freie Westen, der vernünftige Krieg, seine linken Liebhaber und ihr okzidentaler Rassismus - oder wie hierzulande die Herrschaft der "neuen Weltordnung" als "Krieg in den Köpfen" begonnen hat haben Claus Koestler und Klaus

Schönberger eine beachtenswerte Studie zu wohl allen wichtigeren Aspekten der Entfachung und der Auswirkung jenes "Kriegs in den Köpfen" vorgelegt. Erörtert werden nach der kriegsvorbereitenden Agitation in den Medien - "Saddam wie Bananen und Hitler wie Äpfel" - das abendländische Feindbild "Dritte Welt" und insbesondere "der Islam" und die "Verlegung des Krieges nach Israel" im Zeichen der "historischen Verantwortung der Deutschen". In zwei Exkursen, die mit rund sechzig Seiten fast ein Drittel der Publikation ausmachen, wird der gegenüber der Friedensbewegung und der Linken erhobene Antisemitismusvorwurf erörtert. In den Mittelpunkt ihrer Kritik stellen die Autoren "grundlegende Irrtümer und Defizite in (der) Antisemitismusanalyse" von Friedensbewegung, Antiimperialisten, Autonomen und Palästinakomitees, die "undifferenzierte Parallelisierungen gegenwärtiger politischer Verhältnisse mit der nazi-deutschen Geschichte bewirkten".

Klaus Schönberger, Claus Koestler: Der freie Westen ... Marbach und Tübingen (Autonomes Zentrum Marbach usw.) 1992. 188 S., 17.80 DM im Buchhandel. Oder Bezug gegen Vorkasse (bar, V- Scheck) über: Autonomes Zentrum Marbach e.V., c/o Café Provinz, Cottaplatz 4, 7142 Marbach a.N.

Rassismus I

Eine umfangreiche Sondernummer zu "Rassismus und Neofaschismus in Deutschland" hat die Zeitschrift atom herausgegeben. Eingerahmt von einer das ganze Heft durchziehenden "Chronologie des Terrors" (von August 1991 bis November 1992) werden jeweils mehrere Aufsätze zu den Ursachen des Rassismus, der Asylrechtsdebatte und dem Verhältnis der Justiz zu Neonazis veröffentlicht.

Kein schöner Land ... atom-Sondernummer "Rassismus und Neofaschismus in Deutschland". 88 S., 7,50 DM (für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 5,25 DM). Bezugsadresse: atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Rassismus II

Das "Komitee für Grundrechte" hat eine Denkschrift zur Ausländerfeindlichkeit in Deutschland vorgelegt. Es reiche nicht aus, schreiben die Herausgeber Wolf Dieter Narr und Klaus Vack, gegen Ausländerfeindlichkeit und für das Asylrecht zu demonstrieren. "Geboten ist auch, sich mit den Ursachen der Vorurteilsgewalt zu befassen. Erforderlich ist es, darauf zu achten, was hier und heute von der Bundesrepublik Deutschland und ihren politischen Repräsentanten in unser aller Namen den Ausländerinnen und Ausländern, den Asylsuchenden, Flüchtlingen, Juden, Sinti und Roma, Minderheiten usw. angetan wird."

Ausländerfeindlichkeit in Deutschland. Eine Denkschrift aus aktuellem Anlaß. 15 DM. Bezugsadresse: Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal

Geheimdienste

Michael Opperskalski, der durch einige Publikationen über u.a. die CIA hervorgetreten ist, berichtet in (der nicht eben häufig erscheinenden) Geheim über Covert actions zwischen Köln, London, Johannesburg und Accra, über Geheimdienstaktivitäten gegen afrikanische Freiheitsbewegungen. Von einigem Interesse ist auch die Beschreibung des Lebens- und Karrierewegs eines "forschen Oberstleutnants", der im jetzt erschienenen zweiten Teil der Darstellung als "im Netz des Neofaschismus" gefangen dargestellt wird - der Oberstleutnant, Friedensfreund Mechtersheimer ist es, widersprach allerdings der bisherigen Aufklärung über seine Person.

Geheim. H. 2/1992, 30.12.92. 28 S.,

7.50 DM

Deutsche Volksunion

Die DVU gehört neben den Republikanern zu den größten und in etlichen Gemeinderäten und Landtagen vertretenen rechtsradikalen Parteien. Das Avanti-Projekt Undogmatische Linke und die Autonome Info-Gruppe Kiel haben die überarbeiteten Beiträge einer Informationsveranstaltung zur DVU zusammen mit einer Dokumentation von Presseartikeln (unter denen selbstredend der Beitrag des ak nicht fehlt) zu einer handlichen Broschüre zusammengestellt.

Multimillionär Frey und seine DVU. Informationen über die größte neofaschistische Organisation. 32 S., 4 DM (einschl. Porto), Preisreduktion bei Abnahme größerer Mengen. Bezugsadresse: Autonome Info-Gruppe Kiel, Schweffelstraße 6, 2300 Kiel 1

48. Endlich vereint

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/gruene.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:gruene

Die Grünen machen es doch irgendwie anders. Ihr Eigenlob, durch die Vereinigung mit dem Bündnis90 würden sie zur "glaubwürdigsten Ost-West-Partei", kommt der Wahrheit nahe. Zwar wurde auf ihrem Parteitag formaljuristisch ein Anschluß vollzogen (analog dem der DDR an Restdeutschland); politisch aber sind die grünen Wessis ihren Bündnis-Partnern weit entgegengekommen. Zu weit, wie die im Machtpoker leer ausgegangenen Ostgrünen fanden. Diverse Sonderrechte geben dem zur "Vereinigung Bürgerbewegung" mutierten Bündnis90 den Status einer Partei in der Partei. Also ein erneuter Rechtsruck der Grünen? Ja, aber einer, der - zumindest bis zur nächsten Bundestagswahl - auch "linken Altlasten" in ihren Reihen die Illusion erhält, noch gebraucht zu werden. Ein Kommentar auf

Seite 12

49. Wieder Bomben gegen den Irak

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/irak.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:irak

Fast auf den Tag genau zwei Jahre nach Beginn des Golfkrieges erteilten Truppen der USA, Frankreichs und Großbritanniens Saddam Hussein erneut eine "kurze, scharfe und aussagekräftige Lektion".

Das Ergebnis der Bombenangriffe entlarvt die Rede von den "intelligenten" Waffen, mit denen zielgenaue Schläge gegen militärische Ziele möglich und zivile Opfer garantiert vermieden würden, als Propagandalüge.

Als Vorwand für den Militärschlag diente die demonstrative - und militärisch wertlose - Stationierung irakischer Raketen innerhalb der "Schutzzone" südlich des 32. Breitengrades. Die offizielle Rechtfertigung der Bombardierungen - "Nichteinhaltung von UNO-Resolutionen" durch den Irak - ist ein reines Ablenkungsmanöver zur Beschwichtigung der Öffentlichkeit. Daran ändert auch die eilfertig nachgereichte Erklärung von UNO-Generalsekretär Boutros Ghali nichts, "der Angriff sei im Einklang mit den Entschließungen des Sicherheitsrates und der UN-Charta erfolgt."

Mit dem Waffenstillstandsabkommen von 1991 ist der Golfkrieg keineswegs zu Ende. Auch unterhalb der Schwelle zur direkten militärischen Auseinandersetzung - mit bedauerlichen "Fehltreffern" auf zivile Einrichtungen im Irak - ist die Zivilbevölkerung Opfer der Konfrontation. Aufgrund des gerade vom UNO-Sicherheitsrat verlängerten Embargos werden den Menschen auch weiter lebensnotwendige Dinge wie Medikamente vorenthalten. Und wie schnell der "kalte" Krieg zum Gemetzel eskaliert werden kann, zeigt unser Hintergrundbericht auf

Seite 5

50. Quelldatei spend351.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/spend351.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:spend351

SPENDEN-ERGEBNIS

Seit unserem Spenden-Aufruf sind bisher folgende Spenden eingegangen:

Summe bis 4.1.93 1.6264,50

KB Bremerhaven 400,00

A.Nonym 10,00

I.B., Hamburg 1000,00

H.K., Essen 400,00

D.P., Essen 50,00

S.K., Berlin 50,00

za, Göttingen 1000,00

Ex-ISI, Marburg 60,00

Ch.B., Konstanz 100,00

A.O., Hamburg 400,00

G.H-K., Kist 80,00

R.K., Heidelberg 100,00

M.W., Bremen 100,00

M.O., Aachen 100,00

W.B., Trier 100,00

U.S., Hamburg 200,00

G.P., Marburg 150,00

A.B., Hechingen 50,00

M.H., Washington 100,00

R.St., Landau 100,00

R.M., Oldenburg 200,00

J.L., Düsseldorf 35,00

R.S., Köln 200,00

M./T., Hamburg 350,00

Summe seit ak 350 5.335,00

Summe insgesamt 21.599,50

Wie im Spendenaufruf dargestellt, brauchen wir zur Absicherung des Haushaltes 1993 insgesamt 40.000 Mark. Es fehlen an diesem Ziel noch 18.400,50 DM. Wir bitten alle FreundInnen des ak, noch einmal zu überlegen, ob sie sich daran beteiligen können.

51. Beginn der Befreiung vom Faschismus

Die Schlacht von Stalingrad

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/stalin.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:stalin

Ihre entscheidende Niederlage im Zweiten Weltkrieg erlitt die deutsche Wehrmacht im Februar 1943 bei Stalingrad. Im Anschluß konnten die Armeen der Sowjetunion zu großen Offensiven übergehen, in deren Folge Auschwitz befreit und Nazi-Deutschland gänzlich zerschlagen wurde.

Wie der Kampf gegen den deutschen Faschismus überhaupt, so kostete auch der Sieg von Stalingrad die Sowjetunion unermeßliche Opfer. In diesem Kampf fielen allein rund 480.000 Rotarmisten. Lange Zeit schien es, als ob die deutschen Truppen die Stadt erobern könnten. So hatten sie, noch vor der Einkesselung ihrer 6. Armee, bereits Teile der Stadt erobern können, fanden erbitterte Kämpfe selbst innerhalb einzelner Häuser und Fabriken statt.

In ungebrochener Kontinuität von 1943 bis heute beschäftigt man sich hierzulande fast ausschließlich mit dem "Schicksal" der 300.000 im Stalingrader Kessel eingeschlossenen deutschen Soldaten. Unser Artikel hingegen beschreibt die militärischen Operationen auf Seiten der Sowjetunion ebenso wie den erbitterten Widerstand der Einwohner der Stadt.

Seite 26

52. Black Panther

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/tit-bpp.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:tit-bpp

Er sitzt seit 23 Jahren im Gefängnis, die ersten sieben in Einzelhaft und nun wieder im Hochsicherheitstrakt: Geronimo ji-Jaga Pratt wurde als führendes Mitglied der Black Panther Party für einen angeblichen Mord verurteilt. Er spricht über die dunkelste Seite des american dream: die eine Million Gefangenen in den USA, davon 30% African Americans, über die Gegenwehr in den Knästen, über die Jugendlichen in den Städten, die sich nach der Zerschlagung ausstrahlungsfähiger politischer Organisationen in Straßengangs organisieren, in denen sie sich gegenseitig bekämpfen und töten. Und es geht um die Forderung nach einer unabhängigen Nation der African Americans im Süden der USA.

S. 23

53. Verbannung bleibt

Israel weiter auf Friedenskurs

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/tit-is.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:tit-is

"Würden diese Männer vor Gericht gestellt und alle hingerichtet, wäre dies mit dem internationalen Völkerrecht vollkommen konform gewesen", entgegnete der Botschafter Israels in Bonn, Benjamin Navon, auf die Kritik an der Verbannung von 413 Palästinensern ins libanesische Bergland. Zum Glück der Verbannten (und zum Segen Israels) ist das internationale Völkerrecht anders beschaffen, als der Botschafter wünscht. Hatten und haben die israelische Regierung und das Oberste Gericht in Jerusalem schon einige Mühe, die Genfer Konvention, die Verbannungen aus militärisch besetzten Gebieten untersagt, zu ignorieren, dürfte selbst der notorische Knochenbrecher Rabin dem Hinrichtungswunsch des Botschafters kaum folgen wollen.

Die USA haben Israel zugesichert, etwaige Sanktionen des UN-Sicherheitsrats verhindern zu wollen; das Oberste Gericht hat die Massenverbannung als zwar nicht ganz legal, aber ansonsten überhaupt nicht illegal gewertet; und die große Masse der jüdischen Bevölkerung Israels ist ausnahmsweise mit seiner "linken" Regierung zufrieden. Dennoch wird diese Regierung von der Frage umgetrieben, wie sie gleichzeitig das demokratische Image wahren, die Nahostverhandlungen fortführen, die Verbannten aber Verbannte sein lassen kann. Da der ersehnte Eingriff überirdischer Mächte bisher ausgeblieben ist, versucht die israelische Regierung ihr Glück mit eher weltlichen Mitteln: Ein kleinerer Teil der Verbannten soll sofort zurückkehren dürfen, dem größeren Teil die Verbannungsdauer auf ein Jahr verkürzt werden.

Seite 4

54. "Moderne Sozialisten"

CD-Datei: daten/aksuche/ak351/tit-pds.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:351:tit-pds

Lothar Bisky statt Gregor Gysi, "Brandenburger Toleranz" statt kämpferischer Geist, auf diese einfach Formel wird die Berichterstattung über den dritten Parteitag der PDS in der Regel reduziert. Dabei hatte sie sich für diese Tagung eigentlich viel wichtigeres vorgenommen: Mit der Verabschiedung eines neuen Programms wollte sie das Gesicht einer modernen sozialistischen Partei formen. Für sie selbst, nach innen, war dies die wichtigste Funktion. Von außen betrachtet waren Personalfragen und die Diskussion um das Verhältnis zur eigenen Geschichte interessanter. Diesmal durfte man gespannt sein, ob die kommunistische Plattform, die in Vorbereitung des Parteitages in mehreren Fragen deutlich in Opposition gegangen war, ihr Gewicht verstärken konnte.

Seite 12